Martin Beck / Ingo Stützle (Hrsg.)

Die neuen Bonapartisten

Mit Marx den Aufstieg von Trump & Co. verstehen

Dietz Berlin

Dietz Berlin / Analysen

Martin Beck / Ingo Stützle (Hrsg.)

Die neuen Bonapartisten

Mit Marx den Aufstieg von Trump & Co. verstehen

Dietz Berlin

Editorische Vorbemerkung
Die von Hauke Brunkhorst kommentierte Studienausgabe der Schrift »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte« von Karl Marx (Suhrkamp 2007) basiert auf der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA², Bd. II.11, S. 96–189) und orientiert sich am Erstdruck der Schrift in der Zeitschrift »Die Revolution« von 1852. Für die Buchausgabe von 1869 überarbeitete Marx einige Passagen. Diese Textfassung findet sich in Band 8 (S. 111–207) der Marx-Engels-Werke (MEW), die im Karl Dietz Verlag Berlin erscheinen. Wenn nicht anders angegeben, wird im vorliegenden Band aus der MEW-Ausgabe zitiert, wobei die Rechtschreibung moderat an die neuen Regeln angepasst wurde.

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

Gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

1. Auflage 2018
© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Alle Rechte vorbehalten
Gestaltung: Andreas Homann
Lektorat: Text-Arbeit, Berlin
Druck und Bindung: CPI, Leck
Printed in Germany

ISBN 978-3-320-02348-5

Inhalt

Vorwort der Herausgeber 8

I Historisches

Hauke Brunkhorst 18
Das revolutionäre Potenzial des Parlamentarismus
Überlegungen zum
Bonapartismuskonzept von Marx

Dorothea Schmidt 38
Marx' Analyse der Klassenbasis
von Louis Bonaparte
Ein Faktencheck

Gerd Wiegel 56
Analoge, aber nicht identische Phänomene
Bonapartismustheoretische Ansätze zur
Erklärung des historischen Faschismus

II Länderanalysen

Ingar Solty 74
Der 18. Brumaire des Donald J. Trump?
Überlegungen zum Sieg des Autoritarismus
in den Vereinigten Staaten

Bob Jessop 93
Bonapartismus ohne Bonaparte
Von Thatcher über Blair zum Brexit

Rudolf Walther 113
»Komplexes Denken« – simple Regierungstechnik
Emmanuel Macrons Bonapartismus light

Horst Kahrs **129**
Politische Suchbewegungen in Zeiten tiefer sozialer Transformation
Ein Essay über die Situation in Deutschland

Sebastian Reinfeldt **149**
»Rebellierende Selbstunterwerfung«
Gab es jüngst einen 18. Brumaire in Österreich?

Michele Nobile **168**
Populismus und Pseudopopulismus in Italien
Transformismo in der Zweiten Republik

Przemysław Wielgosz **187**
Der »gute Wandel«
Bonapartismus auf Polnisch

Felix Jaitner **205**
Die Entstehung des Kapitalismus und das »Regime der Ruhe«
Bonapartismus in Russland von Jelzin bis Putin

Axel Gehring **224**
Eine Rückkehr des Bonapartismus in der Türkei?
Das AKP-Regime im Kontext der historischen Kräfteverhältnisse

Nachwort

Frank Deppe **243**
Bonapartismus reloaded?

Anhang

Personenregister **262**
Autorenverzeichnis **267**

Vorwort der Herausgeber

Zehn Jahre nach Beginn der globalen Finanzkrise sind alle Hoffnungen auf ein damit verbundenes Ende des Neoliberalismus und auf einen Aufbruch in bessere Zeiten enttäuscht. Vielmehr tobt eine erbitterte Auseinandersetzung zwischen denjenigen, die am Status quo festhalten wollen und ein »Weiter so« propagieren, und den Fürsprechern nationalistischer, rassistischer, antimoderner Positionen. Die Linke hat gegenwärtig offensichtlich nur eine Zuschauerrolle beim gesellschaftlichen Ringen um die Zukunft des Kapitalismus – von seiner Überwindung ist schon längst keine Rede mehr.

In Europa und anderswo ist stattdessen ein Erstarken von autoritären und nationalistischen Parteien und Bewegungen zu konstatieren: Trump US-Präsident, Kurz Kanzler in Österreich und Erdoğan schon seit 2014 türkisches Staatsoberhaupt. Im Osten Europas regieren Putin in Russland, Orban in Ungarn und Kaczyńskis Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) in Polen. Damit nicht genug: In Frankreich votierte jeder Dritte bei den letzten Präsidentschaftswahlen für den Front National und in Deutschland sitzt die Alternative für Deutschland (AfD) als drittstärkste Fraktion im Bundestag.

Auch dort, wo sie (noch) nicht regieren, sind diese Kräfte einflussreich, verändern die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und politischen Diskurse. Vor allem in Mittel- und Osteuropa haben sich in den vergangenen Jahren eine Reihe rechter Regierungen etabliert, die bei allen Unterschieden einige äußerliche Gemeinsamkeiten aufweisen: Sie alle stehen für eine Wiederbelebung des Nationalismus als ideologischem Grundpfeiler und für einen autoritären Regierungsstil, meist verkörpert durch (charismatische) Führungspersönlichkeiten. Ihr Ziel: der antidemokratische Umbau des Staates – insbesondere die Einschränkung der Gewaltenteilung – auf Basis

demokratischer Legitimation durch Wahlen. Das alles gepaart mit einem rechten Alleinvertretungsanspruch, wonach das eigene politische Handeln den angeblichen »Volkswillen« vollstrecke, und mit dem ständigen Rekurs auf das »einfache Volk«, das gegen »Intellektuelle, Eliten und Establishment« in Stellung gebracht wird.

Inzwischen hat eine hektische Suche nach Erklärungen für den Aufstieg dieser politischen Strömungen eingesetzt. Dazu gehören auch – bislang vereinzelte – Versuche, diese Phänomene mithilfe von Karl Marx und seiner Bonapartismusanalyse zu ergründen, die sich in seiner 1852 erschienenen Schrift »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte«[1] findet. Fragmentierung der Klassen, Pattsituation in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, Verzicht des Bürgertums auf politische Herrschaft (und zur Not auch auf demokratische Errungenschaften) zugunsten ökonomischer Macht, Verselbstständigung der Exekutive, vermittelte Herrschaft des Pöbels – das sind die zentralen Stichworte von Marx' »vorbildlicher Analyse der plebiszitären Diktatur« (Herbert Marcuse).[2]

Im »Achtzehnten Brumaire«, einer seiner bedeutendsten politischen Schriften, beschrieb Marx detailliert, wie und warum die Februarrevolution von 1848 in Frankreich in einer Konterrevolution endete. Nach der Niederschlagung des Arbeiteraufstands im Juni 1848 wurde noch im selben Jahr der im Volk beliebte Louis Bonaparte zum Präsidenten gewählt. Am 2. Dezember 1851 putschte Bonaparte und sprach sich selbst diktatorische Vollmachten zu. Ein Jahr später ließ er sich nach einem Plebiszit zum Kaiser ernennen und firmierte fortan als Napoleon III. »Zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie die Fähigkeit, die Nation zu beherrschen, schon verloren und wo die Arbeiterklasse diese Fähigkeit noch nicht erworben

1 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke [MEW], Berlin 1956ff., Bd. 8, S. 111–207; Seitenangaben in Klammern ohne weitere Angabe beziehen sich auf diese Ausgabe des Textes.

2 Herbert Marcuse: Nachwort, in: Karl Marx: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte (1852), Frankfurt a.M. 1965, S. 143–150, hier 146.

hatte«,[3] habe sich, so Marx, in Gestalt Bonapartes »der Staat gegenüber der Gesellschaft verselbstständigt« (197), ohne die soziale Herrschaft der Bourgeoisie infrage zu stellen. Dabei habe sich die Regierung Bonapartes auf das »Lumpenproletariat« gestützt, den »Auswurf, Abfall, Abhub aller Klassen« (161),[4] sowie auf einen großen Teil der konservativen Parzellenbauern, die – voneinander isoliert – keine Klasse bildeten, deshalb ihre Interessen nicht vertreten konnten und vertreten werden mussten (198). Verhält es sich heutzutage in den vielen deindustrialisierten Regionen der USA, Englands, Deutschlands oder Polens ähnlich, wo Menschen entweder um ihre Arbeitsplätze fürchten oder sich in Jobs verdingen, die mehr als das Überleben nicht zulassen? Und nutzen charismatische Figuren diese Lage aus, um autoritäre Regime unter ihrer Führung zu etablieren?

Micha Brumlik sieht in Donald Trump jedenfalls durchaus einen Wiedergänger Louis Bonapartes und zieht nicht nur manche Parallelen zwischen dem Charakter und dem Wirken der Personen, sondern auch zwischen den Situationen und den Schichten, die beide an die Macht brachten. Im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung suche die industrielle Arbeiterklasse des Westens ihr Heil in einem »semifaschistischen Bonapartismus«. Den »Bonapartismus als eine bestimmte Form autoritärer, sozialdemagogisch legitimierter Herrschaftsausübung« auch auf Regime wie die von Viktor Orban oder Wladimir Putin zu beziehen scheint ihm diskutabel; die ungarische Philosophin Agnes Heller und der ehemalige Präsident der Akademie der Künste in Berlin, Klaus Staeck, bezeichnen Orban explizit als neuen Bonaparte.[5] Und

3 Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW, Bd. 17, S. 313–365, hier 338f.

4 Kritisch zum Begriff Lumpenproletariat vgl. Peter Bescherer: »Wo Schmutz und Blut zusammenfließen«. Problemzonen eines linken Klassenprojekts, in: Prokla 175, 2/2014, S. 255–270.

5 Vgl. Michael Brumlik: Der 18. Brumaire des Donald Trump, in: Die Zeit, 2.3.2017, S. 19; »Eine Art Bonapartismus hat Einzug gehalten«. Interview mit Agnes Heller, 18.11.2011, unter: https://derstandard.at/1319183254248/Eine-Art-Bonapartismus-hat-Einzug-gehalten; Orbans Bonapartismus, 19.1.2012, unter: www.fr.de/politik/meinung/kolumne-orbans-bonapartismus-a-873016.

für Wolfgang Michal ist »die Ursache für das Aufkommen autokratischer Herrscher die Selbstentleibung des demokratischen Systems«, die genauso vor sich gehe, wie das Marx im »Achtzehnten Brumaire« beschrieben habe: als ein »Prozess der Selbstauslieferung der Parteien an den autokratischen Herrscher [...], der die Zweite Republik ›ganz legal‹ in eine monarchistische Diktatur verwandelte«.[6]

Kann die Wiederkehr autoritärer Regime also heutzutage sinnvoll mit Bezug auf den »Achtzehnten Brumaire« begriffen werden? Dieser Frage soll im vorliegenden Sammelband nachgegangen werden. Das ist ein ambitioniertes Unterfangen, das sich zugleich durch eine Besonderheit auszeichnet: Die versammelten Texte stellen nicht einfach die autoritären Herrschaftsformen in den diversen Ländern vor; derartige Beschreibungen sind wichtig und existieren bereits in unterschiedlichster Form. Die hier versammelten Autoren gehen vielmehr den gesellschaftlichen Gründen der Entwicklungen nach, erklären sie – und das mit einem gemeinsamen theoretischen Ansatz, der Marx'schen Bonapartismusanalyse.

Gleich zu Beginn schreibt Marx im »Achtzehnten Brumaire«, dass die Menschen »ihre eigene Geschichte« machen, »aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden.« (115) Diese Sätze sind Aufgabenstellung für die hier versammelten Autoren und ein Fingerzeig zugleich, wohin die Marx'sche Theorie sich nach 1852 entwickelte: Seine Analysen drehten sich fortan um die gesellschaftlichen Verhältnisse, die den Kapitalismus ausmachen, und mündeten in einer Analyse des Kapitals in seinem gleichnamigen Hauptwerk, das 1867 erschien. So weit war Marx zur Zeit seiner Bonapartismusschrift allerdings noch nicht. Er hatte sozusagen selbst noch keinen Begriff vom Kapital, aber eine Vorstellung davon,

6 Vgl. Wolfgang Michal: Schulz, Karl Marx, Napoleon, Trump und die Verteidiger der Demokratie, 7.2.2017, unter: www.wolfgangmichal.de/2017/02/schulz-karl-marx-napoleon-trump-und-die-verteidiger-der-demokratie/.

dass sich Politik nicht auf den Willen und »fixe Ideen« (119) von einzelnen Akteuren reduzieren lässt, und seien sie noch so mächtig.

Gleichzeitig revidiert er im »Achtzehnten Brumaire« ein Postulat, das er noch wenige Jahre zuvor in dem von ihm und Friedrich Engels herausgebrachten »Manifest der Kommunistischen Partei« formuliert hatte: Dort hatte es geheißen, die Klassenkämpfe seien der Motor der Geschichte und die Arbeiterklasse sei das revolutionäre Subjekt. Nun musste Marx feststellen, dass »die Niederlage vom Juni 1848« die Arbeiter »für Jahre kampfunfähig gemacht« hatte »und dass der geschichtliche Prozess zunächst wieder über ihren Köpfen vor sich gehen müsse« (167). Marx zeichnete nach, »wie der Klassenkampf in Frankreich Umstände und Verhältnisse schuf, welche einer mittelmäßigen und grotesken Personage das Spiel der Heldenrolle ermöglichen«.[7] Wenn ein Marx'scher Text undogmatisch ist, dann ist es der »Achtzehnte Brumaire«.

Ohne Gesellschaftsanalyse und -kritik, die herausarbeitet, warum etwas wurde, wie es ist, warum eine Revolution in einen von unten mitgetragenen autoritären Staatsstreich umschlägt, bleibt jede Zeitdiagnose oberflächlich. Der Versuch, die gegenwärtigen oder auch vergangene Autoritarismen mit Marx zu verstehen, ist deshalb immer mehr als Zeitdiagnose: Er hat und muss die kapitalistischen Verhältnisse als Klassenverhältnisse mit im Blick haben, ebendie zitierten »unmittelbar vorhandenen, gegebenen und überlieferten Umstände«. Marx reflektiert im »Achtzehnten Brumaire« die »Struktur des Politischen«[8], verknüpft »Struktur- und Ereignisgeschichte« und verbindet »kultur- und handlungstheoretische« Überlegungen mit »klassen-, ökonomie-, demokratie-, ideologie-, verfassungs-, organi-

7 Karl Marx: Vorwort zur zweiten Ausgabe (1869) »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte«, MEW, Bd. 16, 358–360, hier 359.

8 Diethard Behrens: Perspektiven des »Historischen« oder der 18. Brumaire von Marx, in: Rolf Hecker u.a. (Hrsg.): Klassen – Revolution – Demokratie. Zum 150. Jahrestag der Erstveröffentlichung von Marx' »Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte« (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 2002), Hamburg 2003, S. 14–53, hier 53.

sations- und differenzierungstheoretischen Perspektiven«.[9] Marx erweist sich hier im besten Sinne als Sozialwissenschaftler.

Im vorliegenden Band kann es daher nicht einfach darum gehen, die Analyse des Bonapartismus als Instrumentarium anzuwenden. Vielmehr soll anhand des je spezifischen Materials gezeigt werden, warum der *gesellschaftstheoretische Zugriff* hilfreich ist oder warum nicht (oder nur bedingt) und wo Modifizierungen notwendig sind. Marx hat seine Analyse anhand einer spezifischen historisch-gesellschaftlichen Situation entwickelt und sie nicht an die Ereignisse nur äußerlich herangetragen oder ihnen gar übergestülpt. Die Marx'sche Bonapartismusanalyse als Universalschlüssel für autoritäre Regime zu verwenden wäre nicht nur dogmatisch, sondern schlechte Sozialwissenschaft. Deshalb ist es wenig verwunderlich, dass die Autoren nachfolgend zu recht unterschiedlichen Ergebnissen kommen.

In einem ersten Teil wird von Hauke Brunkhorst, Dorothea Schmidt und Gerd Wiegel die theoretische Bedeutung, die historische Stichhaltigkeit und die Wirkungsgeschichte des Marx'schen Bonapartismuskonzepts vermessen. Anhand verschiedener Länderanalysen beleuchten anschließend Axel Gehring, Felix Jaitner, Bob Jessop, Horst Kahrs, Michele Nobile, Sebastian Reinfeldt, Ingar Solty, Rudolf Walther und Przemysław Wielgosz die aktuelle Tragfähigkeit des Marx'schen Zugriffs. In den Blick genommen werden Gesellschaften mit starken rechten bzw. rechtsradikalen Parteien (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien) und Länder, in denen solche die Regierung stellen bzw. an ihr beteiligt sind (Österreich, Polen, Russland, Türkei, USA).

Bei dieser Auswahl konnte es nicht um Vollständigkeit gehen – zu verbreitet und wirkmächtig scheint gegenwärtig die genannte Entwicklung zu sein; gleichzeitig ist der Erklärungsansatz aber auch attraktiv. So fehlen etwa Analysen zu Ungarn oder den Niederlanden, aber auch zu Indien oder

9 Urs Lindner: Marx und die Philosophie. Wissenschaftlicher Realismus, ethischer Perfektionismus und kritische Sozialtheorie, Stuttgart 2013, S. 221f.

Thailand, obwohl sie sich als Studienobjekte für den Bonapartismusansatz anbieten.[10]

Wie produktiv das ist, ob der Bezug auf Marx über Analogien, Ähnlichkeiten, äußerliche Gemeinsamkeiten einzelner Aspekte oder Sachverhalte hinausgeht und wie weit die Erklärungsmöglichkeiten für die konkreten Herrschaftsverhältnisse in den genannten Staaten reichen – all das wird in den nachstehenden Beiträgen untersucht und von Frank Deppe in einer abschließenden Bilanz diskutiert, der den Aufstieg »autoritärer, antidemokratischer Bewegungen und Regime nach 2008« als Ausdruck einer »organischen Krise« versteht.

Wir wollen den Ergebnissen nicht vorgreifen, auf einen Unterschied allerdings schon hier hinweisen: »Die ganze Welt jauchzte ihm zu als dem Retter der Gesellschaft«, schrieb Marx über die Wirkung Bonapartes zu seiner Zeit. So weit ist es noch nicht. Damit es nicht dazu kommt, dazu will dieses Buch einen Beitrag leisten. Und dabei kann es nicht schaden, an eine Schlussfolgerung von Marx zu erinnern, die er am 12. April 1871 anlässlich der Pariser Kommune in einem Brief an Louis Kugelmann zog: »Wenn Du das letzte Kapitel meines ›Achtzehnten Brumaire‹ nachsiehst, wirst Du finden, dass ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andre zu übertragen, sondern sie zu *zerbrechen*, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent.«[11]

Martin Beck und Ingo Stützle
Berlin, im Februar 2018

10 Zu Letztgenannten vgl. Murzban Jal: On the Rise of Bonapartist-fascism in India, in: Mainstream, 55 (2017) 39; Wolfram Schaffar: Die Eiserne Seidenstraße. Chinas Politik der Hochgeschwindigkeitsbahnen und ihre Auswirkungen auf seine Nachbarländer, in: Prokla 181, 4/2015, S. 609–627, hier 611.

11 MEW, Bd. 33, S. 205.

I Historisches

Hauke Brunkhorst

Das revolutionäre Potenzial des Parlamentarismus

Überlegungen zum Bonapartismuskonzept von Marx

Die Schrift »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte« nimmt im Werk von Marx eine Schlüsselstellung ein. Und zugleich ist diese Studie nicht nur zu einem Wegbereiter der soziologischen und historischen Revolutionstheorie des 20. Jahrhunderts geworden, sondern ist auch für die Verfassungstheorie und die Theorie der parlamentarischen Demokratie ein klassischer, also immer noch aktueller Text, zumal Marx präzise den Umschlag der Revolution in Konterrevolution und Autoritarismus schildert.[1]

I

Im »Achtzehnten Brumaire« – gemeint ist im Titel der Tag des Jahres 1851, an dem der Neffe Napoleons durch einen Staatsstreich die traurigen Reste der revolutionären parlamentarischen Republik beseitigte – zeichnet Marx die Ereigniskette nach, die von der Revolution im Februar 1848 bis zum Coup d'État Louis Bonapartes am 2. Dezember 1851 reicht. Erklärt werden sollen das Scheitern der Revolution und die Entstehung einer neuen Form von autoritärer Herrschaft. Die Revolution, die von allen Klassen des Volkes gemacht und im Februar 1848 von ihrem eigenen Erfolg überrascht wurde, stellt sich am 4. Mai 1848 nach allgemeinen, geheimen und gleichen Wahlen der männlichen Bevölkerung in einer verfassungsgebenden Versammlung dar, in der die republikanische Fraktion des Bürgertums dominiert. Nach der blutig niedergeschlage-

1 Eine ausführliche kritische Würdigung in: Hauke Brunkhorst: Kommentar zu Karl Marx: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, Frankfurt a.M. 2007, S. 137–311. Zur Kritik von Marxens Klassenanalyse im »Achtzehnten Brumaire« siehe auch den Beitrag von Dorothea Schmidt in diesem Band.

nen Erhebung der Pariser Arbeiter im Juni 1848 schließt sie die Arbeiter mit dem Instrument des Belagerungszustands von aller Macht aus. Das Ergebnis der Beratung der verfassungsgebenden Versammlung ist eine Verfassung mit zwei Köpfen, einem vom Volk gewählten Parlament und einem vom Volk gewählten Präsidenten. Der Präsident wird im Herbst 1848 gleich nach Verabschiedung der Verfassung gewählt, das Parlament erst ein halbes Jahr später.

Der Präsident ist nur unzulänglich an den parlamentarisch *organisierten* Willen des Volkes gebunden. Die Verfassung lässt ihm einen weiten Bereich willkürlichen Handelns; sozial kann er sich auf die Masse seiner Wähler, die Bauern, stützen. Das ist damals eine, wie Marx sagt, *unorganische* Klasse, die unter so elenden Bedingungen lebt, dass sie – anders als die *organischen* Klassen der großen Städte – keine Chance hat, sich selbst als Klasse und als politische Partei zu organisieren. Kollektiv handlungsunfähig kann sie sich im Parlament nicht selbst vertreten. Sie muss durch eine fremde Autorität vertreten werden, die zugleich ihr Herr ist. Als dieser Herr bietet sich ihr der Neffe des Mannes an, der sie zu Beginn des Jahrhunderts aus der feudalen Knechtschaft befreit und das Privateigentum an Grund und Boden eingeführt hatte. Im Spätherbst 1848 wird Louis Napoleon Bonaparte zum ersten und letzten Präsidenten der Republik gewählt. Die Präsidentschaftswahlen verändern den Charakter der Republik grundlegend. Sie ist fortan durch den ungleichen Kampf zwischen einer immer mächtiger werdenden Exekutive und einem immer schmächtiger werdenden Parlament bestimmt. Während das Parlament den – trotz des Ausschlusses der Arbeiter – immer noch vielstimmigen Willen des Volkes zu Gesetzen organisiert, ist der Präsident der Präsident der Bauern. Während sich im Parlament politisch organisierte, kollektiv handlungsfähige Klassen gegenüberstehen, spiegelt sich die Differenz zwischen Stadt und Land, von Zentrum und Peripherie im Gegensatz von Parlament und Präsident.

Das am 28. Mai 1849 gewählte Parlament verwandelt sich Zug um Zug in die Diktatur einer Klasse über alle anderen. Die

jakobinische Fraktion im Parlament, die in der breiten Volksschicht des städtischen Kleinbürgertums ihre soziale Basis hatte, wird bereits einen Monat später, nach öffentlichen Protesten gegen die verfassungswidrige Bombardierung Roms durch die Truppen des Präsidenten, mit Sondergesetzen kaltgestellt, aus allen Machtpositionen entfernt, im Parlament mundtot gemacht, ins Exil getrieben, verhaftet, abgeurteilt. In ihrer von Angst und Projektion geprägten Abwehrschlacht gegen das »Gespenst« des Kommunismus verbindet sich die Bourgeoisie mit den monarchistisch gesinnten politischen Feinden der Republik zur »Partei der Ordnung«. Sie wird in der legislativen Nationalversammlung ihre eigene Verfassung so oft im Interesse von Eigentum, Sicherheit, Ruhe und Ordnung brechen, bis die Exekutive unter Führung Louis Bonapartes und seines bewaffneten Anhangs im Lumpenproletariat die ihr in den Schoß fallende Macht durch einen weiteren, nun endgültigen Verfassungsbruch ganz an sich reißen kann. Der Coup d'État des mediokren und kriminellen Neffen Napoleons I. vollendet die »wahre Gestalt dieser Republik«. Er ersetzt »ihre Aufschrift: Liberté, égalité, fraternité [...] durch die unzweideutigen Worte: Infanterie, Cavallerie, Artillerie!« (53)[2] Bei der Entscheidung zwischen der entgrenzten Diktatur einer Exekutive, die sich *alle* Klassen unterwirft, und der parlamentarischen der Bourgeoisie, die immer noch im Schein des Gesetzes herrscht, fällt die Entscheidung schließlich zugunsten der *verselbstständigten Staatsmacht*.

II

Da sich das konterrevolutionäre Regime von Napoleon III. (Louis Bonaparte), das Zweite Empire, als außerordentlich stabil erwies – es dauerte von 1852 bis 1871 – und anderen Ländern als Vorbild diente, sind Marx und Engels immer wieder darauf zurückgekommen. Friedrich Engels hat später das Beispiel des Zweiten Empire zu einer Theorie des Bonapartismus verallge-

2 Die im Text in Klammern genannten Seitenangaben beziehen sich alle auf Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. Kommentar von Hauke Brunkhorst, Frankfurt a.M. 2007, S. 7–131.

meinert. Der Bonapartismus ist für ihn Ausdruck einer zeitweiligen Balance im Kampf der niedergehenden Bourgeoisie mit dem aufstrebenden Proletariat. Wo zwei sich streiten, freut sich der Dritte, und das ist der Staat. Durch das Patt im Klassenkampf gewinnt er eine vorübergehende, wenngleich trügerische Autonomie.[3] Die Balancetheorie erfüllt den theoriestrategischen Zweck, die schwer zu leugnende funktionale Autonomie des politischen Systems mit einer rein instrumentellen, klassentheoretischen Erklärung von Staat und Politik verträglich zu machen.

Der praktische Revolutionär und glühende Leninist Leo Trotzki hat die Engels'sche Balancetheorie dann zu einer Theorie der revolutionär-konterrevolutionären Doppelherrschaft ausgeweitet, zu der nicht nur die historischen Erfahrungen der Russischen Revolution passen, sondern auch solche Ereignisse wie die polnische Revolution in den 1980er-Jahren. Dort gab es lange Zeit eine Art Doppelherrschaft von der heruntergekommenen, aber von der Sowjetunion gestützten kommunistischen Nomenklatura und der aufstrebenden Gewerkschaftsbewegung Solidarność.

Trotzki, August Thalheimer und viele Marxisten und Kommunisten der 1920er-Jahre, die mit der Entstehung autoritärer Regimes in Europa konfrontiert waren, erklären sich auch den rasant wachsenden Staatsinterventionismus, die Entwicklung zum Faschismus und das Ausbleiben der Weltrevolution mit der Balancetheorie. Regierungen wie die Brünings oder Papens am Ende der Weimarer Republik sind für Trotzki Beispiele des Bonapartismus oder vielmehr dessen »Karikatur«: »Bonapartism of decay«. Auch die Verwandlung der Russischen Revolution in bürokratische Herrschaft unter Stalin analysiert Trotzki als Variante des Bonapartismus.[4]

3 Zusammenfassend: Hal Draper: Karl Marx's Theory of Revolution, New York 1977, Bd. II, S. 403ff., 412ff.

4 Leo Trotzki: Porträt des Nationalsozialismus. Ausgewählte Schriften 1930–1934, Essen 1999, S. 205f., 215f., 339ff.; Leo Trotzki: German Bonapartism, unter: www.marxists.org/archive/trotzky/works/1930-ger/321030.htm; Leo Trotzki: The Workers' State, Thermidor and Bonapartism, unter: www.marxists.org/archive/trotzky/works/1935/1935-bon.htm; Ernest Mandel: Trotzkis Faschismustheorie, Frankfurt a.M. 1977, S. 35.

Im Lichte der leninistischen Staatstheorie hat auch Carl Schmitt, ein prominenter Vertreter der konservativen deutschen Staatsrechtslehre, in den 1920er-Jahren den »Achtzehnten Brumaire« gelesen. Unter Einfluss der Kritik von Marx an den »zwei Köpfen« (25) der 48er-Verfassung und aus der von ihm damals durchaus noch geteilten, demokratischen Perspektive der Weimarer Reichsverfassung analysiert Schmitt, der keineswegs zu den Verächtern des Marxismus unter den Gebildeten gehörte, den monarchistischen Konstitutionalismus als »unhaltbaren« »Dualismus« »einander ausschließender politischer Formprinzipien«.[5] Dabei geht er von der Prämisse aus, dass Demokratie und Parlamentarismus inkompatibel seien. Obwohl sich auf Marx berufend, formuliert Schmitt die Gegenthese zum »Achtzehnten Brumaire«: Demnach sei parlamentarische Herrschaft *nur* als Herrschaft einer in sich homogenen besitz- und bildungsbürgerlichen Klasse *über* alle anderen Klassen der Gesellschaft vorstellbar und Massendemokratie *nur* als populistische Führerdemokratie.[6]

Für Marx dagegen ist demokratischer Parlamentarismus *als* Klassenherrschaft der Bourgeoisie ebenso unmöglich wie Demokratie *als* Führerdemokratie anwesender Akklamateure. Die Instrumentalisierung der egalitär legitimierten Verfassungsorgane für die Interessen *einer* Klasse ist mit dem existierenden Begriff der parlamentarischen Demokratie unvereinbar. Deshalb musste der Versuch der französischen Bourgeoisie, eine parlamentarische Diktatur zu errichten, in der Revolution von 1848 bis 1851 ebenso scheitern wie derjenige der deutschen Bourgeoisie in den letzten Jahren der Weimarer Republik. In dem Augenblick, in dem die Bourgeoisie sich entschließt, die parlamentarische Diktatur zu errichten, kann sie das nur, indem sie »die ihr feindliche Exekutivgewalt unwiderstehlich« macht, damit jedoch »die Lebensbedingungen einer jeden, also auch ihrer eigenen parlamentarischen Gewalt […]

5 Carl Schmitt: Verfassungslehre, Berlin 1989 [1928], S. 54.

6 Treffende Kritik an der Marx-Rezeption Schmitts äußert Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung, Frankfurt a.M. 1992, S. 227.

vernichtet« (56). Die Einbeziehung aller Gesetzesadressaten ist die Lebensbedingung des parlamentarischen Regimes. Da die Bourgeoisie ihre politische Herrschaft nur durch eine Verletzung der egalitären Inklusionsbedingung dieses Regimes bewahren kann, ist sie »im Kampfe gegen die anderen Klassen der Gesellschaft« genötigt, »alle Bedingungen ihres eigenen Regimes, des parlamentarischen Regimes mit eigener Hand« zu vernichten (100). Inklusion ist der Preis parlamentarischer Macht, und er macht diese Macht partikularen Herrschaftsinteressen unverfügbar.

Das parlamentarische Regime scheiterte in der Revolution von 1848, weil die Bourgeoisie nicht bereit und in der Lage war, »dem Klassenkampf« *innerhalb* dieses Regimes den »kleinen Spielraum« zu gewähren, der nötig gewesen wäre, um noch zu einem halbwegs fairen Klassenkompromiss zu kommen. Ein solcher Kompromiss hätte es ihr ermöglicht, die Exekutive im Medium der Legislativgewalt »von sich abhängig zu erhalten«, die Verfassung zu verteidigen und die Diktatur zu verhindern. Sie hätte sich zu diesem Zweck darauf einlassen müssen, mit Alternativen *zum* Kapitalismus *im* Kapitalismus zu experimentieren, und das Risiko eingehen müssen, dass die Mischung aus parlamentarischem und außerparlamentarischem Klassenkampf, öffentlicher Diskussion, inklusivem Diskurs (»Kampf der Redner«) und egalitärer Entscheidung sie zum Experiment des Sozialismus und damit möglicherweise zur Aufhebung ihrer eigenen, unpolitischen Klassenherrschaft fortgetrieben hätte.

Aber die französische Bourgeoisie von 1848 war so wenig wie die herrschenden, politischen, ökonomischen, schreibenden und redenden Eliten des heutigen Europa (mit zu wenigen Ausnahmen wie der Regierung Tsipras/Varoufakis oder die des aktuellen französischen Präsidenten Emmanuel Macron) »der Aufgabe gewachsen, mit dem Feuer zu spielen«. Stattdessen hat sie – nicht anders als heute – aus »Feigheit«, »Mutlosigkeit« und »Begeisterung für ihren Geldbeutel« die Regression, den Kniefall vor dem »Kolben«, dem Wagnis des demokratischen Klassenkampfes vorgezogen (86, 113, 116). Der

Bonapartismus, der sich nach 1848 über ganz Europa ausbreitete und mit dem neuen, durch die Gleichursprünglichkeit von entfesselten Aktienmärkten und entfesselter Technik angetriebenen Imperialismus verschwisterte, erstickte die 1848 erregte demokratische Hoffnung in einer langen Welle des autoritären Liberalismus, die mit wenigen Unterbrechungen die nächsten 100 Jahre (1850–1950), das vermutlich schrecklichste Jahrhundert der Menschheitsgeschichte (das zugleich das ihrer größten Fortschritte war), überflutete. Gleichzeitig wurden die sozial, politisch und kulturell pluralistische und inklusive Massendemokratie, der demokratische Sozialismus und sein autoritärer Verwandter, der Bolschewismus, zur großen Herausforderung des überwiegend autoritären, zeitweilig faschistischen Liberalismus, der weite Teile der westlichen Hemisphäre bis 1945 in Gefangenschaft hielt.

Marx' Einsicht in das revolutionäre Potenzial des parlamentarischen Regimes ist von der bis heute von Lenin und Carl Schmitt bestimmten Debatte kaum beachtet worden.[7] Für Marx ist das parlamentarische Regime nicht nur eine bürgerliche Errungenschaft, die in dem Augenblick für die soziale Revolution unverzichtbar, ja zu ihrem entscheidenden Hebel wird, in dem sie (wie im Frühjahr 1848) das allgemeine (Männer-)Wahlrecht durchsetzt, die Allzuständigkeit der Legislativgewalt etabliert und die umfassende Bindungskraft des Parlamentsgesetzes gewährleistet.

Nur eine solche Verfassung kann die Kompromissbereitschaft derer, die über die Produktionsmittel verfügen, notfalls erzwingen, weil sie die parlamentarische Repräsentation der lohnabhängigen Klassen und Gruppen der Gesellschaft gewährleistet und die Opposition innerhalb und außerhalb des Parlaments starke Rechte hat. Erst hundert Jahre später, nach langen und opferreichen Kämpfen der Arbeiterbewegung, aber auch der Frauen- und Friedensbewegungen, beispiellosen Staats- und Kolonialverbrechen, einem globalen Vernichtungskrieg und dem Holocaust *und* erst nach dem

7 Eine frühe Ausnahme ist Franz Neumann: Wirtschaft, Staat und Demokratie, Frankfurt a.M. 1978; vgl. auch Brunkhorst: Kommentar.

Sieg der Demokratie über den Nazifaschismus und erfolgreichen Sozialrevolutionen und -reformen sind allgemeines Wahlrecht, parlamentarische Allzuständigkeit und effektive Gesetzesbindung in fast allen Staaten der Welt Verfassungsnorm und in der westlichen Welt auch Verfassungswirklichkeit geworden.[8]

Das so verfasste, demokratische Parlament ist für Marx – ganz im Gegensatz zu Carl Schmitt – kein politisch neutralisiertes Forum interesseloser Diskussion und Wahrheitssuche in einer homogenen Gruppe von gleichgesinnten Besitz- und Bildungsbürgern. Es ist ihm vielmehr die zentrale Bühne des Kampfes einer Vielzahl heterogener sozialer Klassen und Gruppen (Pluralismus), deren Parteien und Redner in der diffusen und anarchischen, außerparlamentarischen Öffentlichkeit und im hochorganisierten, selbstregulierten Parlament um die Verallgemeinerung materieller und ideeller Interessen und die gesetzgeberische Gestaltung der Gesellschaft und ihrer Eigentums- und Produktionsverhältnisse streiten (17ff., 59f., 98ff.).[9]

III

Die Verselbstständigung der Exekutivmacht, die Marx im »Achtzehnten Brumaire« beschrieben hat, lässt sich auch aus einer intentionalistischen Perspektive als Autonomie des Staats gegenüber Gesellschaft verstehen. Die Staatsmaschine entgleitet dem Zugriff von Klassen und Klassenfraktionen, verselbstständigt sich und wird zum Instrument neuer Interessen, die sich im Heer der Beamten und Berufspolitiker herausbilden und die den Staatsapparat als soziale Schicht oder Klasse tragen. Die Interessen der politischen Klasse orientie-

8 Erst 1871, nach der Erfahrung der kurzlebigen, aber institutionell erfindungsreichen Pariser Commune, sah der in politischen Fragen immer praktisch-experimentell denkende Marx im Rätesystem eine mögliche Alternative, die dem Sozialismus, dessen Gipfel er in der Selbstorganisation der Arbeiter sah, am nächsten zu kommen schien. Die Frage ist nur, ob diese noch ganz liberale Utopie nicht das Schicksal aller liberalen Utopien teilt, organisiertes politisches Handeln für überflüssig zu halten.

9 Vgl. auch Hauke Brunkhorst: Selbstbestimmung durch deliberative Demokratie, in: Leviathan 1/2017, S. 21–34.

ren sich an Imperativen staatlicher Selbsterhaltung, von deren Erfüllung sie existenziell abhängen. Diese von Max Weber beeinflusste Theorie erkennt der Historiker Heinrich August Winkler im »Achtzehnten Brumaire« wieder. Die Balancetheorie erkläre, wie der Staat dem Zugriff der Klassen, die ihn ursprünglich beherrscht hätten, entglitten sei. Da Marx und Engels den daraus entstehenden Spielraum der Politik gegenüber der wirtschaftlich herrschenden Klasse »für sehr erheblich gehalten hätten«, sei es kein Wunder, dass sich die Bonapartismustheorie nicht nur für die Analyse der Zweiten Republik, sondern auch des Bismarckreichs »als außerordentlich fruchtbar« erwiesen hätte. Marx hat jedoch in seinem fast schon persönlichen Hass auf Napoleon III. die Wende des Regimes zur Modernisierungsdiktatur ebenso verpasst wie dessen allmähliche Liberalisierung. Winkler bestreitet auch die These von Marx, die Bourgeoisie habe sich mit dem Coup d'État endgültig von der politischen Herrschaft verabschiedet. Und in der Tat ist sie nach 1871 massiv auf die politische Bühne zurückgekehrt und hat bis zum Ersten Weltkrieg das Heft weitgehend in der Hand behalten, sich dabei aber auch immer weiter zur egalitären Demokratie geöffnet.[10] Diese zutreffende Beobachtung unterschätzt jedoch die moderne Staatsmacht, die als autonomer Herrschaftsapparat, dessen Eigenmacht mit *und* ohne den Willen derer, die ihn zeitweilig beherrschen und seine Richtung beeinflussen, zu wachsen scheint, jedenfalls schwer zu steuern ist: »Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine statt sie zu brechen« (117).

Der düsteren Dialektik verselbstständigter Staatsmacht sind von Marx beeinflusste Faschismustheoretiker wie Franz Neumann, Ernst Fraenkel oder Tim Mason nachgegangen. Mason konnte in den 1970er-Jahren zeigen, dass die politische Macht sich nach der nationalsozialistischen Machtübernahme sehr schnell der Kontrolle der Bourgeoisie entwunden hatte. Die bürgerliche Gesellschaft wurde »befreit« »von der Sorge«,

10 Heinrich August Winkler: Revolution, Staat und Faschismus. Zur Revision des Historischen Materialismus, Göttingen 1978, S. 16f., 43ff.

»sich selbst zu regieren« (28). Die bürgerliche Klasse löste sich wie in der Zeit des Staatsstreichs von 1851 als »Klasse für sich« auf. Die »besitzenden Klassen«, schreibt Mason, »verloren […] jeden Sinn eines kollektiven Interesses. Das kollektive Interesse des kapitalistischen Wirtschaftssystems löste sich in der Zeit von 1936–1939 schrittweise in eine reine Anhäufung von Firmenegoismen auf; die Firmen […] marschierten getrennt und fielen zusammen. Zum Interpreten des Interesses der Wirtschaft wurde, dank ihrer finanziellen Macht, die öffentliche Hand, d. h. dieselbe Institution, die auch die Außenpolitik bestimmte.«[11] Der Primat der Ökonomie wurde durch einen neuartigen Primat der Politik, in deren imperialen Sog nun auch das Kapital geriet, abgelöst. Mason konnte dabei bereits auf die Untersuchungen von Neumann und Fraenkel aus den 1930er-Jahren zurückgreifen, die gezeigt hatten, wie sich die Staatsgewalt im Nationalsozialismus zunächst in einen Norm- und einen Maßnahmestaat parzelliert und der Maßnahmestaat schließlich zur Autodestruktion der Staatssouveränität geführt hatte. Mit der Unterscheidung von Norm- und Maßnahmestaat entwickelte Fraenkel die von Marx im Zusammenhang mit Pressezensur und Belagerungszustand verwendete Unterscheidung von »Gesetz« und »Repressivmaßregel« (117) weiter und baute sie zu einem Instrument der Analyse des faschistischen Doppelstaats in Deutschland aus.[12] Vor allem Neumann zeigt, wie der Doppelstaat sich mit fortschreitender Vernichtung der Gesetzesherrschaft in einen Pluralismus politischer Gewalten fragmentiert, die sich vollständig vom Staat losreißen und dessen nationale Souveränität zerstören.[13] Der an den souveränen Nationalstaat und

11 Tim Mason: Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument 41, 1966, S. 473–494, hier 484f.

12 Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat, in: ders.: Gesammelte Schriften 2, Baden-Baden 1999, S. 33–266.

13 Fraenkel analysiert den Status quo Mitte der 1930er-Jahre mit dem richtigen Resultat, dass der Maßnahmestaat seine Legitimationsressourcen im Rechts- oder Normstaat hat; Neumann analysiert es dynamisch als Entwicklungsprozess des Regimes, in dem der Maßnahmestaat eine imperiale Tendenz zur Selbstradikalisierung (Mommsen) hat und Zug um Zug den Normstaat vernichtet und damit am Ende sich selbst.

die Dominanz der Exekutivgewalt gebundene Bonapartismus des 19. wandelt sich im Faschismus des 20. Jahrhundert zu einer vollends entstaatlichten Form imperialistischer Herrschaft.[14] Dieser Prozess der faschistischen Entstaatlichung des Politischen lässt sich aber nicht mehr ausschließlich auf Ideen, Intentionen und Interessen von Klassen, Klassenfraktionen oder sonstiger Akteuren zurückführen und ist deshalb auf eine ergänzende strukturfunktionalistische Analyse der Staatsmacht angewiesen.[15]

IV

Zwischen den Polen Funktionalismus und Instrumentalismus bewegt sich die in den 1960er- und 1970er-Jahren geführte Debatte des akademischen Marxismus über den kapitalistischen Staat. Während Autoren wie Ralph Miliband die instrumentalistische Theorie soziologisch beerbten, entwickelte Nicos Poulantzas im Anschluss an Louis Althusser eine vollständig entsubjektivierte, strukturalistische Staatstheorie. Miliband hat die soziale Bindung des staatlichen Führungspersonals an die oberen Etagen der Eigentümergesellschaft ebenso untersucht wie die ideologischen und affektiven Bindungen der Unterklassen an die Staatsführung, um zu erklären, warum die Weltrevolution auf sich warten lässt. Das Telos der Geschichte reduziert sich dabei jedoch nur auf die empirisch gehaltlose Alternative Sozialismus oder Barbarei.[16] Poulantzas hingegen glaubt gute theoretische Gründe dafür zu haben, dass es auf die Ergebnisse empirischer Forschung sowieso nicht ankommt.

Grund des strukturalistischen Reduktionismus ist der von Marx abweichende Klassenbegriff. Georg Lukács hat um 1920 die soziale »Klasse an und für sich« von der sozialen »Klasse an

14 Franz Neumann: Behemoth, Frankfurt a.M. 1986.

15 Zur Verwendung der Bonapartismuskonzeption für die Faschismusanalyse siehe den Beitrag von Gerd Wiegel in diesem Band.

16 Ralph Miliband: Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1975; Ralph Miliband: Marx and the State, in: Socialist Register 1965, S. 278–296.

sich« unterschieden.[17] Während sich die Klasse an sich soziologisch *beobachten* und an Hand bestimmter Kriterien wie Einkommen, Stellung im Produktionsprozess usw. nachweisen lässt, *versteht sich* die Klasse für sich *selbst* als Klasse und handelt organisiert. Sie ist die materialistische Gestalt des idealistischen Subjekts. Das geht unmittelbar auf Marx zurück. Er hatte im »Achtzehnten Brumaire« die Stellung einer sozialen Klasse zum Parlamentsgesetz zum Kriterium der Unterscheidung von Klasse an sich und Klasse für sich gemacht. Wer sich im Parlament vertreten und damit die Gesetzgebung beeinflussen kann, ist eine Klasse an und für sich, wer hingegen wie die Bauern durch einen »Herrn« vertreten »werden« muss, ist lediglich eine Klasse an sich (119). Nicht anders im Spätwerk. Im 8. Kapitel des »Kapitals« macht Marx den »Kampf um den Normalarbeitstag« und die »Zehnstundenbill« zum Kriterium der Bildung des Proletariats von einer diffusen, politisch passiven, in Betriebe zersplitterten und atomisierten Klasse an sich zur politisch organisierten, national vereinheitlichten, auf die Internationale zulaufenden Klasse für sich.[18] In einem Brief an den in New York lebenden Freund Friedrich Bolte von 1871 unterscheidet Marx dementsprechend die bloß ökonomischen, unpolitischen Lohnkämpfe der Arbeiter (Klasse an sich) vom politischen Klassenkampf (Klasse an und für sich): »Z. B. der Versuch, in einer einzelnen Fabrik oder auch in einem einzelnen Gewerk, […] von den Kapitalisten eine Beschränkung der Arbeitszeit zu erzwingen, ist eine rein ökonomische Bewegung, ein Achtstunden- etc. *Gesetz* zu erzwingen, ist eine *politische* Bewegung.«[19] Im ökonomischen Kampf geht es um bessere Arbeitsverträge vor Ort, im politischen Kampf um die Änderung der bestehenden Parlamentsgesetze.

In der strukturalistischen Staatstheorie gibt es nur noch Klassen an sich und einen kapitalistischen Staat, der das

17 Georg Lukács: Geschichte und Klassenbewusstsein, Amsterdam 1967.

18 Karl Marx: Das Kapital, Bd. I, MEW, Bd. 23, S. 294ff., 315ff.

19 Karl Marx: Brief an Friedrich Bolte vom 23. November 1871, MEW, Bd. 33, S. 332; vgl. auch Stuart Hall: The »Political« and the »Economic« in Marx's Theory, in: Alan Hunt (Hrsg.): Class and Class Structure, London 1977, S. 15–60, hier 36f.

öffentliche Interesse des Kapitals bzw. der Kapitalistenklasse an sich vertritt, auch wenn diese es nicht weiß, nicht will oder nicht die Macht hat, es durchzusetzen. Der Staat muss seine Funktion, die kapitalistische Gesellschaft mit der zu ihrer Selbsterhaltung nötigen Macht auszustatten, erfüllen, und diese Funktion ist unabhängig von der Konstellation der jeweils artikulierten Klasseninteressen. Die vielen Erscheinungsformen von Politik und Recht – sozialdemokratische, bürgerliche oder faschistische Politik, bonapartistische oder parlamentarische Regimes, allgemeines oder Zensuswahlrecht, Klassenjustiz oder egalitäre Sozialgesetzgebung – sind ebenso viele *funktionale Äquivalente* für ein und dieselbe Staatsfunktion. Der empirisch feststellbare politische Einfluss der Bourgeoisie ist für die Kennzeichnung »kapitalistischer Staat« ebenso irrelevant wie die ökonomische Interessenlage und soziale Herkunft der führenden Politiker. Für Poulantzas sind soziale Klassen und politische Staatsapparate nichts anderes als »Träger objektiver Funktionen, die durch ihre gesellschaftliche Lage und Stellung bestimmt werden«.[20] Diese von einem Staat, der von der Bourgeoisie als Klasse unabhängig ist, für die Selbsterhaltung des Kapitals erfüllten Funktionen bezeichnet Poulantzas als »relative Autonomie« des Staats. Die vollständige Abhängigkeit des Staats vom Kapital wird durch die ebenso vollständige Unabhängigkeit des Staats vom empirischen Interesse der Bourgeoisie überhaupt erst möglich. Den Erkenntnisgewinn, der in der für die Systemautonomie des Staats konstitutiven Gleichzeitigkeit von Abhängigkeit und Unabhängigkeit liegt, verspielt Poulantzas aber gleich wieder, indem er diese Autonomie relativiert, um sie starr an das objektive Klasseninteresse der Bourgeoisie zu koppeln. Dadurch wird die interesseninvariante Erfüllung der Staatsfunktion auf eine nicht mehr nachvollziehbare Weise mit dem höheren Interesse der Bourgeoisie harmonisiert. Aus der Perspektive der *begrifflich* vorausgesetzten Einheit in der Differenz von gesamtgesellschaftlicher Funktion und

20 Barry Hindess: Politics and Class Analysis, Oxford 1987, S. 31.

kollektivem Herrschaftszweck erscheint dann jede sozialwissenschaftliche Theorie, die den apriorischen Zusammenhang von Funktion und Herrschaft zu einer *empirischen* Frage herabstuft, überdies als bürgerliche Ideologie.[21] Die ebenso radikale wie innovative strukturalistische Revision des Marxismus lässt diesen zu einer positiven Theologie erstarren, die ihrerseits gegen jede Revision immun ist.

Gegen die instrumentelle Staatssoziologie Milibands hat Stuart Hall einen auf den »Achtzehnten Brumaire« zurückgehenden, treffenden Einwand formuliert, der auch einen Ausweg aus der falschen Frontstellung Instrumentalismus vs. Strukturalismus bzw. Intentionalismus vs. Funktionalismus erkennen lässt. Die Übersetzung sozioökonomischer in politisch organisierte Interessen verändert diese Interessen so, dass sie nicht mehr in die Sprache der sozialen Interessen zurückübersetzt werden können. Genau daran zeigt sich die funktionale *und* normative Autonomie des Politischen: »Sowie soziale Klassen politisch handeln, haben ihre Handlungen politische Folgen; sie lösen Probleme (ziehen Konsequenzen, erzielen Ergebnisse, haben Folgen), die sich nicht eins zu eins in ihre ursprüngliche Klassenlage zurückübersetzen lassen.« Hall, der auch im Werk von Marx die Auflösung des linearen Revolutionsmodells und der Korrespondenz zwischen sozialer Basis und politischem Überbau beim Wechsel vom »Manifest« zum »Achtzehnten Brumaire« beobachtet hat, kommt zu dem Schluss, dass Politik und Wirtschaft »aneinander gekoppelt sind, aber nicht dasselbe sind«.[22]

Mit dem letzten Argument findet der Marxismus zu jenem »rückhaltlos revisionistischen« (Habermas) Selbstverhältnis zurück, das für Marx ebenso selbstverständlich war wie für jede moderne Wissenschaft. In seinem Buch »State Theory«, das 1990 – passend zur Jahreszahl – die orthodox dominierte Debatte abschloss, hat Bob Jessop aus dem Scheitern aller Ver-

21 Nicos Poulantzas: Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt a.M. 1980, S. 282ff., 287, 289, 313, 349ff.; Nicos Poulantzas: Faschismus und Diktatur, München 1973, S. 61ff.

22 Hall: The »Political«, S. 47, 50, 52.

suche, Politik, Recht und Staat über Rückzugspositionen wie »relative Autonomie« doch noch »letztinstanzlich« (Engels) aus der kausalen Steuerung durch das Wirtschafts- und Klassensystem der Gesellschaft abzuleiten, die Konsequenz gezogen. Die Grundannahmen des historischen Materialismus lassen sich sozialwissenschaftlich nur halten, wenn man die These von der relativen Autonomie des Staats preisgibt. Das politische System ist autonom oder es ist nicht autonom: »Autonomy cannot be relative.«[23] Die kaum bestreitbare Beeinflussung politischen Handelns durch mächtige Wirtschaftsinteressen ändert so wenig etwas an der *funktionalen Autonomie* des politischen Systems wie die empirisch gut beobachtbare Beeinflussung der Rechtsprechung durch eine hegemoniale Kultur, die zu Klassenjustiz und rassistischer Verzerrung führen kann, etwas an der funktionalen Autonomie des Rechtssystems ändern würde. Auch direkte Determination des Handelns durch Bestechung von Politikern und Richtern ändert nichts daran, dass jedes soziale oder ökonomische Motiv in die Sprache der Politik oder des Rechts übersetzt und dadurch der unberechenbaren Eigenlogik des politischen oder juristischen Diskurses ausgeliefert ist. Die Evolution entzieht sich nicht nur den Plänen zu ihrer revolutionären Vollendung, sie lässt sich auch nicht von einem »übergreifenden« (Hegel) Funktionssystem determinieren, obwohl es solche (singulären und strukturellen) Übergriffe gibt. Das gilt auch für die Logik institutionalisierter praktischer Diskurse.[24]

V

Schon an Trotzkis Theorie des Politischen fällt auf, dass sie sich – bei aller radikalen Kritik am Stalinismus – mit diesem in der kompromisslosen Ablehnung der parlamentarischen Demokratie einig war. Was Trotzki und die Trotzkisten am Stalinismus kritisieren, ist nicht die Diktatur des Proletariats

23 Bob Jessop: State Theory. Putting the Capitalist State in Its Place, Cambridge 1990, S. 102.

24 Jürgen Habermas: Theorie und Praxis, Frankfurt a.M. 1971, S. 31ff.

und ihrer Avantgarde, sondern die Korruption dieser Diktatur durch bürokratische Herrschaft. Die eigentliche Wurzel dieser Theorie ist der Leninismus. Er bildet den verfassungstheoretischen Kern der marxistischen Orthodoxie. Trotzki und die meisten Leninisten, deren überragende intellektuelle Figur zweifellos der früh in Ungnade gefallene idealistische Marxist Georg Lukács war, haben die Diktatur des Proletariats als Diktatur der revolutionären Avantgarde verstanden.[25] Auch wenn die Diktatur des Proletariats bei manchen westlichen Leninisten nur ein anderer Name für eine nicht parlamentarische, etwa durch Räte und/oder Referenden organisierte Demokratie sein sollte, so ist doch zumeist von vornherein klar, dass sie als demokratische Diktatur des Proletariats auf dem Ausschluss derer basiert, die nicht ins homogene Bild einer sich selbst befreienden Arbeiterklasse passen.

In der Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg haben jedoch sozialdemokratische Politiker wie Karl Kautsky gegen Lenin darauf bestanden, dass der demokratische Rechtsstaat nicht nur mit der Lehre von Marx vereinbar, sondern eine unabdingbare Voraussetzung jeder Form des Sozialismus oder Kommunismus ist, der den Namen verdient. Kautsky, der Marx und Engels noch gekannt hat, verstand sich selbst als revolutionärer Marxist und Politik als Klassenkampf. In seinem 1911 erschienenen Buch »Parlamentarismus und Demokratie« redet er auch von der Diktatur des Proletariats, für ihn ist das aber die demokratisch parlamentarische Mehrheitsherrschaft der Partei des Proletariats, die an die verfassungsmäßige Herrschaft des Gesetzes gebunden ist.[26] Den Wechsel der sozialdemokratischen Opposition auf die Regierungsbank versteht er als reversiblen Wechsel von der Diktatur der Bourgeoisie zur Diktatur des Proletariats. Das Scheitern der Pariser Kommune hat Kautsky auf das Fehlen eines demokratischen Staats vor 1871 zurückgeführt und daraus den Schluss gezogen, dass die Demokratie eine notwen-

25 Georg Lukács: Methodisches zur Organisationsfrage, in: ders.: Geschichte und Klassenbewusstsein, Amsterdam 1967, S. 298–342.

26 Karl Kautsky: Parlamentarismus und Demokratie, Stuttgart 1911.

dige Voraussetzung des Sozialismus ist. Nachdem Kautsky die bolschewistische Parteidiktatur als Verrat an Sozialismus und Demokratie bezeichnet hatte, hat ihn Lenin mit nachhaltiger Wirkung als Renegaten denunziert. Bis heute wirkt der Bann, zumal Kautsky sich auch mit der national gesonnenen, sozialdemokratischen Rechten überworfen hatte, die ihm eine für Deutschland ungünstige Dokumentation zur Kriegsschuldfrage nie verziehen hat.

Die soziale Revolution besteht für Kautsky nicht in der Umwälzung und Aufhebung des herrschaftsbegründenden Verfassungsregimes der parlamentarischen Demokratie, sondern erstens (wie beim späten Max Weber) in der Befähigung des Parlaments zur Herrschaft nach Aufhebung der konstitutionellen Monarchie durch eine Verfassungsrevolution (wie es dann 1918 auch passierte), zweitens in einer vollständigen Durchsetzung des Gleichheitsprinzips (egalitäres Wahlrecht, Chancengleichheit und gleiche Rechte für alle Parteien etc. – alles Dinge, die es 1911 in Deutschland noch nicht oder nur mit großen Mängeln gab) und drittens in der politisch initiierten, gesetzlichen Umwälzung der sozialen Eigentumsverhältnisse. Alle drei Punkte sind für Kautsky eng mit dem Klassenkampf verbunden, konnte er doch 1911 beobachten, wie mit der Stärke der Sozialdemokratie die Liebe der liberalen Bourgeoisie zu Rechtsstaat, Demokratie und parlamentarischer Herrschaft abkühlte: »Nur ein politisch Blinder kann heute noch behaupten, das Repräsentativsystem sichere auch unter der Herrschaft des allgemeinen Wahlrechtes die Herrschaft der Bourgeoisie, und um diese zu stürzen, müsse man zuerst das Repräsentativsystem stürzen. Jetzt schon beginnt es offenbar zu werden, dass ein wirklich parlamentarisches Regime ebenso gut ein Werkzeug der Diktatur des Proletariats sein kann, als es ein Werkzeug der Diktatur der Bourgeoisie ist« (59). Und das Folgende liest sich wie eine direkte Konsequenz aus Marx Analysen des »parlamentarische Regimes« (60) und seines Untergangs 1848 bis 1851: »Nicht das Repräsentativsystem zu beseitigen, sondern die Macht der Regierungen gegenüber den Parlamenten zu brechen, gleichzeitig aber auch dem Pro-

letariat zu diesen eine möglichst breite Bahn zu ebnen durch Gleichheit des Wahlrechts, gleichmäßige Einteilung der Wahlkreise, Wahrung des Wahlgeheimnisses, kurze Parlamente, völlige Freiheit der Presse, der Versammlungen und der Vereine, vor allem aber durch Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Staatsangehörigen, die das zwanzigste Lebensalter erreicht haben, das ist eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe um die Erringung der politischen Macht.«[27]

Mit Leninisten und Liberalen teilt der Demokrat Kautsky jedoch ein letztlich instrumentelles Verständnis von Verfassung und Parlament, die auch für ihn *nur* Mittel zum Zweck des Klassenkampfes sind, auch wenn er diesen Mitteln einen quasi-transzendentalen Status der Ermöglichung demokratischer und sozialistischer Politik zuschreibt und aus diesem Grund so heftig gegen die bolschewistische Parteidiktatur protestiert hat.[28] Die aus Rousseau und Hegel sprudelnden Quellen eines nicht-instrumentellen Verständnisses des objektiven Geistes von Verfassungsinstitutionen, die dazu da sind, »die ganze Nation« (17) in ihren »mannigfaltigen Seiten« darzustellen (26), und die *deshalb* ihrer Manipulierbarkeit Grenzen setzen, waren Marx noch ganz selbstverständlich, dem mit Engels' »Anti-Dühring« groß gewordenen Kautsky aber längst fremd geworden.

VI

Zu einem nicht mehr nur instrumentellen Staats- und Verfassungsverständnis fanden erst marxistisch inspirierte Autoren wie Franz Neumann oder Otto Kirchheimer zurück, die die Legalität des demokratisch legitimierten Parlaments der höheren Legitimität des Reichspräsidenten vorgezogen haben.[29] Für Neumann und Kircheimer ist es letztlich die

27 Ebd., S. 121f.; zur Bedeutung der Wahlrechtsreformen für den Klassenkampf des Proletariats auch: Franz Neumann: Die soziale Bedeutung der Grundrechte in der Weimarer Verfassung, in: ders.: Wirtschaft, Staat, Demokratie, Frankfurt a.M. 1978, S. 64.

28 Karl Kautsky: Die Diktatur des Proletariats, Wien 1918.

29 Otto Kirchheimer: Legalität und Legitimität, in: ders.: Politische Herrschaft, Frankfurt a.M. 1967, S. 7–29; Neumann: Die soziale Bedeutung der Grundrechte, S. 63, 74.

demokratische Legitimation der Verfassungsorgane und insbesondere der Legislative, die ihrer Manipulierbarkeit normative Grenzen zieht. Die »offene politische Form« (Kirchheimer) der Verfassung ermöglicht, sofern sie normativ wirksam (und nicht nur nominalistisch oder gar symbolisch) ist, einen radikalen Reformismus, der gewaltsame Revolutionen deshalb überflüssig macht, weil er die Revolutionierung gesellschaftlicher Verhältnisse aus ihrer Naturwüchsigkeit herauslöst und von demokratischer Selbstorganisation im Medium positiven Rechts abhängig macht.[30]

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Wolfgang Abendroth hier angeschlossen und die ordnungspolitische Offenheit des Grundgesetzes demokratietheoretisch interpretiert. Die soziale Revolution ist durch das Grundgesetz legalisiert und an den parlamentarischen Gesetzgeber delegiert worden. Unter Voraussetzung der »gleichberechtigten Beteiligung aller« *und* der gerichtlichen »Sicherung individueller Rechte« werden *alle* inhaltlichen Wertentscheidungen und ordnungspolitischen Vorgaben dem gestaltenden Zugriff des demokratischen Gesetzgebers verfügbar.[31] Die so verstandene Demokratie ist nicht »nur politische Verfassung«, sondern »Verfassung der gesamten Gesellschaft«.[32] Abendroth bleibt freilich an die geschichtsphilosophische Prämisse, die er zumindest mit dem jungen Marx teilt, gebunden, dass die »Versöhnung« der entzweiten bürgerlichen Gesellschaft mit sich durch den Weg des demokratischen Gesetzgebers von der »formalen« zur »sozialen Demokratie« garantiert sei. Deshalb sucht er mit Hermann Heller eine Rückversicherung demokratischer Legitimation bei einem Sozialstaatsprinzip, das er als überpositiven »Rechtsgrundsatz« versteht.[33] Die darin enthaltene »Privilegierung« des proletarischen »Klasseninteresses« verträgt sich aber kaum mit der von Marx im »Achtzehnten Brumaire«

30 Neumann: Die soziale Bedeutung der Grundrechte, S. 60.

31 Wolfgang Abendroth: Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaats im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, in: Ernst Forsthoff (Hrsg.): Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Darmstadt 1968, S. 140.

32 Ebd., S. 139.

33 Ebd., S. 138f., 116f.

beobachteten Logik demokratischer und parlamentarischer Willensbildung, die sich gegen die Instrumentalisierung durch *jedes* Klasseninteresse sträubt. Dann aber müssen auch die letzten geschichtsphilosophischen Rückversicherungen gekündigt und – so die Schlussfolgerung von Habermas aus deren Scheitern – »die Legitimationsbedingungen für das demokratische Gesetz in der Rationalität des Gesetzgebungsverfahrens selber aufgesucht werden«.[34]

34 Habermas: Faktizität und Geltung, S. 559.

Dorothea Schmidt

Marx' Analyse der Klassenbasis von Louis Bonaparte

Ein Faktencheck

Faktenchecks erfreuen sich heutzutage wachsender Beliebtheit und werden bei Fernseh-Talkshows oder Wahlkämpfen angeboten – die Zeitung *Washington Post* erstellt gar »Pinocchio Ratings«. Wäre Karl Marx Gefahr gelaufen, bei einer derartigen Prüfung als Lügner entlarvt zu werden? Dies ist wohl bei einem akribischen Rechercheur und manischen Sammler von Informationen aller Art – beides war Marx als langjähriger Journalist – kaum zu erwarten. Er nahm das gesellschaftliche und politische Leben seiner Zeit sehr genau unter die Lupe, dennoch waren manche seiner Analysen zuweilen nicht frei von politischem Wunschdenken oder zeitgenössischem Ressentiment.

Nach heutiger Einschätzung lieferte Marx in dem 1852 erstmals publizierten Text »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte« eine brillante Darstellung und Interpretation der Ereignisse, die zum Coup d'État von Louis Bonaparte am 2. Dezember 1851 geführt haben. Die Schrift ist zu Recht berühmt geworden und schaffte es 2009 – neben Titeln wie Casanovas »Geschichte meines Lebens« und Kafkas »Schloss« – allein wegen ihrer literarischen Qualität in die »ZEIT-Bibliothek der 100 Bücher«. Für Hauke Brunkhorst »verdichtet sich Marx' politisches Denken« in diesem Text »mit ungeheurer sprachlicher Wucht zu einer Theorie der Revolution, ihres Hauptstücks, der Verfassung, und ihrer Niederlage, der Konterrevolution«.[1]

Beginnend mit der Februarrevolution von 1848 in Paris, die zur Abdankung des Königs Louis Philippe von Orléans und zur Ausrufung der Republik führte, zeichnete Marx nach,

1 Hauke Brunkhorst: Kommentar, in: Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Frankfurt a.M. 2016, S. 133–329, hier 137.

wie die folgende Junirevolution scheiterte und die noch im November desselben Jahres beschlossene Verfassung die Macht auf konfliktträchtige Weise zwischen Parlament und Präsident aufteilte. Die bürgerliche Revolution siegte über die soziale, da die Bourgeoisie nun über das Volk in dessen Namen herrschte und Louis Bonaparte im Dezember zum Präsidenten gewählt wurde. Im folgenden Jahr brach die bürgerliche Mehrheit zugunsten ihrer privaten Interessen und aus Angst vor der »sozialen Republik« die Verfassung und zerstörte das parlamentarische Regime. Das allgemeine Wahlrecht wurde preisgegeben, die Exekutivgewalt siegte über die Legislativgewalt, Louis Bonaparte riss mit dem Staatsstreich die alleinige Macht an sich, führte ein autoritäres Regime ein und ließ sich schließlich genau ein Jahr später, am 2. Dezember 1852, als Napoleon III. zum Kaiser krönen.

Historikerinnen und Historiker wie Charles Tilly und Lynn H. Lees haben betont, dass Marx' Analyse des Juniaufstands zutreffend war.[2] Auch Hauke Brunkhorst attestiert Marx, seine Darstellung der Ereignisse zwischen 1848 und 1852 – in ihrem Aktualitätsbezug eine Pionierarbeit – sei durch die spätere historische Forschung in ihren wesentlichen Punkten bestätigt worden.[3] Das betrifft insbesondere die Identifizierung der wichtigsten Perioden, der Interessen des bürgerlichen Lagers und der konstitutionellen Widersprüche.[4]

Darüber hinaus formulierte Marx Thesen, wie sich gesellschaftliche Gruppen als Klassen formieren und wie sich ihre

2 Charles Tilly/Lynn H. Lees: The People of June, 1848, in: Roger Price (Hrsg.): Revolution and Reaction, London/New York 1975, S. 170–209, hier 201.

3 Brunkhorst: Kommentar, S. 287.

4 Zur Frage, welche Quellen Marx nutzen konnte, vgl. Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe [MEGA], Abt. I, Bd. 11: Werke – Artikel – Entwürfe, Juli 1851–Dezember 1852, Berlin 1985, S. 679ff. Demnach stützte er sich vor allem auf die 1850 (unter dem Pseudonym Daniel Stern) erschienene »Histoire de la révolution de 1848« von Marie d'Agoult sowie auf die Zeitschriften *Le peuple de 1850* und *Voix du Proscrit*, außerdem auf Korrespondenzen des britischen *Economist*. In den folgenden Jahren in Archiven gesammelte offizielle Dokumente, Erinnerungen sowie zeitgenössische Berichte und Statistiken, insbesondere zu den Verhältnissen in der Provinz, standen ihm, anders als späteren Historikerinnen, nicht zur Verfügung.

jeweiligen Interessen in politisches Handeln übersetzen. In der 1871, also rund zwei Jahrzehnte später erschienenen Schrift »Der Bürgerkrieg in Frankreich« bezeichnete er im Rückblick die Diktatur Louis Bonapartes vor dem Hintergrund der damaligen Klassenverhältnisse als »einzig mögliche Regierungsform zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie die Fähigkeit, die Nation zu beherrschen, schon verloren und wo die Arbeiterklasse diese Fähigkeit noch nicht erworben hatte. Die ganze Welt jauchzte ihm als Retter zu.«[5] So hellsichtig diese im »Achtzehnten Brumaire« ausführlich begründete Diagnose auch war, so problematisch erscheint aus heutiger Sicht allerdings die Charakterisierung von zwei (höchst unterschiedlichen) Gruppen, die Marx als die hauptsächlichen Unterstützer des neuen diktatorischen Regimes ausmachte: das Lumpenproletariat und die Bauern.[6] Diese gilt es also, genauer zu betrachten und zu fragen, inwiefern die Kritik daran Marxens Analyse grundlegend infrage stellt.

Die Parzellenbauern: »ein Sack von Kartoffeln«?

Die Basis der Herrschaft von Louis Bonaparte bildete für Marx, und hierin folgen ihm auch viele seiner Kritiker, die »zahlreichste Klasse der französischen Gesellschaft, die Parzellenbauern« (118).[7] Diese behandelte er allerdings als homogene Gruppe: »Die Parzellenbauern bilden eine ungeheure Masse, deren Glieder in gleicher Situation leben, aber ohne in mannigfache Beziehung zueinander zu treten. Ihre Produktionsweise isoliert sie voneinander, statt sie in wechselseitigen Verkehr zu bringen. Die Isolierung wird gefördert durch die schlechten französischen Kommunikationsmittel und die Armut der Bauern. Ihr Produktionsfeld, die Parzelle, lässt in seiner Kultur keine Teilung der Arbeit zu, keine Anwendung

5 Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke [MEW], Bd. 17, S. 313–365, hier 338.

6 Vgl. auch Brunkhorst: Kommentar, S. 288.

7 Die Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf die von Hauke Brunkhorst kommentierte Ausgabe von Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Frankfurt a.M. 2016, S. 7–131; Hervorhebungen sind, sofern nicht anders gekennzeichnet, aus dem Original übernommen.

der Wissenschaft, also keine Mannigfaltigkeit der Entwicklung, keine Verschiedenheit der Talente, keinen Reichtum der gesellschaftlichen Verhältnisse. Jede einzelne Bauernfamilie genügt beinah sich selbst, produziert unmittelbar selbst den größten Teil ihres Konsums und gewinnt so ihr Lebensmaterial mehr im Austausche mit der Natur als im Verkehr mit der Gesellschaft. Die Parzelle, der Bauer und die Familie; daneben eine andre Parzelle, ein andrer Bauer und eine andre Familie. Ein Schock davon macht ein Dorf, und ein Schock Dörfer macht ein Departement. So wird die große Masse der französischen Nation gebildet durch einfache Addition gleichnamiger Größen, wie etwa ein Sack von Kartoffeln einen Kartoffelsack bildet.« (119) Durch ihre Isolierung voneinander seien die Bauern unfähig, ein Klasseninteresse zu formulieren. Das Landvolk lebe »dumpf verschlossen« in einer »alten Ordnung«, wolle sich »mitsamt seiner Parzelle von dem Gespenste des Kaisertums gerettet und bevorzugt sehen«. Insofern repräsentiere es »nicht die Aufklärung, sondern den Aberglauben des Bauern, nicht sein Urteil, sondern sein Vorurteil, nicht seine Zukunft, sondern seine Vergangenheit« (120). Diese Einschätzung entsprach ganz der, die Marx und Engels bereits 1848 im »Manifest der Kommunistischen Partei« vorgenommen hatten. Dort hatten sie mit einer gewissen Befriedigung festgestellt, die Bourgeoisie habe »die Zahl der städtischen Bevölkerung gegenüber der ländlichen in hohem Grade vermehrt und so einen bedeutenden Teil der Bevölkerung dem Idiotismus des Landlebens entrissen«.[8] Spätere Forschungen haben diesem Urteil aus unterschiedlichen Gründen widersprochen.

Zum einen war die französische Bauernschaft zwar auf der nationalen Ebene voneinander isoliert, dennoch lebte sie keineswegs in einem sozialen Vakuum, sondern in hierarchisch strukturierten Gemeinschaften, die sich mehr oder auch weniger von feudalen Verhältnissen entfernt hatten. Auf dem Land gaben die Präfekten (*préfets*), das heißt die Vertreter

8 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW, Bd. 4, S. 459–493, hier 466.

der Zentralregierung auf der lokalen Ebene, zusammen mit den Honoratioren, den Grundbesitzern und Landadeligen (*notables*), den Ton an: »Alexis de Tocquevilles berühmte Schilderung der Aprilwahlen [Wahlen zur Konstituierenden Versammlung 1848; D.S.] in seiner normannischen Heimat verweist auf die Überformung demokratischer Praktiken durch die Loyalitäten, Abhängigkeiten und Autoritätshierarchien traditional geprägter Lebenswelten: Gemeinsam mit ihrem Schlossherren Tocqueville zogen die männlichen Bewohner seines Dorfes zum Wahlort, um dort, nach seiner Ermahnung, sich ›nicht von Leuten, die sie irreleiten wollten, ansprechen oder ablenken zu lassen, sondern im Zug weiterzugehen und zusammen zu bleiben‹, auch gemeinsam die Stimme abzugeben. Fast alle wählten, nach Tocquevilles Vermutung, den Autor dieser Schilderung.«[9]

Auch bei anderen Wahlen machten die Honoratioren ihren Einfluss in vielen Departements geltend, sei es für monarchistische oder republikanische Kandidaten. Louis Bonaparte wurde ebenfalls von Anfang an aus diesen Kreisen unterstützt. Die Turbulenzen im fernen Paris schlugen sich in der Provinz allerdings in wenig konsistenten Mustern der Unterstützung von einzelnen politischen Richtungen nieder.[10] Eine Variante davon war, was Philippe Vigier als Wandel vom *bonapartisme de notables* zum *bonapartisme populaire* beschrieben hat, also eine wachsende Eigenständigkeit der ländlichen Wähler, die häufig auf der Illusion beruhte, dass Louis Bonaparte, anders als alle bürgerlichen Regierungen zuvor, ihre Lage verbessern würde. Viele Bauern protestierten somit gegen den Konservativismus der kleinstädtischen Honoratioren und deren Anspruch, das Landvolk zu leiten; von Bonaparte fühlten sie sich direkt angesprochen. Es war ihr tragischer Irrtum – aber eben nicht ihre »Idiotie« oder ihr Hängen an der »alten Ordnung« –, dass sie sich von der Bevormundung durch die

9 Heinrich Best: Strukturen parlamentarischer Repräsentation in den Revolutionen von 1848, in: Dieter Dowe/Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hrsg.): Europa 1848 – Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 629–669, hier 641.

10 Frédéric Bluche: Le Bonapartisme – Aux origines de la droite autoritaire (1800–1850), Paris 1980, S. 273.

notables befreien, sich also emanzipieren wollten, durch und unter Bonaparte jedoch vom Regen in die Traufe gerieten.[11]

Das bäuerliche Frankreich war zum anderen auch nicht, wie Marx im »Achtzehnten Brumaire« unterstellte, in sich homogen, sondern unterschied sich in Bezug auf die Eigentumsverhältnisse, die Größe des bäuerlichen Besitzes, das Gewicht feudaler Relikte und die Bildung der ruralen Bevölkerung. Wie Marx haben auch andere Beobachter die Zustimmung der Bauernschaft zu Louis Bonaparte mit ihrem Mangel an Bildung erklärt. Doch nach neueren Studien verhielt es sich genau umgekehrt. Sowohl 1815 als auch 1851 war die bonapartistische Anhängerschaft besonders hoch im Nordosten – in Regionen, die den höchsten Grad an Alphabetisierung aufwiesen.[12] Es gab demgegenüber andere Gegenden, in denen man immer schon gegen die Herrschaft des ersten Napoleon gewesen war und die regionale Eigenständigkeit hochhielt, so im Norden, in der Bretagne, im mediterranen Süden und westlich des Rhônetales, wobei besonders bei den Bauern im Süden republikanische Neigungen oft mit sozialistischen einhergingen.[13]

Wie divers die Landbevölkerung nicht nur auf der sozialen und wirtschaftlichen, sondern auch auf der politischen Ebene war, zeigte sich nicht zuletzt in den Reaktionen auf Bonapartes Putsch vom 2. Dezember 1851. Im Zentrum und im Süden kam es in mehreren Regionen – häufig in solchen, die im Mai 1849 demokratisch-sozialistisch gewählt hatten – zu Demonstrationen, Rathausbesetzungen und bewaffnetem Widerstand gegen den Bruch der Verfassung. Der Staatspräsident reagierte prompt, erklärte für die betreffenden Landstriche den Belagerungszustand und ließ Tausende Aufständische umbringen oder verhaften. Diese kamen zu einem erheblichen Teil aus der Bauernschaft, die sich nicht nur für die Republik, sondern

11 Philippe Vigier: Le bonapartisme et le monde rural, in: Karl Hammer/Peter Claus Hartmann (Hrsg.): Le Bonapartisme. Phénomène historique et mythe politique/Der Bonapartismus. Historisches Phänomen und politischer Mythos, München/Zürich 1977, S. 11–21, hier 19; Bluche: Le Bonapartisme, S. 322f.

12 Bluche: Le Bonapartisme, S. 321.

13 Ebd., S. 266f.

– letztlich erfolglos – ebenso für die *soziale* Republik eingesetzt hatte.[14]

Lumpenproletariat und »revolutionäres« Proletariat

Marx charakterisierte die wichtigsten Phasen der politischen Entwicklung vor dem Staatsstreich folgendermaßen (31):

— Mai 1848 bis Juni 1848: Kampf aller Klassen unter Anführung der Bourgeois-Republikaner gegen das Proletariat, Niederlage des Proletariats;
— Juni 1848 bis Dezember 1848: Herrschaft der Bourgeois-Republikaner;
— Dezember 1848 bis Mai 1849: Untergang der Bourgeois-Republikaner.

Den Aufstieg der Bonapartisten führte er dabei auf die dubiose »Gesellschaft des 10. Dezember«[15] zurück, und der Staatsstreich erscheint schließlich als Überrumpelung: »Einer Nation und einer Frau wird die unbewachte Stunde nicht verziehen, worin der erste beste Abenteurer ihnen Gewalt antun und sie sich aneignen konnte« (15).

Marx identifiziert (neben den Bauern) das »Pariser Lumpenproletariat« als weiteren zentralen Unterstützer Bonapartes. In seiner Beschreibung listet Marx einen bunt zusammengewürfelten Haufen von Menschen auf, die offenbar am äußersten Rand der bürgerlichen Gesellschaft lebten: »Neben zerrütteten Roués [Wüstlingen] der Aristokratie mit zweideutigen Subsistenzmitteln und von zweideutiger Herkunft, neben verkommenen und abenteuernden Ablegern der Bourgeoisie Vagabunden, entlassene Soldaten, entlassene Zuchthaussträflinge, entlaufene Galeerensklaven, Gauner, Gaukler, Lazzaroni, Taschendiebe, Taschenspieler, Spieler, Maquereaus

14 Maurice Agulhon: The Republican Experiment, 1848–1852, Cambridge 1983, S. 144ff.; Emile Zola hat diese Ereignisse 1871 in dem Roman »La Fortune des Rougon« verarbeitet.

15 Die »Société du 10 Décembre« wurde 1848 formal als »Hilfskasse auf Gegenseitigkeit« gegründet. Der Name bezieht sich auf das Datum der Wahl von Louis Bonaparte zum Präsidenten und ihr eigentliches Ziel war es, ihn auch weiter zu unterstützen.

[Kuppler], Bordellhalter, Lastträger, Tagelöhner, Orgeldreher, Lumpensammler, Scherenschleifer, Kesselflicker, Bettler, kurz, die ganze unbestimmte, aufgelöste, hin- und hergeworfene Masse, die die Franzosen la Bohème nennen.«

Louis Bonaparte tritt als »Chef des Lumpenproletariats« in Erscheinung, »der hier allein in massenhafter Form die Interessen wiederfindet, die er persönlich verfolgt, der in diesem Auswurfe, Abfall, Abhub aller Klassen die einzige Klasse erkennt, auf die er sich unbedingt stützen kann« (68f.). Über die Zusammensetzung der »Gesellschaft« ist außer den Karikaturen von Honoré Daumier (der die wenig sympathischen Figuren Ratapoil und Casmajou gestaltete) wenig bekannt,[16] aber den Terminus Lumpenproletariat, der sie charakterisieren soll, benutzten Marx und Engels auch in anderen, vor allem frühen Schriften wie in der »Deutschen Ideologie« oder im »Manifest der Kommunistischen Partei«. Allerdings bezeichneten sie damit sehr unterschiedliche Gruppen, die sie als »parasitär« ansahen und die älteren bzw. überwundenen Stadien der gesellschaftlichen Entwicklung angehörten. In der Geschichte hätten sie keine progressive Rolle gespielt, da sie nur ihre eigenen Interessen verfolgten, als bestechlich galten und von reaktionären Kräften dazu verführt werden konnten, sich gegen das »wahre« Proletariat in seinem Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft zu stellen.

Robert L. Bussard zufolge reproduzierten Marx und Engels mit dem Terminus Lumpenproletariat gängige Stereotypen bürgerlicher Kreise, die entweder das Proletariat insgesamt – oder zumindest große Teile davon – als gefährlich und moralisch verkommen diffamierten. So entwarf der Industrielle Friedrich Harkort als Gegenbild zum »braven Arbeiter« den Arbeiter ohne Ausbildung, ziellos herumwandernd, ohne Bezug zur Religion, früh den Frauen zugewandt und dem Alkohol verfallen.[17] Harkort idealisierte somit den willfährigen und fleißi-

16 Agulhon: The Republican Experiment, S. 128.

17 Robert L. Bussard: The »dangerous class« of Marx and Engels: The rise of the idea of the *Lumpenproletariat*, in: History of European Ideas 6/1987, S. 675–692, hier 677ff.

gen Arbeiter – ebenso wie Marx und Engels den klassenbewussten und widerständigen Proletarier als negatives Gegenstück zum Lumpenproletariat aufbauten. In beiden Fällen handelte es sich um binäre Konstruktionen, die dem »schlechten« Part alle unerwünschten Eigenschaften attestierten. Für Bussard haben Marx und Engels ihre idealen Vorstellungen vom kämpferischen Proletariat zum Maßstab gemacht und diejenigen in der sozialen Wirklichkeit, die diesen Idealen nicht entsprachen, in Denkmustern des Biedermeiers oder des Viktorianismus abgeurteilt.[18] In der Tat hat man den Eindruck, dass Marx, wenn er die Mitglieder der »Gesellschaft des 10. Dezember« als gesellschaftlichen »Auswurf« oder »Abfall« beschreibt, von dem gleichen Schauder ergriffen war, wie ihn damals der aufrechte Protestant und biedere Leiter eines hanseatischen Handelshauses empfunden haben mag. Als soziale Kategorie ist das »Lumpenproletariat« jedenfalls wenig brauchbar.

Schließlich stellt sich noch die Frage, was diese diffuse Gruppe, die Marx neben den Parzellenbauern als wesentliche Stütze des Bonapartismus ansah, mit der ländlichen Bevölkerung zu tun gehabt haben soll, da tiefer gehende Gemeinsamkeiten und Kontakte der beiden Gruppierungen eigentlich schwer vorstellbar sind. An einer Stelle bemüht sich Marx, einen Zusammenhang über die Armut herzustellen: »Die Parzelle liegt nicht mehr im sogenannten Vaterland, sondern im Hypothekenbuch. Die Armee selbst ist nicht mehr die Blüthe der Bauernjugend, sie ist die Sumpfblume des bäuerlichen Lumpenproletariats. Sie besteht größtenteils aus Remplaçants, aus Ersatzmännern, wie der zweite Bonaparte selbst nur Remplaçant, der Ersatzmann für Napoleon ist.« (126) Sehr überzeugend erscheint diese Parallelisierung nicht, und so bleiben die beiden zentralen Gruppen, die den Aufstieg Louis Bonapartes maßgeblich befördert haben sollen, letztlich unverbunden nebeneinander stehen.

Für Marx war der Gegenpart zum Lumpenproletariat das revolutionäre »industrielle Proletariat«. Bereits in der 1850

18 Ebd., S. 687.

erschienenen Schrift »Die Klassenkämpfe in Frankreich« hatte es geheißen: »Die Revolution war erst bei sich selbst angelangt, sobald sie ihren eigenen, originellen Namen gewonnen hatte, und das konnte sie nur, sobald die moderne revolutionäre Klasse, das industrielle Proletariat, herrschend in den Vordergrund trat.«[19] Im zwei Jahre später publizierten »Achtzehnten Brumaire« hielt sich Marx in Bezug auf die tatsächliche Rolle und die Motive des industriellen Proletariats eher bedeckt. Das Proletariat, schrieb er, habe im Februar 1848 »die Waffen in der Hand«, dieser Revolution ihren Stempel aufgedrückt und sie als »*soziale Republik*« proklamiert (16). Die Erklärung der konstituierenden Nationalversammlung, wonach die Forderungen des Pariser Proletariats nichts als »utopistische Flausen« und daher »jetzt zu beenden« seien, habe das Proletariat mit dem Aufstand im Juni desselben Jahres beantwortet, »dem kolossalsten Ereignis in der Geschichte der europäischen Bürgerkriege« (18). Doch dieser Aufstand wurde gewaltsam niedergeschlagen und somit »das revolutionäre Proletariat von dem Terrain vertrieben« (30). Fortan war das Proletariat nur noch in der Defensive. Was aber waren seine Ziele und Forderungen gewesen?

Tilly und Lees zufolge waren die Pariser Arbeiter des Jahres 1848 überwiegend ausgebildete Fachkräfte, zum Beispiel Mechaniker, Metallarbeiter oder Drucker mit relativ hohen Löhnen. Sehr viel schlechter bezahlt waren die Arbeiter und Arbeiterinnen in *sweatshops*, etwa Tischler, Schneider oder Näherinnen, die meist in kleinen Werkstätten oder Zulieferbetrieben arbeiteten. Die Mehrheit aller Arbeitskräfte war überhaupt in kleineren Betrieben oder als Selbstständige auf eigene Rechnung tätig; nur eine Minderheit arbeitete in größeren Betrieben (mit mehr als 20 Beschäftigten) im Metall-, Bau-, Textil- oder Lederverarbeitungsgewerbe sowie beim Eisenbahnbau.[20] Sie waren häufig in *sociétés de secours mutuel* (Arbeiterunterstützungsvereinen) organisiert und gehörten zu den führenden Aktivisten beim Juniaufstand. Neben kürzeren

19 Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich, MEW, Bd. 7, S. 9–107, hier 46.

20 Tilly/Lees: The People of June, S. 175.

Arbeitszeiten forderten sie angesichts steigender Arbeitslosigkeit immer öfter eine aktive Beschäftigungspolitik vonseiten des Staates. Doch statt die im Februar 1848 eingerichteten *ateliers nationaux* – öffentliche Beschäftigungsmaßnahmen, die strikt militärisch organisiert waren – in anderer und besserer Form auszuweiten, wurden die Werkstätten aus Furcht vor sozialistischen Umtrieben geschlossen, was die Arbeiter im Juni im Wortsinn auf die Barrikaden brachte.[21] Sie verlangten eine demokratische und soziale Republik und die Möglichkeit der freien Assoziation der Arbeiter, außerdem dass Abgeordnete und Minister vor Gericht gestellt würden, die Regierung verhaftet und die Armee aus Paris abgezogen werden sollte.[22] Insofern bestätigen spätere historische Arbeiten die Analyse, die Marx 1850 mit den »Klassenkämpfen in Frankreich« vorgelegt hat.[23]

Anders sieht es aus, wenn man betrachtet, was die französischen Arbeiter eigentlich unter der »sozialen Republik« verstanden. Marx behauptete, das Proletariat sei bis zum Juni 1848 »revolutionär« gewesen, habe jedoch nach seiner Niederlage reformistische Irrwege eingeschlagen. »Seine bedeutenderen Führer in der Versammlung und in der Presse fallen der Reihe nach den Gerichten als Opfer und immer zweideutigere Figuren treten an seine Spitze. Zum Teil wirft es sich auf doktrinäre Experimente, in Tauschbanken und Arbeiterassoziationen, also in eine Bewegung, worin es darauf verzichtet, die alte Welt mit ihren eigenen großen Gesamtmitteln umzuwälzen, vielmehr hinter dem Rücken der Gesellschaft, auf Privatweise, innerhalb seiner beschränkten Existenzbedingungen, seine Erlösung zu vollbringen sucht, also notwendig scheitert.« (18) Sollte sich die Arbeiterschaft innerhalb weniger Monate so grundlegend umorientiert haben?

Spätere Forschungen haben gezeigt, dass unterschiedliche Formen von Produktionsgenossenschaften bereits im Lauf der 1840er-Jahre immer populärer wurden. Davon zeugen auch

21 Ebd., S. 180f.
22 Ebd., S. 170.
23 Ebd., S. 201.

viele Diskussionen in Zeitschriften. »Das Ziel von Produktionsgenossenschaften wurde zur vorherrschenden sozialpolitischen Richtung der gesamten republikanischen Bewegung, nicht allein des sozialistischen Flügels. Während die Radikalen der *Réforme* dem Ansatz von Blanc folgten, bevorzugten die Gemäßigten des *National* den etwas liberaleren Sozialismus des *Atelier*.«[24] Gerade die Gelernten sahen in einer »demokratischen und sozialen Republik« eine Möglichkeit, ihre Lage zu verbessern, und fanden hierbei zunächst Bündnispartner in bürgerlichen Kreisen. Dabei hofften sie auch auf staatliche Unterstützung in Form von Aufträgen und Krediten, die ihnen erst gewährt, dann aber wieder gestrichen wurden. Ab Mai 1850 ging die bürgerliche Regierung, die in diesen Organisationen eine wachsende »rote Gefahr« erblickte, dazu über, die Genossenschaften und ihre Dachorganisationen gewaltsam aufzulösen.[25] Die Arbeiterschaft stellte demnach zwar eine starke (und von der Bourgeoisie gefürchtete) gesellschaftliche Kraft dar, war allerdings schon vor 1848 sehr viel weniger revolutionär gesinnt, als Marx das wahrhaben wollte.

Die soziale Basis des Bonapartismus und die ideologische Klammer des Populismus

Wenn Marx die Bauernschaft als hauptsächliche Stütze der bonapartistischen Bewegung identifizierte, trifft das für einen großen Teil davon zu, aber nicht für die Gesamtheit der ländlichen Bevölkerung. Zudem waren ihre Motive andere und entsprangen keineswegs ihrer vermeintlichen Dummheit oder Rückständigkeit: Sie wollten sich vielmehr von herkömmlichen hierarchischen Strukturen befreien – gingen dabei aber den wolkigen Versprechungen von Bonaparte auf den Leim.

Demgegenüber führt die Diagnose, das Lumpenproletariat sei die zweite wichtige Unterstützergruppe Louis Bonapartes gewesen, ganz in die Irre. Sie hat wenig empirische

24 Bernard H. Moss: Parisian Producers' Associations (1830–51). The Socialism of Skilled Workers, in: Roger Price (Hrsg.): Revolution and Reaction – 1848 and the Second French Republic, London 1975, S. 73–86, hier 76.

25 Ebd., S. 76ff.

Fundierung und verstellt den Blick auf die letztlich breite Zustimmung zu Bonapartes Staatsstreich. Diese hatte eine ideologische Grundlage, der Marx keine Beachtung schenkte. Der Appell an »das Volk« war in der zeitgenössischen romantischen Literatur weit verbreitet, ob bei Victor Hugo oder George Sand, und nicht nur sie entdeckten Amateur-Poeten und Liedermacher als neue Quelle der Inspiration, ob diese aus Arbeiterkreisen oder aus der ländlichen Bevölkerung stammten. Frühere Ansichten vom ungehobelten und rohen Charakter der Volksmassen wichen nun, auch als Kritik an aristokratischer Dekadenz, einer romantischen Verklärung »des Volks als Quelle einer neuen und gesunden Kraft«.[26] Diese neue Attraktivität des Volks konnte mit republikanischen und sozialistischen Ideen einhergehen. Sie bot darüber hinaus Anknüpfungspunkte für Bonaparte und seine Anhänger, die sich als nationale Sammlungsbewegung jenseits der Parteien und politischen Lager verstehen wollten, ein Mythos, den sie selbst dann noch hochhielten, als verstärkt formale Organisationsstrukturen entstanden.[27]

Die bonapartistische Bewegung ab 1848 schrieb sich zunächst die drei Ziele Ordnung, Autorität, *Antisozialismus* auf ihre Fahne. Nach der Wahl von Louis Bonaparte zum Staatspräsidenten änderte sie ihre Stoßrichtung. Nun hießen ihre Parolen Ordnung, Autorität, *Antiparlamentarismus*. In der ersten Periode mobilisierte sie die arbeitende Bevölkerung, indem sie ihr die Verbesserung ihrer materiellen Lage in Aussicht stellte: gegen die »Geldaristokraten«, für eine progressive Besteuerung und für die Förderung des Eigentums der besitzlosen Klassen. Diese Versprechungen galten vielen als Alternative gegen die »gefährlichen« sozialistischen Projekte, hinderten Louis Bonaparte jedoch nicht daran, sich gleichzeitig als Advokat des Kapitals und des wirtschaftlichen Fortschritts zu präsentieren. Im Laufe des Jahres 1849 traten die Themen Ordnung und Autorität noch stärker in den Vordergrund. Diese Ziele sollten vor allem dadurch garantiert

26 Agulhon: The Republican Experiment, S. 10.

27 Ebd., S. 11; Bluche: Le Bonapartisme, S. 276.

werden, dass man die »Unordnung« des Parlamentarismus überwand und die Macht dem bonapartistischen Retter übertrug, der als direkter Repräsentant des Volkes vollen Zugriff auf die Exekutive haben sollte. Der Bonapartismus konnte bei Linken punkten, weil sie im plebiszitären Programm Bonapartes eine Verwirklichung von Volkssouveränität sowie eine Zustimmung zu ihrem Misstrauen gegenüber den *notables* zu sehen meinten; bei Rechten, weil er die sozialistische Gefahr zu bannen schien und die hergebrachte Besitzordnung garantierte.[28]

Zusätzlichen Auftrieb erhielt der nationale Einheitsmythos durch die von Marx anschaulich beschriebenen Lagerkämpfe in der Ordnungspartei zwischen Orléanisten und Bourbonen, zwischen Finanzsektor, großer Industrie und Großgrundbesitz. Dazu kamen innere Fraktionierungen: »Unter den Bourbonen hatte das große Grundeigentum regiert mit seinen Pfaffen und Lakaien, unter den Orléans die hohe Finanz, die große Industrie, der große Handel, d.h. das Kapital mit seinem Gefolge von Advokaten, Professoren und Schönrednern. Das legitime Königtum war bloß der politische Ausdruck für die angestammte Herrschaft der Herren von Grund und Boden, wie die Julimonarchie nur der politische Ausdruck für die usurpierte Herrschaft des bürgerlichen Parvenüs. Was also diese Fraktionen auseinanderhielt, es waren keine sogenannten Prinzipien, es waren ihre materiellen Existenzbedingungen, zwei verschiedene Arten des Eigentums, es war der alte Gegensatz von Stadt und Land, die Rivalität zwischen Kapital und Grundeigentum.« (40)

Die Anhänger von Louis Bonaparte bestanden zunächst aus alten Kampfgefährten, die er in der Zeit seiner früheren politischen Abenteuer und operettenhaften Putschversuche gegen die Habsburger in Oberitalien und gegen den französischen König Louis Philippe um sich gesammelt hatte; dazu stießen dann ehemalige napoleonische Offiziere sowie Bürgerliche – vor dem Staatsstreich etwa ein Drittel der Abgeord-

28 Bluche: Le Bonapartisme, S. 300f., 329.

neten der Partei der Ordnung –, außerdem Bauern und Arbeiter, die Sympathien für autoritäre Herrschaft hegten. Viele von ihnen engagierten sich für Bonaparte und organisierten in ganz Frankreich Bankette und Wahlveranstaltungen, verteilten Plakate und Broschüren – auch die Biografie des Prinzen – sowie Lieder und Gedichte, in denen er hymnisch gepriesen wurde. Es gab also eine massive Propaganda und Tausende Helfer, deren sozialer Status zweifellos nicht so randständig war, wie Marx ihn den Mitgliedern der »Gesellschaft des 10. Dezember« zugeschrieben hat. Sie entstammten allen möglichen politischen und sozialen Milieus, und es gelang ihnen, für die Präsidentschaftswahlen allein in Paris mindestens 20 Wahlversammlungen mit einer Zuhörerschaft zwischen 2.000 bis 4.000 Personen auf die Beine zu stellen.[29]

Außerdem erschien ab April 1849 unter dem Titel *Dix décembre* eine eigene Zeitschrift, deren Untertitel »Journal de l'ordre« lautete und die darum bemüht war, sich gegenüber Royalisten aller Couleur mit konservativen Ordnungsideen zu positionieren. Gleichzeitig gelang es Louis Bonaparte, auch eine Reihe anderer Zeitungen wie den einflussreichen *Constitutionnel* auf seinen Kurs einzuschwören. Das gilt inzwischen als eines der Schlüsselelemente für die zunehmende Popularität des Präsidenten und seiner imperialen Ideen, die im Februar 1848 noch als nostalgische Träumereien einiger weniger Rückwärtsgewandter angesehen worden waren. Die Bonapartisten blieben als Partei zwar meistens schwach, aber Louis Bonaparte selbst und seine plebiszitären Ideen erfreuten sich wachsender Popularität.[30] Außerdem fanden sich auch bei den im Parlament vertretenen Parteien, vor allem bei den Konservativen, immer mehr Abgeordnete bereit, Louis Bonaparte zu unterstützten. Das war nicht ungewöhnlich in einer Zeit, als die Parteien sich ideologisch noch nicht so klar voneinander abgrenzten wie später. Mitgliedschaften und politische Positionen wechselten häufig.[31]

29 Ebd., S. 276ff., 287.

30 Ebd., S. 259, 286f., 296.

31 Agulhon: The Republican Experiment, S. 14.

Bereits die Wahlen vom 19. Dezember 1848, bei denen Louis Bonaparte zum Staatspräsidenten gewählt wurde, belegen die erhebliche Heterogenität seiner Anhängerschaft. Diese umfasste Anhänger des »ländlichen Sozialismus«, die in ihm einen Politiker sahen, der ihnen gegen die Reichen beistehen würde; andere erhofften sich durch ihn einen Sieg des Landes über die Städte; Konservative, wie lokale Honoratioren, Priester oder Legitimisten, versprachen sich von ihm »Ordnung«; ältere, »reine« Bonapartisten hatten sich eine traditionelle Anhänglichkeit an Napoleon bewahrt und träumten von einer Wiederkehr des Kaisertums. Aber mehr als die Hälfte der Stimmen, die Louis Bonaparte bei jenen Präsidentschaftswahlen bekam, stammte von den Linken. Dazu hatte vermutlich seine Schrift »Extinction du pauperisme« (Die Vertilgung des Pauperismus) von 1844 beigetragen, deren Titel sich für viele nach sozialistischem Aufbruch anhörte, während die konkreten Vorschläge zur Bewältigung der Armut weniger bekannt waren. Sie liefen darauf hinaus, auf brachliegendem Grund und Boden militärisch organisierte Arbeitslager einzurichten, um dort Arbeitslose zu beschäftigen.[32] Es waren also nicht, wie Marx mit dem Verweis auf das Lumpenproletariat suggeriert, randständige Gruppen der Gesellschaft, die in Bonaparte ihren Retter erblickten, sondern Angehörige unterschiedlichster Schichten aus der Mitte der Gesellschaft, die dem nationalen Mythos verfielen und auf den »starken Mann« bauten.

Fazit

Trotz der genannten Defizite bleibt der »Achtzehnte Brumaire« eine bahnbrechende Studie. Ihre Stärke besteht unter anderem in der hellsichtigen Analyse der verschiedenen bürgerlichen oder vorbürgerlichen Fraktionen – adeliger Grundbesitz, Handels-, Finanz- und Industriekapital – und ihrer teils recht widersprüchlichen Interessen, die in ihrer Angst vor der »roten Gefahr« zeitweilig einen gemeinsamen Nenner fanden. Folgenreich war auch die Marx'sche These, wonach der

32 Bluche: Le Bonapartisme, S. 250, 268ff., 328.

Staat als Instrument der herrschenden Klassen aufzufassen sei, diese Funktion aber unter Umständen (relativ) autonom gegenüber der Gesellschaft ausübe.[33] Schließlich findet sich in dem Text eine wegweisende Formulierung zum Handeln von Akteuren in einer Gesellschaft, denen Marx sowohl Freiheit wie Abhängigkeit zuschreibt (und dies bei der Schilderung der Ereignisse rund um Bonapartes Staatsstreich plastisch vor Augen führt): »Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorhandenen, gegebenen und überlieferten Umständen« (9).

Lernen kann man aus diesem Text nicht zuletzt, wie unterschiedlich der Begriff des Volkes zu verschiedenen Zeiten verstanden wurde und wird. Wenn Louis Bonaparte damals das Volk anrief, dann ging es um die Überwindung angeblich naturgegebener Trennungen in soziale Klassen, während die Berufung auf das Volk, als dessen authentische Vertreter sich moderne Rechte inszenieren, stets und wesentlich auf der Ausgrenzung von »Anderen« beruht.

Wirft man die Frage auf, bei wem solche Ideologien verfangen haben (und immer noch verfangen), so neigen Intellektuelle häufig dazu, gerade jene Gruppen zu identifizieren, zu denen sie den größtmöglichen sozialen und kulturellen Abstand haben. Das waren für Marx, der sich zuweilen einer gewissen Romantisierung des revolutionären Proletariats hingab, Bauernschaft und Lumpenproletariat. Ähnlich wird heutzutage die Vorliebe für rechte autoritäre Lösungen ganz überwiegend bei jenen Gruppen verortet, die als »bildungsferne Schichten« identifiziert werden (was die Gebildeten auf angenehme Weise entlastet) oder die als »Modernisierungsverlierer« gelten (was die Modernen, die mitten im Leben stehen, mit schulterklopfendem Bedauern quittieren). Ob es um diejenigen geht, die Trump gewählt haben oder mit dem Front National sympathisieren, ob um jene, die sich zur Freiheitli-

33 Bob Jessop: The Political Scene and the Politics of Representation: Periodizing Class Struggle and the State in »The Eighteenth Brumaire«, unter: https://bob.jessop.org.

chen Partei Österreichs (FPÖ) bekennen oder Viktor Orban ihr Vertrauen schenken – die soziale Basis für solche Bewegungen und die Bereitschaft, sie aus Überzeugung oder im Erfolgsfall aus Opportunismus zu unterstützen, ist stets viel breiter und beschränkt sich nicht allein auf diese Gruppen. Die Auseinandersetzung mit rechten Bewegungen muss daher das gesamte Tableau der Gesellschaft in den Blick nehmen: die herrschenden Klassen und ihre unterschiedlichen Weltbilder, die Rolle von Machttechniken und Medien und schließlich die Willfährigkeit der vielen, die sich aus bewegten Zeitläuften heraushalten und das Glück im Privaten suchen wollen.

Gerd Wiegel

Analoge, aber nicht identische Phänomene

Bonapartismustheoretische Ansätze zur Erklärung des historischen Faschismus

Als die Faschisten 1922 in Italien an die Macht kamen, fragten sich kritische Zeitgenossen, mit was für einer Art von politischen Bewegung sie es eigentlich zu tun hatten. Aus welchen ideologischen Wurzeln speiste sich der Faschismus und welche machtpolitische Konstellation ermöglichte seinen Aufstieg und ebnete ihm den Weg zur Macht? Als neuartiges politisches Phänomen trat der Faschismus selbst mit dem Anspruch auf, eine Kraft jenseits der klassischen Gegenüberstellung von rechts und links zu sein und eine dritte, eigenständige Position zu repräsentieren; durch die ideologische Orientierung an den Begriffen Nation, Volk und Rasse wollte er den dominierenden Klassengegensatz von Bourgeoisie und Proletariat zugunsten einer nationalen Volksgemeinschaft überwinden.

Während der Faschismus ideologisch tatsächlich Neues gegenüber Liberalismus, Sozialismus und Konservatismus verkörperte – wiewohl er sich selbstredend in unterschiedlichem Maße bei allen dreien bediente –, war seine machtpolitische und soziale Rolle im Rahmen der nach dem Ersten Weltkrieg (und der Oktoberrevolution) heftig geführten Klassenauseinandersetzung schnell klar. Die Squadren in Italien, die faschistischen Kampfbünde, waren lange, bevor sie an die Macht kamen, auf dem Land die militante Speerspitze der dortigen Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen die Landbesetzungen des ländlichen Proletariats; und auch wenn das Industrieproletariat für seine Interessen kämpfte, ging der Faschismus mit aller Härte gegen die Arbeiterschaft vor. Er sicherte so die ökonomische Basis der Klassenherrschaft der Bourgeoisie bzw. drängte deren Unterhöhlung durch auf Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit zielende Reformen zurück.

Aus der Sicht des Kapitals galten revolutionäre Arbeiterbewegung und reformistische Einschränkung der absoluten Verfügungsmacht des Kapitals gleichermaßen (wenn auch zu unterschiedlichen Zeitpunkten) als Bedrohung von links. Der Faschismus erwies sich als Sicherung gegen diese Bedrohung, wenngleich manche seiner Parteigänger die uneingeschränkte Kapitalmacht verbal ebenfalls infrage zu stellen schienen. In Italien wie in Deutschland wurden jedoch bald nach der Machtübernahme der Faschisten die Vertreter dieses Flügels der faschistischen Bewegung eliminiert.

Der soziale Inhalt faschistischer Politik führte in der orthodoxen kommunistischen Linken um die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) schließlich zu der Annahme, der Faschismus sei wenig mehr als der gewalttätige Erfüllungsgehilfe der herrschenden Klasse zur Sicherung ihrer Macht in einer Situation, in der diese Macht gefährdet sei. Das Kapital nutze, so die verbreitete Sicht, den Faschismus zur Zerschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung, was tatsächlich eine seiner zentralen Funktionen war.

Der Faschismus als Agent des Finanzkapitals[1]

Auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (Komintern) 1935 erklärte ihr Vorsitzender Georgi Dimitroff: »Der Faschismus an der Macht ist [...] die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.« Diese Definition sollte nach dem Zweiten Weltkrieg für die realsozialistischen Staaten verbindlichen Charakter erlangen (von wenigen Ausnahmen einer stillschweigenden Revision in der DDR-Geschichtswissenschaft einmal abgesehen).

Die Dimitroff-Formel stellte das kategorische Ende einer facettenreichen Diskussion um die Einschätzung der reaktionären faschistischen Bewegungen dar, die innerhalb der kommunistischen Weltbewegung seit dem Aufkommen des italienischen Faschismus geführt worden war. Clara Zetkin

1 Vgl. zum Folgenden Guido Speckmann/Gerd Wiegel: Faschismus, Köln 2012, S. 29ff.

zum Beispiel hatte in ihrer Analyse den Aspekt der Massenbewegung hervorgehoben, und Antonio Gramsci war davon ausgegangen, dass der Faschismus in Italien nicht nur ein Instrument des Kapitals sei, sondern durchaus autonome Züge trage. Der kommunistischen Faschismusdiskussion gebührt das Verdienst, als erste die drohende länderübergreifende Gefahr des Faschismus analysiert zu haben. Doch hat sie diese Bedrohung zugleich unterschätzt. Die Charakterisierung der Sozialdemokratie als Sozialfaschisten – mit der NSDAP und SPD gleichermaßen als Herrschaftsinstrumente des Kapitals bewertet wurden – ist beredtes Beispiel hierfür.

Was spricht für und was gegen die Dimitroff-Formel? Zwar haben die großen Unternehmen in Deutschland und in Italien vom Faschismus enorm profitiert, doch daraus abzuleiten, das Finanz- und Großkapital habe sich quasi durch einen »monokausalen Kaufakt« (Eike Hennig) der faschistischen Bewegung bemächtigt und sie an die Macht gebracht, verkennt die Komplexität der historischen Prozesse. Vielmehr waren sowohl die Nazis als auch die italienischen Faschisten nicht diejenigen politischen Akteure, die die Unternehmerschaft bzw. bestimmte Kapitalfraktionen am meisten bevorzugten. Dies waren die herkömmlichen konservativen Parteien, da die Kapitaleigner durch die sozialrevolutionären antikapitalistischen Strömungen innerhalb der NSDAP und der Nationalen Faschistischen Partei (PNF) abgeschreckt wurden. Somit war die Hitler-Bewegung eher die »letzte Hoffnung« (Ian Kershaw) denn Instrument der deutschen Kapitalisten.

Das Finanz- und Großkapital war gleichwohl an der Zerstörung der Weimarer Demokratie beteiligt, weil sie die Verteidiger der parlamentarischen Demokratie – Sozialdemokratie und Gewerkschaften – bekämpften und ihr politisches Ziel eine autoritäre Staatsform war. Gerade im Zuge der Weltwirtschaftskrise wuchs die Bereitschaft der Industrie und des Finanzkapitals, die NSDAP an einer Koalitionsregierung zu beteiligen – vor allem weil sie am deutlichsten für eine gewalttätige Ausschaltung der Arbeiterbewegung stand. Entsprechend wirkten sie auf die politischen Eliten ein.

Auch die Kontakte der Confindustria, dem italienischen Industrieverband, mit Mussolini, die am 28. Oktober 1922, also erst nach der Machtübernahme der Faschisten, zustande kamen, zeigen, dass der Faschismus nicht die seit Langem angestrebte Lösung der Bourgeoisie war. Die großagrarischen Kreise spielten bei der Machtübernahme des Faschismus eine noch größere Rolle als die industriellen Eliten und Bankiers. In Italien förderten die Großagrarier die faschistischen Kampfverbände als präventive Konterrevolution. Ohne das Bündnis mit den konservativen Eliten wären Mussolini und Hitler nie an die Macht gelangt – das ist mittlerweile weitgehend akzeptierter Konsens –, jedoch auch nicht ohne eine Massenbasis, was Dimitroff und seine Nachfolger nicht berücksichtigt haben.

Das zwiespältige Resultat des Faschismus – die Zerschlagung der politischen Macht der Bourgeoisie bei gleichzeitiger Sicherung ihrer sozialen Herrschaft – brachte alternative Deutungen und die Suche nach historischen und theoretischen Vorbildern hervor, die die Faschismusdebatte und die Entwicklung von Faschismustheorien produktiv beeinflusst haben. Die Bonapartismustheorie gehört zu den avanciertesten dieser Ansätze.

Bonapartismustheoretische Erklärungsansätze

Aufstieg und Machtergreifung Louis Bonapartes lagen zu Beginn des Faschismus in Italien erst 70 Jahre zurück und waren insofern zeitgenössischen Interpreten ganz geläufig. Insbesondere Marxens Analyse in seinem »Achtzehnten Brumaire« haben zahlreiche Beobachter des faschistischen Wegs zur Macht als historische Folie genutzt, um den rasanten Aufstieg der neuartigen politischen Formation zu begreifen.

Wolfgang Wippermann führt in seiner ausführlichen Auseinandersetzung mit der Bonapartismustheorie von Marx und Engels[2] zahlreiche Beispiele solcher Deutungsversuche

2 Wolfgang Wippermann: Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels, Stuttgart 1983.

des Faschismus an, die sich schon früh im bürgerlichen wie im sozialistischen/kommunistischen Lager fanden.

Allen Varianten des bonapartismustheoretischen Ansatzes gemein ist die Betonung der eigenständigen Rolle des Faschismus im Rahmen der Auseinandersetzung von Bourgeoisie und Proletariat bzw. von herrschender Klasse und Subalternen. So hat der österreichische Sozialist Julius Braunthal bereits 1922 den Faschismus als »internationale Erscheinung« in demokratischen Ländern mit starker Arbeiterbewegung gesehen, die als »militärisch-gewalttätige Form der Konterrevolution« auftrete. Grund für den Aufstieg des Faschismus seien die durch die Demokratie begünstigten Erfolge der Arbeiterbewegung gewesen. Durch sie sei ein »Gleichgewichtszustand der Klassenkräfte« entstanden, bei dem die Bourgeoisie nach wie vor über die ökonomische Gewalt, das Proletariat aber schon über die »entscheidende materielle politische Gewalt« verfüge. Diesen Zustand habe die Bourgeoisie als unerträglich empfunden, weshalb sie den Faschismus zur Zerschlagung der Demokratie und der Organisationen der Arbeiterklasse nutze.[3]

Gegenüber dieser »Gleichgewichtstheorie« hob die sozialdemokratische Journalistin Oda Olberg die eigenständige Klassenbasis des Faschismus hervor und sah in ihm eine Verselbstständigung der Exekutive. »Deklassierte Schichten der mittleren und kleinen Bourgeoisie« machten diese Klassenbasis aus, wiewohl der Faschismus auch die Interessen der »modernen produktiven Bourgeoisie« vertrete. Aufgrund der eigenständigen Klassenbasis sei der Faschismus mehr als nur der »Handlanger der regierenden Clique«, da er, einmal an der Macht, die Exekutive seinen »Parteizwecken dienstbar« mache und sich so auch gegenüber der herrschenden Klasse emanzipiere.[4] Auch Pietro Nenni, damals Redakteur der sozialistischen Zeitschrift *Avanti,* betonte die auf seiner Massenbasis beruhende Eigenständigkeit des Faschismus, der ähnlich wie Louis Bonaparte in der Situation eines Gleichgewichts

3 Zit. nach: ebd., S. 201f.

4 Zit. nach: ebd., S. 202.

der Klassen an die Macht gekommen sei.[5] Die sozioökonomische Grundlage und deren unterschiedliche Ausprägung in Italien und Deutschland hat der Sozialdemokrat und Sozialwissenschaftler Arkadij Gurland in den Blick genommen. Anders als in Italien könne sich der Faschismus in Deutschland nicht auf die passive Unterstützung von Teilen der verelendeten Landbevölkerung stützen, doch seien es hier die durch die Wirtschaftskrise verelendeten Mittelklassen, die dem Faschismus eine Massenbasis verschafften.[6] Trotz der deutlichen Unterschiede zwischen Italien und Deutschland hinsichtlich ihres kapitalistischen Entwicklungsstadiums ließ sich so mittels bonapartismustheoretischer Fundierung eine vergleichende Faschismustheorie begründen, die – anders als die spätere Dimitroff-Deutung mit ihrer einseitigen Betonung der reaktionärsten und aggressivsten Teile des Finanzkapitals – diese unterschiedlichen Entwicklungsstadien gerade nicht negierte.

Gleichgewicht der Klassen, eigenständige Klassenbasis als Massenbasis in Teilen der Landbevölkerung bzw. Mittelschichten und Verselbstständigung der Exekutive – das waren die entscheidenden Stichworte, mit denen ein Vergleich des aufstrebenden Faschismus mit dem historischen Bonapartismus möglich wurde. Das war ein Ansatz, den Autoren wie August Thalheimer und Otto Bauer jenseits der offiziellen Linie der Kommunistischen Internationale marxistisch weiterentwickelt haben.

August Thalheimer, einer der führenden Theoretiker der KPD, 1928 aus der Partei ausgeschlossen und im Rahmen der Kommunistischen Partei-Opposition (KPO) wirkend, hat in seiner 1928 erschienenen Schrift »Über den Faschismus«[7] gleich einleitend die verwandten Erscheinungsformen von Faschismus und Bonapartismus hervorgehoben, ohne sie

5 Vgl. ebd., S. 203f.

6 Vgl. ebd., S. 204f.

7 August Thalheimer: Über den Faschismus, in: Wolfgang Abendroth/Ossip K. Flechtheim/Iring Fetscher (Hrsg.): Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt a.M./Wien 1967, S. 19–38.

jedoch gleichsetzen zu wollen. Bonapartismus und Faschismus seien analoge, aber nicht identische Phänomene.

Für Thalheimer ist die Analyse der Klassenverhältnisse in einer gegebenen Gesellschaft entscheidend für deren Erklärung. Die Klassenverhältnisse im Bonapartismus wie im Faschismus seien durch ein Gleichgewicht zwischen Bourgeoisie und Proletariat gekennzeichnet, die sich beide erschöpft hätten. In dieser Situation komme es zu einer Verselbstständigung der Exekutive, die die Macht übernehme und so die herrschende Klasse vor dem revolutionären Proletariat rette. »Der Bonapartismus ist also eine Form der bürgerlichen Staatsmacht im Zustand der Verteidigung, der Verschanzung, der Neubefestigung gegenüber der proletarischen Revolution. Er ist eine Form der offenen Diktatur des Kapitals. Seine andere Form, aber nahe verwandte Form, ist die faschistische Staatsform.«[8] Anders als Dimitroff nimmt Thalheimer das komplizierte klassenpolitische Kräfteverhältnis genauer in den Blick. Die Unterscheidung von politischer und sozialer Herrschaft erlaubt es ihm, von einer »offenen Diktatur des Kapitals« zu sprechen und gleichzeitig die Unterordnung auch der Bourgeoisie unter die Herrschaft des Faschismus zu betonen. Im Anschluss an Marx sieht Thalheimer in der Abtretung der politischen Herrschaft dieser Klasse eine Voraussetzung der Sicherung ihrer sozialen Herrschaft. So lässt sich die eigenständige Rolle des Faschismus, der alles andere als ein bloßer »Agent« oder gar eine »Marionette« des Kapitals war, besser erklären.

Mit Blick auf den italienischen Faschismus, vor dessen Hintergrund Thalheimer seine Faschismustheorie entwickelt, präzisiert er die Analogien zum Bonapartismus. »Unverkennbar sind wesentliche Züge gemeinsam mit der bonapartistischen Form der Diktatur: wieder die ›Verselbstständigung der Exekutivgewalt‹, die politische Unterwerfung aller Massen, einschließlich der Bourgeoisie selbst, unter die faschistische Staatsmacht bei sozialer Herrschaft

8 Ebd., S. 28.

der Großbourgeoisie und der Grundbesitzer.« Und etwas später: »Ebenso findet sich Übereinstimmung in der Situation des Klassenkampfes, aus der hier die bonapartistische, dort die faschistische Form der Staatsmacht hervorging. Im Falle des italienischen Faschismus, wie in dem des Bonapartismus, ein gescheiterter Ansturm des Proletariats, darauffolgende Enttäuschung in der Arbeiterklasse, die Bourgeoisie erschöpft, zerfahren, energielos nach einem Retter ausschauend, der ihre soziale Macht befestigt. Übereinstimmung auch in der Ideologie: als Hauptmittel die ›nationale‹ Idee, der Scheinkampf gegen parlamentarische und bürokratische Korruption, Theaterdonner gegen das Kapital usw.«[9] Und schließlich gibt es Analogien ebenfalls hinsichtlich der ideologischen Einbeziehung der Massen durch Nationalismus und Rassismus: »Gleichzeitig will der Faschismus, wie der Bonapartismus, der allgemeine Wohltäter aller Klassen sein: daher ständige Ausspielung einer Klasse gegen die andere, ständige Bewegung in Widersprüchen im Inneren.«[10]

Während August Thalheimer im Klassengleichgewicht und in der drohenden proletarischen Revolution das Motiv sieht, warum die herrschende Klasse bereit ist, ihre politische Macht abzutreten, betrachtet der Austromarxist Otto Bauer in seinen Arbeiten zum Faschismus den erfolgreichen Reformismus als einen Hauptgrund dieser Entwicklung. Bauer hatte schon im Linzer Programm der Sozialdemokratie von 1926 den Aufstieg des Faschismus mit bonapartismustheoretischen Annahmen in den Blick genommen und gefragt, wie sich die herrschende Klasse verhalten werde angesichts der Erfolge, die die Arbeiterbewegung in der Demokratie und mittels Reformen erzielt hatte. Mit Blick auf den Aufstieg des Faschismus kam er in den Worten Richard Saages zu dem Ergebnis, dass Faschismusgefahr dann bestehe, »wenn sich das bürgerliche Lager auch gegen eine demokratisch agierende sozialistische Partei in die Defensive gedrängt fühlt,

9 Ebd., S. 32.

10 Ebd., S. 31.

weil sich das ›Klassengleichgewicht‹ zu ihren Ungunsten verändert oder ihre Profitmaximierung erschwert zu werden droht«.[11]

In seiner Schrift »Zwischen den Weltkriegen« erklärt Bauer, die Etablierung bürgerlicher Demokratie schränke die Herrschaft der Bourgeoisie ein, sodass sie nur noch »unter dem ständigen Druck der Arbeiterklasse« herrsche.[12] In Krisenzeiten kapitalistischer Akkumulation, die gleichzeitig politische Krisen der Demokratie bedeuten, sinke die Bereitschaft der herrschenden Klasse, diesen Zustand zu akzeptieren, und führe zum Bestreben, das relative Klassengleichgewicht zu den eigenen Gunsten aufzuheben. »Die faschistische Diktatur entsteht so als das Resultat eines eigenartigen Gleichgewichts der Klassenkräfte. Auf der einen Seite steht eine Bourgeoisie, die die Herrin der Produktions- und der Zirkulationsmittel und der Staatsgewalt ist. Aber die Wirtschaftskrise hat die Profite der Bourgeoisie vernichtet. Die demokratischen Institutionen hindern die Bourgeoisie, ihren Willen dem Proletariat in dem Ausmaß aufzuzwingen, das ihr zur Wiederherstellung ihrer Profite notwendig scheint.«[13]

Beschrieben Bauer und Thalheimer also die Funktion des Faschismus in ähnlicher Weise, so unterscheiden sich ihre Analysen bei der Frage nach den Gründen für seinen Erfolg. War es nach Thalheim die drohende Revolution, so schreibt Bauer: »Der Faschismus rechtfertigt sich vor der Bourgeoisie gerne damit, er habe sie vor der proletarischen Revolution, vor dem *Bolschewismus* gerettet. In der Tat hat der Faschismus in seiner Propaganda Intellektuelle, Kleinbürger und Bauern gerne mit dem Gespenst des Bolschewismus geschreckt. Aber in Wirklichkeit hat der Faschismus nicht in einem Augenblick gesiegt, in dem die Bourgeoisie von der proletarischen Revolution bedroht gewesen wäre. […] Die Kapitalistenklasse und der Großgrundbesitz haben die Staatsmacht den faschistischen

11 Richard Saage: Faschismus. Konzeptionen und historische Kontexte, Wiesbaden 2007, S. 52.

12 Otto Bauer: Werkausgabe, Bd. 4, Wien 1976, S. 147.

13 Ebd., S. 148.

Gewalthaufen nicht deshalb überantwortet, um sich vor einer drohenden proletarischen Revolution zu schützen, sondern um die Löhne zu drücken, die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse zu zerstören, die Gewerkschaften und die politischen Machtpositionen der Arbeiterklasse zu zertrümmern; nicht also, um einen revolutionären Sozialismus zu unterdrücken, sondern um die Errungenschaften des reformistischen Sozialismus zu zerschlagen.«[14]

Die hier skizzierten Erklärungsansätze von Thalheimer und Bauer spielten in der Politik der kommunistischen Linken gegenüber dem Faschismus so gut wie keine Rolle. Thalheimer wurde aus der KPD ausgeschlossen und konnte nur sehr isoliert im Rahmen der KPO wirken, Bauer hat seine Auseinandersetzung mit dem Faschismus erst im Exil systematisiert. Einfluss auf die kommunistische Analyse des Faschismus hatten sie zu Bauers Lebzeiten kaum und konnten somit der vorherrschenden und in der Dimitroff-Formel kanonisierten Deutung nichts entgegensetzen.

Stärken und Schwächen des Bonapartismusansatzes

Eine der Stärken der Bonapartismustheorie, bezogen auf die faschistische Bewegung, liegt darin, dass sie der Eigenständigkeit des Faschismus, der eben nicht als bloßer Erfüllungsgehilfe des Kapitals in Erscheinung tritt, durch den Hinweis auf seine Klassenbasis Rechnung trägt. Deklassierte Teile der kleinen und mittleren Bourgeoisie werden dieser ebenso zugerechnet wie verelendete Teile der Landbevölkerung (Italien) und der Mittelklassen sowie nicht organisierte Teile des Proletariats. Diese heterogene und auch gegensätzliche Klassenbasis, vom Faschismus zusammengebunden, bildete das Fundament seiner Macht.

Neben dieser sozialen Basis ist das Gleichgewicht der Kräfte ein zweites zentrales Element im Rahmen der Bonapartismustheorie, mit dem das Bündnis zwischen Faschismus

14 Ebd., S. 146f.

und herrschender Klasse sehr viel besser erklärt werden kann als im Rahmen einer »Agententheorie« à la Dimitroff und Komintern. Zumal dadurch wiederum die sehr viel größere Eigenständigkeit des Faschismus auch gegenüber den traditionellen Eliten plausibel gemacht werden kann, die nach Übertragung der politischen Herrschaft an den Faschismus eben nicht mehr frei in ihren Entscheidungen waren.

Hier zeigen sich allerdings auch erste Grenzen des Bonapartismusansatzes. Denn mit ihm sind die im Laufe der Herrschaftszeit des Faschismus immer größer werdenden Unterschiede zwischen Italien und Deutschland kaum mehr allgemein zu fassen. Während die traditionellen Eliten in Italien sehr wohl in der Lage waren, dem Faschismus in der finalen Krise 1943 die Macht zu entziehen, konnte davon in Deutschland spätestens nach der Machtkonsolidierung 1938, als die NS-Führung stärker auch auf die militärische Führung durchgreifen konnte, nicht mehr die Rede sein. Allgemein formuliert: Mit dem Bonapartismusansatz sind die Unterschiede zwischen einem Normalfaschismus und einem Radikalfaschismus[15] nicht zu erfassen.

Dagegen erlaubt dieser Ansatz, unterschiedliche Motive einzubeziehen, warum die Bourgeoisie die politische Macht an den Faschismus überträgt. Ist es bei Thalheimer, wie gesehen, die revolutionäre Bedrohung durch das Proletariat, so macht Bauer den erfolgreichen Reformismus der Arbeiterbewegung für eine solche »Lösung« der Machtfrage verantwortlich. Rückblickend betrachtet, hat Bauers Erklärung größere Überzeugungskraft, denn objektiv war der revolutionäre Zyklus zu Beginn der 1920er-Jahre und erst recht 1933 vorüber. Nicht vorüber waren dagegen die Einschränkungen der kapitalistischen Verwertungsbedingungen des Faktors Arbeit

15 Während die faschistische Durchdringung des Staates in Italien viele Jahre in Anspruch nahm und der politische Einfluss bürgerlich-konservativer und monarchistischer Kreise nie vollständig ausgeschaltet wurde, vollzog sich dieser Prozess in Deutschland in wenigen Monaten und sehr weitgehend. Auch die Umsetzung ideologischer Vorstellungen (Antisemitismus, Rassismus) war in Deutschland weitaus radikaler als in Italien oder anderen faschistischen Regimen. Deshalb wird mit Blick auf Deutschland und Italien (und andere faschistische Regime) zwischen Radikal- und Normalfaschismus unterschieden.

durch eine in Maßen erfolgreiche Arbeiterbewegung, die in Krisenzeiten des Kapitalismus als nicht länger akzeptables Problem erschien.

Während die Bonapartismustheorie für den Aufstieg und die Machterlangung des Faschismus viele produktive Hinweise beinhaltet, kann mit ihr jedoch das Gewaltpotenzial des Faschismus und die neue Form einer totalitären (umfassenden, alle Lebensbereiche durchdringenden) Diktatur nicht erklärt werden. Und auch nicht die in diesem Zusammenhang bedeutsamen Fragen von Rassismus, Antisemitismus, Vernichtungspolitik und totaler Kriegführung.

Aktualisierung des Bonapartismusansatzes?

Nach dem Krieg kam es erst ab den 1960er-Jahren im Rahmen einer linken und in weiten Teilen marxistisch fundierten Faschismustheorie zur Wiederentdeckung und teilweise Weiterentwicklung bonapartismustheoretischer Arbeiten. Niels Kadritzke beispielsweise nimmt die Faschismusanalysen der KPO als Ausgangspunkt für die Beschreibung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie im Nationalsozialismus, wobei ihn weniger die Analogien zum Bonapartismus als vielmehr die Differenzierung der herrschenden Klasse und die daraus erwachsende Eigenständigkeit politischer Herrschaft des Regimes interessieren.[16] Auch andere marxistisch orientierte Autoren wie Alfred Sohn-Rethel und Wolfgang Abendroth haben den Bonapartismusansatz genutzt, um historisch und materialistisch fundierte Analysen des Faschismus voranzubringen. Nach einer kurzen Blüte ist dieser Strang der Faschismusanalyse in der Bundesrepublik seit den 1980er-Jahren jedoch weitgehend abgebrochen.

Der Erklärungsanspruch der Bonapartismustheorie bei Thalheimer, Bauer und anderen ging über den konkreten historischen Fall hinaus und sollte so lange Gültigkeit haben, solange die grundsätzlichen Bedingungen klassenpolitischer Antagonismen gegeben sind. So schreibt Thal-

16 Vgl. Niels Kadritzke: Faschismus und Krise. Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1976.

heimer: »Formen der offenen Diktatur der Bourgeoisie sind also dem Wesen nach keine einmalige Erscheinung: sie sind an ein bestimmtes Gesamtverhältnis der Klassen gebunden und sie kehren periodisch wieder, sobald dies Verhältnis wiederkehrt.«[17]

Angesichts der immer bedrohlicher erscheinenden Erfolge von Parteien einer modernisierten radikalen Rechten, die in mehreren Fällen auch zur Regierungsübernahme dieser Parteien geführt haben, fragt es sich also, ob die Bonapartismustheorie bei der Erklärung dieser Erfolge hilfreich sein kann. Die folgenden Beiträge in diesem Band werden das für die einzelnen Länder untersuchen. Hier soll es abschließend nur darum gehen, die von den Vertretern einer auf den Faschismus angewandten Bonapartismustheorie genannten Kriterien auf ihre aktuelle Nutzbarkeit zu prüfen.

Gleichgewicht der Klassen, eigenständige Klassenbasis des Faschismus und Verselbstständigung der Exekutive – das waren die entscheidenden Stichworte bei der Anwendung der Bonapartismustheorie auf den aufsteigenden Faschismus. Anders als in der Zwischenkriegszeit kann heute zweifellos nicht von einem solchen Gleichgewicht der Klassen gesprochen werden. Ganz im Gegenteil ist in der mehr als ein Vierteljahrhundert andauernden Hegemonie des Neoliberalismus das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital nachhaltig zugunsten des Letzteren verschoben worden. Von einer Bedrohung der Machtstellung der Bourgeoisie, von einer Einschränkung der freien Verfügung über den Faktor Arbeit, von einem durchsetzungsstarken sozialistischen Reformismus, geschweige denn von einer drohenden proletarischen Revolution kann in keiner Weise die Rede sein. Die herrschende Klasse ist also überhaupt nicht in einer Situation, wo sie darauf angewiesen wäre, zum Erhalt ihrer sozialen Herrschaft die politische Herrschaft in die Hände einer bonapartistischen Rechten zu geben. Das schließt jedoch nicht aus, dass eine solche Verschiebung politischer Macht auch ohne den Willen

17 Thalheimer: Über den Faschismus, S. 31.

maßgeblicher Teile der Bourgeoisie vonstattengehen kann, was jedoch Konsequenzen für linke (marxistische) politische Herrschaftstheorien hätte.

Verändert hat sich nicht nur das Verhältnis zwischen den Klassen, verändert hat sich auch die Binnenstruktur der Klassen, namentlich der Arbeiterklasse. Die starken Veränderungen des Klassenzusammenhangs in den letzten drei Dekaden haben zu einer Fragmentierung der Arbeiterklasse und zu einer politischen, ideologischen und auch sozialen Zersplitterung geführt. Diese fortschreitende Zersplitterung einer auch früher nicht homogenen Arbeiterklasse hat den Klassenkampf noch weiter abgeschwächt, der schon durch die partielle ökonomische Teilhabe der Arbeiterklasse – bescheidene Umverteilung und Mitbestimmung im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft – weitgehend stillgestellt worden war.

Während also heute keineswegs von einem Gleichgewicht der Klassen als Voraussetzung bonapartistischer Herrschaft gesprochen werden kann, weist die eigenständige Klassenbasis der modernen radikalen Rechten Überschneidungspunkte zum Bonapartismusansatz auf. Zwar wird gegenwärtig mit dem Verweis darauf, dass größere Teile der Arbeiterklasse die radikale Rechte gewählt hätten – ob in den USA, in Frankreich oder in Deutschland –, das Proletariat gelegentlich als neues »reaktionäres Subjekt«[18] bezeichnet. Sieht man sich jedoch die Wählerschaft dieser Rechten genauer an, dann wird deutlich, dass Angehörige der Mittelklassen – Angestellte, Selbstständige, Kleinunternehmer – den quantitativ größten Teil ausmachen.[19] Dennoch ist es richtig, dass Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Arbeitslose überdurchschnittlich diese radikale Rechte unterstützen. Ähnlich wie im Faschismus und auch im Bonapartismus lässt sich eine äußerst heterogene (Wähler-)Basis der Rechten ausmachen, die ihre Stärke und ihre Schwäche zugleich ist.

18 Micha Brumlik: Vom Proletariat zum Pöbel. Das neue reaktionäre Subjekt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2017, S. 56–62.

19 Vgl. Gerd Wiegel: Ein aufhaltsamer Aufstieg. Alternativen zu AfD & Co., Köln 2017, S. 94f.

Ähnlich der historischen Situationen von Bonapartismus und Faschismus könnte eventuell die sich abzeichnende ideologische Krise der neoliberalen Hegemonie spätestens seit der Finanzmarktkrise 2008 als eine Ursache für den (weiteren) Aufstieg der radikalen Rechten gedeutet werden. Während es bei den abhängig Beschäftigten seit dem »Goldenen Zeitalter« des Kapitalismus (Hobsbawm) einen passiven Konsens zum kapitalistischen Wirtschaftssystem gab, löst sich dieser Konsens gegenwärtig offenbar zusehends auf. Bezogen auf die Arbeiterschaft ist noch einmal an August Thalheimer zu erinnern, der den Anteil des Proletariats am Bonapartismus folgendermaßen beschrieben hat: »Was die Arbeiterklasse anlangt, so macht sie beim Entstehen des Bonapartismus insofern mit, als sie zum revolutionären Sturm auf die bürgerliche Gesellschaft geschritten ist, sie in Furcht und Schrecken gejagt hat, aber sich noch nicht als fähig erwiesen hat, selbst die Gewalt an sich zu reißen und zu halten. Eine schwere Niederlage des Proletariats in einer tiefen sozialen Krise ist also eine der Voraussetzungen des Bonapartismus.«[20] Ist die neoliberale Wende der Sozialdemokratie (»Dritter Weg«) und damit die Preisgabe der klassischen sozialdemokratischen Rolle des Korrektives zwischen Arbeit und Kapital als eine ähnlich schwere Niederlage der abhängig Beschäftigten zu deuten, die eine Neuorientierung nach rechts befördert hat? Auffallend ist jedenfalls, dass der Aufstieg einer modernisierten radikalen Rechten seit dem Ende der 1990er-Jahre mit dieser Veränderung der Sozialdemokratie zusammenfällt.

Schließlich bleibt die Frage nach einer verselbstständigten Exekutive dort, wo die radikale Rechte politische Machtstellungen innehat. Mit Blick auf die strukturellen Einschränkungen westlich demokratischer Standards in Polen und Ungarn (Pressefreiheit, unabhängige Verfassungsgerichte etc.) könnte von einer solchen Verselbstständigung gesprochen werden. In den USA unter Trump gibt es Versuche in diese Richtung, die Niederlagen der Administration bei den Themen Einwande-

20 Thalheimer: Über den Faschismus, S. 21.

rungssperren und Gesundheitsreform (Obama-Care) zeigen jedoch vorerst die Grenzen dieser Entwicklung auf.

Einige Elemente bonapartismustheoretischer Analysen lassen sich sicherlich auf die gegenwärtige Rechtsentwicklung anwenden: die heterogene Klassenbasis der Rechten, die Art der inszenierten, theatralischen Machtausübung (Trump), die scheinbare Überwindung des Rechts-links-Gegensatzes, die antikapitalistische Phrase bei gleichzeitiger Absicherung der Machtverhältnisse. Eine schlüssige Analyse, wie sie Bauer und Thalheimer für den Faschismus vorgelegt haben, kann daraus jedoch nicht abgeleitet werden, nicht zuletzt, weil eine der zentralen Voraussetzungen – das Gleichgewicht der Klassen – nicht gegeben ist.

II Länderanalysen

Ingar Solty

Der 18. Brumaire des Donald J. Trump?

Überlegungen zum Sieg des Autoritarismus in den Vereinigten Staaten

Der Wahlsieg von Donald Trump bei den Präsidentschaftswahlen in den USA im November 2016 hat Sozialwissenschaftler und die allgemeine Öffentlichkeit gleichermaßen aufgerüttelt. Die Frage »Wie war dies möglich?« beschäftigt seither die wissenschaftlichen und publizistischen Debatten. Trumps Sieg lässt sich nicht mit einem Hinweis auf den – von sozialwissenschaftlicher Seite stets bemühten – US-amerikanischen Exzeptionalismus (weg-)erklären, denn er steht im Kontext eines allgemeinen Aufstiegs rechtsautoritär-nationalistischer Kräfte, die gern etwas schwammig als »rechtspopulistisch« bezeichnet werden. Als Politiker entspricht Trump einem neuen Typus des »starken Mannes«, wie er in Russland (Putin), der Türkei (Erdoğan), China (Xi Yinping), den Philippinen (Duterte), Ungarn (Orban), Polen (Kaczyński) und Frankreich (Macron) existiert.[1]

Die »starken Männer« sind Ausdruck einer zugespitzten Personalisierung von Politik und einer Orientierung auf charismatische Führungsfiguren. Sie agieren als neue Cäsaren an gewachsenen Parteienstrukturen vorbei, auf sie sind die Parteienstrukturen mit all ihren Ressourcen zugeschnitten, und sie können nach ihrem Machtantritt – wie z.B. Donald Trump mit seinem Twitter-Account – oft auch an den etablierten Kanälen des politischen Lebens und der Öffentlichkeit vorbei kommunizieren und den direkten Zugang zum (akklamierenden) Volk suchen.

Der Aufstieg des charismatischen Politikertypus markiert eine zeithistorische, politische und ideologische Tendenz, die

1 Rainer Rilling: Strongmen, politische Krieger und Empire. Wo sie zusammenkommen, wird es kompliziert und heftig, in: LuXemburg, Sonderheft »Weltordnungskonflikte«, 2018, S. 34–45.

im Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung von autoritären Herrschaftsformen im globalen Kapitalismus zu sehen ist. Indikatoren für diese Entwicklung sind erstens die Zunahme autoritärer politischer Maßnahmen zur Einschränkung von politischen Freiheitsrechten (z.B. Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit) und das Regieren im Ausnahmezustand.

Zu nennen sind zweitens die autoritäre Durchsetzung der neuen europäischen Wirtschaftsregierung und die zum Teil extralegalen Maßnahmen, mit denen in der Europäischen Union unter offenem Bruch der selbstgesetzten EU-Primärverträge die »Eurokrise« von den europäischen Regierungen bearbeitet worden ist.

Drittens gehört zu diesem Bild die Erosion der Parteien der neoliberal-imperialen Mitte in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Der imperiale Neoliberalismus wird nun sowohl von einem rechtsautoritären Nationalismus, mit dem Donald Trump seinen Wahlsieg errang, als auch von einem neuen, inklusiv-solidarischen und klassenkonfliktorientierten Linkssozialdemokratismus wie ihn Bernie Sanders in den USA oder Jeremy Corbyn in Großbritannien verkörpern, herausgefordert. Beide stellen sie die Alternativlosigkeit der herrschenden Politik infrage und reklamieren gegen die »marktkonforme Demokratie« Formen von politischer Souveränität.

Und schließlich gehört viertens zur Zunahme von autoritären politischen Herrschaftsformen auch eine ideologische Krise der Demokratie. Diese lässt sich am besten an der Desillusionierung vieler organischer Intellektueller der Bourgeoisie im Hinblick auf die Problemlösungskapazitäten der parlamentarischen Demokratie festmachen. Symptomatisch sind die Wandlungen von zwei globalen Leitintellektuellen wie Thomas L. Friedman und Francis Fukuyama, die heute beide von den autoritären Durchsetzungskapazitäten des chinesischen Staates schwärmen.

Die Zunahme autoritärer Herrschaftsformen im Kapitalismus seit dem Beginn der globalen Finanzkrise 2007 reflektiert

sich dabei in der Debatte zur Periodisierung des Kapitalismus und in der Frage, ob der neoliberale Finanzmarktkapitalismus inzwischen von einem »autoritären Kapitalismus« abgelöst worden ist.[2] Die Sozialwissenschaften sind herausgefordert, diese Entwicklung zu deuten, die gesellschaftlichen Ursachen und Triebkräfte zu identifizieren, die für sie verantwortlich sind, und das angemessene theoretische Instrumentarium bereitzustellen.

Kapitalismus und liberale Demokratie – ein schwieriges Verhältnis

In der bürgerlichen, liberalen Mainstream-Politikwissenschaft herrschte lange die Ideologie vor, dass (neo-)liberaler Kapitalismus und Demokratie identisch seien, dass liberalkapitalistische Marktwirtschaften quasi automatisch liberaldemokratische Verhältnisse mit sich bringen. Und selbst als sich der Neoliberalismus in seiner Geburtsstunde in Chile 1973 mit einer autoritären Diktatur verband, argumentierte der neoliberale Vordenker Milton Friedman, nachdem die Verbrechen des Pinochet-Regimes nicht mehr zu leugnen waren, dass seine Zuarbeit für diese Diktatur letztlich eine List der Vernunft gewesen sei, da am Ende (Neo-)Liberalismus und Faschismus inkompatibel seien.

Dieses Selbstbewusstsein ist mit der globalen Finanzkrise jedoch in eine tiefe ideologische Krise geraten. Die Frage der politischen Form des Kapitalismus und genauer: die des Verhältnisses von Kapitalismus und Demokratie – in der marxistischen Theorie seit Jahrzehnten gängig[3] – beschäftigt nun auch wieder die bürgerliche Politikwissenschaft. Bestseller wie Colin Crouchs »Postdemokratie« (2004) und Wolfgang Streecks »Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus« (2013) sind sowohl Ausdruck als auch Urheber der Öffnung der sozialwissenschaftlichen Disziplinen (und insbesondere der Politikwissenschaft) für diese Frage.

2 Frank Deppe: Autoritärer Kapitalismus, Hamburg 2013.

3 Vgl. Ellen Meiksins Wood: Democracy against Capitalism. Renewing Historical Materialism, Cambridge u.a. 1995.

Die Verwandlung der liberalen in eine autoritäre Form der politischen Herrschaft im Kapitalismus ist seit jeher ein zentrales Thema in der kritischen Wissenschaft. In vielen Teilen stützt sich die Diskussion auf die oder leitet sich aus der Marx'schen Analyse von Revolution und Konterrevolution in Frankreich nach 1848 her, die Marx unter dem Titel »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte« veröffentlichte. Sie ist darum auch mit dem Begriff Bonapartismustheorie verknüpft. Im Folgenden soll es darum gehen, die Grundzüge dieser kritischen Debatte über die Rolle und die konstitutionellen Wandlungen des Staates in der konkreten Geschichte des Kapitalismus zu rekapitulieren, um die Frage zu beantworten, inwiefern die Bonapartismustheorie hilfreich ist, wenn es den Aufstieg von Donald J. Trump zum Präsidenten der USA zu erklären gilt.

Die kritische Staatstheorie geht von einem Grunddilemma der Bourgeoisie aus, das sich historisch geltend macht: Die Bourgeoisie war von Anfang an und ist verstärkt im Zuge der Entwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Widersprüche eine Minderheitenklasse. Die Entwicklung des Kapitalismus führt dazu, dass die Klasse der Lohnabhängigen zu einer Mehrheitsklasse wird. Daher lautet eine zentrale demokratietheoretische Frage: Wie herrscht die Bourgeoisie eigentlich unter den Bedingungen einer fortschreitenden Ausweitung des allgemeinen Wahlrechts, das heißt einer sukzessiven Demokratisierung? Wer garantiert, dass die Arbeiterklassenmehrheit die ökonomische Herrschaft der Bourgeoisie nicht auf dem Gesetzeswege beendet, indem sie der Bourgeoisie die Grundlage dieser Herrschaft – nämlich das Privateigentum an den Produktionsmitteln – auf dem Wege parlamentarischer Mehrheiten wegnimmt?

In der marxistischen Debatte wurde die Frage nach der politischen Form des Kapitalismus im Lauf der Geschichte unterschiedlich beantwortet. Lenin ging 1917 noch davon aus, dass die Demokratie die »beste Hülle« des Kapitalismus sei. Die Kritische Theorie vermutete dagegen später, dass der Faschismus und der autoritäre Kapitalismus die adäquate

politische Form der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft seien. Ihr apodiktisches Urteil wurde mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der »Internationalisierung des New Deals«[4] durch die USA grundsätzlich infrage gestellt, waren doch nicht der Faschismus, sondern das allgemeine Wahlrecht und die soziale Demokratie nunmehr die neue Gestalt des Kapitalismus.

Die wechselhafte Geschichte des Kapitalismus verdeutlicht, dass die Behauptung, die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sei untrennbar mit einer liberalen Verfassung und mit der Demokratie verbunden, genauso ahistorisch und falsch ist wie die Behauptung, der entwickelte Kapitalismus könne nur mit autoritären Herrschaftsformen einhergehen. Offensichtlich ist der historische Kapitalismus mit verschiedenen Staatsformen – liberalen wie autoritären – kompatibel. Mit dem griechisch-französischen Staatstheoretiker Nicos Poulantzas gesprochen: »Der Faschismus [stellt] gegenüber der parlamentarischen Demokratie keine abartige Erscheinung dar«; tatsächlich trage »der bürgerliche Staat – und das kapitalistische System – die ›Keime‹ des Faschismus bereits in sich« genauso wie »die ›Keime‹ der Revolution«, weshalb »der Faschismus in keiner Weise mit einer einfachen linearen und notwendigerweise erfolgenden Entwicklung dieser Keime aus sich selbst heraus zu ihrer Reife hin erklärt werden« könne, »ebenso wenig, wie sich die Revolution auf einen solchen linearen Prozess zurückführen« ließe.[5]

Zu welchem Zeitpunkt aber und aus welchen Gründen und angetrieben durch welche gesellschaftlichen Kräfte wandelt sich die politische Form des Kapitalismus? Ist dies dem Zufall überlassen, oder lassen sich Tendenzen identifizieren, in welchen historischen Entwicklungsphasen und Gemengelagen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft sich autoritäre oder liberale Formen durchsetzen?

4 Leo Panitch/Sam Gindin: The Making of Global Capitalism. The Political Economy of the American Empire, London/New York 2012.

5 Nicos Poulantzas: Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, München 1973, S. 59.

Die Marx'sche Bonapartismustheorie

»Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte« zählt neben »Der Bürgerkrieg in Frankreich« und »Die Klassenkämpfe in Frankreich« zu den historisch-politischen Schriften von Marx, die die analytische Überlegenheit der in seinen Frühschriften bis 1845 entwickelten historisch-materialistischen Methode anhand der Realgeschichte der bürgerlichen Gesellschaft unterstreichen sollten. Diese Methode richtete sich dabei explizit gegen die idealistische Geschichtsschreibung und gegen die gängige Auffassung, nach der die Geschichte das Ergebnis des Wollens und der Taten von Einzelpersonen sei. Um die Erklärungskraft des historischen Materialismus zu untermauern, untersuchte Marx die 1848er Revolution und Konterrevolution in Frankreich, die mit der Errichtung des autoritären Staates von Louis Bonaparte endete.

Marx' zentrale These lautete: Der Parlamentarismus war historisch das oberste Ziel und *die* politische Waffe des Bürgertums im Kampf gegen den Feudalismus. Ihr in der Amerikanischen Revolution von 1776 erprobter Schlachtruf war: »No taxation without representation«, das heißt keine Besteuerung ohne ein starkes Parlament, mithilfe dessen das in ihm dominante Bürgertum die Monarchie kontrollieren könne. Die politische Revolution des Bürgertums zur Durchsetzung dieser Machtbegrenzung des Feudalismus war jedoch historisch nicht möglich ohne die sozialen Massen, nicht ohne das traditionelle Kleinbürgertum und die entstehende Arbeiterklasse, die zusammen auf eine Radikalisierung der politischen zur sozialen Revolution drängten. Die Bourgeoisie verzichtete in diesem Falle einer Bedrohung des kapitalistischen Privateigentums auf die parlamentarische Kontroll- und Gesetzgebungsgewalt und beförderte autoritäre Herrschaft zum Schutze des Privateigentums.

Entscheidend war für Marx, dass der Bonapartismus das Ergebnis einer doppelten Schwäche war: Die Bourgeoisie war nicht länger in der Lage zu herrschen, sie war nicht (mehr) hegemonial; zugleich aber waren die Kräfte der sozialen Revolution zu schwach, die herrschenden Verhältnisse wirk-

lich herauszufordern. In dieser Situation entstehe, so seine These, eine autoritäre Herrschaftsform, bei der ein cäsaristischer Herrscher autoritär über, aber auch im Interesse der Bourgeoisie herrsche.

Mehr als nur von kursorischem Interesse ist, dass die Ursprünge des Bonapartismus nicht in Frankreich, sondern eigentlich in den USA liegen. Die USA sind das erste Land, wo sich nach dem Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg die Frage nach der Stabilität der bürgerlichen Herrschaft trotz allgemeinem Wahlrecht stellte. Der Verfassungsprozess beim »Konvent von Philadelphia« hiernach war ein konterrevolutionärer Prozess, der die revolutionären Kräfte und die Tiefe der Demokratie mit dem Mittel der Zentralisierung einzudämmen versuchte. Auf diesem Wege wurden die föderalen Demokratiestrukturen in den einzelnen Bundesstaaten eingeschränkt. Aufstände gegen diese Entwicklung wurden niedergeschlagen. Domenico Losurdo hat aufgezeigt, wie stark sich sowohl Napoleon Bonaparte als auch Louis Bonaparte auf dieses US-Vorbild bezogen – und damit auf das, was sie als die Einschränkung der Demokratie im Interesse der Bourgeoisie gegen die als »kindliche Masse« demokratiepolitisch entrechteten Volksmassen verstanden.[6]

Marx' grundlegende revolutionstheoretische Beobachtung wurde in der auf ihn sich berufenden staatstheoretischen Debatte allgemeiner gefasst: Dass die konkrete Geschichte des Kapitalismus beide Seiten – autoritäre wie liberale Herrschaft – kennt, darauf hat der deutsch-amerikanische Politikwissenschaftler Franz Neumann in seinem einflussreichen Werk »Demokratischer und autoritärer Staat« hingewiesen. Darin wirbt Neumann für einen differenzierten Begriff des Staates im Kapitalismus. Seine historische Argumentation läuft auf den programmatischen Satz hinaus: »Der liberale Staat war immer so stark, wie die politische und soziale Situation und die bürgerlichen Interessen es erforderten. Er führte Kriege und schlug Streiks nieder, er schützte seine Investitionen mit

6 Domenico Losurdo: Demokratie oder Bonapartismus, Köln 2008, S. 107–138.

starken Flotten, er verteidigte und erweiterte seine Grenzen mit starken Heeren, er stellte mit der Polizei ›Ruhe und Ordnung‹ her. Er war stark genau in den Sphären, in denen er stark sein musste und wollte. Dieser Staat, in dem Gesetze, aber nicht Menschen herrschen sollen (die angloamerikanische Formel), dieser Rechtsstaat (die deutsche Formulierung) beruht auf zwei Elementen: auf Gewalt und Gesetz, auf Souveränität und Freiheit [...]. Es gibt keine bürgerliche Rechts- und Staatstheorie, in der nicht Gewalt und Gesetz bejaht sind, wenn auch der Akzent, der auf beide Elemente gelegt wird, je nach der historischen Situation verschieden ist.«[7]

Neumanns zentrale Erkenntnis war also: Es schlagen grundsätzlich zwei Herzen in der Brust der Bourgeoisie und letzten Endes sind die modernen, liberalen (Staats-)Theorien von Thomas Hobbes und John Locke ihr Ausdruck. Und von daher sei auch das allgemeine Gesetz nicht rechtspositivistisch als normenlos zu denken, sondern »in einer von entscheidenden Interessenkonflikten beherrschten Gesellschaft« stets geprägt von einem »zweischneidigen Charakter«.[8]

Franz Neumann führte seine Argumentation von links gegen den bürgerlichen Staat ins Feld; zugleich wurde diese Kritik auch von rechts gegen den Liberalismus gewandt, als Carl Schmitt den »Ausnahmezustand« als den blinden Fleck des liberalen Parlamentarismus identifizierte[9] und von diesem Ausgangspunkt für einen autoritären Staat optierte, der die liberale Herleitung des autoritären Staates bei Thomas Hobbes von ebendieser Herleitung zu säubern suchte.[10]

Trumpismus als Bonapartismus des 21. Jahrhunderts?

Welche Schlüsse lassen sich ziehen, wenn man den neuen Autoritarismus am Beispiel des Trump-Phänomens unter-

7 Franz Neumann: Autoritärer und demokratischer Staat, Frankfurt a.M. 1986, S. 31.

8 Ebd., S. 33, 44.

9 Carl Schmitt: Politische Theologie, 7. Aufl., Berlin 1996.

10 Carl Schmitt: Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes, 3. Aufl., Stuttgart 1995.

sucht? Kann dieses als ein Bonapartismus des 21. Jahrhunderts beschrieben werden?

Der Ausgangspunkt jeglicher Auseinandersetzungen mit den verschiedenen autoritären Staatsformen – Bonapartismus, (Militär-)Diktatur, Faschismus – muss nach Nicos Poulantzas die *politische* Krise sein.[11] In der Tat korrespondiert der Neoliberalismus allgemein mit einer Repräsentationskrise. Joachim Hirsch hat diese 2005 wie folgt beschrieben: »Da grundlegende politische Alternativen bei Wahlen nicht zur Disposition stehen und Politik unter dem Diktat der ›competitive austerity‹ für größere Teile der Bevölkerung eine Verschlechterung der Lebensbedingungen bewirkt, kommt es zu einer Veränderung der politischen Integrations- und Legitimationsmuster. Im Gegensatz zur massenintegrativen ›Volkspartei‹ der fordistischen Ära, die sich mit einer reformistischen Verteilungspolitik zu legitimieren suchte, dominiert im System der medialen Apparateparteien ein populistischer Legitimationsdiskurs. Dieser operiert mit Personalisierungen, Feindbildern, Bedrohungsszenarien und der Konstruktion fiktiver Gemeinsamkeiten, mit denen reale Interessenlagen und Konflikte verschleiert werden und der oft nationalistische und rassistische Züge aufweist. Insbesondere in den kapitalistischen Zentren verdichtet sich dies zu einem Syndrom, das man als Wohlfahrtschauvinismus bezeichnen kann, d.h. die notfalls gewaltsame Verteidigung relativer Privilegien in einer zunehmend ungleicher werdenden Welt.«[12]

Mit der globalen Finanzkrise, die, zwei Jahre nachdem Hirsch dies geschrieben hatte, einsetzte, hat sich die Repräsentationskrise zugespitzt. Dies gilt in besonderem Maße für die USA. Das Vertrauen der US-Bevölkerung in die Institutionen der repräsentativen Demokratie ist erschüttert, zum Zeitpunkt der Trump-Wahl herrschte eine ausgeprägte Anti-Establishment-Stimmung. Diese war auch die Folge

11 Poulantzas: Faschismus und Diktatur, S. 13.

12 Joachim Hirsch: Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg 2005, S. 207.

des Anstiegs der sozialen Ungleichheit und der Erosion der Mittelklassen infolge von Obamas Krisenmanagement. Seit Obamas austeritätspolitischer Wende vom Frühjahr/Sommer 2010 sind die Zustimmungswerte für sämtliche politischen Institutionen auf historische Tiefstände gefallen. Dies gilt insbesondere für den Kongress. Als Obama im Januar 2009 sein Amt antrat, hatten – nach Angaben der einschlägigen Meinungsforschungsplattform RealClearPolitics – 33,4 Prozent der US-Amerikaner eine positive Meinung von der Arbeit des Parlaments und 60,0 Prozent eine negative. Unter Obama wuchs die Unzufriedenheit dann auf 76,3 Prozent Ablehnung und nur 15 Prozent Zustimmung in der Woche vor den Präsidentschaftswahlen an.[13] Die Folge war eine »populistische Lücke«.[14] In diese konnte sowohl Sanders' linker »Populismus« als auch Trumps rechtsautoritärer Nationalismus stoßen.

Trumps Wahl war von den ökonomischen, politischen und (medien-)ideologischen Eliten nicht vorgesehen. Das Gros der Spenden aus den Fortune-100-Konzernen ging auf Clintons Konto, die großen profitorientierten und die öffentlich-rechtlichen Medien unterstützten Clinton und selbst nach seiner Nominierung verweigerte die Mehrheit des Partei-Establishments Trump die Gefolgschaft. Wenige Wochen vor der Wahl meldeten sich sogar 50 außenpolitische Berater der Republikaner in einem Offenen Brief zu Wort, in dem sie Trump als »Gefahr für die [...] nationale Sicherheit« bezeichneten.[15] Der Hintergrund für diese Ablehnung Trumps selbst in seiner eigenen Partei war allerdings weniger Ausdruck der Ablehnung seines Radaurassismus und Radausexismus. Seitens der ökonomischen, politischen und medialen Eliten war sie vielmehr die Folge von Trumps rhetorischer Absage an zwei unantastbare Kernanliegen der dominanten transnational-imperialen Fraktion im US-Machtblock: den »Freihandel« und das Empire zu seiner globalen Durchsetzung.

13 www.realclearpolitics.com/epolls/other/congressional_job_approval-903.html.
14 Jörg Flecker/Sabine Kirschenhofer: Die populistische Lücke, Wien 2007.
15 New York Times vom 8.8.2016.

Trumps Wahl war ein historisches Novum: Erstens haben die USA im Allgemeinen und die Republikaner im Besonderen während der Vorwahlperiode zwar immer wieder (rechte) Graswurzelrevolten erlebt, am Ende des Vorwahlkampfes setzte sich jedoch stets die Parteiführung durch. Mit anderen Worten: Die US-Präsidentschaftswahl 2016 markiert einen Kontrollverlust der Parteielite. Die USA symbolisieren damit eine paradoxe Entwicklung in Mehrheitswahlrechtssystemen: Die Repräsentationskrise führte hier nicht zur Entstehung von kleineren Parteien, sondern zu einer inneren Erosion, bei der die populistischen Kräfte die neoliberal-imperiale »Mitte« mittlerweile sogar in ihren eigenen Institutionen ersetzen könnten. Zweitens endete die Wahl mit der Präsidentschaft des Rechtsaußenkandidaten, während viele Politikwissenschaftler davon ausgingen, dass Wahlen in Mehrheitswahlsystemen in der »Mitte« gewonnen würden, weil radikale Kandidaten zwar ihre Basis begeistern könnten, aber als Polarisierende gemäß der Logik des »kleineren Übels« erdrutschartige Niederlagen kassieren müssten.[16]

Die Trump-Wahl verstärkt so ein Moment des temporären politischen Kontrollverlustes der transnational-imperialen Machtblockfraktion. Die autoritär-nationalistische Rechte – das hat sich seit 2016 gezeigt – ist zunehmend fähig, an die Schalthebel der *politischen* Macht zu gelangen (z.B. Trump, Brexit) oder bis in deren Vorzimmer (z.B. Norbert Hofer, Marine Le Pen). Es ist also zutreffend, von einer politischen Krise auszugehen, die den Aufstieg einer rechtsautoritären Bewegung begünstigt hat. In dieser Hinsicht sind die Voraussetzungen für den Bonapartismus gegeben. Aber wie verhält es sich mit der politischen Herrschaft selbst?

Tatsächlich existieren entscheidende Unterschiede zwischen dem rechtsautoritären Nationalismus von heute und den historischen Vorläufern rechtsextremer Politik und namentlich dem historischen Faschismus. Die erfolgreiche radikale Rechte im 21. Jahrhundert agiert mit einer Rhetorik,

16 Maurice Duverger: Party Politics and Pressure. A Comparative Introduction, New York 1972, S. 22–32.

die sich teils aus dem Arsenal der extremen Rechten des vorigen Jahrhunderts speist. Die pauschale Kritik an »Washington« und an dem vorgeblich eigenen ökonomischen Interessen folgenden Berufspolitikertum etwa ähnelt der Kritik der radikalen Rechten des 20. Jahrhunderts am Parlamentarismus, die das Parlament als ineffektive »Quasselbude« diskreditierte. Gleichzeitig beruft sich die radikale Rechte heute eher im »populistischen« Stil auf einen nicht mehr repräsentierten »Volkswillen« und operiert mit der direktdemokratischen Forderung nach Volksabstimmungen.[17]

Auch an der Macht hat die Trump-Administration sich auf autoritäre Maßnahmen gestützt (Politik der Exekutivanordnungen, Umgang mit gesellschaftlichem Widerstand usw.), ohne jedoch erkennen zu lassen, dass sie mit der parlamentarischen Demokratie selbst brechen wolle. Gleichzeitig sind spezifische Vorhaben der Regierung nicht ohne eine Aushebelung fundamentaler Freiheitsrechte denkbar. Dies gilt vor allem für Trumps Pläne, die elf bis zwölf Millionen Menschen abzuschieben, die – teilweise schon seit Jahrzehnten – im Land leben und arbeiten, aber über keine formale Aufenthaltsgenehmigung verfügen. Eine solche Politik wäre nur mit einer systematischen Verfolgungspolitik mit Appellen an die Bevölkerung, »papierlose« Amerikaner zu denunzieren, mit ausgreifenden Auf-Verdacht-Razzien in Privathäusern und im öffentlichen Raum usw. denkbar. Trotzdem lässt sich die Trump-Administration in dieser Hinsicht bislang nicht mit dem klassischen Verständnis von Bonapartismus begrifflich fassen.

Wie aber steht es mit dem eigentlichen klassenpolitischen Kern des Bonapartismus? Das auf Marx zurückgehende und von marxistischen Theoretikern wie Antonio Gramsci und August Thalheimer weiterentwickelte Bonapartismusverständnis geht von der Annahme aus, dass man von Bonapartismus spricht, wenn die beiden gesellschaftlichen Hauptklassen – Bourgeoisie und Proletariat – sich im Gleichgewicht

17 Geoff Eley: Fascism then and now, in: Leo Panitch/Greg Albo (Hrsg.): The Politics of the Right, London 2015, S. 91–117.

befinden: Die Bourgeoisie ist mit ihren Parteien nicht mehr hegemoniefähig und aus Angst vor dem Kontrollverlust wendet sie sich hin zum Autoritarismus. In den Worten von Nicos Poulantzas: Während der absolutistische Staat eben das »Gleichgewicht zwischen Bourgeoisie und grundbesitzendem Adel« zum Ausdruck gebracht habe, sei der Bonapartismus Ausdruck eines »Gleichgewichts zwischen Bourgeoisie und Proletariat«.[18]

Für die relative Stärke (oder Schwäche) der Arbeiterbewegung lassen sich vier Indikatoren anführen: 1. die Entwicklung des gewerkschaftlichen Organisierungsgrades, das heißt die Qualität der (Gegen-)Machtressourcen der Arbeiterklasse; 2. die Entwicklung der Arbeitskonflikte, das heißt ihre Fähigkeit, diese Gegenmacht auszuüben; 3. die Entwicklung der Realeinkommen, das heißt die Fähigkeit der Arbeiterklasse, ihre ökonomischen Interessen auch materiell durchzusetzen; und 4. die Entwicklung der Vermögens(un)gleichheit, die ja stets auch eine Frage der politischen Einfluss(un)gleichheit ist.

Die Gewerkschaftsbewegung hat in den USA eine – auch im Vergleich zu Westeuropa – dramatische Niederlage erlitten. Der Organisierungsgrad ist seit den 1980er-Jahren nahezu kontinuierlich gefallen: von 24,1 Prozent aller Beschäftigten 1979 auf nur noch elf Prozent 2016. Dabei hat sich eine starke Verschiebung zugunsten des öffentlichen Sektors ergeben; mittlerweile sind fast genauso viele Gewerkschafter hier beschäftigt – in der Verwaltung, im Bildungswesen oder bei der Polizei – wie in der privaten Industrie oder dem privaten Dienstleistungssektor.

Auch haben die USA zwar in den letzten Jahren einige neue Streikbewegungen wie die besonders erfolgreiche Kampagne »Fight for 15 and a Union« in der Fastfood-Industrie erlebt,[19] insgesamt aber hat die neoliberale Wende die Streikzahlen drastisch reduziert – von 2.888 Streiks mit mehr als 1.000 Beschäftigten in den 1970er-Jahren auf 201 Streiks in den 2000er-Jahren.

18 Poulantzas: Faschismus und Diktatur, S. 61.

19 Vgl. Ingar Solty: Von den USA lernen, in: junge Welt vom 30.4./1.5.2015, S. 12f.

Diese Niederlage im Klassenkonflikt hatte wiederum drastische Konsequenzen für die Entwicklung der Realeinkommen. Für Lohnarbeiter ohne Hochschulabschluss befinden sich die Reallöhne seit den 1980er-Jahren im freien Fall; der »Wiederaufschwung« nach dem Höhepunkt der Krise 2009 hat nun auch die Lohnarbeiter mit Hochschulabschluss erfasst.

In Bezug auf Trumps Wahlsieg ist das sozioökonomische Ergebnis der Austeritätsverschiebung der US-Politik bedeutsam. Insbesondere weil Obama die Gewerkschaften nicht aufgewertet hat, um den Abwärtsdruck auf die Reallöhne zu bremsen, war der Arbeitsmarkteffekt – kaum überraschend – dergestalt, dass der »Wiederaufschwung« am Ende seiner ersten Amtszeit die Gestalt einer »(unfreiwilligen) Teilzeit-/Niedriglohn-Epidemie« annahm.[20] Gemäß einer Studie der US-Notenbank befanden sich nur 22 Prozent aller Arbeitsplätze, die mit Beginn der Krise vernichtet wurden, im Niedriglohnsektor. Von allen bei den im Zuge des »Wiederaufschwungs« neu geschaffenen Jobs galt dies jedoch für 59 Prozent.[21] Gerade für die junge Generation, die im Durchschnitt mit rund 26.000 US-Dollar Schulden für einen Hochschulabschluss auf den Arbeitsmarkt drängt, ist dies verheerend und führt zur starken Dequalifizierung der Ware Arbeitskraft. So war nach Angaben des Bureau of Labor Statistics 2013 eine Dreiviertelmillion Hochschulabsolventen Vollzeit in der Fastfood-Industrie beschäftigt und hatten 42 Prozent aller Fastfood-Arbeiter wenigstens eine Hochschule besucht.[22]

Die negative Reallohnentwicklung hat auch die Vermögensungleichheit als eine der Haupttriebkräfte der radikalen Rechten verschärft. Obama hatte 2007/08 Wahlkampf mit einer Kritik an der wachsenden Ungleichheit gemacht, die zu diesem Zeitpunkt den höchsten Stand seit 1929, das heißt seit

20 Mortimer Zuckerman: A Part-Time/Low-Wage Epidemic, in: Wall Street Journal vom 5.11.2012.

21 National Employment Law Project: The Low-Wage Recovery and Growing Inequality, unter: www.nelp.org/content/uploads/2015/03/LowWageRecovery2012.pdf.

22 NBC vom 15.4.2013.

dem Beginn der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre erreicht hatte. Dennoch stieg sie unter Obamas Ägide auf eine neue Rekordhöhe.[23]

Für die USA lässt sich also die bonapartismustheoretische Annahme eines Kräftegleichgewichts der Klassen empirisch nicht untermauern. Im Gegenteil gibt es ein starkes Kräfteungleichgewicht, auch wenn ein gewisser Wiederaufschwung der politischen Linken zu verzeichnen ist und der demokratische Sozialist Bernie Sanders einige Popularität genoss mit seinen Forderungen nach kostenloser Hochschulbildung, kostenloser Krankenversicherung und einem flächendeckenden 15-Dollar-Mindestlohn. Es gab durchaus Hinweise in Umfragen, dass Sanders, wäre er von der Demokratischen Partei als Präsidentschaftskandidat nominiert worden, gegen Donald Trump die Wahl gewonnen hätte. Hierfür sprechen sowohl die allermeisten Umfragen während der US-Vorwahlen als auch entsprechende Umfragen unmittelbar vor den Präsidentschaftswahlen vom November 2016. Gleichzeitig muss konstatiert werden, dass wenigstens in Bezug auf die gesellschaftliche (Gegen-)Macht eher von einer historischen Schwäche der US-Arbeiterbewegung gesprochen werden muss.

Damit könnte man nun meinen, dass die Bonapartismustheorie als Folie zum Verständnis der Trump-Administration unbrauchbar ist. Dies trifft jedoch nur bedingt zu. Ein produktiver Vergleich lässt sich durchaus weiterhin führen. Hierfür ist jedoch eine Einschränkung vonnöten, die Nicos Poulantzas in Bezug auf den Bonapartismusbegriff gemacht hat. In seiner Theorie des autoritären Staates im Kapitalismus hat Poulantzas die Annahme vom Kräftegleichgewicht bei Marx und – daran anschließend – bei Gramsci und Thalheimer kritisiert. Der politische Triumph der radikalen Rechten im 20. Jahrhundert sei nicht das Ergebnis der relativen Stärke der antikapitalistischen Bewegungen gewesen, sondern, im Gegenteil, das Ergebnis ihrer Niederlage. Nicht die Angst der Bourgeoisie vor

23 Emanuel Saez/Gabriel Zucman: Wealth Inequality in the United States since 1913. Evidence from Capitalized Income Tax Data, in: The Quarterly Journal of Economics 131, 2/2016, S. 519–578.

der Linken und dem hiermit verbundenen Privilegienverlust – in Form der Enteignung der Produktionsmittel im Sozialismus oder der regulativen Einschränkungen der Marktkräfte und Redistribution gesellschaftlicher Ressourcen durch den Staat – habe die Bourgeoisie dazu verleitet, die radikale Rechte zu finanzieren und an die Macht zu bringen. Der Sieg des historischen Faschismus sei vielmehr ein Ergebnis des Unvermögens der Linken, in einer Situation der tiefen politischen Krise die Macht zu übernehmen. Poulantzas meint daher, Thalheimer und Gramsci seien »im zentralen Punkt ihrer Konzeption irrig« gewesen: »Weder in Deutschland noch in Italien« habe »der Aufstieg des Faschismus einer politischen Krise des Gleichgewichts« entsprochen, denn »im Augenblick dieses Aufstiegs war die Arbeiterklasse bereits seit Langem besiegt, und diese Niederlage« habe »die Bourgeoisie nicht den Preis eines katastrophalen Gleichgewichts gekostet«.[24]

In diesem Sinne kann die Bonapartismustheorie in Anlehnung an diese kritische Relektüre tatsächlich ein Behelfsmittel sein, um Trumps Triumph zu erhellen. Die Verhinderung von Bernie Sanders als Kandidat in den demokratischen Vorwahlen, das heißt diese linke Niederlage, und die Nominierung von Hillary Clinton als Repräsentantin der transnational-imperialen Fraktion in der US-Bourgeoisie haben den Sieg von Trump und seinem rechtsautoritären Nationalismus ermöglicht. Die politische Schwäche der dominanten transnational-imperialen Kapitalfraktion und die Erosion der Hegemonie der Bourgeoisie hatten einen temporären Kontrollverlust zur Folge. Die politische Schwäche dieser Fraktion wird jedoch von einer ökonomischen Stärke konterkariert. Die Transnationalisierung der kapitalistischen Sozialverhältnisse wirkt als eine normative Macht des Faktischen.

Die bleibende ökonomische Stärke der transnationalisierten Bourgeoisie zeigt sich darin, dass Trump von dieser recht schnell in ihrem Interesse an der (militärisch-)imperialen Aufrechterhaltung und Durchsetzung des globalen (Frei-

24 Poulantzas: Faschismus und Diktatur, S. 63.

handels-)Kapitalismus eingehegt worden ist. Dies drückt sich zum einen in der Zusammensetzung von Trumps Regierung aus. Sie ist gespickt mit Vertretern des (Wall-Street-)Finanzkapitals, des fossilen Energiekapitals und des alten imperialen Außenpolitik-Establishments, das selbst wiederum eng mit der US-Rüstungsindustrie verbunden ist. So ernannte Trump den Vizechef der Wall-Street-Investmentbank Goldman Sachs, Gary Cohn, zu seinem obersten Wirtschaftsberater, den Hedgefonds-Eigner Steven Mnuchin zum Finanzminister und den 2,5 Milliarden US-Dollar schweren Investmentbanker Wilbur Ross zum Handelsminister; außerdem rekrutierte er den Geschäftsführer des Ölkonzerns ExxonMobil als Außenminister und das Vorstandsmitglied einer der größten Ölpipelinekonzerne Rick Perry als Energieminister.

Trump hat mit Ausnahme der unmittelbar nach Amtsantritt erfolgten Abwicklung der Investitionsschutzabkommen TTIP und TPP, die wohl auf den Einfluss seines ökonomisch-nationalistischen Wahlkampfstrategen Steve Bannon zurückgeht, auch realpolitisch von seinem rechtsautoritär-nationalistischen Wahlprogramm nichts umgesetzt. Im Gegenteil, Trumps Realpolitik ist aus bonapartismustheoretischer Perspektive interessant, weil sie und die spezifische Zusammensetzung der Regierung in der Tat die »relative Autonomie des Staates« infrage stellen: Trumps Kabinett setzt sich direkt aus Vertretern partikularer Kapitalinteressen zusammen und seine Wirtschafts- und Sozialpolitik orientiert sich ebenfalls rein an Kapitalinteressen. Hiervon sind einige durchaus sehr partikular und auf die Interessen hinter den einzelnen Kabinettsmitgliedern zugeschnitten. Dazu gehören die massive Deregulierung der Finanzwirtschaft (Abwicklung des Dodd-Frank-Gesetzes) und des Energiesektors (Öffnung von Naturschutzgebieten für die Kapitalakkumulation etc.) sowie die Öffnung nicht inwertgesetzter Bereiche des öffentlichen Lebens für die private Kapitalakkumulation (z.B. in Gestalt der forcierten Privatisierung des öffentlichen Schulsystems).

Zugleich verfolgt die Trump-Regierung ein (markt-)radikales Programm, das einen Frontalangriff auf die übriggeblie-

benen historischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung bedeutet. Hierzu gehören die Kürzung oder ersatzlose Streichung von staatlichen Programmen im öffentlichen Wohnungsbau, in der Bildung und im Umweltschutz sowie die radikale Senkung der Kapital- und Reichensteuern, die weitere Austeritätszwänge nach sich ziehen wird. In diesem Sinne ist es keine Übertreibung, Donald Trump als den Ausdruck einer direkten Kapitalherrschaft über die Arbeit zu verstehen. Die Frage nach dem Verhältnis zwischen direkter und indirekter Herrschaft des Kapitals, das heißt die Existenz oder der Verlust einer relativen Autonomie des Staates, war dabei in der historischen Theorie über den Faschismus als einer Form des autoritären Staates im Kapitalismus vielleicht nicht immer ergiebig, aber in jedem Fall zentral.

Für die Trump-Regierung gilt, dass sie, insofern sie posthegemonial ist, (noch) nicht als Bonapartismus zu beschreiben wäre – zumindest dann nicht, wenn man eine enge Definition des Bonapartismus anlegen will. Dies ist aber durchaus zu problematisieren, denn die Analyse hat die spezifischen historischen Differenzen zu berücksichtigen. Nicos Poulantzas hat darauf hingewiesen, dass »ein Bonapartismus des 19. Jahrhunderts [sich] unterscheidet von einem Bonapartismus des 20. Jahrhunderts, und das gilt ebenso für die Militärdiktaturen und die Faschismen«.[25] Entsprechend wäre eine Weiterentwicklung des Bonapartismusbegriffs für den globalen Kapitalismus im 21. Jahrhundert anzuregen. Womöglich eignet sich hierfür das Konstrukt des »Soft-Bonapartismus«, das Domenico Losurdo vorgeschlagen hat, um die Entkernung demokratischer Institutionen wie der repräsentativen Demokratie bei gleichzeitigem Fortleben ihrer Mechanismen zu beschreiben.[26] Außer Zweifel steht in jedem Fall, dass die Trump-Regierung von einer starken autoritären Tendenz gekennzeichnet ist und das Potenzial für eine bonapartistische Transformation in sich trägt. Eine solche Transformation bzw. ihre konkrete Ausgestaltung wäre durch die kontingente

25 Ebd., S. 13.

26 Losurdo: Demokratie oder Bonapartismus, S. 342–386.

historische Situation in den nächsten Jahren bedingt. Dabei spielt die Frage nach dem Widerstand gegen die Trump-Regierung, der eine solche Transformation herausfordern könnte, eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Bob Jessop

Bonapartismus ohne Bonaparte

Von Thatcher über Blair zum Brexit

Im folgenden Aufsatz gehe ich zwei bonapartistischen Momenten in der britischen Nachkriegsgeschichte nach, die mit den Ende der 1960er-Jahre beginnenden Wirtschaftskrisen sowie der anhaltenden strukturellen Krise des britischen Staates zusammenhängen. Es handelt sich dabei um die Ära Thatcher (1979–1990) und um die Ära Blair (1997–2007). Diese historischen Phasen werden mit der derzeitigen verhängnisvollen Pattsituation in Großbritannien verglichen, in der der Brexit mit seinem Heilsversprechen, das Land aus der chronischen Krise zu führen (während er sie in materieller Hinsicht tatsächlich nur noch vertiefen wird), symbolisch die Funktion von Louis Bonaparte einnimmt.

Der Bonapartismus nach Marx und Gramsci

»Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte« von Marx liefert eine Folie dafür, wie sich die Umstände, die Besonderheiten und die Wirksamkeit von politischen Kämpfen sowie die Spaltungen politischer Kräfte und ökonomischer Klassen analysieren lassen. Der Text veranschaulicht zudem, wie bedeutsam politische Identitäten, Diskurse und Repräsentationsformen sind, in denen der Klassencharakter von Politik zum Ausdruck kommt bzw. entstellt oder verschleiert wird. In diesem beeindruckenden Werk periodisiert Marx den Verlauf des Staatsstreiches von Louis Bonaparte in Frankreich, indem er sich in erster Linie auf die Machtverschiebungen in der Parteienlandschaft, im Parlament und in den Staatsapparaten konzentriert, die von Geschehnissen beeinflusst waren, die sich in gewisser Distanz zum Staat ereigneten.

Marx' Periodisierung liegen mehrere Annahmen zugrunde. Erstens geht er von einer »politischen Bühne« aus, von einer sichtbaren, aber zugleich »imaginären« Welt des

politischen Tagesgeschäfts, das sich vor den Augen der Öffentlichkeit durch die offenen und dezidierten Handlungen von mehr oder minder gut organisierten gesellschaftlichen Kräften vollzieht[1] und weit mehr reflektiert als deren jeweiligen wirtschaftlichen Interessen. Es verfügt über seine eigene Logik und übt zudem Einfluss auf die Klassenbeziehungen aus. Als Zweites betont Marx den sozialen Aspekt des auf dieser Bühne aufgeführten Politikspektakels, der es notwendig mache, sich genauer mit der »rauhen Außenwelt« (173)[2] und dem zu befassen, was »hinter den Kulissen« (140) passiert. Nur so könne der »oberflächliche Schein« durchdrungen werden, »der den Klassenkampf und die eigentümliche Physiognomie dieser Periode verschleiert« (138). Drittens beschreibt Marx im »Achtzehnten Brumaire«, wie sich damals die »institutionelle Staatsarchitektur« in Frankreich und ihre Artikulation gegenüber der Öffentlichkeit wandelte – damit sind Wahlen, das Parlament, die Position des Präsidenten, die Bürokratie, die Verwaltung, das Militär, die von staatlicher Seite inszenierte Gewalt des Straßenmobs etc. gemeint. Das hatte unmittelbare Konsequenzen für die auf der politischen Bühne ausgefochtenen Kämpfe sowie für die jeweiligen Strategien und Taktiken, die in den verschiedenen Stellungskriegen bzw. -manövern zur Anwendung kamen; einschließlich der Versuche, den Staat selbst umzubauen. Und viertens bringt Marx die lokalen, nationalen und globalen Wirtschaftsentwicklungen auf verschiedenen Zeitskalen in einen Zusammenhang und macht deutlich, wie diese die gesellschaftlichen und materiellen Grundlagen von politischen Auseinandersetzungen sowie deren Ausrichtung und Horizont bestimmen.

Diese eng miteinander verwobenen vier theoretischen Überlegungen sind die Grundlage von Marx' Periodisierung der damaligen Ereignisse. Marx teilte sie in drei Hauptphasen ein: Februarperiode, Periode der Konstituierung der Republik und

1 Vgl. Nicos Poulantzas: Politische Macht und Gesellschaftliche Klassen, Hamburg 1980, S. 247ff.

2 Die Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf die Ausgabe Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke [MEW], Berlin 1956ff., Bd. 8, S. 111–207.

Periode der konstitutionellen Republik. Neben dem bonapartistischen Regime und seinen Phasen identifizierte er eine damit einhergehende Zuspitzung politischer Klassenkämpfe (120) und erörterte ihre unmittelbare Bedeutung, den primären institutionellen Rahmen, innerhalb dessen sich das politische Drama entfaltete, sowie – insofern dies damals bereit abzusehen bzw. für Marx erkennbar war – ihre Relevanz für die Zukunft.

Gramsci knüpfte an den Geist des »Achtzehnten Brumaire« (und weniger an die dort geleistete konkrete Geschichtsdeutung) an und lieferte einen etwas flexibleren Ansatz zur Analyse von staatlichen Ausnahmezuständen, den er dann auf den Eintritt der breiten Volksmassen in die politische Sphäre in den 1870er-Jahren und auf die Herausbildung eines *stato allargato* (erweiterten Staates) in den 1920er- und 1930er-Jahren übertrug. In seinen »Gefängnisheften« findet sich eine zunehmend ausgearbeitete und differenzierte Untersuchung von spezifischen historischen Situationen, die das Ergebnis eines eingehenden Studiums der gesellschaftlichen Umstände, der sich verändernden Kräfteverhältnisse sowie der offensiven und defensiven Elemente des Klassenkampfes ist. Der Staat wird dort »als ein ständiges Sich-Bilden und Überwunden-Werden instabiler Gleichgewichte (im Rahmen des Gesetzes) zwischen den Interessen der grundlegenden Gruppe und denen der untergeordneten Gruppen aufgefasst«.[3] Gramsci betonte zudem, wie wichtig es ist, die Möglichkeit von Irrtümern einzukalkulieren sowie den Umstand, »dass viele politische Akte internen Erfordernissen organisatorischen Charakters geschuldet sind, also mit dem Bedürfnis zusammenhängen, einer Partei, einer Gruppe, einer Gesellschaft Zusammenhalt zu geben«.[4] Genauso wie Marx verwies er auf die großen Diskrepanzen zwischen den ökonomischen Strukturen und den Ereignissen auf der politischen Bühne und widerstand der Versuchung, politische Entwicklungen direkt aus wirtschaftlichen Entwicklungen und Interessen abzuleiten.

3 Antonio Gramsci: Gefängnishefte, Berlin 1991ff., Bd. 7, S. 1561.

4 Ebd., Bd. 4, S. 879.

Betrachtet man den ökonomischen Kontext der beiden spezifischen bonapartistischen Momente in der britischen Nachkriegsgeschichte – Thatcherismus und New Labour –, zwischen der eine Phase der Normalisierung des Neoliberalismus lag, dann kann man von einer anhaltenden Krise der einheimischen Wirtschaft sprechen, die auf problematische Art und Weise in die Kreisläufe des atlantischen Fordismus und in den Weltmarkt integriert war. Mitte der 1960er-Jahre intensivierte sich diese Krise und wurde begleitet von einer Krise der Staatsform und der staatlichen Handlungsfähigkeit. Der britische Staat erwies sich als unfähig, gezielt mit bürokratischen Mitteln zu intervenieren oder konsequent ein sozialpartnerschaftliches System aufzubauen und wirkungsvoll zu koordinieren. Es gelang ihm aber auch nicht, durchgehend eine rigorose Laisser-faire-Haltung einzunehmen. So mündete diese strukturelle und strategische Krise in einer organischen Krise der gesamten gesellschaftlichen Formation und bereitete den Boden für den Siegeszug des Thatcherismus, einem neoliberalen und neokonservativen Projekt, das sich zudem durch populistische und autoritäre Züge auszeichnete.

Die verschiedenen Phasen des Thatcherismus

Unter Thatcherismus wird hier die »Herausbildung und die Besonderheiten der von Thatcher und ihren verschiedenen politischen und ideologischen Anhängern verfolgten strategischen Linie« verstanden.[5] Die charismatische Galionsfigur Margaret Thatcher propagierte einen klaren Bruch mit dem Nachkriegskonsens in Großbritannien, der auf der Idee »einer geeinten Nation« basierte und der für das Modell des an Vollbeschäftigung und anderen sozialdemokratischen Werten orientierten keynesianischen Wohlfahrtsstaates stand. Aber die »Eiserne Lady« suchte nicht einen grundsätzlichen Bruch mit dem entsprechenden Machtblock bzw. der gesellschaftlichen Basis, die diesen Konsens so lange gestützt hatte. Im Gegenteil: Der Punkt, an dem es im Zuge des Aufstiegs des

5 Bob Jessop u.a.: Thatcherism: A Tale of Two Nations, Cambridge 1988, S. 8.

Thatcherismus kein Zurück mehr gab, fiel zusammen mit einer den Umständen geschuldeten Neuorientierung dieses Machtblocks, da die diversen sozialen Kräfte unterschiedliche Wege verfolgten, um die wirtschaftliche Stagnation und organische Krise der britischen Gesellschaft zu überwinden.

In dieser Situation beschloss die Conservative Party unter der Führung von Thatcher, ein neues klassenübergreifendes Bündnis gegen all diejenigen zu schmieden, die sich weiterhin mit dem sozialdemokratischen Kompromiss der Nachkriegsjahrzehnte und seinen vermeintlichen Verwerfungen identifizierten.[6] Dabei hatte sie es insbesondere auf den »inneren Feind« abgesehen: auf die organisierte Arbeiterklasse. Die ideologische Ausrichtung dieser neuen Allianz lässt sich mit den Stichworten Eigentum, Familie, Marktwirtschaft sowie Law and Order umschreiben. Margaret Thatcher ist sicherlich nicht mit Napoleon I. oder Winston Churchill zu vergleichen, aber hatte sie Ähnlichkeiten mit Louis Bonaparte? Sie war die erste weibliche Premierministerin Großbritanniens, hatte einen überaus dominanten Charakter, setzte in den Wahlkämpfen und innerhalb der Parteiführung auf »politische Überzeugungsarbeit« und konnte, was bis dahin beispiellos war, dreimal hintereinander die nationalen Wahlen gewinnen. Zudem nutzte sie die einzigartige Machtfülle aus, die mit ihrem Amt in Großbritannien insbesondere in einem stark medialisierten Zeitalter verbunden ist und mitunter als »gewählte Diktatur« bezeichnet wird.

In Anlehnung an Marx' Periodisierungsansatz lassen sich verschiedene Phasen des von Thatcher eingeleiteten neoliberalen Regimewechsels ausmachen, der noch bis heute wirksam ist: erstens die Vorgeschichte des Thatcherismus bis zum »point of no return«; zweitens eine Anfangsphase, in der der institutionelle Rahmen und die mit dem Nachkriegskonsens in Großbritannien verbundenen Kompromisse im Namen einer freien Wirtschaft und eines starken Staates Schritt für Schritt aufgekündigt und zurückgedrängt wurden; drittens

6 Vgl. hierzu auch die analogen Situationsbeschreibungen bei Marx: Der achtzehnte Brumaire, S. 123, und Gramsci: Gefängnishefte, Bd. 7, S. 1578f.

eine Konsolidierungsphase, in der die konservative Regierung ihre neoliberalen Politiken in einer noch radikaleren und selbstbewussteren Art und Weise umsetzte, basierend auf den außergewöhnlichen persönlichen (bonapartistischen) Qualitäten von Margaret Thatcher und der flexiblen ungeschriebenen britischen Verfassung, die einen solchen Stil der autoritären »Alleinherrschaft« begünstigt; viertens eine Periode der »Rückschläge«, gekennzeichnet von mehreren, sich gegenseitig verstärkenden negativen ökonomischen und politischen Trends, die zunehmend gesellschaftlichen Widerstand hervorriefen und schließlich zu einem Parteiputsch gegen Thatcher führten, der man innenpolitische Misserfolge (insbesondere bei der Durchsetzung der »Poll Tax") und Fehler bei der Europapolitik anlastete. Es folgte eine fünfte Periode unter der »ruhigen Hand« des neuen und bemerkenswert uncharismatischen konservativen Premierministers John Major, die eine relative politische Stabilisierung mit sich brachte und das neoliberale Erbe der dritten und vierten Phase absicherte und dem Neoliberalismus zur Normalität verhalf.

Der parteiinterne Aufstand gegen die Führungsrolle von Margaret Thatcher setzte dem tyrannischen Politikstil und ihrer »Überzeugungspolitik« ein Ende. Was damit allerdings nicht verschwand, war die gesellschaftliche Verankerung des thatcheristischen Projekts bzw. sein Vermächtnis. Ein nicht unerheblicher Teil der Unterstützung für die »Eiserne Lady« ging darauf zurück, dass es ihr gelungen war, der bis dahin nicht zur Kenntnis genommenen Unzufriedenheit und Enttäuschung des Kleinbürgertums mit dem Nachkriegskonsens, der Labour-Partei und ihrer Regierungspolitik, den Gewerkschaften und dem wirtschaftlichen Niedergang eine Stimme zu verleihen. Darüber hinaus standen von ihren ersten Auftritten als Oppositionspolitikerin bis hin zu ihren letzten Tagen in Downing Street wesentliche Teile der Presse hinter ihr. Dagegen waren das autoritär-populistische Auftreten und die damit verbundenen Versprechungen von Thatcher, ihren Mitstreitern und journalistischen Anhängern langfristig betrachtet weit weniger entscheidend für den Erfolg des That-

cherismus. Maßgeblicher war die Fähigkeit, die institutionelle Macht über die Kontrolle eines zunehmend zentralisierten Staates zu konsolidieren und über die eigene Positionierung im Stellungskrieg das strukturelle Gleichgewicht zwischen Staat und Markt nachhaltig zu verschieben. Während zum autoritären-populistischen Repertoire des Thatcherismus die Anpreisung eines volksnahen Kapitalismus gehörte, gab es auch eine starke etatistische Ausrichtung, mit dem Ziel, die Zugriffsmacht staatlicher Instanzen auszubauen und Bürgerrechte empfindlich einzuschränken.

Hinzu kommt, dass die von Thatcher, ihrer Regierung und ihren Nachfolgern verfolgte neoliberale Politik den Prozess der Deindustrialisierung in Großbritannien beschleunigte, wo die meisten Kernindustrien zwar überlebt haben, zu Teilen aber geschwächt sind und unter der Kontrolle rivalisierender ausländischer Kapitalfraktionen stehen. Da für die Herausbildung einer konzertierten nationalen Wirtschaftsstrategie die ökonomische, politische und gesellschaftliche Grundlage fehlt, hängt das wirtschaftliche Wohlergehen Großbritanniens immer stärker von den Launen eines vom Finanzwesen dominierten Akkumulationsregimes und den vielen Unwägbarkeiten des Weltmarktes ab. Der Bedeutungszuwachs des Dienstleistungssektors ist mit einer Vernachlässigung von technologischen Entwicklungen, einer Ausbreitung von niedrig qualifizierten, unsicheren und schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen sowie einem neoliberalen Unterbietungswettbewerb verbunden. Ein weiteres Ergebnis der neoliberalen Politik und der damit einhergehenden staatlichen Investitionsentscheidungen ist die Intensivierung der ungleichen regionalen Wirtschaftsentwicklung zugunsten der Hauptstadt London und dem Südosten des Landes.

Tony Blair und das Projekt »New Labour«

Tony Blairs New-Labour-Initiative war ein Abklatsch von Margaret Thatchers Bonapartismus. Man sollte Blair jedoch nicht mit Louis Bonaparte und die »Eiserne Lady« nicht mit Napoleon Bonaparte gleichsetzen. In beiden Fällen waren ihre

Coups nicht militärischer, sondern parteipolitischer Natur. Beide zielten auf eine Neugestaltung des Verhältnisses von Staat, Markt und Zivilgesellschaft im Sinne des Neoliberalismus ab. Von daher kann die Zeit der New-Labour-Regierung als sechste Phase des autoritären Neoliberalismus in Großbritannien gelten.

Obwohl Blair vorgab, mit seinem »Dritten Weg« eine Lösung zwischen Neoliberalismus und Sozialismus zu suchen, war seine historische Mission eine gänzlich andere. Marx zufolge ist es wichtig, zwischen einer »sogenannten Volkspartei« und einer wirklichen Volkspartei zu differenzieren (138). Es komme darauf an, »in geschichtlichen Kämpfen die Phrasen und Einbildungen der Parteien von ihrem wirklichen Organismus und ihre wirklichen Interessen, ihre Vorstellungen von ihrer Realität [zu] unterscheiden« (139). Ähnlich wie Louis Bonaparte, der die Grenzen der Herrschaft der Prätorianer erkannt hatte und die Beziehungen zwischen Staat und bürgerlicher Zivilgesellschaft neu aufbauen musste, sah Blair die Notwendigkeit, sich von einem radikalen Neoliberalismus abzugrenzen und das Verhältnis zwischen dem autoritären neoliberalen Staat und der bürgerlichen Zivilgesellschaft neu zu ordnen. Dies war Ausdruck einer spezifischen historischen Lage, die Gramsci als Pattsituation aufgrund »eines statischen Gleichgewichts« beschrieben hat, bei dem »keine Gruppe, weder die konservative noch die fortschrittliche, die für den [Sieg] erforderliche Kraft hat, und dass auch die konservative Gruppe einen Herrn braucht«.[7] Tony Blair bot sich als dieser Herr an. Er legte die fortschrittlichen Kräfte lahm und diente sich den konservativen Kräften als Ersatzführer an.

Das, was New Labour von anderen politischen Ansätzen in der Vergangenheit unterschied, war, dass Blair & Co. mit ihrer Dritte-Weg-Rhetorik auf die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen dieses statischen Gleichgewichts reagierten und eine Möglichkeit schufen, wie man die neoliberale Show am Laufen halten konnte. Diese praktische

7 Gramsci: Gefängnishefte, Bd. 7, S. 1579.

Anforderung stellte sich nicht nur in Großbritannien, die neoliberale Bewegung muss(te) sich auch anderswo immer wieder neu aufstellen und anpassen. Aber der »Dritte Weg« hatte eine ausgeprägte »britische Einfärbung«, die mit dem spezifischen Vermächtnis der Politik der Labour-Partei zu tun hat sowie mit der immer größeren Nord-Süd-Spaltung des Landes und der traditionell großen Bedeutung der nördlichen Kernregionen für Labour, obwohl mit New Labour die Partei großstädtischer geworden ist. Der wesentliche Bruch mit dem Thatcherismus bezog sich auf dessen hegemoniale Gesellschaftsvision und nicht so sehr auf dessen Staatsprojekt. Tony Blair und Gordon Brown (zunächst Blairs Schatzkanzler und später sein Nachfolger auf dem Posten des Premierministers) grenzten sich vom thatcheristischen Zwei-Nationen-Ansatz ab und vertraten offiziell das Konzept »einer geeinten Nation«. Diese sollte aber nicht länger über den Schutz des keynesianischen Wohlfahrtsstaates zusammengehalten werden, sondern die soziale Kohäsion der Gesellschaft – so das Versprechen – würde über die verbesserte Arbeitsmarktintegration der Menschen (also Workfare statt Welfare) und über die Einbeziehung und Stärkung von marginalisierten Bevölkerungsgruppen wiederhergestellt. Zudem nahm man sich vor, individuelle Armut und Armut in Familien und unter Kindern hauptsächlich mithilfe einer Reihe von »getarnten« (nicht lauthals verkündeten) und zielgenauen Maßnahmen zu bekämpfen, was gleichbedeutend mit einer massiven Umlenkung von sozialstaatlichen Ressourcen im Rahmen von ansonsten rigiden fiskalpolitischen Parametern war. Dies war kein Angriff auf das Programm des Thatcherismus, sondern ging eher konform mit der profitorientierten und marktvermittelten Logik des Neoliberalismus. In anderen Worten: New Labour schickte sich an, die Hinterlassenschaften des Thatcherismus als ökonomisch und politisch unumkehrbare *faits accomplis* zu verwalten. Deswegen häuften sich unter der politischen Oberfläche die parteieigenen Pathologien und die politischen bzw. Repräsentationskrisen weiteten sich aus. Hinzu kam eine zunehmende Machtkonzentration innerhalb der Labour-Regierung, inner-

halb der parlamentarischen Partei und in ihren Gremien auf der nationalen Ebene. New Labour unternahm zudem alles, um die Entwicklung in Richtung einer weiteren Finanzialisierung der britischen Wirtschaft zu forcieren.

New Labours Zeit begann abzulaufen, als in den Jahren 2007/08 eine massive Finanzkrise den nordatlantischen Raum erfasste. Die von Labour ergriffenen Maßnahmen zur Rettung des Finanzsektors verwandelten eine Bankenkrise in eine Staatsschuldenkrise, was die Konservativen, die City of London und die rechtsgerichteten Medien skrupellos ausnutzten, um New Labour zu diffamieren und um deren hart erkämpfte Reputation, eine wirtschaftskompetente Partei zu sein, infrage zu stellen. Die Situation lieferte zudem die Legitimation dafür, »eine dauerhafte Austeritätspolitik« zu verfolgen. Diese Umstände stellten eine weitere Bedrohung der Herrschaft des Kapitals dar und boten zugleich die Chance, das neoliberale Projekt zu erneuern. Im Zuge der Reaktionen auf diese Vielfachkrise kam es zu einer weiteren Umorientierung der herrschenden wirtschaftlichen und politischen Kräfte, die sich entschlossen zeigten, die Verteidigung des Neoliberalismus mit dessen aggressiver Weiterentwicklung zu verknüpfen. Es brach eine neue Phase des Klassenkampfes an, die man als eine Wiederbelebung des radikalen Thatcherismus bezeichnen könnte. Das Ergebnis der Wahlen 2010 war eine Koalitionsregierung, in der die Konservativen das Sagen hatten, aber die Unterstützung der Liberaldemokraten benötigten. Diese nutzten die anhaltende Krise als günstige Gelegenheit, um weiter vorzupreschen und das zu erledigen, was ideell und institutionell vom britischen Nachkriegskonsens noch übrig war. Sie festigten das, was sich bereits vorher als dauerhaftes Austeritätsregime abgezeichnet hatte und was hauptverantwortlich für die wachsende Polarisierung und Prekarisierung der Bevölkerung ist. Damit ist im Groben die ökonomische und politische Situation skizziert, in der dann das historisch zu nennende Brexit-Referendum stattfinden konnte.

Brexit als symbolischer Bonapartismus

Es gibt zwischen den Umständen, die den Siegeszug des Thatcherismus begünstigten, und denjenigen, die eine Abstimmung über den Brexit ermöglichten, beträchtliche Unterschiede. Die organische Krise des Fordismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte das Establishment in Großbritannien dazu gebracht, sich um die bonapartistische Thatcher zu scharen. Thatcher war dazu imstande, das im britischen politischen System vorhandene Potenzial einer »gewählten Diktatur« für ihre Zwecke auszuschöpfen, gestützt durch plebiszitäre Wahlen, bei denen sie mithilfe der energischen Unterstützung der Presse entscheidende Teile der Mittelschichten und der Arbeiterklasse auf ihre Seite ziehen konnte.[8] Im Gegensatz dazu zeigt sich in den Umständen, die zum Brexit führten, ein schon länger vorhandener Riss im Establishment in ganz Europa, gepaart mit einer zunehmenden Feindseligkeit gegenüber dem Finanzkapital, einer sich verschärfenden Autoritätskrise der politischen Eliten, einer Legitimationskrise des Staates, einer sich verschlimmernden Repräsentationskrise des gängigen Parteiensystems und einer organischen Krise, die die gesamte Gesellschaft durchzieht. Im Einzelnen können wir folgende Punkte festhalten:

1) Beitritt und Mitgliedschaft in der Europäischen Union sind seit den 1950er-Jahren neuralgische Punkte in der britischen Politik. Die europäische Frage trennt das Lager derjenigen, die sich nach einer Rückkehr des untergegangenen British Empire sehnen, und das der Nationalisten von den Atlantikern, Europabefürwortern und Anhängern der Globalisierung auf unterschiedliche Weise zu unterschiedlichen Zeiten. Viele, die an den Debatten im Vorfeld des Brexits beteiligt waren, erwiesen sich als schlecht informierte Nostalgiker, die sich an »weltgeschichtlichen Rückerinnerungen« und an der »Poesie [...] aus der Vergangenheit« berauschten (117).

8 Für eine hervorragende aktuelle Analyse der entsprechenden Klassenoffensive vgl. Alexander Gallas: The Thatcherite Offensive: A Neo-Poulantzasian Analysis, Leiden 2016.

2) Der verlorengegangene Respekt für die herrschenden Klassen (denen z.B. Korruption, Vetternwirtschaft und Filz zur Last gelegt wird) in Kombination mit dem Verlust des Selbstbewusstseins eines Teils der herrschenden Klassen erlaubte es den unzufriedenen Massen, sich als eine autonome (aber fragmentierte) Kraft in die Politik einzumischen. Damit geben sie ihre passive Haltung auf und verlangen radikale gesellschaftliche Veränderungen, auf die von verschiedenen Seiten mit populistischen Politikansätzen reagiert wird.
3) Infolge des uneingelösten Versprechens verschiedener aufeinanderfolgender neoliberaler Projekte, landesweit für Wohlstand zu sorgen, ist eine wachsende Legitimationskrise des politischen Systems zu beobachten. Gleichzeitig wurden damit die Bedingungen für den Ausbruch der nordatlantischen fiskalpolitischen Krise geschaffen, die umfangreiche Austeritätspolitiken nach sich zog.
4) Die Verbindung zwischen den traditionellen Regierungsparteien, ihren Mitgliedern und Wählern ist gestört. Diese Repräsentationskrise kam zuletzt recht deutlich in den (Wahl-)Erfolgen des schottischen Nationalismus und der United Kingdom Independence Party (UKIP) zum Ausdruck.
5) Auch die gesellschaftliche Ordnung ist von einer organischen Krise erfasst, die sich nicht zuletzt in der Auseinandersetzung um zentrale »britische Werte« zeigt, in den zunehmend umkämpften nationalen und regionalen Identitäten, in der Kluft zwischen dem Norden und dem Süden des Landes und in anderen regionalen Spaltungen sowie in der Konzentration der intellektuellen Schichten in den Großstädten oder in verschiedenen Generationskonflikten.
6) Weitere beunruhigende Entwicklungen aus Sicht großer Teile der britischen Bevölkerung sind die anhaltende ökonomische und finanzielle Krise in der Europäischen Union, in erster Linie in der Eurozone; ein immer offensichtlicher werdendes demokratisches Defizit von Europas politischen

Institutionen; die neue Hegemonie Deutschlands in Nordeuropa und Deutschlands Vorherrschaft über Südeuropa; eine verstärkte Wirtschaftsmigration sowie sogenannte Flüchtlingskrisen. Diese als krisenhaft wahrgenommenen Tendenzen verstärkten die Wahrnehmung, dass die Souveränität und die Freiheit Großbritanniens, global Handel zu treiben, europäischen politischen Institutionen zum Opfer gefallen sind.

Wie auch Louis Bonaparte war der Brexit ein flottierender Signifikant. Marx bemerkte in »Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850«, dass »der einfältigste Mann Frankreichs die vielfältigste Bedeutung erhielt. Eben weil er nichts war, konnte er alles bedeuten, nur nicht sich selbst. So verschieden indessen der Sinn des Namens Napoleon im Munde der verschiedenen Klassen sein mochte, jede schrieb mit diesem Namen auf ihr Bulletin: Nieder mit der Partei des ›National‹, nieder mit Cavaignac, nieder mit der Konstituante, nieder mit der Bourgeoisrepublik.«[9] Anders ausgedrückt: Verschiedene gesellschaftliche und politische Kräfte konnten ihre Hoffnungen und Ängste auf Bonaparte projizieren. Er wiederum konnte im Gegenzug mit viel Geschick diese Polyvalenz manipulieren und für seine eigenen Zwecke und Interessen missbrauchen. Das trifft auch auf den Brexit zu. Das Verlassen der Europäischen Union erschien als die »einfachste« Lösung für die zahlreichen Probleme Großbritanniens und ihm wurden ganz unterschiedliche Bedeutungen zugeschrieben. Darüber hinaus hatte er Ähnlichkeiten mit dem republikanischen Faktor im französischen Parlament, der über kein stabiles Fundament in den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen verfügte, sondern »eine Koterie« heterogener Individuen und gesellschaftlicher Kategorien war, vereint vor allem durch den »französischen Nationalismus […], dessen Hass gegen die Wiener Verträge und gegen die Allianz mit England« (124). Bei den Brexit-Befürwortern lässt sich eine vergleichbare Koterie erkennen: »Tory-Hinterwälder« (reaktionäre Repräsentanten

9 Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, MEW, Bd. 7, S. 9–107, hier 45.

der ländlichen Regionen), »little Englanders« (Isolationisten), Anhänger des Freihandels, unabhängige Unternehmer, Pressebarone und andere – geeint durch ihre Ablehnung der europäischen Verträge und ihren Hass auf Deutschland.

Diese und noch weitere Gründe verleiteten David Cameron, den Anführer der Conservative Party und Premierminister, zu einer folgenreichen Fehleinschätzung. Aus dem Wunsch heraus, interne Parteiquerelen zu entschärfen und den Zulauf zur UKIP zu stoppen, setzte er seine Partei (und das ganze Land) mit »demagogischen Versprechungen einer ungewissen Zukunft« aus.[10] Dies war ein Symptom für die allgemeine politische Lähmung, die auf den parlamentarischen Kretinismus und den Fetischismus eines schlecht informierten und fehlgeleiteten Plebiszits zurückgeht. »Der *parlamentarische Kretinismus,* der die Angestellten in eine eingebildete Welt festbannt und ihnen allen Sinn, alle Erinnerung, alles Verständnis für die rauhe Außenwelt raubt, dieser parlamentarische Kretinismus gehört dazu, wenn sie, die alle Bedingungen der parlamentarischen Macht mit eignen Händen zerstört hatten und in ihrem Kampfe mit den andern Klassen zerstören mussten, ihre parlamentarischen Siege noch für Siege hielten und den Präsidenten zu treffen glaubten, indem sie auf seine Minister schlugen« (173).

Cameron hatte nicht erwartet, dass er sein Versprechen, eine Volksabstimmung zum Brexit abzuhalten, tatsächlich in die Tat würde umsetzen müssen – ursprünglich deswegen, weil er nicht davon ausgehen konnte, bei den Wahlen 2015 eine parlamentarische Mehrheit zu erringen. Von daher war der überraschend eindeutige Wahlsieg der Konservativen der unmittelbare Kontext für die sich anschließende Tragikomödie und die vielen Fehler, die im Vorfeld, während und nach dem Referendum begangen wurden. Selbst noch nach der Wahl war Cameron davon überzeugt, dass er die britische Bevölkerung mit der gleichen Taktik würde überzeugen können, einer weiteren Mitgliedschaft in der EU zuzustimmen,

10 Gramsci: Gefängnishefte, Bd. 7, S. 1578.

wie beim Volksentscheid über die Unabhängigkeit Schottlands. Er setzte bei seiner Kampagne vor allem darauf, Ängste zu schüren. Das größte Problem mit dieser Taktik bestand aber darin, dass der herrschende Machtblock schon längst die Kontrolle über die öffentliche Meinung, also das Scharnier zwischen Politik und Zivilgesellschaft, in Bezug auf die Europäische Union verloren hatte. Über Jahrzehnte hatte sich in führenden Medien eine vehemente Feindseligkeit gegenüber dem europäischen Projekt entwickelt, die nun in einer expliziten Pro-Brexit-Position zum Ausdruck kam. 82 Prozent der Leser von Printmedien und Online-Zeitungen wurden in diese Richtung agitiert, von Journalisten, die üblicherweise – zumindest in Wahlkampfzeiten – mehrheitlich die Conservative Party unterstützen. Diese Vehemenz ist bis heute nicht gewichen. Ein weiterer Faktor, der in solch ungewissen Zeiten eine wichtige Rolle spielt und mit dazu beitrug, einen Umschwung in der öffentlichen Meinung herbeizuführen, war das Bündnis zwischen zwei »Männern der Vorhersehung oder mit Charisma«:[11] in diesem Fall zwischen Nigel Farage (dem populistischen UKIP-Anführer) und einem der bekanntesten Konservativen, Boris Johnson (damals Bürgermeister von London).

Ein interessanter Aspekt dieses »Bonapartismus ohne Bonaparte« ist, dass der Brexit selbst unter oder gerade aufgrund der schwachen und fragilen Führung der Konservativen durch Theresa May sein eigenes irres und unberechenbares Momentum entfaltete. Cameron hatte den Volksentscheid wegen parteiinterner Machtkämpfe angesetzt, verlor dann die Abstimmung (er war ein Befürworter des EU-Verbleibs) und trat unmittelbar danach von seinen Posten zurück. Boris Johnson, die charismatische Leitfigur, der maßgeblich für den Erfolg des Brexit-Votums verantwortlich war und lange überlegt hatte, welche Position seiner politischen Karriere wohl am förderlichsten wäre, scheiterte an dem Vorhaben, Cameron als Premierminister nachzufol-

11 Ebd.

gen. Nigel Farage wiederum erklärte seine Mission mit dem siegreichen Referendum für beendet und gab daraufhin die Parteiführung von UKIP ab. Theresa May schließlich (die sich ursprünglich für einen Verbleib in der EU ausgesprochen hatte) ist nun eine Gefangene der Brexit-Fans in ihrer eigenen Partei und der vom Brexit besessenen Presse und scheint jeden Tag mehr an politischer Unterstützung zu verlieren [so zumindest der Eindruck zum Zeitpunkt, als dieser Aufsatz entstand; im November 2017].

Der flottierende Signifikant hat also eine übernatürliche politische Kraft angenommen, auch wenn die »Brexiteers« und »Remainers« weiterhin heftig darüber streiten, wie die Entscheidung in eine materielle Realität überführt werden kann. Dieser übernatürlichen Kraft liegt eine fetischisierte Sichtweise des Brexit-Referendums zugrunde, das als eine demokratische und damit unter allen Umständen zu respektierende Entscheidung der Wählerschaft verstanden wird. Das gilt ungeachtet des doch recht knappen Abstimmungsergebnisses und des Umstands, dass diejenigen, die darüber entschieden haben, in großen Teilen Täuschungen aufgesessen sind und schlecht informiert waren, und ungeachtet der Tatsache, dass in Großbritannien verfassungsrechtlich das Crown-in-Parliament und nicht das Wahlvolk der eigentliche Souverän ist.[12] Zudem ist Artikel 50 des Vertrags von Lissabon zu berücksichtigen, der vorsieht, dass ein Antrag auf Verlassen der Europäischen Union wieder zurückgezogen oder zumindest für den Zeitraum der Verhandlungen ausgesetzt werden kann. Wie der von Gramsci mit dem »Zauberlehrling« verglichene Mussolini, »der die Formel, mit dem er den Teufel herbeirufen kann, auswendig gelernt hat, aber nicht weiß, wie er ihn wieder in die Hölle zurückschicken kann«, haben Politiker auf beiden Seiten Kräfte heraufbeschworen, die sie

12 Der Begriff Crown-in-Parliament bringt zum Ausdruck, dass nach der ungeschriebenen britischen Verfassung der Souverän das Parlament ist, das aus der Krone (König oder Königin), dem House of Commons (Unterhaus) und dem House of Lords (Oberhaus) besteht. Die Zustimmung aller drei Institutionen ist erforderlich, damit Gesetze beschlossen werden können – obwohl das Unterhaus die Federführung bei der Gesetzgebung innehat. (Anm. d. Übers.)

nun nicht länger im Zaun halten können.[13] Im Gegensatz zum Bonapartismus von Napoleon I. und dessen Neffen und auch im Gegensatz zu Margaret Thatcher und deren adoptierten Neffen, die klaren ökonomischen Interessen, umfassenden politischen Zielsetzungen und einer plausiblen »Modernisierungsstrategie« folgten, beruht der Brexit auf einer chronischen Wirtschafts- und einer organischen Krise des Staates und verfolgt eine nostalgische Mission, nämlich die, Großbritannien wieder zu alter Größe zu verhelfen.

Brexit und die chronische Krise des britischen Staates

Die britische Regierung hat sich am 19. März 2017 auf Artikel 50 des Vertrags von Lissabon berufen, um damit Verhandlungen über den Ausstieg des Landes aus der EU anzustoßen. Seitdem hört man aus kapitalistischen Kreisen immer wieder Warnungen vor den wirtschaftlichen Konsequenzen eines harten (und selbst eines sanften) Brexits. Die Konservative Partei ist weiterhin hinsichtlich des Vollzugs des Brexits gespalten, während die Polarisierung der Bevölkerung diesbezüglich fortschreitet und die staatlichen Stellen schlecht auf die anstehenden Verhandlungen vorbereitet erscheinen. Die zahlreichen beunruhigenden Dilemmata und »vertrackten Probleme«, die mit den Verhandlungen über den Brexit mit der EU und den anderen 27 Mitgliedstaaten verbunden sind, treten immer deutlicher zutage und belegen, dass nichts von dem, was die Befürworter den Wählern versprochen haben, einfach einzulösen sein wird: angefangen von einer größeren Einigkeit in der Regierung und einer stärkeren Legitimität durch die Berücksichtigung des Volkswillens über einen reibungslosen Übergang bis hin zum mehr landesweitem materiellen Wohlstand. Viele Mitgliedstaaten der Union und führende EU-Politiker wollen spezielle Deals mit Großbritannien unbedingt verhindern, weil sich dadurch andere Parteien ermutigt fühlten könnten, ihre eigene Form des Brexits

13 Antonio Gramsci: I capi e le masse, non-fermata. L'Ordine Nuovo, 3 giuglio 1921, in: Socialismo e fascismo, L'Ordine Nuovo 1921–1922, Turin 1967.

zu verfolgen. Andere verübeln der britischen Regierung ihr eigenartiges Manövrieren, ihre zahlreichen Widersprüche und ihre schiere Inkohärenz.

Das, was in dem Brexit-Referendum zur Abstimmung stand, war falsch. Eigentlich hätte es um die Frage Neoliberalismus: ja oder nein, anstatt Europa: raus oder rein, gehen müssen. Vieles, was die massive Unzufriedenheit der britischen Bevölkerung ausmacht und das Brexit-Votum nach sich gezogen hat, geht auf die negativen Auswirkungen neoliberaler Politik zurück, darunter die Ausweitung prekärer Arbeits- und Lebensformen, eine ungleiche regionale Entwicklung, Wohnungsknappheit und eine chronische Krise des Gesundheitswesens. Das entscheidende Thema, das in den Debatten rund um das Brexit-Referendum fast völlig ausgespart blieb, ist, dass die realen oder vermeintlichen aktuellen Krisensymptome nicht das Ergebnis der Mitgliedschaft in der Europäischen Union an sich sind. Vielmehr wurzeln sie in der spezifischen neoliberalen Form der Europäischen Union, in der wachsenden Mobilität des Kapitals, in dem Versagen des Krisenmanagements in der Eurozone und in dem schon lange vorherrschenden Unvermögen in Großbritannien, wichtige Versäumnisse anzugehen, die die wirtschaftliche und andere Formen der Konkurrenzfähigkeit des Landes unterminieren. Die Wahl zwischen Verbleib oder Austritt hat keinerlei Einfluss darauf, ob der Neoliberalismus weiterhin das dominante Wirtschaftsmodell in Großbritannien bleibt, sie beeinflusst lediglich seine spezifischen Formen und Vermittlungen. Mehr Austerität ist jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit auch das, womit die Menschen in Großbritannien im Zuge der Vorbereitung auf die potenziellen Schockwellen des Brexits rechnen müssen.

Weil von Anfang klar war, dass ein »Votum für den Brexit tatsächlich Brexit bedeutet«, stimmten die Befürworter in gewisser Weise auch über eine unbekannte Zukunft ab. Die Forderung, »dass es an der Zeit sei, sich die Kontrolle über Großbritanniens Zukunft wieder zurückholen«, trug maßgeblich zum Erfolg der Kampagne der Brexit-Anhänger bei. Ihr

liegen jedoch drei irrige Annahmen zugrunde: Erstens wird der beklagte Verlust von rechtlich-politischer und territorialer Souveränität in erster Linie mit übermächtigen supranationalen Behörden in Verbindung gebracht – anstatt zu fragen, wie Länder oder Regierungen angesichts des hyperschellen und hypermobilen Finanzkapitals und eines immer raffgierigeren produktiven Kapitals temporale Souveränität erlangen können. Zweitens hat die Schwächung staatlicher Souveränität viel mehr mit der zunehmenden Integration von nationalen Ökonomien in die Weltwirtschaft zu tun und mit der Dominanz des transnationalen Kapitals in den netzwerkartigen »Räumen des Verkehrs und Austausches« als mit zwischenstaatlichen Beziehungen. Und drittens wird es mit dem Brexit paradoxerweise wohl wahrscheinlicher werden, dass die britische Regierung in Zukunft »Freihandelsabkommen« unterzeichnet, bei denen es vor allem um die Stärkung der Macht des transnationalen Kapitals gegenüber lokalen, regionalen, nationalstaatlichen und EU-Interessen geht. Dies scheint also nicht gerade die geeignete Strategie zu sein, um »die Kontrolle zurückzugewinnen«.

In jedem Fall werden die Schwierigkeiten der britischen Regierung bei der Verhandlung über die Konditionen des Brexits die strategischen Schwächen und Unfähigkeiten des politischen Systems in Großbritannien noch deutlicher als zuvor zutage treten lassen. Der Brexit erscheint so als eine Verlängerung der organischen Krise des britischen Staates mit anderen Mitteln.

»Der achtzehnte Brumaire« heute

»Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850« und »Der achtzehnte Brumaire« sind nicht nur zwei maßgebliche Schriften von Marx, sondern unübertroffene Meisterwerke materialistischer Geschichtsinterpretation. Sie sind viel mehr als »ein erster journalistischer Rohentwurf zur Beschreibung des Verlaufs der Geschichte«, wie mancherorts behauptet wird. Sie sind komplexe und ausgefeilte Struktur- und Gesellschaftsanalysen ausgewählter Phasen der französischen und

internationalen Entwicklungen im Bereich von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Als solche können sie uns überaus hilfreiche heuristische Einblicke und Hinweise geben, wie wir lange zurückliegende und jüngere historische Ereignisse analysieren und besser verstehen können, vor allem auch in Hinblick auf die politischen Lehren, die daraus zu ziehen sind. Gramsci hat inspiriert von Marx' Studien einige weitere Verfeinerungen vorgenommen und eine nützliche Klassifizierung von progressiven und regressiven Formen des Bonapartismus und Cäsarismus vorgelegt. In beiden Fällen sind das Ergebnis wichtige theoretische Einsichten und Anregungen, mit denen sich komplexe, oftmals fragmentierte Beziehungen und verdeckte Verbindungen zwischen ökonomischen Strukturen, dem politischen Terrain, der sich wandelnden politischen Landschaft, dem veränderten Gleichgewicht von gesellschaftlichen Kräften, den Fehleinschätzungen und vermeidbaren Irrtümern von politischen Parteien und sozialen Bewegungen sowie der wichtigen Funktion von politischen Vorstellungswelten (einschließlich politischer Illusionen und Desillusionierungen) erklären und deuten lassen. Damit haben Marx und Gramsci einen wichtigen Beitrag zu einer Kritik der politischen Semiose und der politischen Ökonomie geleistet. »Der achtzehnte Brumaire« wird meist mit Marx' Darstellung und Untersuchung des Staatsstreiches des Onkels und des Neffens (und dessen, worin sie sich unterscheiden) gleichgesetzt, der Text bietet jedoch weitaus mehr an theoretischen und politischen Erkenntnissen. Das Zusammentreffen bonapartistischer Umstände ist nur ein kleiner, aber unverzichtbarer Aspekt des umfassenderen Projekts. Es ist wichtiger, dieses Projekt weiterzuentwickeln, als nach historischen Analogien zu suchen. Dort, wo sie existieren, müssen sie zudem unter den ihnen eigenen Bedingungen analysiert werden und weniger als Wiederholungen eines historischen Vorbilds, ob nun in Form einer Tragödie oder als Farce.

Aus dem Englischen übersetzt von Britta Grell.

Rudolf Walther

»Komplexes Denken« – simple Regierungstechnik

Emmanuel Macrons Bonapartismus light

Den Begriffen Bonapartismus und Populismus ist gemeinsam, dass sie quer durch die Geschichte der Gesellschafts- und Herrschaftsformationen ziemlich beliebig verwendbar sind. Für Leo Trotzki etwa fallen die Präsidialregimes unter den Reichskanzlern Brüning und von Papen ebenso unter den Begriff Bonapartismus wie die Diktaturen Stalins und Hitlers oder Bismarcks Herrschaft. Die Enthistorisierung und Verallgemeinerung des Begriffs ist nicht Marx zuzurechnen, der in seiner 1852 erschienenen Schrift »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte«[1] eine historisch-politisch und sozialstrukturell präzise beschriebene, autokratische Gesellschaftsformation meinte. Erst seit Engels' Diktum – »der Bonapartismus ist doch die wahre Religion der modernen Bourgeoisie«[2] – wurde eine historisch nachweisbare Gesellschaftsformation zur »normalen Form« bürgerlicher Herrschaft verallgemeinert. Historisch spezifische Züge bürgerlicher Herrschaft verschwanden so im begrifflichen Nebel.

Wenn im Folgenden von »bonapartistischen Tendenzen« oder »bonapartistischer Regierungstechnik« in Frankreich die Rede ist, ist also nicht eine theoretisch anspruchsvoll begründete Gesellschaftsformation im Sinne von Marx gemeint, sondern ganz pragmatisch-deskriptiv nur das Charakteristische am Regierungshandeln Emmanuel Macrons unter den Verhältnissen und den Vorgaben der französischen Verfassung von 1958, die dem Präsidenten nicht nur den Oberbefehl über die Armee zugesteht, sondern auch die Entlassung

1 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke [MEW], Berlin 1956ff., Bd. 8, S. 111–207.

2 Friedrich Engels: Brief an Karl Marx, 13.4.1866, MEW, Bd. 31, S. 208f., hier S. 208.

des Premierministers und die Auflösung des Parlaments. In dieser deskriptiven Perspektive verzichten die folgenden Ausführungen mit Bedacht auf Begriffsklötze der gröberen Art – von Arbeit über Demokratie, Hegemonie und Herrschaft bis zu Macht, Subjektivität, Klasse und Volk –, die für jede anspruchsvolle Gesellschaftsanalyse unverzichtbar, aber auch gefährlich sind.

In Verallgemeinerungen verliert sich, wer unhandliche Begriffe wie Norm, Macht, Herrschaft oder Gewalt zu Pulver mahlt und aller Differenzierungen beraubt, um sie der Einfachheit halber synonym verwenden zu können – zum Beispiel so, als ob verbale Attacken und manifeste körperliche Angriffe in etwa dasselbe wären, nämlich Gewalt. Das kann in einen grobianischen sozialen Determinismus münden, wie ihn jüngst Didier Eribon in seinem Bestseller »Rückkehr nach Reims« exemplarisch vorführte. Mit seinen empiriefreien Spekulationen zum Zusammenhang von Gender und sozialer Herkunft formulierte er die These, Bourdieu sei Soziologe geworden, weil er heterosexuell und bäuerlicher Herkunft gewesen ist, während Foucault wegen seiner Homosexualität und städtisch-bürgerlichen Abstammung bei der Philosophie gelandet sei.[3] Das ist die intellektuelle Schwundstufe von geschlechter- bzw. sexualtheoretisch ambitioniertem Schwachsinn.

Auf französische Verhältnisse bezogen heißt das etwa: So wenig Marine Le Pens Partei »die« Kommunisten als Wählerschaft gewonnen hat, wie sich die deutschen Feuilletons Eribons Familienroman für den Hausgebrauch zurechtlegten, oder »die Hälfte der französischen Arbeiter« den Front National gewählt haben, wie Claus Leggewie aus gehöriger Distanz zu den Realitäten spekulierte,[4] so wenig mobilisierten Alexander Gauland und Alice Weidel bei den letzten Bundestagswahlen »die« Malocher an Rhein und Ruhr, »die« Linken aus Ostdeutschland, »die« enttäuschten Sozialdemokraten oder »die« Autobauer zwischen Wolfsburg und Stuttgart für

3 Vgl. Rudolf Walther: Vom Feuilleton verwurstet, die tageszeitung vom 21.2.2017; ders.: Die Linke ist Schuld am Aufstieg der Rechten?, Oxi vom 6.1.2017.

4 die tageszeitung vom 17.1.2017.

die AfD. Solche Konstrukte unterbieten noch den vulgärsten Vulgärmarxismus.

Bonapartistische Tendenzen in der französischen Politik der Gegenwart kann man bei Marine Le Pen, der Rechtspopulistin und Chefin des Front National (FN), wie auch beim französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron und seiner Bewegung La République en Marche (LRM) feststellen. Aber in beiden Fällen geht es nicht um den autokratischen Bonapartismus, wie ihn Marx analysiert hat, sondern nur um eine demokratisch kostümierte Regierungstechnik, die sich französischen Traditionen verdankt, insbesondere der Verfassung der V. Republik, die sich Charles de Gaulle auf den Leib schneidern ließ.

Der Rechtspopulismus Marine Le Pens ist nachfolgend nicht das Thema. Ihre angeblich bevorstehende Präsidentschaft beschworen fast nur deutsche Medien.[5] Dabei gingen ihre Chancen, gegen Macron zu gewinnen oder auch gegen den im ersten Wahlgang ausgeschiedenen François Fillon, gegen null. So meinte denn auch Alfred Grosser bloß, gegen Marine Le Pen hätte auch »ein Pferd gewonnen«. Insofern ist es gar nicht sinnvoll, den Begriff Bonapartismus auf sie und ihre Partei zu übertragen, denn dieser bleibt in allen Varianten auf das Regieren bezogen. Anders verhält es sich mit Emmanuel Macron. Der amtierende Staatspräsident bedient sich bravourös der bonapartistischen Regierungstechnik. Macron verfügt in der Nationalversammlung über eine absolute Mehrheit und hat die beiden früher dominierenden Parteien – die Konservativen und ihre Partei Les républicains (LR) sowie die Sozialisten des Parti socialiste (PS) – marginalisiert, Letztere förmlich dezimiert: Von 293 blieben den Sozialisten ganze 29 Sitze im Parlament.

Die folgende Darstellung beschränkt sich auf die Analyse des Trends zu einer heuristisch neoliberal genannten bona-

5 Bei der Frankfurter Buchmesse 2017 war Frankreich Gastland und Macron eröffnete die Veranstaltung. Volker Breidecker schrieb dazu in der *Süddeutschen Zeitung* vom 10. Oktober 2017, »noch vor einem Jahr musste man befürchten, die Messe des Jahres 2017 könnte von Madame Marie [!] Le Pen eröffnet werden.«

partistischen Regierungstechnik unter Mitwirkung der Bewegung En Marche, Macrons Mitmarschierern im Parlament und in der Gesellschaft. Es geht also hier, vereinfacht gesagt, um eine Art »Bonapartismus light«.

Macrons Erfolg beruht auf vielen Faktoren, aber mit Sicherheit nicht darauf, dass er eine sozial bestimmbare Wählergruppe, Klasse oder Schicht für sich und seine Mitmarschierer mobilisieren konnte. Der Chefreporter der *tageszeitung,* Peter Unfried, gelangte mit Rekurs auf die österreichische Philosophin Isolde Charim von dieser ganz trivialen Einsicht im Kurzschluss zu der »Erklärung«, Macrons Bewegung sei kein Kollektiv, sondern eine »Formation von Nichtgleichen«. Damit sei »das Geheimnis des Macronismus« gelüftet.[6] So als ob diejenigen, die glauben, »ihr Ding zu machen«, aber faktisch nur dem neoliberalen Imperativ bzw. Zeitgeist folgen, etwas mit »Nichtgleichheit« zu tun hätten. Die »ihr Ding machen« folgen dem gar nicht so stummen Zwang des kollektiven Konformismus der einfältigeren Art, der wie seine Vorgänger aus der Not eine Tugend macht. In den letzten 50 Jahren gab es keine nennenswerte soziale Bewegung, die auch nur annähernd einem Kollektiv von Gleichen nahegekommen wäre. Selbst die homogenste Klassenpartei der jüngeren Geschichte – die SPD im Kaiserreich – war alles andere als ein Kollektiv von Gleichen. Die soziale Bewegung der »Nichtgleichen«, von der das feuilleton-soziologische Justemilieu träumt, ist der aktuelle Sound von Betriebsblinden, die sich für Nonkonformisten halten. Das hatten wir schon ein paar Mal, nicht erst seit den Post-68ern, den Maoisten, den Punkern, den Hippies, den »sozialökologischen« Klimaaussteigern, den Tunixern oder der Generation Golf, um nur ein paar zu nennen.

Macrons Sieg stand lange vor der Wahl fest, weil das Wahlrecht und die Verfassung von 1958, die bonapartistische Züge trägt, Macrons Regierungstechnik, die sich diesen Zügen anschmiegt, entgegenkommen. Regierungstechniken sind etwas anderes als sozialstrukturell, politisch, religiös oder

6 die tageszeitung vom 29./30.7.2017.

traditionell grundierte Interessenlagen von Wählern, die man nur grob vereinfachend Klassenlagen nennen kann, an denen sich Parteien und Regierende politisch mehr oder weniger stark orientieren.

Macron hat bonapartistische Regierungstechniken nicht erfunden. Er hat sie in der Verfassung von 1958 vorgefunden und nutzt sie so konsequent wie nur ihr Erfinder de Gaulle vor ihm, der den freiwilligen Abgang wählte, als die Hausmittelchen bonapartistischer Regierungstechnik nicht mehr halfen – die legendären Fernsehpredigten an die Nation, der *appel au peuple* (Referendum), die Domestizierung der Parteien bis hin zur temporären Ausschaltung der Parteien (außer der eigenen). Im Unterschied zum Bonapartismus, der empirisch und theoretisch aufwendig zu analysieren ist, kann man die bonapartistische Regierungstechnik im Rahmen der Verfassung von 1958 sozusagen mit bloßem Auge beobachten.

Macron präsentiert sich als Garant des französischen Präsidialregimes, das sich demokratisch kostümiert hat und sich an die demokratischen Grundregeln – das allgemeine Wahlrecht und das Mehrheitsprinzip – hält, im Unterschied zu den historischen Bonapartismen. Die Verfassung von 1958 ermöglicht es den Regierenden gleichwohl, den unabsehbaren Folgen der demokratischen Grundregeln durch die Hintertür zu entkommen, das heißt, die Grundregeln temporär zu unterlaufen oder zur Farce werden zu lassen. Im Gegensatz zum historischen, autoritär-antidemokratischen Bonapartismus droht die bonapartistische Regierungstechnik nicht mit Gewalt, sondern »nur« mit dem temporären Ausnahmezustand, mit der Mobilisierung der vox populi, mit Fernseh-Talkshows, Umfragen oder Volksbefragungen.

Die Reden von Präsident Emmanuel Macron Anfang Juli 2017 im Schloss Versailles und die Rede seines Premierministers Édouard Philippe im selben Monat in der Nationalversammlung hatten den Charakter von Rauchzeichen. Noch stärker gilt das für Macrons Rede vor der UN-Vollversammlung am 19. September 2017, in der er »den« Staaten »vollständiges Versagen« in der Syrien-Krise vorwarf und nebenbei ver-

sprach, »die UNO neu zu erfinden«, und von seiner Rede in der Pariser Sorbonne sechs Tage später, wo er »seine Universalformel zur Neufindung des Kontinents« präsentierte, wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. Oktober 2017 ohne einen Hauch von Ironie berichtete. Macron selbst sprach wörtlich »nur« von der »Neugründung eines souveränen, vereinten und demokratischen Europas«. Solche Rauchzeichen sind, von Papstwahlen abgesehen, etwa so verlässlich und haltbar wie die Weisheiten von Wetterfröschen oder Berichterstattern, die ihre Botschaften aus Körperhaltung, gefühlter Handschlagintensität und Kleidung der G20-Politiker erahnen. Macrons Reden bestanden aus sprichwörtlichem Schall und Rauch. Philippes Rede bot immerhin ein klares Zeichen an die Raucher. Angesichts der Zahl von Krebstoten soll der Preis für eine Packung Zigaretten schrittweise auf zehn Euro erhöht werden. Darüber freuen sich die Zigarettenschmuggler europaweit – vom privaten Stangenschmuggler bis zu den Professionellen, die das Geschäft mit Sattelschleppern betreiben. Die stramme Ansage erinnert an jene der deutschen Grünen an die Autofahrer, den Benzinpreis auf fünf Mark pro Liter anzuheben. Und jetzt, 20 Jahre später, haben sie es mit Winfried Kretschmann und Boris Palmer als Leitideologen zu tun.

Der französische Präsident und sein Premier bewegten sich im Ungefähren. Das gilt vor allem für Macrons Versailler Rede. Es ist nicht ganz klar, ob er sich dabei an der »State of Union«-Botschaft amerikanischer Präsidenten orientierte, die George Washington 1790 einführte, oder eher an John F. Kennedys Phrase von 1961, die er wörtlich wiederholte: »Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern danach, was du für dein Land tun kannst.« Auf jeden Fall führt Macron eine monarchische Tradition fort, die im 19. Jahrhundert Ludwig XVIII., Karl X., der Bürgerkönig Louis Philippe und Napoleon III. (ab 1861) pflegten: die Ansprache an das Volk mittels einer Parlamentsrede, wobei die Parlamentarier keine Möglichkeit haben, direkt zu antworten. Macrons Rede in der königlichen Staatsoperette von Versailles am 3. Juli 2017 folgte dieser Inszenierung en détail. Auch er nahm das Parlament

von oben und von unten in die Zange. Von oben verkündete der Präsident mit monarchisch-folkloristischen Allüren vage Zumutungen ans Parlament, und dem Volk versprach er, seinen Willen notfalls mit einem *appel au peuple,* das heißt mit einem Referendum durchzudrücken. Der Historiker Grégoire Franconie sprach in einem Kommentar in *Le Monde* von der »Entbeinung« des Parlaments vor laufenden Kameras.

Deutlich wird dieser Zangengriff bei der überfälligen Wahlrechtsreform. Das französische Mehrheitswahlrecht ist ein Schlüsselelement der bonapartistischen Regierungstechnik. Bei der letzten Präsidentschaftswahl lag die Wahlbeteiligung im zweiten Wahlgang unter 50 Prozent, auch weil der Sieger – dank des Mehrheitswahlrechts – schon lange feststand. Keine Chance für Marine Le Pen. Jacques Chirac gewann in einer vergleichbaren politischen Konstellation gegen den Vater Le Pen 2002 glatte 82 Prozent der Stimmen, sein Schüler Macron musste sich mit 66 Prozent bescheiden und Marine Le Pen überholte ihren Vater deutlich. Louis Napoleon gewann 1848 die erste Präsidentschaftswahl mit allgemeinem Wahlrecht (für Männer) mit knapp 75 Prozent der Stimmen. Er präsentierte sich als Kandidat jenseits von links und rechts und für alle Franzosen. Eine Regierungstechnik mit Tradition.

Bereits im Präsidentschaftswahlkampf hatte Macron eine »Dosis Verhältniswahlrecht« angekündigt, um die offensichtlichen demokratischen Defizite des Mehrheitswahlrechts abzumildern. Das wiederholte er jetzt in seiner Thronrede, ganz ohne Präzisierung. Er äußerte dafür den Wunsch nach effizienterer Parlamentsarbeit in der Manier eines Betriebssanierers (»weniger, schnellere, bessere, billigere Gesetze«). Um das zu erreichen, will Macron die Zahl der Sitze in der Nationalversammlung um ein Drittel von 577 auf 400 und im Senat von 348 auf 230 verringern. Dem Parlament drohte Macron mit einem Referendum, falls es an seiner Selbstbeschränkung nicht willig mitwirke. Selbstherrlichkeit gegen Selbstbeschränkung – so läuft »effiziente Politik« (Macron) im Zeichen bonapartistischer Regierungstechnik.

Der gelernte Banker kennt sich aus: Wer die Rendite/Effizienz steigern will, muss hart durchgreifen, Personal umbesetzen oder besser noch gleich abbauen. So plant er, 200 Spitzenbeamte nach amerikanischem Vorbild auszutauschen und durch garantiert loyale Mitmarschierer zu ersetzen. Dem Präsidenten wird die Devise zugeschrieben: »Man soll nicht zu viele intelligente Leute um den Tisch versammeln«. Macron orientierte sich an ihr, als er elf Chefberater ernannte, die sowohl für seinen Stab als auch für den des Premierministers zuständig sind und so Grabenkriege und Reibungsverluste zwischen konkurrierenden Beraterstäben verhindern sollen. Nicolas Sarkozy setzte den Premierminister herab, indem er diesen öffentlich als »meinen Mitarbeiter« bezeichnete. Macron macht es geschickter: Im Namen der Effizienz teilt er dem Premierminister einen Teil der gemeinsamen Chefberater zu. Und auf Effizienz setzt der Ex-Banker auch bei der Neugründung Europas, wie er sie in der Sorbonne-Rede skizzierte.

Was die angestrebte Effizienzsteigerung der parlamentarischen Arbeit betrifft, so vertraut Macron auf zweierlei: auf Richard Ferrand, den Chef der LRM-Parlamentsfraktion, und auf sich selbst. Ferrand – Ex-Sozialist von der politischen Statur derer, die man in der SPD Kanalarbeiter nannte – ist der Einpeitscher von Macrons parlamentarischen Mitmarschierern, nachdem er wegen Korruptionsverdachts als Minister aus der Regierung ausscheiden musste. Er führt die Fraktion mit eiserner Faust in Feldwebelmanier und hat sie auf Treue und Gefolgschaft dem Präsidenten gegenüber eingeschworen: Redefreiheit in der Fraktion, Schweigegebot in der Öffentlichkeit. Von diesem Parlament ist Widerspruch nicht zu befürchten. Ein Abgeordneter beschrieb seinen Auftrag offen damit, die Vorlagen der Regierung »möglichst schnell zu verabschieden«. Das Reglement, das Ferrand der Fraktion verpasste, spottet der Idee vom »freien Mandat«. Änderungsanträge zu Regierungsvorlagen müssen die LRM-Abgeordneten dem Fraktionschef vorlegen, bevor sie sie einreichen dürfen. Die Unterstützung von Anträgen anderer Fraktionen ist schlicht untersagt. Die Vertrauensabstimmung vom 4. Juli

gewann der Premierminister mit allen 370 Stimmen seines Lagers.

Macrons »Hang zum Autoritarismus« hat selbst Michaela Wiegel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erkannt,[7] die sonst nur Lobendes über den Mann zu berichten weiß und nie vergisst zu erwähnen, dass er erst 39 ist und verheiratet mit einer viel älteren Frau, die einst seine Gymnasiallehrerin war. Autoritäre Neigungen im vollen Ausmaß des verfassungsmäßig Erlaubten bewies Macron, als er den Generalstabschef Pierre de Villiers, der Kürzungen am Wehretat kritisiert hatte, zuerst öffentlich abkanzelte wie seinen Laufburschen (»Ich habe Entscheidungen getroffen. Ich bin Ihr Chef. Ich brauche keinerlei Druck oder Kommentar.«) und dann zum Rücktritt zwang. Mehrere pensionierte Generäle, die nichts mehr zu befürchten haben, protestierten energisch gegen den »knabenhaften Autoritarismus« (General Vincent Desportes), der das in der Demokratie unabdingbare gegenseitige Vertrauen von Politik und Militär zerstöre. Die Krise wurde verglichen mit jener am Vorabend des Putschs der Generäle vom 21. April 1961, der sich gegen die Algerienpolitik de Gaulles richtete.

Die autoritäre Machtfülle des Präsidenten ist in der Verfassung der V. Republik vorgesehen. Macron bekennt sich offensiv dazu: »Ich glaube an die Institutionen der V. Republik und ich werde alles, was in meiner Macht liegt, tun, damit sie so funktionieren wie der Geist, der sie hervorgebracht hat.« Man kann das als Verfassungstreue verstehen. Aber Macron ergänzte die Selbstverständlichkeit mit der Drohung, ihm werde es darum gehen, »etwas mehr Vertikalität zu akzeptieren. Denn die wahre Autorität besteht darin, sich die Ordnung der Dinge nicht von jenen aufdrängen zu lassen, die uns bestürmen. Wir müssen die Herrschaft über unseren eigenen Fahrplan, über unsere eigenen Prinzipien behalten und nicht davon abweichen.«[8] So erklärt sich denn auch Macrons

7 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.8.2017.

8 Le Monde vom 16.7.2017 und vom 27.5.2017. Das offizielle Foto des Präsidenten spricht Bände. Im Unterschied zu den meisten seiner Vorgänger ließ er sich nicht in der prächtigen Bibliothek des Élysée-Palastes ablichten, sondern in seinem Büro. Mit dem Rücken zum offenen Fenster, das den Blick auf den Park freigibt,

Vorstoß in der europäischen Flüchtlingspolitik. Ohne jede Absprache empfahl er die Errichtung von Lagern in Libyen, um Flüchtlinge aus Afrika von Europa fernzuhalten. Es macht sein Vorhaben nicht menschenrechtskonformer, dass Otto Schily, der ehemalige Innenminister der rot-grünen Koalition, vor Jahren schon auf den deutschen Lagerbau setzte wie heute die bayerische CSU und die Rechten in der CDU.

Das Kräfteverhältnis zwischen dem französischen Präsidenten und dem Premierminister weist momentan ein noch größeres Gefälle auf als in der Verfassung ohnehin vorgesehen. Der Premierminister ist ein General ohne Truppen und ohne Parteiapparat, denn die Loyalität der Parlamentsmehrheit der »Macronistes« gilt dem präsidialen Chef und nur ihm. Eine Macron-Partei besteht nur in rudimentärer Form. Zugespitzt gesagt, sind die Mitmarschierer Macrons Geschöpfe und »Zuarbeiter«. Als Macrons Umfragewerte dramatisch einbrachen, wandte sich »Jupiter« mit einem Appell an »seine« Abgeordneten: »Ich möchte sie in den Morgensendungen [des Fernsehens; R.W.] sehen, Sie müssen eine Bilanz verteidigen, auf die Sie stolz sein dürfen.«

Ein Musterbeispiel autoritär-bonapartistischer Regierungstechnik ist die Durchsetzung der Arbeitsrechtsreform. Macron, mittlerweile Staatspräsident und von der Parole »Effizienz« als Imperativ politischen Handelns überzeugt, unternahm den zweiten Anlauf zur Arbeitsrechtsreform und kombinierte den Imperativ Effizienz mit Bauernschläue. Macron, sein Premierminister Philippe und die neue Arbeitsministerin Myriam Pénicaud ließen die Nationalversammlung am 2. August 2017 ein Vollmachtengesetz mit 270:50 Stimmen abnicken, das der Regierung freie Hand gibt, die Arbeitsrechtsreform mit Dekreten *(ordonnances)* durchzusetzen, die den Status von Gesetzen erhalten, sobald sie vom Parlament ohne Diskussion und Änderungen en bloc ratifiziert werden.

steht Macron an seinen Schreibtisch gelehnt, flankiert von der Trikolore und der EU-Fahne und schaut mit stahlhartem Blick frontal in die Kamera. Auf dem Schreibtisch steht rechts eine goldene Uhr, links liegen ein offenes Buch (die Kriegsmemoiren von Charles de Gaulle) und zwei Smartphones. Hier inszeniert sich einer als Herr über Zeitläufe, Kommunikation und Kriege.

Die Beratung des Vollmachtengesetzes wurde unmittelbar vor der Sommerpause angesetzt – in der Zeit des politischen Sommerlochs. Die Änderungsvorschläge der Opposition wurden im Ausschuss und im Plenum des Parlaments von der absoluten Mehrheit der Macron-Mitmarschierer diskussionslos abgebügelt. So läuft Demokratie im Effizienz-Modus. Den genauen Inhalt der Dekrete erfuhr das Parlament erst am 31. August. Die Zwischenzeit nutzte Arbeitsministerin Pénicaud für Verhandlungen mit den Sozialpartnern – Gewerkschaften und Unternehmerverbänden – hinter verschlossenen Türen, um das Protestpotenzial vorab zu neutralisieren. So gelang es ihr, die drei großen Gewerkschaftsverbände zu spalten: Nur die kommunistische CGT (Confédération générale du travail) kündigte prinzipielle Opposition und Protestdemonstrationen an. CFDT (Confédération française et démocratique du travail) und FO (Force ouvrière) äußerten milde Vorbehalte.

Die Reform bündelt auf 159 Seiten 36 Maßnahmen, die rund 3.000 Seiten des unübersichtlichen und komplexen »Code du travail« ersetzen sollen. Doch ganz schwere Brocken, etwa die 37 unterschiedlichen Rentensysteme und die neun Sozialhilferegelungen, differenziert nach Bezugsgruppen, blieben dabei ebenso unberücksichtigt wie die sozialrechtlichen Normen für Beamte, unter denen Macron in fünf Jahren 120.000 Stellen streichen möchte. Dagegen demonstrierten Anfang Oktober alle Gewerkschaftsverbände gemeinsam.

Die Grundzüge der Arbeitsrechtsreform sind übersichtlich. Die Arbeitszeiten sollen auf betrieblicher Ebene geregelt und der Auftragslage angepasst werden können. Hindernisse bei der Entlassung entfallen und Abfindungen für Entlassene werden im Namen unternehmerischer Flexibilität gedeckelt. Im Gegenzug erhalten Arbeitnehmer das Versprechen auf mehr Sicherheit durch die Stärkung des »sozialen Dialogs«. Dieser »Dialog« wird erleichtert dadurch, dass Gewerkschaften in Betrieben bis zu 50 Beschäftigen – also in der Hälfte der privaten Unternehmen – nichts mehr zu sagen haben werden. Hier »verhandelt« der Unternehmer mit einem von der Belegschaft gewählten Betriebsrat. Das ist mehr oder weniger ein

Freibrief zur Errichtung eines »Herr-im-Haus-Regimes«, in dem die Belegschaft mit Entlassungsdrohungen und fingierten Zahlenwerken über die Geschäftslage fast beliebig erpresst und getäuscht werden kann. In *Le Monde* (16.9.2017) war die Rede davon, die Reform bewirke eine »Refeudalisierung« der sozialen Beziehungen. Ein CFDT-Gewerkschafter bezeichnet Macrons sozialen Dialog als das, was er ist – ein europaweit einmaliges Bekenntnis zum »Schmusekurs« der Regierenden gegenüber der Unternehmerseite. Pierre Ferracci, Direktor der Politikberatungsfirma Alpha, erkennt ein »Ungleichgewicht zugunsten der Flexibilität auf Kosten der Sicherheit der Beschäftigten«. Bereits im Wahlkampf trat Macron für den Vorrang betrieblicher Vereinbarungen vor Branchentarifverträgen ein, bevorzugte also ein besonderes vor einem allgemeinen Interesse. Er stellte dabei »die Pyramide der Normen«, wie sie der Jurist Hans Kelsen begründete, auf den Kopf: Ein nachrangiges Dekret ersetzte eine Norm in Gesetzesform.

Die Reform, die von einer Parlamentsmehrheit durchgewinkt wurde, der man nachsagt, sie sei repräsentativer zusammengesetzt als die von den alten Parteien dominierten früheren Parlamente, ist faktisch ein Zusammenspiel von Technokratie, bonapartistischer Regierungstechnik und präsidialem Autoritarismus: Die Technokraten in der Verwaltung hecken die Lösungen aus, und die Exekutive setzt sie mithilfe eines willigen Parlaments aus politischen Novizen und der Machtfülle des Präsidenten um. So wird der Arbeitsmarkt zu einem Spielfeld für praktische Experimente umgekrempelt, die auf der Ideologie beruhen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber hätten die gleichen Chancen, ihre Interessen durchzusetzen. Im Namen der »Deregulierung« werden so Individuen der Fremdherrschaft unerbittlicher Marktregeln ausgeliefert. Die Fesseln, von denen Macron das »verkrustete Frankreich« befreien will, werden ersetzt durch effizientere im Sinne des Marktes. Macrons »Reform« entfesselt Frankreich nur in dem Sinne, dass sie dem Land die Ketten des neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells anlegt. Nur der Conseil Constitutionnel (der Verfassungsrat – ein politisch besetz-

tes »Gericht«, das mit dem deutschen Verfassungsgericht nicht zu vergleichen ist) könnte das Vorhaben noch stoppen. Immerhin haben sich die drei kleinen Fraktionen von Sozialisten – sie nennen sich jetzt Nouvelle Gauche (Neue Linke) –, Kommunisten und den Linken um Jean-Luc Mélenchons La France insoumise (Das widerständige Frankreich) zu einer gemeinsamen Klage beim Conseil Constitutionnel zusammengerauft.

Zu den Textbausteinen seiner Reden gehört Macrons Beschwörung des »Eroberungsgeistes« *(esprit de conquête)* – ein Ladenhüter aus dem ideologischen Arsenal des historischen Bonapartismus von Napoleon I. und Napoleon III. im 19. Jahrhundert wie auch das Gerede über die *grande nation*. Daran knüpft Macron bruchlos an, auch wenn er den antiquierten Begriff, anders als viele deutsche Zeitungen, nicht mehr verwendet: »Wir sind fähig, gemeinsam der Herausforderung zu begegnen, die die Zeit uns stellt, indem wir an den Faden der tausendjährigen Geschichte anknüpfen, die uns die Kirche vom Staat trennen, die Aufklärung erfinden, Kontinente entdecken, den Universalismus behaupten, eine einmalige Kultur schaffen und eine starke Wirtschaft hervorbringen ließen.«[9] Man kann das als ödes Festreden-Pathos abtun. Aber alles spricht dafür, dass es Macron ernst meint, wenn er gleichsam als geklonter Wiedergänger aus Napoleon III. und Charles de Gaulle auftritt und sich dabei einer Sprache bedient, die nicht mehr unterscheidet zwischen Selbstbewusstsein und Chauvinismus.

Macron bedient sich der Geschichte als Transmissionsriemen und versteht seine Aufgabe als Politiker, »eine Ideologie im vornehmen Sinne des Wortes zu transportieren, eine gemeinsame Vision des Landes und seiner Werte«. Im Mittel-

9 Während das Parlament dem »Moralisierungsgesetz« zustimmt, das die Beschäftigung von Familienmitgliedern durch Parlamentarier unterbindet, bagatellisiert die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (3.8.2017) den vierten Fall von Korruption durch Regierungsmitglieder mit dem famosen Hinweis: »Wenn gar nichts mehr gegen bevorstehende Reformen hilft, findet sich in Paris immer ein Weg, die Verantwortlichen als geldgierig und moralisch verwerflich zu verunglimpfen.«

punkt von Macrons affirmativ verstandener »Ideologie« steht »eine neue Form demokratischer Autorität«, die an die Stelle des seit dem Königsmord von 1793 verwaisten Throns treten sollte – der demokratische Monarch, der schon im Wahlkampf den »Tod der politischen Parteien« verkündete. Natürlich ist Macron kein heimlicher Monarchist, der »zur unverschämt einfachen Herrschaft von Säbel und Kutte«[10] zurückkehren möchte, sondern ein demokratisch geläuterter Bonapartist.

Wie tot die politische Debatte in Frankreich bereits ist, erwies sich in der Diskussion über den seit November 2015 herrschenden Ausnahmezustand. Macron hat im Wahlkampf versprochen, den Ausnahmezustand zu beenden. Vorher hatte ihn das Parlament allerdings mit der Mehrheit der Mitmarschierer bis November 2017 verlängert. Danach hat es im Dezember einem Gesetz zugestimmt, das fast alle polizeilichen Extrakompetenzen, die der Ausnahmezustand hergibt – Wohnungsdurchsuchung ohne richterliche Entscheidung zu jeder Tages- und Nachtzeit, Ausgangssperren, Hausarrest, Sicherheitszonen etc. –, festschreibt. Das willige Parlament soll das Gesetz abnicken, oder es riskiert, dass der Präsident zur konstitutionell vorgesehenen Keule greift und das Gesetz per Dekret – am Parlament vorbei – in Kraft setzt. Einzig ein kommunistischer Abgeordneter erinnerte seine willigen Kollegen und den Präsidenten an demokratische Spielregeln: »Es sind die Abgeordneten, die das Gesetz machen. Der Präsident hat uns nicht zu sagen, was wir tun müssen.« Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament könnte auch dieses demokratisch sehr zweifelhafte Vorhaben nur noch der Conseil Constitutionnel stoppen.

Regieren per Vollmachtengesetz oder direkt per Dekret nach Artikel 49/3 der Verfassung läuft in etwa auf dasselbe hinaus: Das Parlament wird legal umgangen oder ebenso legal ausgeschaltet. 1958, als die Verfassung de Gaulles für die V. Republik verabschiedet wurde, unterstellte François Mitterrand dem General, er etabliere damit »den Staatsstreich in

10 Marx: Der achtzehnte Brumaire, S. 118.

Permanenz«. Das wird nicht dadurch falsch, dass Mitterrand selbst, als Präsident nach 1981, die Verfassungsspielräume zu nutzen wusste.

Zur bonapartistischen Regierungstechnik gehört auch Macrons Umgang mit der Presse. Bis Ende 2017 hat er der ausländischen Presse zwei Sammelinterviews gegeben und je eines einem französischen Journalisten der Boulevardzeitung *Journal du Dimanche* sowie dem konservativen Wochenblatt *Le Point*. Darin lobte er sich selbst, dass er Präsident Donald Trump eine Lektion zur Klimapolitik und zur Bekämpfung des Terrorismus erteilt habe: »Trump hat mir gesagt, dass er versuchen werde, in den nächsten Monaten eine Lösung zu finden.« Anfragen für ein Interview anderer Zeitungen beantwortete der Élysée-Sprecher mit dem Hinweis, das »komplexe Denken« des Präsidenten eigne sich nicht für Frage-Antwort-Spielchen mit Journalisten. Macron wollte auch entscheiden, welche Journalisten ihn auf seiner Reise nach Mali begleiten durften. Das bewog fast die gesamte französische Presse zu einem Protestschreiben an den Autokraten. Macrons Kommunikationsberaterin Sibeth Ndiaye bekannte öffentlich: »Ich stehe vollkommen dazu, zu lügen, um den Präsidenten zu beschützen.« Auf Nachfragen des Korrespondenten der *Neuen Zürcher Zeitung* ging sie gar nicht erst ein.[11]

Die parlamentarische Opposition gegen die Projekte Macrons ist schwach und zersplittert. Die Sozialisten verfügen nur noch über eine Fraktion von 29 Mitgliedern. Zwischen der Linken von Jean-Luc Mélenchons La France insoumise (LFI) und den Kommunisten (PCF) scheiterten die Verhandlungen über eine gemeinsame Fraktion. Das passt in Macrons Kalkül und pflastert den Weg zum Erfolg seiner bonapartistischen Regierungstechnik jenseits von Parlamentshoheit und Parteiengezänk.

Macron ist kein Wiedergänger Napoleons III. Aber immer klarer wird, dass noch kein französischer Präsident vor ihm die Möglichkeiten der Verfassung von 1958 virtuoser für seine

11 Neue Zürcher Zeitung vom 25.7.2017.

bonapartistische Regierungstechnik genutzt hat als er. Seine wirksamste Unterstützung erhielt er dabei nicht von der diffusen Bewegung En Marche, sondern von einem großen Teil der französischen und internationalen Medien, die mitgedreht haben an seinem Image als »Jupiter«.

Horst Kahrs

Politische Suchbewegungen in Zeiten tiefer sozialer Transformation

Ein Essay über die Situation in Deutschland

Taugt die Marx'sche Analyse der politischen Ereignisse von der französischen Revolution im Februar 1848 bis zur autoritären Herrschaft von Bonaparte ab Ende 1851, um den zeitgenössischen Autoritarismus zu entschlüsseln? Hat Marx mit seiner Analyse gar »die Dynamik der spätbürgerlichen Gesellschaft« antizipiert, die »auf Grund ihrer eigenen Struktur sich vollziehende Liquidierung ihrer liberalen Periode«,[1] nachdem, wie Marx schrieb, die parlamentarische Republik in eine Situation geraten war, in der nur noch die Alternative zwischen Anarchie und Despotie blieb?

Marx selbst verbat sich den zeitgenössischen Vergleich mit dem »Cäsarismus«, weil bei »so gänzlicher Verschiedenheit zwischen den materiellen, ökonomischen Bedingungen« des Klassenkampfes »auch seine politischen Ausgeburten nicht mehr miteinander gemein haben als der Erzbischof von Canterbury mit dem Hohepriester Samuel«.[2] Recht eigentlich hat sich die Verwendung des Begriffs »Bonapartismus« für politische Phänomene knapp 170 Jahre später damit erledigt.

Wesentliche materielle und ökonomische Bedingungen haben sich dramatisch verändert. Die Mehrheit der Bevölkerung wird nicht mehr von »Parzellenbauern« gestellt, sondern von modernen Lohnabhängigen, die in der vierten und fünften Generation existenziell abhängig sind vom Interesse des Kapitals an ihrer Arbeitskraft. Dem Bonapartismus gingen eine demokratisch-soziale Revolution im Februar 1848 und

1 Herbert Marcuse: Nachwort zu: Karl Marx: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte (1852), Frankfurt a.M. 1965, S. 143–150, hier 143.

2 Karl Marx: Vorwort zur Zweiten Ausgabe (1869). Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke [MEW], Berlin 1956ff., Bd. 8, S. 560.

mehrere Etappen ihres Scheiterns voraus, während der heutige Autoritarismus zumindest in den westlichen Ländern aus parlamentarischen Demokratien hervorgeht, die seit mehreren Jahrzehnten funktionieren.

Die Lektüre des »Achtzehnten Brumaire« erscheint dennoch ertragreich, unter anderen Aspekten. Es handelt sich um eine der wenigen Analysen, in denen Marx die relative Autonomie des politischen Kampfes behandelt. Die ökonomische Lage mündet nicht unmittelbar in politisch artikulierte Forderungen. Ihnen vorgelagert ist eine soziokulturell vermittelte Klärung, welche Interessen sich daraus ergeben könnten. Das Politische erweist sich insofern als Spekulation, welche Handlungen diesen Interessen am ehesten angemessen wären, mithin als ein System mit erheblicher Eigendynamik. Insbesondere arbeitete Marx dies für die unterschiedlichen Fraktionen kapitalistischen Eigentums heraus, die die Republik als Kampfplatz ihrer Interessen nutzten. Allerdings, so ließe sich zusammenfassen, litt dieser Kampfplatz unter fehlenden verlässlichen Regeln bzw. ständigen Regeländerungen, sodass am Ende alle froh waren, das Politische Bonaparte überlassen und unter seiner Schirmherrschaft ihren ökonomischen Anliegen hauptberuflich nachgehen zu können, das heißt, die industrielle Revolution voranzutreiben.

Bemerkenswert ist, welche Rolle Marx den Sitten und Gebräuchen verschiedener Milieus und Volksklassen zuschreibt. Vom »Volksglauben« und der »Wucht der Tradition« ist die Rede, in denen die Masse der Bauern noch verfangen sei, vom »Aberglauben« und »Napoleon-Kultus«, der sich aus der Hoffnung nähre, mit einem neuen Bonaparte die Zeit des ersten Bonaparte zurückholen zu können. Ähnlich finden sich im Begriff des »Lumpenproletariats« Verweise auf Phänomene, denen sich die Soziologie mehr als ein halbes Jahrhundert später mit Begriffen wie »Mentalität« (Theodor Geiger) oder noch später »Habitus« (Pierre Bourdieu) näherte. Der »Achtzehnte Brumaire« wappnet also gegen die ökonomistische Verkürzung der Politik und kann als Lehrbeispiel für die Selbstdestruktion demokratischer Institutionen gelesen werden.

Aufmerksamkeit für aktuelle Analysen verdienen ebenfalls die Marx'schen Bemerkungen zum Begriff Klassen. Er umfasst nicht bloß das Individuum, sondern die Familie im Sinne von Haushalt als unmittelbare und intergenerative soziale »Reproduktionseinheit«. Von einer Klasse könne erst dann die Rede sein, wenn »Millionen von Familien unter ökonomischen Existenzbedingungen leben, die ihre Lebensweise, ihre Interessen und ihre Bildung von denen anderer Klassen trennen und ihnen feindlich gegenüberstehen«.[3] Es sind die Unterschiede in Lebensweise, Interessen und Bildung, die voneinander trennen, nicht allein die bloßen ökonomischen Existenzbedingungen. In der weiteren Bedingung – »ihnen feindlich gegenüberstehen« – schwingt die politische Dimension mit, die Vereinigung auf der Basis der »Dieselbigkeit ihrer Interessen«, »politische Organisation«. Wo diese fehlt, könne von einer Klasse nicht die Rede sein, denn sie sei »unfähig, ihr Klasseninteresse im eigenen Namen, sei es im Parlament, sei es durch einen Konvent geltend zu machen«.[4] Heute würden Politik- und Sozialwissenschaftler wohl von einer »Repräsentationslücke« sprechen.

Beachtenswert bleiben die Verweise, wonach aus einer gemeinsamen ökonomischen Lage durchaus unterschiedliche politische Orientierungen erwachsen können. Die Dynastie Bonaparte »repräsentiert nicht den revolutionären, sondern den konservativen Bauern«, »nicht das Landvolk, das durch eigene Energie im Anschluss an die Städte die alte Ordnung umstürzen, sondern umgekehrt dumpf verschlossen in dieser alten Ordnung mitsamt seiner Parzelle von dem Gespenste des Kaisertums gerettet und bevorzugt sehen will«, den Bauern, den Aberglauben, Vorurteil und seine Vergangenheit prägen. Der revolutionäre Bauer hingegen sei aktiv an den Subsistenzunruhen 1846/47 beteiligt gewesen, die auf die Ausbreitung der Kartoffelkrankheit und die Weizenmissernten folgten.[5] Marx spricht hier zwei grundlegende Haltungen in den Volksklas-

3 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW Bd. 8, S. 111–207, hier 198.

4 Ebd.

5 Ebd., S. 199.

sen an, die sich später in der Arbeiterbewegung wiederfinden, im solidarisch-egalitären Kollektivismus der Sozialdemokratie und im sozial-autoritären Paternalismus der katholischen Soziallehre.

Der »Achtzehnte Brumaire« breitet eine Methode aus, mit der politisches Handeln von Individuen und Gruppen unter bestimmten ökonomischen Bedingungen als verhaftet in Milieus und Kulturtraditionen analysiert wird und Klassen nur gedacht werden können, wenn und insoweit sie fähig sind, politisch zu handeln. Für eine Analyse der aktuellen Auseinandersetzungen schließt dies eindimensionale Erklärungen für das Aufkommen der autoritären Bewegungen aus. Der hier vorgelegte Essay versucht sich diesem Erfordernis anzunähern. Wie entwickelt sich das Wechselspiel zwischen den Parteien, zwischen Parteien und Wählern, und wie verändert sich dabei womöglich die Republik als moderner »Kampfplatz der Interessen« (Engels)? Wie wirken die traditionellen ideologischen Gesellschaftsbilder, Deutungsangebote und Ordnungsmodelle der Parteien fort, in denen die Anhänger sich wiederentdecken, weil sie ihnen Stellung und Bedeutung zusprechen? Welche außerhalb des politischen (und ideologischen) Feldes liegenden sozialen und ökonomischen Transformationen verleihen den politischen Entwicklungen ihre Dynamik? Ist die Entwicklung zum Autoritarismus, in dem eine sozial fragmentierte Gesellschaft sich ohne Zwischenschaltung demokratischer Interessenvermittlung staatlicher Exekutivgewalt unterwirft, überhaupt aufzuhalten, wenn es keine »hegemoniale Mitte« mehr gibt?

Die »Rückkehr der Politik« und die relative Autonomie des Politischen

Im 19. Deutschen Bundestag sind erstmals sieben Parteien in sechs Fraktionen vertreten. FDP und AfD, die bei der Wahl 2013 knapp an der Sperrklausel von fünf Prozent gescheitert waren, wurden mit jeweils über zehn Prozent in das Parlament gewählt. Die SPD erhielt nur noch jede fünfte Stimme, das schlechteste Ergebnis seit 1949. Die Grünen und Die Linke blieben stabil. Der

Einzug der rechtskonservativen und völkisch-nationalistischen AfD bei gleichzeitigen großen Einbußen der beiden Volksparteien in christlicher und sozialdemokratischer Tradition kennzeichnet diese Zäsur im Parteiensystem. Deutschland erfährt, so scheint es mit Blick auf westeuropäische Verhältnisse, eine nachholende Normalisierung des Parteiensystems: erfolgreiches Auftreten einer mit populistischer Methode um konservative Werte und um Begriffe wie Volk und Nation kreisenden, Überfremdungsängste schürenden rechten Partei.

Das neue Parlament umfasst eine »große« und eine »mittlere« Fraktion sowie vier »kleine« Fraktionen, die allesamt um Aufmerksamkeit und parteipolitische Unterscheidbarkeit mit Blick auf die mediale Öffentlichkeit und die eigenen Anhänger konkurrieren. Parteipolitische Identitätspolitik, das Agieren mit Blick auf das Parteiwohl rückt unter diesen Konkurrenzbedingungen noch stärker in den Vordergrund. In der Logik der Aufmerksamkeitsökonomie liegt der Griff in die populistische Methodenkiste nahe.

Der Ausstieg der FDP aus den Sondierungsgesprächen folgte dem Kalkül, der Anhängerschaft das Bild einer prinzipienfesten Partei, der es um die Sache geht, einprägsam zu vermitteln. Dieser am Wohl der Partei, ihres Apparates und ihrer Mandatsträger orientierte Strategie des politischen Handelns droht im politischen Gefängnis fundamentalistisch verstandener Ideologie- und Imagezuschreibungen zu enden.

Die FDP steht hier beispielhaft für einen Prozess, der gemeinhin als Ausdifferenzierung des Parteiensystems beschrieben wird. Dahinter verbirgt sich eine gewachsene soziale Fragmentierung, die von den traditionellen Volksparteien nicht mehr in zwei großen Lagern zusammengebunden werden kann. Das Bedürfnis nach neuen politischen Formen und Repräsentanten nimmt zu, die Bindungskräfte der alteingesessenen Parteien schwinden, neue Parteien können sich schließlich im Parteisystem behaupten. Insgesamt wächst die Bereitschaft der Wahlberechtigten, sich zwischen verschiedenen Parteien zu entscheiden. Oftmals gilt diese Offenheit als Ausweis der Unzufriedenheit mit dem bestehenden Par-

teienangebot oder einer mangelnden Unterscheidbarkeit der Parteien. Meist völlig unberücksichtigt bleibt dabei der Gedanke, dass es sich um Suchbewegungen von Wählerinnen und Wählern handelt, die auf vielfache Weise in der gesellschaftlichen und sozialen Position verunsichert sind. Sie sehen sich infolge des Wandels von Lebensverhältnissen und -auffassungen durch die traditionellen Parteien nicht mehr repräsentiert und begeben sich auf die Suche nach neuer politischer Repräsentation.

Hierzu passt die Rückkehr der Politik in die Alltagsgespräche. Im Gegensatz zur vorherigen Bundestagswahl waren 2017 politische Themen rund um Zuwanderung, Integration, Kriminalität und Terror in den Gesprächen in Familien- und Freundeskreisen sehr präsent.[6] Kanzlerin Angela Merkel hatte hierzu 2015 mit ihrem legendären Satz »Wir schaffen das« maßgeblich beigetragen. Die gesamte Gesellschaft wurde angesichts der vorübergehenden Grenzöffnung zu einer kollektiven Anstrengung aufgerufen. Auf die ihr entgegengehaltene Kritik an der Grenzöffnung reagierte sie mit der Aussage, es sei nicht mehr ihr Land, wenn man nicht einmal mehr ein »freundliches Gesicht« zeigen dürfe. In beiden Fällen ging es nicht darum, dass etwas unabweislich getan werden musste. Es war auch möglich, kein freundliches Gesicht zeigen zu wollen. Vom Bundeskanzleramt selbst erging der – vermutlich unbeabsichtigte – Ruf, dass eine gesellschaftspolitische Debatte, in welche Richtung sich das Land entwickeln solle, möglich und nötig sei. Erste Ergebnisse dieser Debatte waren das Wiedererstarken der AfD und die gestiegene Beteiligung an den Landtagswahlen 2016.

Abnutzung der traditionellen Deutungs- und Ordnungsmuster

Die politischen Zäsuren des Jahres 2017 stehen für Verwerfungen im Verhältnis von Parteien zu Bürgerinnen und Bürgern, die einen längeren Vorlauf haben. Die klassischen ideo-

6 Renate Köcher: Warum die Bundestagswahl noch nicht entschieden ist, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.8.2017, S. 8.

logischen Deutungsmuster der drei großen gesellschaftspolitischen Grundströmungen Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus, die die parlamentarischen Demokratien über Jahrzehnte prägten, haben sich abgenutzt. Sie bringen keine konsistenten Deutungs- und Ordnungsangebote mehr hervor, keine weltanschaulichen Leitplanken des Handelns, die Verbindungen herstellen könnten zwischen dem politischen System und den vielschichtigen Alltags- und Lebenswelten.

Konservatismus

Das Bündnis aus wert- und nationalorientiertem Konservatismus mit der katholischen Soziallehre, das um Familie, Nation, (christliche) Religion und den sozial verantwortlichen Patron des rheinischen Kapitalismus kreiste, begann sich nach dem Verlust der Regierungsmacht 1998 und angesichts weiterer Stimmenverluste in großen Städten mit wachsender Geschwindigkeit zu modernisieren. Bisherige identitätsstiftende Grundpfeiler konservativer Politik wurden geschliffen: Abschaffung der Wehrpflicht, Einführung von Frauenquoten, Abkehr von der Hegemonie des »christlichen« Familienbildes, Deutschland als Einwanderungsland oder die »Ehe für alle« führten zur Entfremdung wert- und nationalkonservativer Anhänger, vor allem aber dazu, dass konservative Politik als prinzipienlose Anpassung an sich ständig verändernde komplexe wirtschaftliche Bedingungen und Anforderungen erschien.

Aus wertkonservativer Perspektive bedeutete die Amtszeit der beiden Schröder-Fischer-Regierungen nicht nur den Verlust von Regierungsmacht. Sie erschienen gleichzeitig als Niederlage im Kampf um Einfluss bei den neuen Bildungsbürgerschichten, im beharrlichen Kampf gegen die kulturelle Modernisierung, die von der 68er-Generation in die Institutionen getragen worden war: Persönlichkeitsideale wie Individualisierung, Authentizität, Selbstverwirklichung standen hoch im Kurs, ebenfalls Gleichwertigkeit von Lebensweisen, Identitäten und Kulturen, aber auch die mit Pluralismus und

Toleranz einhergehende Relativierung von Wahrheitsansprüchen in Wissen und Moral. Eine konservative Partei, die selbst zur Geburtshelferin entsprechender Gesetze wird, die vormals feststehende Haltepunkte des konservativen Weltbildes relativiert, die ernsthaft erwägt, dass der »Islam zu Deutschland« gehört, und überraschend propagiert, dass Deutschland doch ein »Einwanderungsland« sei, und zwar weil die Kapitalverbände einen Arbeitskräftemangel befürchten – eine solche Partei kann ihre traditionelle Rolle als wertkonservatives Bollwerk nicht mehr erfüllen. Traditionsorientierte Wertkonservative verlieren ihre angestammte politische Heimat.

Liberalismus

Der Liberalismus spaltete sich in Deutschland bereits im 19. Jahrhundert in einen sozialliberalen und einen nationalliberalen Flügel. Individuum, Bürgergesellschaft, Markt und Staatsferne stehen im Zentrum der politischen Vorstellungen. Nach dem Ende der sozialliberalen Ära platzierte der parteiförmige Liberalismus sich als Speerspitze des ideologischen »Neoliberalismus«, der eigenverantwortlichen und deregulierten Bereicherung an den »Märkten«, der Privatisierung öffentlicher Unternehmen sowie des Staats- und Gemeinwohlskeptizismus. Gesellschaft wurde gedeutet als Ellenbogengesellschaft.

Nach vier Jahren Regierungskoalition mit der CDU/CSU und dem Ausscheiden aus dem Bundestag 2013 kam es in der FDP zu keinem Comeback des Sozialliberalismus, vielmehr wurde die nationalliberale Tradition wiederbelebt und gestärkt: Ein marktradikales Wirtschafts- und Sozialprogramm, eine protektionistische Einwanderungspolitik als »Bestenauslese« und die staatlich geförderte freie Fahrt für den Einsatz digitaler Technologien bilden nun das programmatische Zentrum. Entscheidender noch als die Programmatik war für die Rückkehr auf die parlamentarische Bühne die Inszenierung personalisierender, populistischer Politikmethoden, wie sie auch von Sebastian Kurz in Österreich oder von Emmanuel Macron in Frankreich bevorzugt werden.

Die ideologische Zuspitzung des Wirtschaftsliberalismus erwies sich in der innerparteilichen Auseinandersetzung der FDP um die Bankenrettung und die Euro-Schuldenkrise als Spaltmaterial. Die Argumentation, die Banken müssten gerettet werden, weil sie »systemrelevant« seien, war ordnungspolitisch ein Schlag ins Gesicht aller Familienunternehmer und Selbstständigen, die die Verantwortung für die Folgen ihres Handelns nicht auf die Allgemeinheit abwälzen können. Sie beklagten nun einen Bruch mit zentralen ideologischen Grundsätzen der Marktwirtschaft. Ein weiterer Punkt war die Verbindung des verbliebenen DM-Nationalismus mit der Frage, ob die Europäische Union zwecks Rettung der Währung zu einer Schulden-Transferunion werden dürfe.

Zum Gründungsmythos der AfD, den vor allem ehemalige CDU- und FDP-Leute geschrieben haben, zählten der Vorwurf des »Verrats« zentraler – wirtschaftsliberaler bzw. wertkonservativer – ideologischer Grundsätze durch die vormals eigene Partei und ein radikaler Wettbewerbsnationalismus, der die vorgeblich durch Leistungsbereitschaft und harte Reformen erarbeiteten Wohlstandsvorteile gegen »faule« Nationen zu verteidigen versprach. Die Abnutzungserscheinungen der konservativen wie der liberalen Grundströmungen mündeten in der organisatorischen und politischen Formierung einer zunächst nationalliberalen und wertkonservativen parteiförmigen Sammlung, die 2013 nur knapp den Einzug in den Bundestag verfehlte. In Zusammenarbeit mit rechtsextremen und nationalistischen Netzwerken erreichte die AfD anschließend erste Landtagswahlerfolge in Ostdeutschland; um zu einer mobilisierungsfähigen politischen Sammlungsbewegung zu werden, reichte dies allerdings nicht aus.

Mit dem wiedererweckten Nationalliberalismus der neuen FDP ist nun ein konkurrierendes Deutungsmuster im politischen Geschäft. Während die Nationalkonservativen auf die Vergangenheit blicken, schauen die neuen Nationalliberalen in die Zukunft, die sie als harten Wettbewerb zwischen nationalen Volkswirtschaften sehen: Bildung und Ausbau digitaler Infrastrukturen sollen die Wettbewerbsposition in den kom-

menden Gefahren des Weltmarktes verbessern, die Selbstbehauptung der Nation im globalen Überlebenskampf ist vor allem ein wirtschaftlicher Kraftakt, weshalb jeder Versuch, die Wirtschaft mit sich nicht rechnenden Regelungen zu belegen, die Nation schwächt.

Sozialismus und Sozialdemokratie

Die größte Lücke hinterlassen indes die vormals wirkmächtigen Deutungen, die zugleich immer auch Handlungsorientierungen sind, von Sozialdemokratie bzw. Sozialismus. Diese gesellschaftspolitische Grundströmung ruhte auf den Säulen Betrieb (statt Familie) als prägende Alltagswelt und Bezugspunkt politischen Handelns, auf der Zugehörigkeit zu einer Klasse – »Arbeiterklasse«, später allgemeiner (Lohn-)»Arbeit« – (statt Zugehörigkeit zu Volk oder Nation), auf Sozialstaat und Sozialeigentum (als Pendant bürgerlichen Eigentums) als Grundlage sozialer Demokratie und internationaler Solidarität (statt Denken und Handeln in den Grenzen des Nationalstaates). Der industrielle Großbetrieb hat seine prägende Rolle in der Lebenswelt verloren, der Stolz auf eine Klassenzugehörigkeit ist kaum noch präsent, und der sozialdemokratisch-sozialistische Internationalismus steht unter dem Vorbehalt der Sicherung der nationalen sozialstaatlichen Errungenschaften.

Mitte der 1970er-Jahre erreichte die deutsche Sozialdemokratie den Höhepunkt der Machtentfaltung, die auf dem Wege des Gebrauchs des allgemeinen Stimmrechts erreichbar schien: Politische und staatliche Institutionen waren erobert, sozialstaatliche Institutionen geschaffen, betriebliche Mitbestimmung verankert, wenn auch davon zentrale Eigentümerfunktionen bei Investitionen nicht berührt wurden. Jedoch: Unter veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen ab 1973 erwiesen sich die keynesianischen Instrumente als unzureichend, um ausreichend Wachstum und Arbeitsplätze zu generieren. Entscheidend für eine erste Desillusionierung von Anhängern war indes, dass das Vollbeschäftigungspostulat des Wachstums- und Stabilitätsgesetzes von 1967, aus sozi-

aldemokratischer Sicht eine kompromisslerische Umschreibung des Rechts auf Arbeit, als politische Leitorientierung von der politischen Bühne verdrängt wurde. Die Sozialdemokratie in Politik, Betrieben und Aufsichtsräten erwies sich als weitgehend ohnmächtig, wenn es um die Verhinderung von Betriebsschließungen und um die Verlagerung ganzer Branchen (z.B. Text, Stahl, Werften) in andere Länder ging.

Bereits in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre setzte daher eine erste Welle der Wahlenthaltung und des Rückzugs aus der Politik ein, vornehmlich unter Arbeitern und in großindustriell geprägten Stadtvierteln, mithin in sozialdemokratischen Hochburgen. Immerhin blieben zentrale sozialstaatliche Sicherungsversprechen erhalten. Arbeitslosigkeit wurde auch unter maßgeblichem Einfluss des christlichen Arbeitnehmerflügels der CDU/CSU, einer wichtigen sozialen Basis des »rheinischen Kapitalismus«, durch neue Instrumente wie Vorruhestandsgeld, Altersübergangsgeld und Auffanggesellschaften sozialstaatlich abgefedert. Auch die massive Verschärfung der Arbeitsmarktkonkurrenz durch den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes mit der weitgehenden Zerstörung der DDR-Industrie im Gepäck änderte daran zunächst wenig. 1996 dann doch beschlossene massive sozialstaatliche Kürzungen bei der Lohnfortzahlung und der Rentenversicherung führten zu einer erneuten Mobilisierung sozialstaatlich orientierter Kräfte, die die SPD 1998 mit den in anderen Schichten in der Ära Kohl gleichfalls aufgestauten Modernisierungshoffnungen erfolgreich unter der Wahlkampflosung »Innovation und Gerechtigkeit« verband.

Der SPD erzielte einen großen Mobilisierungserfolg, auch unter Nichtwählern. Allerdings gelang es ihr in der Regierung nicht, das europäische sozialdemokratische Bündnis herzustellen, das die notwendige Regulierung der Finanzmärkte hätte durchsetzen können. Stattdessen schwenkte sie auf den Weg der Stärkung der deutschen Exportwirtschaft durch Innovation und Lohndruck ein. Vor allem anderen gab sie die Rolle als sozialstaatliche Schutzmacht der »kleinen Leute« auf, die ihr in der eigenen Anhängerschaft noch verblieben war. Bei

Arbeitslosigkeit drohten nun nicht nur materielle Einbußen, sondern auch der soziale Absturz vom Status des »Arbeitnehmers« auf den des alimentierten »Fürsorgeempfängers.«

Gleichzeitig schwanden durch Ausbau des Niedriglohnsektors bei Stagnation der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung die Aussichten, neue Rechtsansprüche erwerben zu können. Zu den Einschnitten ins kollektive und individuelle Sozialeigentum kamen Reallohnverluste für große Teile der abhängig Beschäftigten. Die Folge: Millionenfach wandten sich sozialdemokratische Traditionswähler aus der Arbeiterschicht ab und wurden mehrheitlich zu Nichtwählern.

Die ursprüngliche soziale Machtbasis der SPD nach 1945 waren die großindustriellen Betriebskollektive und die mit ihnen eng verwobenen Alltagswelten der Industrieviertel. Parallel begann sich für viele Angehörige der alten Industrie- und Landarbeiterschichten ein zweites sozialdemokratisches Leitbild insbesondere für ihre Kinder zu erfüllen, nämlich in einer sozialstaatlich durchlässig gehaltenen Leistungsgesellschaft individuellen sozialen Aufstieg durch Bildung erreichen, materiellen Wohlstand und soziale Anerkennung mehren zu können. Bereits Ende der 1960er-Jahre ging die SPD-Führung davon aus, dass ihre traditionelle Massenbasis in der Arbeiterschaft erodieren würde. Sie entdeckte die »linke Mitte« der modernen, oft bereits akademisch gebildeten Angestellten.

Zunächst gelang es noch, die alten Arbeitermilieus mit den sich entwickelnden neuen Milieus ideologisch und politisch zu verbinden. Für die Enkelgeneration galt dies schon nicht mehr. Die Kinder der sozialen Aufsteiger der ersten beiden Generationen bezogen räumlich wie kulturell eigene Lebenswelten, die sich von denjenigen, die den sozialen Aufstieg nicht schafften, demonstrativ abgrenzten. Durch diese soziokulturelle und nachfolgend auch sozialräumliche Entmischung stand die Sozialdemokratie, wollte sie Erfolg haben, vor der Aufgabe – zugespitzt formuliert –, zwei eher gegensätzliche Milieus – soziale Aufsteiger in Akademikermilieus und traditionelle Arbeitermilieus – verbinden zu müssen. Die Entscheidungen der »Agenda 2010« signalisierten stattdes-

sen das Gegenteil. Ein sozialdemokratisches Leitmilieu war bereit, Modernisierungspolitiken gegen ein anderes Leitmilieu durchzusetzen, nachdem es in der Partei die Oberhand gewonnen hatte.[7]

Für einen erheblichen Teil der sozialdemokratischen Wählerschaft brachten die vergangenen 30 Jahre eine Reihe von Erlebnissen mit sich, die ihnen den schleichenden Machtverlust der Gewerkschaften in den Betrieben, Verwaltungen und Institutionen sowie der Sozialdemokratie in Politik und Gesellschaft vor Augen führten. Allmählich verdichteten sich daraus die Erfahrungen des eigenen Bedeutungsverlustes, der Ohnmacht, der Hilflosigkeit, der Repräsentationslosigkeit.

Das Bündnis mit den »68ern«

Die Partei Die Grünen entwickelte in den 1980er-Jahren ein ideologisches Hybridmodell, in dem ökosozialistische Anschauungen mit wertkonservativen und libertär-kommunitaristischen Vorstellungen verknüpft wurden. Ausgehend von den Inseln alternativer Ökonomie entstand um die Partei herum ein sozialökologisch geprägtes neubürgerliches Milieu, welches sich mehr und mehr als Avantgarde einer besseren – »gesunden« und »nachhaltigen« – Lebensweise verstand und versteht. Als politische Erbin der gesellschaftlichen Emanzipations- und Liberalisierungsbewegungen der 1960er- und 1970er-Jahre waren sie die treibende Kraft der kulturellen Modernisierung.

Sozialdemokraten und Grüne zählen beide zum linken politischen Lager. Ihre Zusammenarbeit in Regierungskoalitionen trug zur wachsenden Entfremdung zwischen traditionellen Arbeitnehmermilieus und neuen Mittelschichten bei. Insbesondere der Umbau des Sozialstaates – die Verwandlung von Anspruchsberechtigten in Kunden, die mit der Einforderung von mehr Eigenverantwortung verbundene Erwartung

7 Vgl. Franz Walter: Die Weissagung des Michael Young; in: Neues Deutschland, 11.9.2017, S. 10; David Goodhart: Einwanderung als aggressivste Form der Globalisierung. Die Linke in Großbritannien, in: Michael Bröning/Christoph P. Mohr (Hrsg.): Flucht, Migration und die Linke in Europa, Bonn 2017, S. 346–361.

der Selbstvermarktung und die Teilprivatisierung der Alterssicherung – war ein nicht auf die Lebenswirklichkeit der klassischen Arbeiterberufe zugeschnittenes »Reformprojekt«.

Die linke Abspaltung einer »Wahlalternative für soziale Gerechtigkeit«, die mit der PDS zur Partei Die Linke verschmolz, konnte nur den kleineren Teil der von der SPD Enttäuschten bei den Wahlen 2005 und 2009 auffangen. Für viele war die Stimme für die Linkspartei nur ein Zwischenstopp auf dem Weg in die Abwendung von der Politik oder zu einer neuen »Protest«-Partei, deren Wahl Aufmerksamkeit versprach. Vor der AfD erzielten auch die Piratenpartei und die Grünen kurzzeitig überdurchschnittliche Zustimmung unter Arbeitern. Die über etliche Jahre hinweg entstandene Repräsentationslücke im parlamentarischen System besteht auch nach der jüngsten Bundestagswahl fort.

Politik in Zeiten umfassender sozialer Transformation von Klassengesellschaften

Der Erfolg der rechtskonservativen und völkisch-nationalistischen Sammlungsbewegung gründet auf langfristigen politischen und kulturellen Entfremdungsprozessen.

Die Wandlungen und Zäsuren in einem politischen System erschließen sich vollends nur vor dem Hintergrund weitreichender sozialer Transformationsprozesse. Auch die deutsche Gesellschaft befindet sich in einer technologisch getriebenen revolutionären Situation, in der eine grundlegende Neuzusammensetzung von Kapital und Arbeit auf der Tagesordnung steht und hart umkämpft ist. Digitale Technologien haben ein Entwicklungsstadium erreicht, das in nahezu allen Arbeits- und Lebensbereichen tief greifende Umwälzungen möglich machte und weiterhin erwarten lässt.

Es handelt sich nicht mehr um die auf einen Bereich, etwa den der Wirtschaft, beschränkte Einführung einer neuen Technologie, wodurch die Arbeitsorganisation und die beruflichen Qualifikationsanforderungen verändert würden. Die Umwälzungen finden klassenübergreifend im sozialen und ökonomischen Bereich, auf der kulturellen und ideologischen

Ebene und in der persönlichen Lebenswelt mittlerweile meist gleichzeitig statt. Sie stellen eine enorme Herausforderung an die Individuen hinsichtlich Bereitschaft und Fähigkeit zur Umstellung und Anpassung auf allen diesen Ebenen dar. Die Veränderungen in der Berufswelt sind von entscheidender Bedeutung. War vor 25 Jahren noch fast jeder zweite Beruf mit einer Ausbildung im dualen System erreichbar, so waren es jüngst nicht einmal mehr 30 Prozent. Gleichzeitig verlangte nun fast die Hälfte aller Berufe als Einstieg eine akademische Qualifikation. Der Anteil der un- und angelernten Berufe blieb mit einem Viertel konstant. Zugleich gab es erhebliche Verschiebungen zwischen den Wirtschaftssektoren, weg vom industriellen Sektor hin zu Verwaltungs-, Organisations- und Kommunikationsdienstleistungen sowie vor allem zu personen- und haushaltsnahen Dienstleistungen.[8] Diese Daten beziehen sich nur auf Berufe, die in einem sozialstaatlich umfassend regulierten Arbeitsverhältnis ausgeübt werden, was für ein Viertel der Lohnarbeitsverhältnisse, die nur zum Teil oder gar nicht sozialstaatlich reguliert sind, nicht zutrifft.

Parallel zu den veränderten Qualifikationsprofilen kristallisierte sich eine neue Teilung der Arbeitsmärkte heraus. Die globale Vernetzung der Unternehmen, Freizügigkeitsregelungen und moderne Kommunikationstechniken förderten transnationale Arbeitsmärkte, auf denen sich zu bewegen bestimmte Qualifikationen wie Sprachkenntnisse, soziale Kompetenz, Mobilität, also besonderes soziales und kulturelles Kapital (Bourdieu), erfordert.

Ein zweiter Arbeitsmarkt wird durch die auf nationaler oder regionaler Ebene agierenden Unternehmen und Institutionen geschaffen. Hier spielen für die geforderten Qualifikationen Hochschulabschlüsse eine geringere Rolle. Ortsansässige, »heimische«, besser: etablierte Arbeitskräfte besitzen auf diesem Arbeitsmarkt Vorteile und Vorrechte.

8 Sonja Weber-Menges: Berufliche Arbeitsteilung und Prekarisierung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2016, unter: www.rosalux.de/publikation/id/9308/berufliche-arbeitsteilung-und-prekarisierung/.

Als dritter Arbeitsmarkt hat sich ein Arbeitsmarkt für »einfache« Dienstleistungen etabliert, der durch geringe Qualifikationsanforderungen, niedrige Löhne und geringen sozialstaatlichen Schutz gekennzeichnet ist. Auch große Teile der »atypischen« Arbeitsverhältnisse zählen dazu. Hier finden sich geringqualifizierte wie infolge von Betriebsschließungen dequalifizierte Arbeitskräfte sowie zugewanderte Arbeitskräfte. Über die Jahre hat sich über die Verfestigung von Erwerbsbiografien ein modernes Dienstleistungsproletariat herausgebildet.

Es sind diese Veränderungen in der Arbeitswelt – neue Berufe, die Ausweitung der Frauenarbeit, die Dominanz akademischer Qualifikationen bereits auf mittleren Ebenen und die damit verbundene Dominanz der auf soziale Distinktion bedachten Sprechweisen, Lebensführungsmodelle, Kulturtechniken –, die den Nichtaufsteigenden den Bedeutungsverlust ihrer Werte und Lebensstile alltäglich vorführen. Es sind Angehörige dieser neuen akademischen Eliten, die den Zugang zu Arbeitsmärkten, zunehmend aber auch zu Wohnungsmärkten blockieren, indem sie in den urbanen Wachstumszentren die Wohnungspreise in die Höhe treiben.

Politisch werden diese Konflikte in Deutschland zwischen den Grünen als politischer Agentur des neuen kosmopolitischen Bürgertums, der FDP als neuer politischer Bewegungsform des »unternehmerischen Selbst« und der AfD als Sammlungsbewegung der politischen Verlierer des alten Bürgertums ausgefochten. Die AfD verfügt dabei bislang mit »Männlichkeit«, »Nation und Volk« sowie »ethnische Homogenität« über die wirkmächtigeren »Brückentechnologien« zu anderen sozialen Schichten. Bei allen Wahlen seit 2013 erzielte die AfD unter erwerbstätigen Männern ab 40 Jahren und Wahlberechtigten mit mittleren Qualifikationen (10. Klasse und Abitur ohne Studium) deutlich überdurchschnittliche Zustimmung.

Dieser kurze Blick in die Berufswelt mag deutlich machen: In Zeiten grundlegender Veränderungen in der gesellschaftlichen Produktions- und Konsumweise geht es niemals nur

um entweder materielle oder soziale oder kulturelle Fragen. Immer sind diese Fragen miteinander verwoben und betreffen meist mehrere Bereiche gleichzeitig.

Aufsteigende soziale Berufsgruppen, etwa »Informationsarbeiter« oder Software-Entwickler, haben eigene Umgangs- und Subjektivierungsformen, die mit ihrem Aufstieg auch, vom Unternehmer adaptiert, zu Anforderungen an andere Berufsgruppen werden können. Offensichtlich jedoch reagieren Menschen in ähnlicher sozialer Lage, die sich etwa in ihrem Status durch berufliche und/oder soziale Abstiege oder Verhaltenserwartungen der Modernisierung bedroht sehen, nicht auf die gleiche Weise mit Wut und Zorn oder dem Anschluss an eine wertkonservative, völkisch-nationalistische Bewegung. Hier kommen emotionale, affektive Triebfedern, sozialpsychologische Tiefenströmungen ins Spiel. »Der Unterschied besteht in einer milieuspezifischen Deutung sozialer Statuskonflikte und Erfahrungen des Scheiterns, die mit spezifischen mentalen Panoramen sozialer Ungleichheiten und Gefühlskulturen einhergehen.«[9]

Werden die gleichen Erfahrungen als Gruppenerfahrungen wahrgenommen, als Teil einer bislang etablierten Gruppe, einer vermuteten gesellschaftlichen Mehrheit oder als Einflussverlust des eigenen ideologischen Milieus, dann gelten die eigenen »Verluste« eher als Symptome eines gesamtgesellschaftlichen Niedergangs. Bedeutungsverlust, mit dem zusammen oft auch die Kraft der Deutung der Welt schwindet, die man seinem Lebensmodell zugrunde gelegt hat, kann, so das Angebot der neuen rechtskonservativen Bewegung, durch die Zugehörigkeit zur Nation aufgefangen werden. Ohne etwas dafür tun zu müssen, reicht die Abstammung, die Zugehörigkeit zur Nation, aus, um wieder Bedeutung in einer dazu passenden Weltanschauung zu erlangen und darauf Vorrechte und Besserstellungsansprüche zu gründen.

Der Aufstieg einer nationalistischen Partei in Deutschland kann als politischer Ausdruck sozialer Spaltungen verstanden

9 Cornelia Koppetsch: Aufstand der Etablierten? Rechtspopulismus und die gefährdete Mitte, unter: www.soziopolis.de 2017.

werden. Allerdings spielen die wachsende soziale Ungleichheit zwischen oben und unten sowie materielle Wohlstandseinbußen eine untergeordnete Rolle. Vielmehr stehen Macht- und Geltungseinbußen spezifischer beruflicher und sozialer Gruppen im Mittelpunkt, die durch gesellschaftliche, kulturelle Modernisierungen und revolutionäre Umwälzungen in der Arbeitswelt bedingt und geprägt werden.

Für die Art und Weise, wie in den einzelnen Schichten auf diese Veränderungen reagiert wird, sind die verfügbaren Ressourcen von entscheidender Bedeutung: die Gesellschafts- und Weltbilder bzw. ideologischen Welterklärungen; der sozialstrukturelle Wandel, die technologisch geprägte Neuzusammensetzung von Kapital und Arbeit, die damit verbundenen Verschiebungen in den bisherigen Macht- und Bedeutungsstrukturen und die Ebene der Affekte und Emotionen, des Rollenverständnisses und des Habitus. Die Zugehörigkeit zu »Volk« und »Nation« und darauf gegründete materielle wie kulturelle Ansprüche bilden die Brücke vom national- und wertkonservativen altbürgerlichen Kern zu anderen sozialen Schichten und Gruppen. Die gegenwärtigen sozioökonomischen Verhältnisse sind zu denen, die Marx analysierte, fundamental verschieden. Die erstarkenden autoritären Kräfte und Politikmodi einfach unter dem Begriff »Bonapartismus« zusammenzufassen, ist deshalb verwegen. Die historische Analogie würde zugleich vermitteln, eine politische Dynamik vollends begriffen zu haben und ihren Ausgang – den autoritär regierenden Volkstribun – zu kennen, also nicht mehr genau hinschauen zu müssen. Dabei war und ist die politische Empirie gerade die Stärke des »Achtzehnten Brumaire«.

Autoritärer oder demokratischer »Populismus«?

Die vielfältigen Verunsicherungen auf verschiedenen Feldern des gesellschaftlichen und persönlichen Lebens haben in der Brexit-Kampagne für den Austritt aus der Europäischen Union mit »Take back control« weit mehr als einen plakativen Schlachtruf gefunden. »Take back control« kann als das populäre Signum gesellschaftlicher Auseinandersetzungen in

postneoliberalen Zeiten gelten. Die Kontrolle über das eigene Leben, das Viertel, die Gemeinde oder das Land zurückzugewinnen, diese Motive haben die politischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre in vielen Ländern in höchst unterschiedlichen, ja fundamental gegensätzlichen Formen geprägt.

Die AfD führte einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf, in dem sie mit der Parole »Uns unser Land zurückholen« gegen die vorgebliche »Überfremdung« und die das Volk »verratenden Eliten« mobilisierte. Ein Jahr zuvor artikulierte der Berliner Landesverband der Partei Die Linke das verbreitete Gefühl der Entfremdung von der Entwicklung der eigenen Stadt mit der Frage »Wem gehört die Stadt?« und dem Versprechen »... und die Stadt gehört dir!«. Als Gegner wurden auf der einen Seite »Ausländer und Flüchtlinge«, »Islam« und »Volksverräter« ausgemacht, auf der anderen Seite »Immobilien- und Finanzspekulanten«, »Gentrifizierung« und »Primat ökonomischer Verwertungsinteressen« angegriffen. Die Kontrolle wiedergewonnen werden sollte auf der einen Seite durch plebiszitären Autoritarismus, auf der anderen Seite durch demokratische Ermächtigung.

Der moderne Separatismus etwa in Schottland oder Katalonien trägt ebenfalls diese ambivalenten Züge. Der Wunsch nach Selbstbestimmung und die Behauptung einer höchst eigenen kulturellen oder ethnischen Identität gehen Hand in Hand. Infrage gestellt werden immer auch die bestehenden nationalstaatlichen Solidargemeinschaften, etwa des Finanzausgleichs zwischen unterschiedlich wirtschaftlich reüssierenden Regionen. Schließlich sollte die Rolle der Netzwerke aus großstädtischen Bürgermeistern und Regionalvertretern bedacht werden, die jüngst auf dem Klimagipfel in Bonn oder in der Auseinandersetzung um die europäische Flüchtlingspolitik sichtbar wurden.

Diese Initiativen haben das Potenzial, die Rückgewinnung von »Kontrolle« nicht allein von der »Nation« und ihrer starken, autoritären Führung zu erwarten. Aus Kommunalismus (Munizipalismus) und Regionalismus könnte auch eine

Selbstermächtigung als demokratische Gegenbewegung hervorgehen, der es darum geht, möglichst viel Kontrolle über die Lebensverhältnisse und Selbstbestimmung der Lebensziele auf eine lokale Ebene der Interessenvermittlung zurückzuholen und von hier aus über eine europäische Staatlichkeit nachzudenken, die die demokratischen Räume vor transnationaler wirtschaftlicher Macht und einem Wettbewerb der Regionen schützt.

Sebastian Reinfeldt

»Rebellierende Selbstunterwerfung«

Gab es jüngst einen 18. Brumaire in Österreich?

So wie Karl Marx mit dem »Kapital« eine Kritik der Politischen Ökonomie formuliert hat, liegt mit dem »Achtzehnten Brumaire« eine Kritik der Politik vor. In seinen mittlerweile kanonisierten Vorbemerkungen zum Text entwirft Marx eine methodische Handreichung einer solchen Kritik.

In der politischen Auseinandersetzung wirken Kräfte und Strukturen »hinter dem Rücken« der Akteure. Die Menschen gestalten ihre Angelegenheiten zwar selbst, doch Politik findet nicht als Schöpfung aus dem Nichts heraus statt. Es sind vielmehr die vorgefundenen »Umstände«, die sie determinieren: Kräfteverhältnisse politischer und militärischer Natur, die in Institutionen geronnen sind, sowie Klassenbildungen und Klassenkonstellationen, die sich nicht nach politischem Belieben neu organisieren lassen, sondern mit denen politische Akteure »umgehen« müssen.

Berühmt ist die Formulierung, dass »alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen: [...] das eine Mal als Tragödie, das andre Mal als Farce«.[1] Das heißt, in den politischen Kämpfen wiederholen sich Ereignisse strukturell, aber niemals in derselben Form. Hinter den der Politik eigenen Verkleidungen, Kostümen und Narrativen lassen sich »harte« Konstellationen ausmachen, die jenseits der Ereignisgeschichte Bestand haben. Das betrifft in der Marx'schen Analyse besonders die politischen Akteure. Als Beispiel dafür kann im »Brumaire«-Text das durchaus amüsante Spiel mit den Verkörperungen und Wandlungen der Figur »Napoleon« gelten: So oder so handelt es sich dabei um einen Operator bürgerlich-autoritärer Führung.

1 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke [MEW], Berlin 1956ff., Bd. 8, S. 111–207, hier 115.

Im Folgenden werden die österreichischen Verhältnisse im Sinne dieser methodischen Handreichung analysiert. Erkenntnisgewinn ist dabei freilich nur möglich, wenn nicht mit einfachen Analogien gearbeitet wird. Jörg Haider, Hans-Christian Strache oder Sebastian Kurz etwa sind keine neuen Napoleons oder Bonapartes. Denn die Rahmenbedingungen sind ganz andere: Eine entwickelte parlamentarische Demokratie, die – was Österreich nach 1918 betrifft – ohne revolutionäre Gärung und ohne relevante kommunistisch organisierte linke Alternative zur Sozialdemokratie quasi von allein auf die Welt kam, setzt auch unter post-nationalsozialistischen Verhältnissen andere Bedingungen für Politik, als dies im potenziell revolutionären Frankreich des 19. Jahrhunderts der Fall war. Im damaligen Frankreich gärte es, in Österreich von heute ist weiterhin alles gefügt. Zudem: 3.000 tote und 15.000 verhaftete Arbeiterinnen und Arbeiter in der Folge des Aufstands von 1848 – auch davon ist die politische Situation in Österreich weit, weit entfernt.

Die österreichische Form der Sozialpartnerschaft

In Österreich ist der Klassenkampf seit Langem befriedet und in harte Institutionen gegossen. Die für das Land typischen »Kammern« (Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer) wurden kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges wiedereingerichtet und tragen deutlich Züge eines postfaschistischen Klassenkompromisses. Für die Kammern herrscht Pflichtmitgliedschaft, das heißt, jeder und jede unselbstständig Beschäftigte in Österreich wird automatisch Mitglied in der Arbeiterkammer. Ebenso ist jeder Betrieb automatisch Mitglied in der Wirtschaftskammer bzw. Landwirtschaftskammer. Diese verpflichtende Mitgliedschaft in einer der Institutionen der Sozialpartnerschaft bedeutet für die Arbeitenden und Angestellten zum einen, dass ein Mitgliedsbeitrag zu entrichten ist, und zum anderen, dass die Mitglieder berechtigt sind, an der Selbstverwaltung dieser Institutionen mitzuarbeiten, sei dies durch Wahlen oder

durch die Mitarbeit in Gremien. Diese Form der Sozialpartnerschaft stellt bis heute eine nahezu vollständige Abdeckung der Branchen mit Tarifverträgen sicher (»Kollektivvertrag«) und bildete die institutionelle Basis für die »Expansion des Sozialstaates« in den 1950er-Jahren.[2]

Allerdings sind die Institutionen politisch überformt. Die Arbeiterkammer wird von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) dominiert, die alle Möglichkeiten einer Mehrheitsfraktion ausnutzt und die finanziellen Ressourcen der Kammern zu nutzen weiß. Gleiches gilt für die Wirtschaftskammer, die Sphäre der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und des Wirtschaftsbundes. Auch die Landwirtschaftskammer ist seit jeher von der ÖVP dominiert. Die Sozialpartnerschaft verfügt über politische und ökonomische Macht. So wurde bereits 1947 im ersten Preis-Lohn-Abkommen eine Art gesamtgesellschaftliches Tarifvertragssystem errichtet, das die möglichen Lohnerhöhungen an die Inflationsrate rückkoppelt. Klassenkampf findet in Österreich seitdem im Verhandlungssaal statt.

Von 1967 bis 1981 herrschte in Österreich de facto Vollbeschäftigung. Seit dem Ende dieser goldenen Ära des Fordismus wird vonseiten des Bürgertums am institutionalisierten Klassenkompromiss der Sozialpartnerschaft gerüttelt, deren Funktion es auch war, eine zumindest potenziell aufständische Arbeiterklasse in ihre institutionellen Schranken zu weisen. Im Gegenzug wurden im Konsens basale soziale und institutionelle Sicherungen in die österreichische Gesellschaft eingezogen. Die in der sozialdemokratischen Partei und in den Gewerkschaften organisierte Arbeiterklasse bezieht sich auf – und verteidigt nun – diesen Klassenkompromiss, während die andere Seite ihn ganz offen aufkündigen will. Besonders deshalb, weil die hohe Kollektivvertragsdichte branchenbezogene »Liberalisierungen«, etwa die Ausdehnung der Normarbeitszeiten in Betrieben, umständlicher macht.

2 Emmerich Tálos: Vom Siegeszug zum Rückzug. Sozialstaat Österreich 1945–2005, Innsbruck u.a. 2005, S. 18ff.

Die Arbeiterklasse verkleinbürgerlicht

Die Sozialpartnerschaft hatte weitreichende Nebenwirkungen: Sie verkleinbürgerlichte die Arbeiterinnen und Arbeiter, die in ihrer Lebensweise das Bürgertum imitierten. Proletarisch-revolutionäre Praxen dagegen wurden offen abgelehnt und politisch bekämpft, wie etwa bei der Niederschlagung der »kommunistischen Oktoberstreiks« 1950 durch sozialdemokratische Arbeitervertreter. Wilde Streiks gegen die enormen Erhöhungen der Lebensmittelpreise kämen einem Verrat gleich, hieß es damals seitens der Sozialdemokratie. Sie behauptete sogar – allen Fakten zum Trotz –, die Kommunisten hätten einen Putsch geplant.[3]

Die konsensorientierte Sozialpartnerschaft hat sich seitdem gegen Widerstände etabliert. Aus der bunten Vielheit von Kleingartenvereinen etwa, die das städtische Österreich überzogen haben (neben den Wiener Gemeindebauten ein bedeutsames proletarisches Milieu), wurden mit der Zeit wohlgeordnete Wohnsiedlungen mit Hausordnung und täglicher sozialer Kontrolle der kleinbürgerlichen Lebensweisen und Normen. Es entstanden sozial und ethnisch segregierte Biotope, deren soziale Sicherheit Zäune und Mauern schützen. In gewisser Weise war »man« unter sich und etwas Besseres, wenn man dort eine Parzelle nutzen konnte. Die populäre Bezeichnung »Arbeiteraristokratie« für die Bewohner der Kleingärten bringt diesen Umstand recht gut zum Ausdruck.

Diese Biotope wurden zwar durch die sozialdemokratischen Institutionen erschaffen, haben sich allerdings im Laufe der 1980er-Jahre in Richtung Rechtspopulismus politisch emanzipiert. Dabei konzentrierte sich die Kritik auf die politische Überformung der Sozialpartnerschaftsinstitutionen, aufgrund der die Mitglieder ihren privilegierten Status allerdings erst erreicht hatten. Tatsächlich musste, wer dazugehören wollte, sich politisch unterwerfen und in die sozialdemokratische Partei eintreten. Dies gilt bis in die heutige Zeit. Die Partei sicherte

3 Vgl. Andreas Bilergi: Die Oktoberstreiks 1950 und der »Putsch« als österreichischer Erinnerungsort, Ms., Wien 2011, unter: http://othes.univie.ac.at/15652/1/2011-08-24_0403590.pdf.

dann nicht nur den Job bei der Gemeinde oder der Stadt ab, insofern dort die Sozialdemokratie regierte. Da sie auch über eine ganze Reihe von Großbetrieben indirekt verfügte oder diese kontrollierte (wie die Bundesbahnen, die Wiener Linien, die Bank Austria, die Bank Bawag und die Verstaatlichte), konnte sie die Existenz vieler ökonomisch absichern. Hinzu kam eine Reihe von Vorfeldorganisationen wie die »Kinderfreunde«, die dem Nachwuchs einen Kindergartenplatz boten, oder die roten »Falken«, die sich um die Heranwachsenden kümmerten. Es folgte der Eintritt in die Gewerkschaft oder in den sozialdemokratischen Studierendenverband. Es konnte somit für jeden und jede gesorgt werden.

All diese Institutionen gaben als Surplus zur Existenzsicherung eine Weltanschauung vor, der man sich aus ökonomischem Interesse, nicht aus Überzeugung unterwarf bzw. unterwerfen musste. Die Ablösung aus dieser erzwungenen Bindung setzte Ende der 1970er-Jahre ein. Die Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ) unter ihrem Führer Jörg Haider nahm sich des aufkeimenden Unmuts an und organisierte diesen, wenn man so will, »Emanzipationsprozess« des Kleinbürgertums politisch. Dabei ließ sie jedoch die institutionelle und lebensweltliche Konfiguration weitgehend unangetastet. Die Kleinbürger könnten bleiben, wie sie es wollten, so lautete das Versprechen, das die FPÖ ihnen gab. Als Partei werde sie ihr So-Sein stets verteidigen, und zwar gegen »die da oben«, das heißt gegen die politische Klasse und ihre neoliberalen Zumutungen, und auch gegen all die Fremden, die von außen ins Land kämen, um die Kleingartenidyllen, die Gemeindebauten und die Arbeitersiedlungen im Sturm zu erobern.

Der Kampf um die rechte Führungsrolle

In Österreich gibt es mit dem Rechtspopulismus seit 1986 eine Diskursmaschine, die tagtäglich scharfe Entgegensetzungen, innere und äußere Feinderklärungen und Deutungsbrocken auf das politische Feld wirft.[4] Der Prototyp dieser Maschine

4 Vgl. Sebastian Reinfeldt: Nicht-Wir und Die-da, Wien 2000.

stammt von der FPÖ unter Jörg Haider. Mit leichten Modifikationen hat sie auch der folgende Parteiführer Heinz-Christian Strache eingesetzt, bevor sie Anfang 2017 dann der konservative ÖVP-Parteiführer Sebastian Kurz übernahm, auf den neuesten Stand brachte und erfolgreich für sich nutzte.

Ihre Wirksamkeit lässt sich also nicht nur anhand der beeindruckenden Wahlergebnisse der FPÖ und ihres Präsidentschaftskandidaten messen. Von 1986 bis 1999 stieg der Stimmenanteil für die FPÖ bei Wahlen stetig an: von 9,7 auf 26,9 Prozent. Nach der Regierungsbeteiligung (2000–2002 bzw. 2005) brachen die Wahlergebnisse ein, haben sich mittlerweile jedoch mehr als nur erholt. Für die Wahlen im Oktober 2017 wurden anfangs sogar 30 Prozent Zustimmung prognostiziert. Doch dann trat ein zweiter rechtspopulistischer Führer auf den Plan: Sebastian Kurz, Außenminister in der damals amtierenden Regierungskoalition mit der SPÖ und neu gewählter Parteivorsitzender der christlich-konservativen ÖVP. Er erreichte auf Anhieb 31,5 Prozent und konnte damit das Wahlergebnis seiner Partei deutlich steigern.

Als die rechtspopulistische Ära 1986 in Österreich begann, erzielte die konservative ÖVP bei der Nationalratswahl allein noch über 41 Prozent der Stimmen und die FPÖ lag bei rund 9 Prozent. 2017 verfügen sie zusammen über 58 Prozent. Beide Parteien setzen mittlerweile auf rechten Populismus. Während er bei der FPÖ im Verlauf ihrer Ablösung vom politisch marginalisierten deutschnationalen Lager der Alt-Nazis entstanden ist, ist der rechte Populismus der ÖVP erkennbar ein rein strategischer Einsatz im Kampf um die politische Macht: Die Volkspartei artikuliert Rassismus für dumme Jungs und Mädchen, denen sie unter anderem glauben macht, ein einzelner Politiker könne die Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Europa wirksam aufhalten. So hieß es im Wahlkampf allen Ernstes, Sebastian Kurz habe die Balkanroute geschlossen.

Damit knüpfte die ÖVP-Kampagne an die der FPÖ zur Präsidentschaftswahl 2016 an, bei der der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer in zwei Wahlgängen immerhin knapp 50 Prozent der Menschen für sich mobilisieren konnte. Die Nachwahlbefra-

gungen ergaben eine knapp 85-prozentige Zustimmung bei »Arbeitern«. Gemeint sind damit Menschen in sozialversicherungspflichtigen Normarbeitsverhältnissen, zumeist Bewohnerinnen und Bewohner der oben genannten ehemals sozialdemokratischen Biotope. Bei der Nationalratswahl 2017 lag die FPÖ dann mit 59 Prozent der Stimmen bei »Arbeitern« klar vor SPÖ (19 %) und ÖVP (15 %). Das Forschungsinstitut SORA ergänzte den Befund: »Damit kann die FPÖ die Stimmung in dieser Gruppe am besten nutzen: Über 80 % der ArbeiterInnen sind mit der Arbeit der Bundesregierung unzufrieden, und 54 % sehen Österreich als ›eher ungerechtes‹ Land.«[5]

Die FPÖ gibt die Politik vor

Die Wirksamkeit des rechten Populismus lässt sich aber nicht nur an Wahlergebnissen festmachen. Und keineswegs ist die FPÖ aufgrund dieser Werte schon eine proletarische Partei. Ihre Funktionäre kommen aus dem gehobenen Bürgertum und sind überwiegend in Burschenschaften organisiert und sozialisiert worden: Rechte und rechtsextreme Intellektuelle führen in der Partei das Kommando, und sie setzen den rechten Populismus mit dem Ziel ein, Wählerstimmen zu maximieren.[6]

Wirksam ist dieser Populismus nicht zuletzt, weil seine Agenda von anderen politisch übernommen wurde. Insbesondere in der Sozial- und Flüchtlingspolitik setzten die Vorgängerregierungen aus SPÖ und ÖVP autoritäre, restriktive und repressive Maßnahmen durch. Metaphorisch gesprochen: Der prominenteste FPÖ-Politiker war immer der Innenminister der Republik, gleich ob die SPÖ oder die ÖVP ihn stellte. Er setzte nämlich die Law-and-Order-Politik durch, die die FPÖ zuvor formuliert und Land auf, Land ab plakatiert hatte. Dabei richteten sich die gesetzlichen Initiativen – von der Verschärfung des Asylrechts über Internierungen von Asylwerbern (»Registrierzentren«) bis hin zu Sicherheits-

5 SORA: Nationalratswahl 2017, unter: www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/nrw17.html.

6 Vgl. Hans-Henning Scharsach: Stille Machtergreifung. Hofer, Strache und die Burschenschaften, Wien 2017.

gesetzen –. mit denen grundlegende bürgerliche Freiheiten eingeschränkt werden, nicht nur gegen Flüchtlinge, auch wenn sie in erster Linie gemeint waren. Des Weiteren wurde der Zugang zur sozialen Mindestsicherung in einigen Bundesländern deutlich erschwert. Diese politischen Initiativen finden den uneingeschränkten Beifall des Boulevards, eines Teils der Bevölkerung – und natürlich der FPÖ. Denn es ist in nuce ihre Politik.

Aufgrund des institutionalisierten Klassenkompromisses war populare Kritik an den Regierungen aus ÖVP und SPÖ bis 1986 an die Stammtische, die Freundeskreise oder in die Pausenräume der Betriebe verwiesen, wo man sich politisch wirkungslos beklagen konnte. Dann tauchte mit Jörg Haider plötzlich jemand auf, der mithilfe der rechtspopulistischen Diskursmaschine öffentlich sagbar machte, was zuvor unter dem Deckel gehalten worden war. An diesen bislang von der Sozialdemokratie und den Christ-Sozialen politisch neutralisierten gesellschaftlichen Orten konnte man sich nun mit dem neuen rechten Diskurs einer »rebellierenden Selbstunterwerfung«[7] identifizieren und ihn – was ebenso wichtig ist – von dort aus weitertragen. Dort zirkulierten also zahllose Alltagsgeschichten über kleine und große Ungerechtigkeiten, für die »die da oben« verantwortlich waren. Und natürlich handelten diese kleinen, schmutzigen Geschichtchen immer auch von »Ausländern«, die nur im Land seien, um es auszunutzen und seine Bewohner zu berauben. Oder mit einem zeitgenössischen Ausdruck: Sie seien »Wirtschaftsflüchtlinge«. Ins Visier gerieten je nach politischer Konjunktur seit 1986 verschiedene Bevölkerungsgruppen: Polen, Juden, Rumänen, Slowaken, Georgier, Tschetschenen, Deutsche, Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan. Die Vorwürfe hatten immer eine doppelte Stoßrichtung: nach oben und nach unten. Unauflöslich ist der rechtspopulistische Rassismus mit dem Ressentiment gegen »die da oben« verwoben, die für die Anwesenheit »der da unten« verantwortlich gemacht werden.

7 Nora Räthzel: Rebellierende Selbstunterwerfung. Ein Deutungsversuch über den alltäglichen Rassismus, in: links 12/1991, S. 24–26.

Die »Flüchtlingsfrage« als der gemeinsame rechte Nenner

Mittlerweile wurde die FPÖ überholt. Wollte der konservative Parteiführer und Regierungschef Wolfgang Schüssel von 2000 bis 2005 noch die Haider'sche FPÖ durch Einbeziehung in die Regierung neutralisieren, so ist der 31-jährige Außenminister Sebastian Kurz im Oktober 2017 mit dem Ziel angetreten, die FPÖ diskursiv und politisch zu überbieten. Mit Erfolg. Offiziell ist Kurz zwar der Parteiführer der ÖVP, doch im Wahlkampf präsentierte er sich als Anführer einer »türkisen Bewegung«. Die Unzufriedenheit mit dem Parteiensystem, zu dem die ÖVP als zentrale Säule des Klassenkompromisses ja selbstverständlich gehört, machte er sich insofern zunutze, indem er eine »politische Bewegung« proklamierte, die im Kern (organisatorisch und personell) die gute alte ÖVP ist, nur anders angestrichen und mit jüngerem Führungspersonal besetzt.

Sebastian Kurz ist ein postpolitischer, strategisch denkender Politikertyp. Politische Inhalte sind ihm Einsätze im Spiel um die Macht. Geschickt hat er auf alles das aufgebaut, was Haider, Schüssel, Strache und Hofer in ihren Wahlkampagnen zuvor erschaffen hatten. Und er konnte zudem daraufsetzen, dass die Österreicherinnen und Österreicher mehrheitlich keine Flüchtlinge mehr ins Land lassen wollen. Tatsache ist, dass der relative Wohlstand der vielen im Land durch die Verwerfungen der kapitalistischen Rationalisierungsprozesse akut bedroht ist. Gleichwohl werden als Verursacher dafür die Geflüchteten angesehen. Das ist zwar eine klassische ideologische »Verschiebung und Verdichtung« (Louis Althusser), aber eine wirksame. Sebastian Kurz musste sie nur aufgreifen: Wann immer es um ein politisches Problem ging, führte er es auf die Anwesenheit der Flüchtlinge und die angeblich verschwenderische, rot-grün regierte Hauptstadt Wien zurück. Er mobilisierte die Provinz (als räumlicher und als ideologischer Begriff verstanden) gegen das Städtische, das Urbane und Liberale.

Provinz gegen (Haupt-)Stadt

Die Sebastian-Kurz-Bewegung ist mit einer interessanten Zielgruppendefinition ans Werk gegangen: Sie mobilisiert die Bewohner der ländlichen Gegenden, der kleinen Städte und des sogenannten Speckgürtels gegen die Hauptstadt. Besonders wenn es um den Umgang mit Flüchtlingen geht, wird hier eine geografisch-politische Front eröffnet. Auch dieser strategische Einsatz hatte bereits Vorläufer.

Juni 2013, Nationalratswahlkampf in Österreich: Der damalige ÖVP-Generalsekretär Hannes Rauch schießt sich auf die rot-grüne Bundeshauptstadt ein: In Wien machten es sich besonders viele in der »sozialen Hängematte« gemütlich, tönte er und hatte damit gleich mehrere Sündenböcke im Visier: »Die da oben« werden in Wien verortet, dort, wo die SPÖ mit den Grünen regiert, dort, wo in der unüberschaubaren Großstadt alles nicht so genau genommen werde. Die ÖVP mobilisiert die Provinz gegen die Urbanität mithilfe von Gleichsetzungen: die Wohlhabenden gegen die Armen, die Fleißigen gegen die Faulen, die Bürgerlichen gegen die Linken.

August 2017, wiederum Nationalratswahlkampf in Österreich: Der ÖVP-Vorsitzende und Spitzenkandidat Sebastian Kurz sagt am 19. des Monats in einem Interview mit der Zeitung *Kurier*: »Selbst Einzelpersonen wie ein Flüchtling in der Mindestsicherung bekommen mit allen zusätzlichen Vergünstigungen der Stadt Wien mehr, als viele Frauen als Pension bekommen.«[8]

Kurz fügt damit den Gleichsetzungen von 2013 eine weitere hinzu: österreichische Frauen gegen Flüchtlinge. Dadurch erhalten diese Gleichungen in Summe eine hohe emotionale Aufladung. Er setzt hier bewusst »österreichisch« und »Frauen« ein, auch wenn Flüchtlinge nun wirklich nicht für die Frauen diskriminierende Politik der vergangenen Jahrzehnte verantwortlich gemacht werden können. Aber die

8 »Wir wollen einen schlanken Staat mit wenigen Regeln«. Interview mit Sebastian Kurz, kurier.at, 19.8.2017, unter: https://kurier.at/politik/inland/kurz-wir-wollen-einen-schlanken-staat-mit-wenigen-regeln/281.454.527.

unausgesprochene Gleichsetzung Flüchtling gleich Moslem transportiert eine weitere (Islam gleich frauenfeindlich, sexistisch) und wird so zum klassischen Sündenbockargument. Sexismus sei etwas, das ausschließlich von außen komme, genauer: von männlichen Flüchtlingen aus Syrien und Afghanistan.

Aus der Analyse der Ergebnisse der Bundespräsidentenwahl 2016 ist bekannt, dass die Ablehnung von Flüchtlingen in der Provinz besonders hoch ist, insbesondere in Gegenden, in denen gar keine Flüchtlinge leben. Möglicherweise weil die Menschen in der Provinz auf eine in der Zukunft befürchtete Verschlechterung der Lebensverhältnisse projektiv reagieren.

Rechte Heldengeschichten

Kurz jedenfalls knüpfte wahlstrategisch an die politisch-geografische Unterscheidung an, der die FPÖ in ihren rechtspopulistischen Kampagnen den Boden bereitet hatte. Bei der 2016 durch Umfragen belegten hohen Unzufriedenheit mit der Regierungskonstellation aus SPÖ und ÖVP zeigte sich ein tief greifendes Stadt-Land-Gefälle. Auf dem Land hat die FPÖ der ÖVP ihre Wählerbasis abspenstig gemacht, genau dort, wo die ÖVP in den Jahrzehnten zuvor immer solide Wahlergebnisse erzielt hatte. Mit dem mächtigen Bauernbund verfügt die ÖVP in diesen Gegenden immer noch über eine wirksame Vorfeldorganisation. Und auch die sozialpartnerschaftlichen Landwirtschaftskammern sind ihre Domäne. Sebastian Kurz' publikumswirksam inszenierter Bruch mit der schwarzen Tradition (das Umfärben) war natürlich kein wirklicher Bruch mit der Partei ÖVP, sondern sollte helfen, genau dieses zuvor an Norbert Hofer und die FPÖ verlorene Terrain zurückzuerobern.

Dazu erzählte er eine klassische Heldengeschichte. Der Held (= Kurz) verlässt seinen angestammten Ort (= doppelt inszenierter Bruch mit der ÖVP/SPÖ-Koalition und der eigenen Partei) und kämpft als Einzelner gegen ein Heer von Widersachern. Dazu zählt »der« Islam, die SPÖ, die Grünen und überhaupt die kritische Zivilgesellschaft (mehrfach sprach er vom »NGO-Wahnsinn«, weil Nichtregierungsorga-

nisationen ertrinkende Flüchtlinge gerettet hatten), gegen deren Widerstände er die Balkanroute geschlossen habe und die Mittelmeerroute zu schließen gedenke. Jedes politische Thema wurde auf diese Erzählung abgebildet, wobei im feindlichen Gegenüber die Attribute Fremdheit, Verschwendung, Unordnung und Bedrohung miteinander verkettet werden. Für all das zusammen steht dann »Wien«. Auf eine mögliche Bildungsreform angesprochen, antwortete Kurz beispielsweise: »Wir brauchen Veränderungen, die sich in den Klassen auswirken. Wer bei Schuleintritt nicht die deutsche Sprache beherrscht, muss zuerst Deutsch lernen. Vor Beginn des Eintritts ins Regelschulsystem. Islamische Kindergärten, in denen Kinder sprachlich, ethnisch und religiös abgeschottet aufwachsen, müssen geschlossen anstatt mit Steuergeld der Stadt Wien finanziert zu werden.«[9]

Es handelt sich dabei um eine Deckerzählung. Der Begriff lehnt sich an die psychoanalytische Theorie von Sigmund Freud an.[10] In seiner Theoriebildung überlagert eine Deckerinnerung an etwas relativ Unwichtiges die Erinnerung an wichtige Ereignisse in der Kindheit. Eine politische Deckerzählung funktioniert vergleichbar. Im vorliegenden Fall richtet sie sich gegen Flüchtlinge und EU-Ausländer. Sie dienen als Argument dafür, dass zu viel für angeblich Unproduktive ausgegeben werde. Die politischen Initiativen, die Sebastian Kurz in Erwägung zieht – Anhebung des Pensionsalters, Sozialgeld nach deutschem Modell, Hartz IV, ein unternehmerfreundliches Steuersystem –, richten sich dann gegen arme In- und Ausländer gleichermaßen. Sie werden harte Einschnitte in das weiterhin relativ stabile soziale Netz in Österreich nach sich ziehen. Schuld daran, so die Deckerzählung von Kurz: »die Flüchtlinge in Wien«.

Ungeachtet solcher diskursiven politischen Strategien hat der Neoliberalismus die Produktionsverhältnisse mit den

9 Ebd.

10 Vgl. Sigmund Freud: Zur Psychopathologie des Alltagslebens. Über Vergessen, Versprechen, Vergreifen, Aberglaube und Irrtum (1901), in: ders.: Gesammelte Werke, Bd. IV, Frankfurt a. M. 1953.

politischen Prämissen von Selbstverantwortlichkeit, Teamarbeit, vorgeblicher Freiheit und Unternehmungsgeist überzogen – und sie dementsprechend umgebaut.[11]

Eine Klasse, die keine Klasse sein kann

Neue Machtverhältnisse entstehen, werden gelebt und verinnerlicht. Mehr und mehr Menschen fielen seit den 1970er-Jahren aus den ehemals sichernden Institutionen des Klassenkompromisses heraus. Sie bilden eine Art »kritischer Masse« in der – und für die – Politik. Ökonomisch tauchen sie in Österreich in den Wirtschaftsstatistiken als EPUs auf, als Ein-Personen-Unternehmen. Diese Personen fahren Taxi oder sind für Uber unterwegs, sie liefern Essen ins Haus, bewegen in ihren geleasten Lastwagen Tonnen von Gütern auf den Straßen, pflegen kranke oder gebrechliche Menschen oder bilden die personelle Infrastruktur und Reserve der Weiterbildungsgesellschaft.

Dabei leben und arbeiten diese Menschen voneinander isoliert und oft in direkter persönlicher Konkurrenz. Sie sind politisch und gewerkschaftlich weitgehend unorganisiert; formal gehören sie qua Pflichtmitgliedschaft zur Wirtschaftskammer. Im politischen und sozialen Geschehen spielen sie eine vergleichbare Rolle wie die Parzellenbauern im »Achtzehnten Brumaire« von Karl Marx, denn auch sie bilden »eine ungeheure Masse, deren Glieder in gleicher Situation leben, aber ohne in mannigfache Beziehung zueinander zu treten«.[12]

Weil sie voneinander isoliert produzieren und ihre Arbeit nicht weiter teilen, erscheint es so, als stünden sie nicht in Verbindung miteinander. Sie scheinen sich einfach aufzuaddieren so wie Bauernhäuser, die nebeneinander aufgereiht stehen. Weil sie weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert sind, bilden sie keine »Klasse«, obwohl sie durch ihrer

11 Vgl. Sebastian Reinfeldt: Das marktkonforme Subjekt, in: Dieter Scholz u.a. (Hrsg.): Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster 2006, S. 143–152; Ulrich Bröckling: Das unternehmerische Selbst, Frankfurt a.M. 2007.

12 Marx: Der achtzehnte Brumaire, S. 198.

Abgegrenztheit von den formierten Klassen eine Klasse bilden könnten. »Sie sind daher unfähig, ihr Klasseninteresse im eigenen Namen, sei es durch ein Parlament, sei es durch einen Konvent geltend zu machen. Sie können sich nicht vertreten, sie müssen vertreten werden. Ihr Vertreter muss zugleich als ihr Herr, als eine Autorität über ihnen erscheinen, als eine unumschränkte Regierungsgewalt, die sie vor den andern Klassen beschützt und ihnen von oben Regen und Sonnenschein schickt.«[13]

Die Parzellenbauern von heute sind keine Bauern, ihre Vorfahren waren es aber oft. Der Strukturwandel macht aus den Söhnen und Töchtern landwirtschaftlicher Familien Ein-Personen-Unternehmen, die gar keine Unternehmer sein wollen. Auch die Migrantinnen und Migranten tragen zur Herausbildung dieser »Klasse, die nicht Klasse sein kann« bei.

Natürlich war die Landwirtschaft in Österreich ein zentraler Wirtschaftsbereich und sie ist es bis heute. Durch die Technisierung und Zentralisierung arbeiten aber nurmehr drei Prozent der Bevölkerung in diesem Bereich. Die Analogie zu den Parzellenbauern im »Achtzehnten Brumaire« ergibt dann folgendes Gesamtbild für Österreich: Die Krise setzt Menschen aus den traditionellen Wirtschaftsbereichen »frei«. Nicht nur die klassischen sozialdemokratischen Arbeiterinnen und Arbeiter werden zur gesellschaftlichen Minderheit, auch die Landwirte und -wirtinnen. Sie sind zudem ethnisch eingefärbt, denn diese Klassen (Arbeiter, Bauern) weisen eine österreichische Genealogie seit mindestens zwei Generationen auf; aufseiten der EPUs ist das nur in geringerem Maß der Fall.

Die Angehörigen der »Klasse, die keine Klasse sein kann« haben oftmals einen anderen Pass als die der anderen Klassen. Hier finden die Zugewanderten ihr Auskommen. Insgesamt konkurrieren alle Beschäftigten um die gut abgesicherten Vollzeitjobs, die allerdings ethnisch österreichisch sind. Zugleich steigt die Zahl der Ein-Personen-Unternehmen an.

13 Ebd., S. 198f.

Für 2016 verzeichnete die Statistik der Wirtschaftskammer 305.000 Ein-Personen-Unternehmen mit über 500.000 Unternehmern bzw. Beschäftigten.

Eine Existenz als EPU bedeutet, das volle unternehmerische Risiko zu tragen, ohne über grundlegende Absicherungen zu verfügen. Jede und jeder befürchtet, im Zuge der neoliberalen Umstrukturierungen und Auslagerungen in diesen Bereich abgeschoben zu werden.

Die rechtspopulistischen Transformatoren

Wie ein riesengroßer Transformator hat der Rechtspopulismus seit 1986 Angst und Unzufriedenheit in der Bevölkerung aufgesammelt und in politische Parolen verwandelt. Mal tönte das neoliberal, so wie die Politik von oben, nur dass es gegen die »leistungslosen politischen Versorgungsposten« ging, die nichts arbeiten, aber stets abkassieren würden. Dann wieder klang das sozial, wenn es etwa hieß: »Unser Geld für unsre Leut'«. Derzeit rühmt sich die FPÖ, in diesem Sinne eine soziale Heimatpartei zu sein, was keineswegs mit ihrer politischen Programmatik übereinstimmt. Sie definiert einfach den Kreis derer, die durch ein gutes soziales Netz abgesichert werden sollen, immer enger. Und sie befeuert den allgemeinen Wettlauf darum, auf die vorgeblich sichere Seite zu gelangen. Eine soziale Volksgemeinschaft nach außen, die sich im Inneren im Kampfmodus befindet.[14]

Sebastian Kurz kann auch hier anknüpfen. Den Fremden, denen unterstellt wird, sich von außen einzuschleichen, entsprechen im FPÖ-Jargon die »Parasiten« oder »Sozialschmarotzer« im Inneren, die dort seit Langem siedeln. Beide jedenfalls sollen keinen oder nur noch einen beschränkten Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen haben und nicht zur Volksgemeinschaft der Anständigen und Fleißigen gehören dürfen.

Das Volk, das mit solchen Parolen seit 1986 bearbeitet wird, ist nicht völkisch definiert. Es muss erst völkisch gemacht

14 Vgl. Michael Fischer/Sebastian Reinfeldt: Die FPÖ will die soziale Volksgemeinschaft, unter: www.semiosis.at/2016/11/07/die-fpoe-will-die-soziale-volksgemeinschaft-in-oesterreich/.

werden, indem man ihm uniforme Traditionen, Werte (christliches Abendland), Kleidungen und typisches Essen (»der Schweinsbraten«) verpasst. Das Volk an sich ist mit wenig konkreten Bedeutungen aufgeladen. Der rechte Populismus versteht darunter genau die Gruppen, an die er sich wendet: die »normalen« Menschen mit »gesundem Hausverstand«, die ein geregeltes Leben in einem klassischen Familienverbund führen oder für die das eine Idealvorstellung darstellt. Zu einem Anhänger oder zu einer Anhängerin werden die solcherart Adressierten erst dann, wenn sie dieses durchschnittliche, alltägliche und im Grunde langweilige Leben als etwas Besonderes erfahren dürfen oder wenn es – wie durch die Krisen rundherum – zu etwas wird, was beschützt werden muss: durch Politik.

We are from Austria!

Diese Aufwertung einer konstruierten Normalität geschieht keineswegs automatisch und auch nicht von allein. Populistische Politik schafft Subjektpositionen wie die der normalen »Österreicher«, die der charismatische Führer bzw. die charismatische Führerin dann weiter bearbeitet. Sie sind es, die diese normalen Menschen »anrufen«, indem sie die Adressierten in eine politisch konstruierte Wir-Kategorie erheben.[15] Aus ganz normalen Menschen, die ein durchschnittliches Leben führen, werden so stolze Österreicher: »We are from Austria!« rufen die Gläubigen, wenn sie sich zur Aufwertung ihrer Selbst erheben. Dafür braucht es den bürgerlichen Führer, denn er allein vermittelt den Individuen ihren subjektiven Mehrwert. Er ruft sie als besondere, nationale Subjekte an.

Der rechte Populismus bekommt dadurch eine demokratische Färbung, denn das Verhältnis der Angerufenen und Geführten zum charismatischen Führer ist im Grunde ein soziales Anerkennungsverhältnis. Das Charisma des Hervorgehobenen, der wahr spricht, ist nicht von einer höheren Instanz verliehen, sondern es besteht nur und insofern ihm

15 Zum Konzept der Anrufung vgl. Louis Althusser: Ideologie und ideologische Staatsapparate, Hamburg 2010.

massenhaft die Eigenart zugesprochen wird, anders als die anderen zu sein.[16] Der charismatische Führer oder die charismatische Führerin verkörpern nur das durch sie besonders gemachte Wir. Sie können dies aber nur so lange tun, solange an sie geglaubt wird.

Glaubenstatsachen indes sind volatil. Sie können von einem Tag auf den anderen verschwinden. Dann bleiben die vielfältigen Wünsche und Begehren – nach Freiheit, nach einem menschlichen Wert, nach einem Status, nach Bedeutung, nach Anerkennung, nach einem Platz im Ganzen – unerfüllt. Die Abwendung von einem charismatischen Führer ist daher oft emotional aufgeladen, denn die Subjekte verlieren damit ihre Projektionsfläche. Die charismatische Führung ist also eine Leerstelle, die jeder rechtspopulistische Diskurs besetzen muss. Es mag zynisch klingen, aber mit blankem Rassismus, mit reiner Ablehnung der anderen allein lässt sich kein halbwegs stabiles politisches Führungsverhältnis etablieren.

Die Ära Strache neigt sich dem Ende zu. Der erfolgreiche Präsidentschaftskandidat Hofer verkörperte zuletzt »die« Projektionsfläche in Österreich; die Frontstellung gegen praktisch das gesamte politische und gesellschaftliche Establishment war ideal, um sich diese projektive Anerkennung zu erarbeiten. Die Freiheitliche Partei wird daher bald den charismatischen Führer austauschen: Norbert Hofer wird kommen, früher oder später. Und dann wird es in Österreich zwei bürgerliche Führer geben, die unerbittlich um die Macht kämpfen werden: Sebastian Kurz gegen Norbert Hofer. Das Bürgertum war im Wahlkampf 2017 gespalten, in der Regierungskoalition sind sie in einem komplett rechtspopulistischen Setting zwangsläufig vereint.

»Sie werden sich noch wundern, was alles möglich ist.« Diese unverhohlene Drohung des Präsidentschaftskandidaten Hofer, seine von der Verfassung gegebene politische Macht

16 Zur charismatischen Herrschaft vgl. Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen 2002 [Nachdr. der 5., rev. Aufl., Tübingen 1980], S. 140ff.

auch tatsächlich einzusetzen, wurde zum prägenden Satz seiner Wahlkampagne. Auch hier greift Sebastian Kurz nur auf, was ihm von der FPÖ bereitet worden war: Denn auch er verlangte von seiner Partei besondere Befugnisse. Vom Durchgriffsrecht auf die Kandidatenlisten bis hin zur alleinigen Entscheidung über die politischen Inhalte. Als Bundeskanzler wolle er, so hieß es in den Koalitionsverhandlungen 2017, die Hoheit übers Budget bekommen. Ein bislang nicht vorgesehenes Privileg des Kanzlers. »Ich tue, was mir beliebt«, hart an der Grenze des Legalen und mitunter darüber hinaus – so lautete die Botschaft. In diesem Sinne ist ein rechtspopulistischer Führer tatsächlich am ehesten mit einem Volkshelden aus den Märchen und Sagen zu vergleichen. Er ist ihr politisches Remake mit einem durchweg autoritären Antlitz.

Bei der Beziehung Führende–Geführte spielt es kaum eine Rolle, ob dabei wirklich die »objektiven« Interessen der Geführten vertreten werden. Daher geht die gesamte aufklärerische Kritik der Linken seit Jahrzehnten völlig fehl. Die Österreicher werden von IHM angerufen (gleich ob dies Haider, Strache, Hofer oder Kurz ist). Wenn sie den Ruf hören, wollen sie schlicht so wie der Volksheld sein: Sie wollen etwas sein, etwas im Leben darstellen, einen Sitz im Leben haben, der bedeutungsvoll ist.

Niemand erwartet von einem Popstar eine gewerkschaftsähnliche Interessenvertretung. Analog erwartet das auch niemand von einem Norbert Hofer oder einem Sebastian Kurz. Sie geben vor, die Flüchtlinge aufzuhalten. Wenn ihnen gelingt, dies glaubhaft zu vermitteln, dann haben sie bei allem anderen freie Hand. Darum nimmt das Wahlvolk es auch hin, wenn der erwählte Volksheld ausdrücklich gegen ihre Klasseninteressen handelt und etwa soziale Leistungen reduziert, von denen auch sie profitieren. Es reicht, dass der charismatische Führer sich das genommen hat, »was er will«, und das gesagt hat, »wie es ist«.

Diese Unterwerfung unter einen Führer etabliert ein autoritäres politisches Führungsverhältnis, ohne dass dafür Militär oder Polizei eingesetzt werden müsste. Ihr geht die

Unterwerfung unter die Managementpraktiken voraus, die ein autoritäres Selbstverhältnis etabliert haben. Darin liegt ein weiterer Unterschied zu den Analysen im »Achtzehnten Brumaire« von Karl Marx. Der autoritäre, rechtspopulistische Staat in Österreich wird nicht entworfen, um mögliche Aufstände in Schach zu halten. Sondern er kommt zu der autoritär formierten Gesellschaft noch hinzu. Als ein vermittelnder Ausdruck.

Michele Nobile

Populismus und Pseudopopulismus in Italien

Transformismo in der Zweiten Republik

Die italienische Politik hat am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine außergewöhnliche Kreativität bewiesen und einen in Umfang und Qualität beispiellosen Transformationsprozesses in Gang gesetzt und durchlaufen. Dazu gehören:

— die Erfindung einer Pseudonation, »Padania«,[1] ausgearbeitet von der Lega Nord (LN);
— die geradezu exemplarische Schöpfung einer Partei-Firma, Forza Italia (FI);[2]
— die Fusion des Mutanten, der aus der Kommunistischen Partei (PCI) hervorgegangen war, mit dem Mutanten, der aus der Christdemokratischen Partei (DC) hervorgegangen war, zur Demokratischen Partei (PD).
— Erstmals in Europa ist die Kandidatur zum Premierminister ähnlich wie in den USA durch Vorwahlen bestimmt worden (Romano Prodi).
— Und schließlich entstand eine originelle »Nicht-Partei«: die Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) des Komikers Beppe Grillo.

Diejenige Persönlichkeit, die das politische System in diesem Zeitraum polarisierte, war Silvio Berlusconi. Seine Ankündigung 1994, in die Politik einsteigen und »auf den Platz gehen« zu wollen, wurde wegen seines Sprachstils, der eingesetzten Mittel und des Zerfalls der herkömmlichen Regierungsparteien als bonapartistisches oder populistisch-peronistisches Phänomen gedeutet. Abgesehen von kleineren Varianten gibt es nun keine wichtige italienische Partei mehr,

1 »Padania« (dt. »Padanien«) ist Anfang der 1990er-Jahre von der Lega Nord im Zuge ihrer Separationsbestrebungen erfunden worden; geografisch umfasst Padania die industriell starke Region Norditaliens. (Anm. d. Übers.)

2 Berlusconis Forza Italia erinnert in Aufbau, Führung und Präsentation eher an ein Unternehmen als an eine klassische politische Partei. (Anm. d. Übers.)

die nicht als hochgradig personalistisch und populistisch oder pseudopopulistisch bezeichnet werden kann.

Welche Voraussetzungen hatte der skizzierte Transformationsprozess, was bedeutet er für die Struktur und Dynamik des politischen Systems und für die Beziehungen zwischen dem Staat und den sozialen Klassen? Wie verhalten sich die Neuerungen der Zweiten Republik[3] zur langfristigen gesellschaftlichen Entwicklung? Wie verhält sich der italienische Fall zu früheren Formen des Populismus, und trifft die Bezeichnung Populismus überhaupt auf die italienischen Parteien zu? Dieselbe Frage stellt sich für den Bonapartismus: Ist er auf Italien übertragbar? Und wie verhalten sich die italienischen Besonderheiten zur allgemeinen Transformation europäischer politischer Systeme und ihrer Parteien in Richtung »Postdemokratie« (Colin Crouch) oder »populistischer Demokratie« (Peter Mair)?

Transformismus und Postdemokratie

Der Transformismus *(trasformismo)* ist in der politischen Geschichte Italiens ein bekanntes und wiederkehrendes Phänomen. In der Zweiten Republik, das heißt seit 1994, ist die Zahl von Abgeordneten, die ihre Partei oder die Koalition gewechselt haben, außergewöhnlich hoch, doch dieses Mal geht es um mehr als bloß »molekulare« Verwandlungen auf individueller Ebene. Charakteristisch für den jüngsten Transformismus ist die in Umfang und Bedeutung wohl beispiellose Transformation ganzer Gruppen, die »vom Extrem in ein gemäßigtes Feld wechseln«, wie Gramsci einst schrieb – ausgelöst vom traumatischen Ende des politischen Systems der Ersten Republik infolge der umfangreichen juristischen Untersuchungen »Mani Pulite«[4] in den Jahren 1992/93. Deren

3 Als Erste Republik wird die Nachkriegszeit bis 1994 bezeichnet; die Auswirkungen des Mauerfalls und der Untersuchungen im Zuge der »Mani Pulite« führten damals zu einem Niedergang und zu einer Umstrukturierung des Parteiensystems. Seitdem spricht man von der Zweiten Republik. (Anm. d. Übers.)

4 Wörtlich »saubere Hände«, im Sinne von »eine weiße Weste haben«. Damit werden die umfangreichen juristischen Ermittlungen zur Aufklärung eines umfänglichen Korruptionskomplexes bezeichnet, in dem unter anderen führende Politiker und ihre Parteien verstrickt waren. (Anm. d. Übers.)

Bedeutung hat Perry Anderson auf den Punkt gebracht: »Es war keine Partei oder Klasse, es war eine gesamte Ordnung, die in genau das konvertierte, was hätte enden sollen.«[5] Das durch eine Verfassungsänderung eingeführte Mehrheitswahlsystem förderte den Übergang zur Postdemokratie und zu personalisierten und pseudopopulistischen Parteien.

Die bestimmende Figur in diesem Transformismus war Silvio Berlusconi. Mit seinem Fernsehauftritt am 26. Januar 1994 und seiner Ankündigung, »auf den Platz zu gehen«, führte Berlusconi vier Neuerungen in die italienische Politik ein. Zunächst präsentierte er sich als Unternehmer, der Kompetenz, effektiven Pragmatismus und Erfolg verkörpert und dem die herkömmliche politische Rhetorik und Korruption fremd sind. Zweitens gab er entscheidende Impulse für die Anpassung der Sprache und des politischen Auftretens an die Sprache und Formate der Fernsehprogramme. Drittens versprach er ein neues »Wirtschaftswunder«, das im Gegensatz zur Politik der Christdemokraten aber nicht mehr von staatlicher Intervention abhängen, sondern vom freien Markt bewirkt werden sollte. Und schließlich kündigte »der Cavaliere«, der Ritter, wie Berlusconis Spitzname lautete, die Geburt einer neuen Partei an: Forza Italia, die zum Extremfall einer personalistischen, pseudopopulistischen und zugleich in der italienischen wie europäischen Politik erfolgreichen Partei avancierte.

Allerdings gab es auch Unterschiede zwischen dem historischen Populismus und Berlusconis Pseudopopulismus sowie zwischen der Lage in Italien und einer Situation, die tatsächlich eine bonapartistische Krisenlösung hätte erfordern können.

Historischer Populismus und gegenwärtiger Pseudopopulismus

In der erwähnten TV-Rede vom Januar 1994 distanzierte sich Berlusconi von der alten politischen Klasse, die »von den Tatsachen und der Zeit überholt« worden sei, jedoch ohne sich

5 Perry Anderson: The New Old World, London 2011.

diese politische Klasse zum Feind zu machen. Im Gegenteil, er wandte sich gegen »das Gegröle, die Beschimpfungen und Verurteilungen auf den Plätzen« – was eindeutig gegen die damaligen Demonstrationen gegen Korruption gerichtet war. Der wirkliche Feind seien die »umlackierten und recycelten« Kommunisten der Demokratischen Partei der Linken (PDS). Ihre Vorläuferin, die Kommunistische Partei, sei schließlich auch schuld am Verfall der Christdemokraten: Angesichts der Finanzierung des PCI durch Moskau hätten die demokratischen Parteien ihre eigenen Formen der Finanzierung finden müssen! Wie in der Folgezeit stellte sich Berlusconi bereits hier in eine ideelle Kontinuität mit der Christdemokratischen Partei und ihren Verbündeten als Garanten der Freiheit.

Damit fehlte dem Phänomen Berlusconi das Hauptmerkmal des historischen, originalen Populismus, dessen Formen natürlich sehr vielfältig waren. Betrachtet man jedoch die einschlägigen Populismen – die Narodniki im zaristischen Russland, die US-amerikanischen Farmer Ende des 19. Jahrhunderts, die Mexikanische Revolution, die sandinistische Guerilla, das Peronistische Argentinien, die Quasi-Revolution in Bolivien in den 1950-er Jahren, die Anfänge der Kubanischen Revolution –, so besteht ihre Gemeinsamkeit im (auch bewaffneten) *Kampf der Bevölkerung gegen die sozioökonomische und politische Oligarchie des traditionellen Machtblocks*.

Trotz des übergreifenden Bündnisses verschiedener sozialer Klassen wurde der Gegensatz von »wir« und »die anderen« nicht diskursiv in einem rein politischen Akt generiert, wirksam war vielmehr die Konfrontation zwischen Klasseninteressen und zwischen Klassenfraktionen, die sich aus den Produktionsverhältnissen ergaben. Die argentinischen Montoneros oder die bewaffneten Milizen der bolivianischen Bergarbeiter waren dabei Bestandteil eines Populismus, der politisch ambivalent und sozial widersprüchlich war und der auch die Möglichkeit einer Radikalisierung aufseiten der Linken offen hielt – während es offensichtlich absurd ist zu behaupten, aus Forza Italia oder Lega Nord könnten politisch linke Entwicklungen hervorgehen.

Dieser Punkt ist wichtig, weil die historischen populistischen Regime als *bonapartistische Lösungen* für Situationen intensiven politischen und sozialen Kampfes interpretiert werden können. Das führte zu einer systemischen Krise ihres revolutionären Potenzials, denn ein populistisches Regime muss sich zu seiner Konsolidierung die radikalen Trends der Bewegung aneignen und/oder sie unterdrücken.

Im Italien der frühen 1990er-Jahre gab es keine Notwendigkeit für einen Bonaparte oder einen Peron, der die Rolle eines über den Klassen stehenden Vermittlers hätte spielen müssen, denn die italienischen Arbeiter hatten ihre historische Niederlage bereits erlitten: Die Massenentlassungen bei Fiat 1980 markieren den Wendepunkt im Kräfteverhältnis der Klassen und den Beginn der Offensive des Kapitals in allen gesellschaftlichen Bereichen. Waren aus der Sicht der beherrschten Klasse die Jahrzehnte der Ersten Republik noch ein langer Winter gewesen, aber ein relativ »heißer« Winter, so war die Zweite Republik von Anfang an eine lange Eiszeit, gelegentlich unterbrochen nur durch rein defensive Abwehrkämpfe und symbolische Aktionen. Das ist der Hauptgrund für die Postdemokratie und zugleich die Bedingung ihrer Reproduktion: eine Bevölkerung, vollständig eingenommen von der fragmentierten »Gesellschaft des Spektakels« des Turbokapitalismus. Das in der Ära Berlusconi generierte Wahlvolk war Ergebnis des verfallenden katholischen Milieus und der Säkularisierung: atomisiert, TV-abhängig und gleichgültig gegenüber Antifaschismus, ein postmodernes »Volk«, das sich um ein Oberhaupt schart. Auf der Basis dieser Atomisierung entstehen gegenwärtig Formen des Pseudopopulismus, die sich qualitativ von den populistischen Bewegungen und von den politischen und sozialen Konflikten, die zu bonapartistischen Regimen führen können, unterscheiden.

Gleichwohl fordert die Schwere der gegenwärtigen Krise jeder einzelnen Partei eine *Re*-Legitimierung gegenüber der italienischen Bevölkerung ab, will sie das herrschende Machtvakuum ausfüllen. Und von dieser Notwendigkeit her sind die politische Neuausrichtung und die Innovationen zu begrei-

fen, die Berlusconi vorgenommen hat: Er schuf einen neuen politischen Kern, bestehend aus Teilen der alten Mitte-links-Regierung plus Lega Nord und postfaschistischer Alleanza Nazionale, und schaltete durch das Wahlbündnis gegen diejenigen, die er »recycelte Kommunisten« nannte, die Konkurrenz aufseiten der Rechten aus.

Ist das bislang Gesagte richtig, dann ist das Phänomen Berlusconi kein Bonapartismus oder Populismus, sondern eine Erneuerung des Transformismus, funktional auf der Ebene von Wahlen. Dieses Phänomen fällt in den Bereich eines »Populismus der Politiker«, eine jener sieben Kategorien, mit denen Margaret Canovan das Phänomen Populismus angesichts des Unvermögens der akademischen Soziologie, es theoretisch zu erklären, durch die Beschränkung auf eine deskriptive Typologie bewältigen wollte.[6] Meines Erachtens unterscheidet sich der »Populismus der Politiker« (und der aktuelle »reaktionäre Populismus«) qualitativ vom historischen Populismus, und daher spreche ich im Falle Italiens und anderer fortgeschrittener kapitalistischer Länder lieber von Pseudopopulismus als Legitimierungsmodus von Parteien in der Postdemokratie.

Diese Unterscheidung ist nicht allein von historischer, sondern auch von theoretischer Bedeutung, denn wird Populismus über Ideologie, Stil und Mentalität, über Gefühle wie Angst, Unsicherheit und Enttäuschung bestimmt, als ein Signifikant für alle möglichen aktuellen Erscheinungsformen, dann wird der strukturelle Wandel im politischen System nicht nur unterschätzt, er kann auch nicht ins Verhältnis gesetzt werden zu den Veränderungen in der erweiterten Reproduktion des Kapitals, erst recht nicht auf internationaler Ebene. Und auf der politischen Ebene sollte die Tatsache, dass der Begriff Populismus vor allem rechten und faschistischen Gruppen zugeordnet wird, nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Vorwurf des Populismus als Allzweckwaffe verwendet werden kann, um jede Kritik an neoliberalen und sozialliberalen Regierungsparteien von vornherein als antidemokra-

6 Margaret Canovan: Two strategies for the study of populism, in: Political Studies 4/1982, S. 544–552.

tische und unverantwortliche »Anti-Politik« abzutun – auch in Italien gibt es die berühmte Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus.

Die Transformation regionaler Milieus und der Nationalismus der Lega Nord

Die politische Legitimationskrise der klassischen Parteien und ihr Transformismus verweisen auf eine Erosion und zugleich auf eine Veränderung der alten kulturellen Milieus der Kommunistischen und der Christdemokratischen Partei, die in den »roten« bzw. in den »weißen« Regionen Italiens verwurzelt waren.

Bereits in der zweiten Hälfte der 1980-er Jahre manifestierte sich im Autonomiebegehren der Region Venetien mit ihren vielen Kleinunternehmen und im Erfolg der Lega Lombarda von Umberto Bossi die Krise des christdemokratischen Milieus. In Gegenden, in denen das Weiß der Christdemokraten zum Grün der Lega Nord wurde, ist dieses kulturelle Milieu zwar nicht verschwunden, aber es hat sich verändert: Für das national gestimmte Milieu Italiens ist die Region zu einer eigenständigen Referenz geworden, zu einem Wert an sich, konstruiert durch die Erfindung einer »nationalen« Pseudotradition und eines pseudopopulistischen »Padaniens«, formuliert in Abgrenzung und als Antithese zum Zentralismus von »Roma ladrona«, der »großen Diebin Rom«. Mehr noch als Berlusconis Forza Italia bedient die Lega Nord die besondere Wertschätzung, die in Italien den Selbstständigen, dem Handwerk, den kleinen Unternehmen sowie der Kultur der Steuervermeidung und -hinterziehung zukommt.

Doch der eigentliche Grund für die Existenz der Lega Nord liegt in einer anderen nationalen Besonderheit: in der unbewältigten Dialektik von Entwicklung und Unterentwicklung zwischen Nord und Süd in Verbindung mit der ungleichen sozialen und staatlichen Entwicklung Italiens. Es ist von enormer Bedeutung, dass in der politischen Debatte der Zweiten Republik die »Frage des Mezzogiorno« und der staatlichen Interventionen in den Süden gekontert wurde durch

die »Frage des Nordens« und einen antistaatlichen Föderalismus. Die Kluft zwischen Nord und Süd wurde dadurch nur noch vertieft. Die Lega Nord war dabei die Avantgarde, aber nicht die einzige Akteurin: Die Entwicklung wäre nicht möglich gewesen, hätte sich nicht das gesamte Parteiensystem in Richtung eines antistaatlichen Liberalismus bewegt.

Die Lega Nord tritt protektionistisch gegen die internationale wirtschaftliche Konkurrenz auf, aber im Gegensatz zum echten Populismus ist sie innerhalb der eigenen Nation liberal. Diese Form von Pseudopopulismus unterscheidet sich gleichwohl wesentlich von der der Forza Italia: Der »Padano«-Nationalismus und die Fremdenfeindlichkeit der Lega Nord verleihen ihrem Pseudopopulismus einen militanteren und profilierten Charakter. Dies ist auch der Grund, warum die Lega Nord das politische Aus ihres Gründers und Anführers Umberto Bossi nach gerichtlichen Ermittlungen überlebt hat; Forza Italia dagegen muss die Frage der Nachfolge ihres Anführers Berlusconi noch lösen.

Die Lega könnte sich antagonistisch gegen alle »römischen« Parteien und generell gegen die Regierung in Rom stellen, indem sie in ihrer Politik konsequent die übergeordneten Interessen »Padanias« in eine kohärente nationalistische Logik übersetzt; das könnte dann als eine Form des Bonapartismus angesehen werden. Und in der Tat spielt die Lega Nord diese Karte, um sich als »Bewegungs-« und »Kampfpartei« statt als bloße Regierungspartei zu präsentieren. Doch das ist rein taktisch motiviert und ein bloß temporäres Manöver, notwendig nicht zuletzt zur Beruhigung der eigenen Anhänger, seitdem sich die Partei an den üblichen Politspielchen und Kompromissen der »römischen« Politik beteiligt. Jedenfalls gibt es im Norden keine echte nationalistische Bewegung, und die Lega Nord ist strategisch zu stark an das Mitte-rechts-Lager gebunden, auch wenn sie die Hälfte ihrer Stimmen ausgerechnet an Forza Italia – und damit an ebendieses Lager – verloren hat.

Was das kulturelle Milieu der ehemaligen Kommunistischen Partei angeht, so hallt deren Echo immer noch nach.

Doch die heutige Wählerschaft der Demokratischen Partei in den »roten« Regionen darf nicht mit dem kommunistischen kulturellen Milieu von einst verwechselt werden. Der Begriff demokratisch im Namen der Parteien, die aus der Kommunistischen Partei hervorgegangen sind (PDS, DS, PD), bezog sich explizit auf Bill Clintons Demokratische Partei – unvorstellbar für einen alten Kommunisten, der noch mit dem »Mythos Sowjetunion« aufgewachsen ist. Soweit sie sich auf eine ferne, unbestimmte Zukunft bezog, hatte die Anhängerschaft des PCI sozialistische Bestrebungen und stellte eine latente Bedrohung für das System dar. Auch die heutigen Wähler der Demokratischen Partei mögen bei bestimmten zivilgesellschaftlichen Themen moderat-fortschrittlich gestimmt sein, letztlich wählten sie dann aber den jungen Christdemokraten Matteo Renzi, den »großen Erneuerer« der alten Führungsriege aus PCI-Zeiten. Ein paradoxer Epilog, der aber dennoch seine Logik hat.

Berlusconi-Regime oder bipolare Postdemokratie?

Mit Berlusconis Eintritt in die Politik war die Hauptsorge der Linken, dass sich ein Berlusconi-Regime oder ein »autoritärer Populismus« herausbilden könnte. Es gab zahlreiche Analogien zwischen Berlusconis Absichten und Peróns populistischem und bonapartistischem Regime, aber statt informierte Vergleiche anzustellen, riefen die Analogien eher Schreckgespenste an. Das wird besonders deutlich, wenn man die Wirtschafts- und Sozialpolitik betrachtet.

Berlusconi wollte der italienische Reagan sein, doch seine erste Regierung dauerte nur acht Monate: von Mai bis Dezember 1994. Von 1995 bis 2001 gab es eine Mitte-links-Regierung, und zwischen 2006 und 2017 regierte dann Mitte-links insgesamt länger als Mitte-rechts. Das heißt, es war in den 1990er-Jahren das Mitte-links-Lager und nicht das Mitte-rechts-Lager, das die entscheidenden Liberalisierungen in der Renten-, Arbeits- und Bildungspolitik verwirklichte. Überhaupt ist es das Mitte-links-Lager, dem national wie international die

»großen historischen Errungenschaften« zu verdanken sind: der größte Privatisierungsprozess, der in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern vollzogen wurde, die Maßnahmen zur Anpassung an die Maastricht-Kriterien, die Flexibilisierung des Arbeitsrechts. Dass dafür in Italien ausgerechnet der ehemalige PCI mitverantwortlich war, erklärt sich daraus, dass er seinen Wandel vollzog, als die großen Sozialdemokratien bereits ihre traditionellen »keynesianischen« Positionen zugunsten dessen aufgegeben hatte, was von Tony Blair und Gerhard Schröder als »Dritter Weg« bzw. »neue Mitte« ausgegeben wurde. Mit ihrem Eintritt in den Transformationsprozess der europäischen Linken wechselte der PCI somit direkt von der unter Palmiro Togliatti geprägten Tradition des staatlichen Reformismus zu einem klassisch sozialdemokratischen Liberalismus. Dieser Sozialliberalismus von PDS/DS/PD ist nicht derselbe wie der Neoliberalismus des Mitte-rechts-Lagers, aber in den Einschätzungen kommen beide überein. Dem Mitte-links-Lager zufolge kam die Neuregulierung des Arbeitsmarktes durch die Flexibilisierung der Löhne und der Beschäftigungsverhältnisse den Arbeitnehmern zugute. Und doch befindet sich der italienische Kapitalismus in den Sektoren mit hohem technologischen Innovationsbedarf und hoher dynamischer Nachfrage im Niedergang. Durch den Rückgang der Binnennachfrage und der öffentlichen Ausgaben stieg die Bedeutung ausländischer Märkte. Allerdings war in Italien durch die Währungsunion die Möglichkeit einer Währungsabwertung nicht mehr gegeben, und der Rückgang der Investitionen und der Produktivität – zum Großteil der Privatisierung geschuldet – hat die Wettbewerbsfähigkeit zusätzlich geschwächt. Ein Teufelskreis. Die Stärke des PD liegt darin, aufgrund seiner Nähe zu den Gewerkschaften diese ökonomischen Widersprüche politisch besser vermitteln zu können als das Mitte-rechts-Lager. Ein Beispiel: Als Berlusconi Artikel 18 des Arbeitnehmerstatuts angriff (der den Kündigungsschutz regelt), verursachte das noch große Proteste; der »technokratischen« Regierung unter Monti sowie des PD von Renzi dagegen ist ebendiese Operation gelungen.

Was die Wirtschaftspolitik der historischen populistischen Regime angeht, so war sie Ausdruck eines instabilen Bündnisses verschiedener Fraktionen aus der herrschenden und der beherrschten Klasse. Ziel war es, wirtschaftliche Abhängigkeiten zu beenden und die Entwicklung des nationalen Kapitalismus zu fördern. Das führte zu Subventionen bei Importen, Verstaatlichung, sozialstaatlichen Hilfen und bürokratischem Syndikalismus sowie zu einer Frontstellung gegen den Imperialismus und seine Verbündeten im Inneren des Landes, insbesondere in den traditionellen Exportsektoren. Daraus ergaben sich die für die populistischen Bündnisse spezifischen innenpolitischen Auseinandersetzungen und die Widersprüchlichkeit ihrer Regime, die in der Vergangenheit oft durch Militärputsch beendet wurden. Der Bonapartismus der populistischen Regime bringt einen Widerspruch des globalen Kapitalismus zum Ausdruck, den Widerspruch zwischen der Abhängigkeit von internationalen imperialistischen Zentren und den Entwicklungsbestrebungen und Ansprüchen der nationalen Bourgeoisie.

Dagegen drückt die neo- und sozialliberale Postdemokratie die freiwillige Übernahme der unmittelbaren nationalen wie internationalen Kapitalinteressen aus. Ihr Kontext sind verschärfte globale Konkurrenz, finanzielle Instabilität und das Ungleichgewicht, das auf dem Weltmarkt zwischen Angebot und einer durch spekulative Blasen in den USA gespeisten Nachfrage entsteht. Zur disziplinarischen Kontrolle der beherrschten Klasse setzt sie auf den Abbau der öffentlichen Ausgaben, die Kommodifizierung von Dienstleistungen, Privatisierungen und die Unterordnung des Wachstums der Nachfrage und der Beschäftigungsstabilität unter das Primat der Senkung der Inflation und der Beschäftigungskosten.

Mit Rückgriff auf die Analyse von Mark Blyth und Richard Katz lassen sich für die Funktionsweise des Parteiensystems zwei Epochen der politischen Ökonomie herausarbeiten.[7] Bereits in Otto Kirchheimers Modell einer »Catch-all-Partei«,

7 Mark Blyth/Richard S. Katz: From catch-all politics to cartelization. The political economy of the cartel party, in: West European Politics 1/2005, S. 33–60.

das er in den frühen 1960er-Jahren entwickelte,[8] finden sich jene Elemente, die erst der Pseudopopulismus voll entwickelt hat. Es gibt jedoch einen grundlegenden Unterschied zwischen der politischen Ökonomie einer »Kartell-Partei« und einer »Catch-all Partei«.[9] Die Catch-all-Parteien konkurrieren um die Erweiterung ihres »Wahlmarktes«, indem sie auf wachsende soziale Ansprüche und »Nachfrage« mit der Verteilung von Ressourcen oder zumindest mit entsprechenden Versprechen reagieren. Dafür waren gute Beziehungen zu den Verbänden wichtig, die diese Verteilung flankieren: Gewerkschaften, Genossenschaften, Bauern. Dagegen haben die Kartell-Parteien postdemokratischer und liberalisierter Gesellschaften einerseits öffentliche Dienste und Sozialausgaben reduziert und dies andererseits mit kostengünstiger Symbolpolitik, mit dem Senken von Ansprüchen und Erwartungen und einer rigiden Selektion bei den Sozialausgaben kompensiert. Sie agieren wie oligopolistische Unternehmen oder eben wie Partei-Kartelle.

Das impliziert zudem Transformationen in der Funktion von Parteien, in der Definition der Bevölkerung und des Wahlvolks sowie in der politischen Legitimierung. So geht es für die Linke nicht mehr um die Repräsentation und Vermittlung der Interessen einer Klasse oder um Kategorien des Sozialen und Kulturellen, es geht um »Lösungen« auf der Grundlage von »objektiven Kriterien« und Sachzwängen, die als Interesse der gesamten Nation ausgegeben und wie die eines wirtschaftlichen Unternehmens behandelt werden. Das Wahlvolk wird nicht mehr über bestimmte Klassenfraktionen angesprochen, sondern über individuelle »Sorgen und Nöte«. Die Polarisierung für oder gegen Berlusconi zum Beispiel ergab sich nicht etwa daraus, dass die Parteien unterschiedliche Klassen oder

8 Otto Kirchheimer: The transformation of the Western European party systems, in: Joseph La Palombara u.a. (Hrsg.): Political Parties and Political Development, Princeton 1966, S. 177–200.

9 Die Bezeichnung »Catch-all-Partei« meint Parteien, die scheinbar ideologiefrei sind, nicht mehr auf einer bestimmten Klassen- oder Konfessionsbasis beruhen und deren Zweck es ist, möglichst viele Wählerstimmen zu gewinnen. Das Konzept der »Kartell-Partei« stellt vor allem auf die Abhängigkeit etablierter Parteien von staatlichen Ressourcen ab, wodurch sie sich immer ähnlicher werden. (Anm. d. Übers.)

soziale Gruppen vertreten hätten, sie ergab sich auch nicht aus den Unterschieden zwischen linker und rechter Politik. Die Wählerschaft des Mitte-links-Lagers hat vielmehr unklare Konturen; sie setzt sich aus Sozialliberalen, Demokraten, Liberalen, Technokraten, Kommunisten, Grünen, Regionalisten und seit 2006 sogar aus einer kleinen Abspaltung der Lega Nord zusammen. Was die Funktion einer Partei angeht, so hat das Regieren Vorrang vor dem Repräsentieren. Folglich nimmt die Notwendigkeit einer in der Fläche und an der Basis gut organisierten und verwurzelten Partei ab. Die Zahl der Parteimitgliedschaften ist rasant gesunken, und die Aktivität der verbliebenen Mitglieder wird zunehmend durch Evaluationsverfahren und Marketingtechniken ersetzt. Dies wird spezialisierten Firmen anvertraut, die vor allem das Image eines Parteiführers (Berlusconi, Bossi) oder der Kandidaten der Vorwahlen (für den PD) kreieren und sich über das Fernsehen, das Internet und soziale Netzwerke direkt an ein atomisiertes Wahlvolk wenden.

Octavio Ianni definierte den Unterschied in der politischen Ökonomie des brasilianischen Populismus einerseits und dem der putschenden Generäle andererseits als Gegensatz zwischen (nationaler) Entwicklung und durch Abhängigkeit erzwungener Modernisierung;[10] Stuart Hall charakterisierte Thatchers Politik als »autoritären Populismus« und »regressive Modernisierung«.[11] In Italien gab es zwar *kein* »populistisches Berlusconi-Regime«, aber eine »regressive Modernisierung« und eine postdemokratische Restrukturierung um zwei konkurrierende und sich durchdringende Pole, den sozialliberalen und den neoliberalen, mit vier bedeutsamen Varianten des Pseudopopulismus (FI, LN, PD, M5S) sowie verschiedenen weniger relevanten.

Der Logik der Kartell-Partei folgend und im Namen ihrer Zustimmung zur Reformierung der Institutionen, hat das

10 Octavio Ianni: Political process and economic development in Brazil, in: New Left Review I/25 und I/26 (1964); ders.: La fine del populismo in Brasile, Mailand 1974.

11 Stuart Hall: The Hard Road to Renewal: Thatcherism and the Crisis of the Left, London/New York 1988.

Mitte-links-Lager die Möglichkeit geopfert, Gesetze gegen Berlusconis »Interessenkonflikt«[12] zu erlassen. Sie hat insbesondere, aber nicht nur, mit dem Mitte-rechts-Lager bei der Änderung des Wahlrechts paktiert, was stets zur Machtkonzentration an den Parteispitzen geführt hat. Und auch wenn sowohl Berlusconis als auch Renzis Gesetz zur Revision der Verfassung in den beiden Referenden 2006 und 2016 abgelehnt wurden, waren auch sie auf die Stärkung der Macht der Exekutive ausgerichtet.

Das legt nahe, das postdemokratische Regime als die aktuelle Variante des Bonapartismus zu begreifen, nicht im beschränkten Sinne einer spezifischen Verbindung oder eines bestimmten Regimes, sondern im von Nicos Poulantzas beschriebenen grundsätzlichen Sinne: Das postdemokratische Regime beweist die konstitutive Macht der relativen Autonomie eines kapitalistischen Staates, der angeblich das »Gemeinwohl« verkörpert und dessen Macht tendenziell über das der herrschenden Klasse hinausgeht. Während die Wirtschafts- und Sozialpolitik der verschiedenen Regierungen übereinstimmen in der Verherrlichung des freien Marktes – auch wenn sie dabei auf unterschiedliche Weise auf die Interessen der Arbeitnehmer oder der Banken Rücksicht nehmen –, arbeiten die Parteien gemeinsam daran, die Regierungsmacht auf Kosten der Institutionen auszuweiten.

Die pseudopopulistische Revolte gegen die Postdemokratie

Nach gängiger Typologisierung gilt die ebenso erfolgreiche wie eigentümliche Fünf-Sterne-Bewegung (Movimento Cinque Stelle/M5S) als das derzeit eindeutigste populistische Phänomen Italiens. Ihre Politik basiert weder auf Klasse noch regionaler Zugehörigkeit, sondern auf der Dichotomie »wir« – »sie« und einer beharrlichen, sich jenseits des klassischen

12 Berlusconi war als Eigentümer des milliardenschweren Medienkonzerns Finivest in die Politik gewechselt und hatte politische und wirtschaftliche Interessen sowie seine Zugriffsmöglichkeiten auf eigene Medien miteinander verschränkt. (Anm. d. Übers.)

Rechts-links-Schemas verstehenden Gegnerschaft zur »Parteikaste«. Man könnte also sagen, der Komödiant Beppe Grillo hat mit M5S die bonapartistische Position schlechthin gegenüber – nach Grillos eigener geistreichen Definition – der PDL und der PD-ohne-L geschaffen.

Doch Grillos M5S-Phänomen sperrt sich gegen eine klare Einordnung. Wichtig ist, zwischen der Phase ihrer Formierung zwischen 2005 und 2012 und ihren lokalen und nationalen Wahlerfolgen 2012/13 zu unterscheiden. M5S ist eine Rebellion gegen die Postdemokratie mit den Mitteln des Pseudopopulismus. Sie bringt die Widersprüchlichkeit des postdemokratischen Regimes zum Ausdruck und trägt effektiv zu dessen Destabilisierung bei, aber sie bleibt dabei selbst in sich widersprüchlich.

Beppe Grillo ist der »Heilsbringer«, der es besser als alle anderen verstand, im Inszenieren der eigenen Person eine politische Botschaft zu verkörpern. Er ist ein echter Entertainer, er hat ebenso durchschlagenden Erfolg auf den Plätzen wie im Fernsehen und er ist perfekt in der Rolle eines Agitators in der spätkapitalistischen Gesellschaft des Spektakels. Seine Kommunikationsstrategie wurde als »digitaler« oder »Medien-Populismus« definiert, als »Ideen ohne eine Sprache«. M5S ist eine personalisierte Partei, eine postmoderne »Nicht-Partei«, die in Ideologie wie Praxis dem Fetischismus der »digitalen« oder »elektronischen Demokratie« verfallen ist, mit einer fluiden Struktur, regionalen Niederlassungen und einem scheinbar demokratischen Entscheidungsprozess, der tatsächlich aber einer rigiden zentralen Kontrolle untersteht.

All das erklärt jedoch nicht, warum das politische Protestpotenzial ausgerechnet M5S zufiel, und nicht etwa einem italienischen Gegenstück zu Podemos, zu Syriza oder auch zum französischen Front National.

M5S entstand im Zuge der Anti-Berlusconi-Stimmung aufseiten der Linken und des Mitte-links-Lagers. Ihre ersten wichtigsten Wahlerfolge erzielte sie denn auch in Mittel- und Norditalien, besonders in den roten Hochburgen, in der Emi-

lia-Romagna und in Bologna. Wahltaktisch betrachtet sind die Stimmen für M5S eine Alternative zur Stimmenthaltung als Form des Protestes. In der Zweiten Republik wurde die Wahlenthaltung stets selektiv und somit explizit politisch eingesetzt: Die von der Regierung einer der beiden Koalitionen enttäuschten Wähler straften nicht ab durch Wahl der jeweils anderen, sie enthielten sich. Dieses Verhalten nahm derart zu, dass Mitte-links und Mitte-rechts schließlich darum konkurrierten, wer weniger Stimmen *verliert*. Nun aber wählt ein Teil dieser enttäuschten Wähler – aus beiden Lagern – eher M5S als die Stimmenthaltung. Insofern ist M5S der aktuellste Ausdruck der Erosion der politischen Milieus und der Parteienbindung.

Die Widersprüchlichkeit des Pseudopopulismus der Fünf-Sterne-Bewegung

Das Parteiprogramm des M5S von 2013 war zusammengestückelt, aber politisch nicht rechts. Es wandte sich gegen die neo- und sozialliberalen Reformen in den Bereichen Arbeitsmarkt und Schulpolitik und befürwortete ökologische Reformen; es äußerte sich nicht zu Migration; und es unterstützte den erbitterten Kampf gegen die Hochgeschwindigkeitstrasse TAV im Val di Susa. Entscheidend für die Wählerinnen und Wähler sind jedoch nicht Programme, sondern die bisherigen Erfahrungen sowie die Bedeutung der Stimme (oder der Stimmenthaltung) für die aktuelle politische Lage und Konstellation.

Es ist die Glaubwürdigkeit des Angriffs auf das System der Regierungsparteien, durch die sich das Wahlschicksal von M5S und Linken dramatisch unterscheiden. Wichtig ist zu vergegenwärtigen, dass sich die Stimmen für die linken Parteien nach 2008 halbiert haben, unmittelbar *nach* der Prodi-Regierung von 2006 bis 2008 und als M5S seine Listen der Kandidaten *nicht* vorlegen wollte. Zu Prodis Zeiten wollten die linken Parteien eine Brücke zwischen »Platz und Palast« bauen. M5S hat sich dagegen nicht als »Brückenbauer« präsentiert: Grillo entwarf im Gegenteil das pseudopopulistische Bild eines Palaststurms durch die Bürger. So wurde M5S

zur ersten Wahl unter Angestellten und Selbstständigen, während die treuesten Wähler des PD Rentner sind und die von FI Hausfrauen. Die Stimmen, die M5S 2013 erhielt, waren ganz offensichtlich eine Revolte gegen Postdemokratie, Neoliberalismus und das sozialliberale Mitte-links-Lager: eine Revolte allein auf der Ebene der Abstimmung, zaghaft, unrealistisch und wirr, aber nicht politisch konservativ oder rechts. Stärke wie Widersprüchlichkeit des M5S, und mit ihnen die bonapartistische Gemengelage, ergeben sich vielmehr gerade daraus, dass hier unterschiedliche Strömungen zusammenkommen.

M5S verfolgt eine »demokratische Revolution«, aber dafür fehlt ihr eine Massenbewegung, die im Lauf des Kampfes klare Ziele definiert, Kader auswählt, eine eigenständige Organisation aufbaut und die Kräfteverhältnisse – und mit ihnen auch sich selbst – transformiert. M5S ist nur eine Wahlmaschine, die verschiedene Strömungen auffängt, ein Sammelbecken, in dem fast alles zu finden ist und das zurzeit die beste Gelegenheit für eine schnelle politische Karriere bietet. M5S ist eine sich institutionalisierende »Nicht-Partei«, die sich im Fall ihrer administrativen Bewährungsprobe allerdings nicht als die behauptete Alternative erweist: so wie zurzeit in Rom, wo M5S die Bürgermeisterin stellt. Dieser Widerspruch könnte für M5S fatal sein.

Fazit

Wird allein aufgrund von Wahldaten über Fragen der Hegemonie nachgedacht, so ist es wichtig, die angemessenen Daten zu nehmen. Denn während in der Endphase der Ersten Republik zur politischen Hegemonie schlicht Anteile abgegebener Stimmen fehlten, waren diese fehlenden Stimmen in der Zweiten Republik der wachsenden Stimm*enthaltung* geschuldet. Entsprechend ist der Konsens, der auf der tatsächlichen Zustimmung der Wählerschaft beruht, stetig kleiner geworden. Werden nur die Stimmanteile betrachtet, wäre in der Tat eine dramatische Erzählung über eine »Berlusconi-Hegemonie« möglich; wird dagegen die Wahl als Ganze betrachtet, hat keine der gegenwärtig wichtigen Parteien jemals das

Konsensniveau der Christdemokraten erreicht und keine der beiden Koalitionen denjenigen Konsens, den einst die DC mit ihren Koalitionen erzielte.

Addiert man die Proteststimmen für M5S zu denen der Wahlenthaltung hinzu, haben sich mindestens die Hälfte der Wähler den Parteien aus dem Mitte-Links- und Mitte-rechts-Lager entfremdet (2015 lag die Wahlbeteiligung bei den Regionalwahlen bei 60 %). Bislang hat sich diese zunehmende Entfremdung nur bei Wahlen ausgedrückt. Die schleichende Krise der Repräsentation und der Legitimität könnte jedoch noch stärker eskalieren als Anfang der 1990er-Jahre.

Wahlenthaltungen und Stimmen für M5S als »Politikverdrossenheit« abzutun, den opportunistischen Transformismus sowie die anhaltende und weitverbreitete Korruption zu kritisieren und nachzuweisen, dass beide Koalitionen eine sozialfeindliche Politik betreiben, ist ebenso bequem wie irreführend. Die Frage ist: Wie kann daraus ein politischer Protest entstehen?

Die Angst des Establishments ist letztlich, dass eine Revolte entstehen könnte, die sich nicht mehr auf Wahlen beschränkt, sondern auf die soziale Ebene überspringt. Es ist unklar, wie und wann das passiert, und es ist klar, dass es keine einfache Kausalität zwischen ökonomischer Krise und sozialem Widerstand gibt – aber in Italien fehlt es nicht an sozialem Zündstoff. Machiavelli würde sagen, ihm fehlt nur eine Form. Und Rosa Luxemburg würde angesichts des Desasters der italienischen Linken eine »rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik« fordern.[13] Entscheidend ist, aus welcher Perspektive Postdemokratie und Populismus kritisiert werden: aus der Sicht einer liberalen Verfassung? Aus Sicht des Mythos des verblichenen Systems der großen »Volksparteien«, die eigentlich schon seit Langem Catch-all-Parteien sind? Oder aus der politisch unabhängigen Sicht der beherrschten Klasse und einer Radikalisierung des Antiinstitutionalismus der sozialen Bewegungen?

13 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 53.

Die Postdemokratie ist eine strukturelle Transformation des kapitalistischen Staates, der einen Bonapartismus im Sinne von Poulantzas ausdrückt: die Verselbstständigung – oder auch Selbstreferenzialität – der Staatsapparate und der Parteien der herrschenden Klasse. Was in diesem Zusammenhang gemeinhin als Populismus bezeichnet wird und meines Erachtens ein Pseudopopulismus ist, ist weder eine »Krankheit der Demokratie« noch exklusiv Angelegenheit der politischen Rechten. Wird man sich also aufseiten der Linken zu einer radikalen Selbstkritik der Zusammenarbeit mit den Mitte-links-Parteien entschließen und in ihnen denselben Klassenfeind sehen wie aufseiten der Mitte-rechts-Parteien?

So wie die globale Ökonomie Ungleichheiten in der Entwicklung mit sich bringt, so nehmen auch Postdemokratie und Pseudopopulismus in den einzelnen Ländern verschiedene Formen an und fallen zwischen den Parteien der jeweiligen Länder unterschiedlich aus. Italien ist hier keine Anomalie. Aber Italien ist in der Tat Vorreiter bei der Verbreitung des Pseudopopulismus wie seiner Widersprüchlichkeit.

Aus dem Italienischen übersetzt von Frank Engster.

Przemysław Wielgosz

Der »gute Wandel«

Bonapartismus auf Polnisch

Im Jahr 2015 kam es in der politischen Landschaft Polens zu einem erdrutschartigen Sieg der Rechten. Zunächst gewann im Mai Andrzej Duda unerwartet die Präsidentschaftswahl. Der Kandidat der Rechten war bis dahin kaum jemandem ein Begriff gewesen. Im September siegte dann die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) bei den Parlamentswahlen mit absoluter Mehrheit. Die Machtübernahme durch die Partei von Jarosław Kaczyński markiert den Beginn einer neuen Phase in der politischen und kapitalistischen Entwicklung Polens.

Zum ersten Mal seit 1989 greift eine Regierungspartei offen zu rassistischer Rhetorik, um eine Pogromstimmung gegen Minderheiten zu entfachen. Zum ersten Mal versucht eine Regierungspartei, sich den gesamten Staatsapparat und die kommunalen Selbstverwaltungsorgane, das öffentliche Bildungssystem und die Kulturinstitutionen zu unterwerfen und zum Instrument einer parteipolitischen Ideologieoffensive zu machen. Sie ist willens, Polizei und Sicherheitsorgane gegen die Opposition einzusetzen, die Justiz zu übernehmen und damit die Gewaltenteilung de facto abzuschaffen, das Demonstrationsrecht zu beschneiden und die Unabhängigkeit der Medien einzuschränken. Zum ersten Mal stellt die Exekutive eine parteipolitisch geprägte Mobile Garde innerhalb des Militärs auf und erlaubt faschistischen Gruppierungen, sich öffentlich zu entfalten. Über Polen schwebt das Gespenst eines braun getönten Autoritarismus und *hate speech* vergiftet die öffentliche Debatte.

Innerhalb von zwei Jahren hat die PiS eine Reihe von politischen Konflikten und eine Welle von Ausländerfeindlichkeit provoziert. Sie hat Polen in der Europäischen Union marginalisiert und die verfassungsrechtliche Ordnung im Land destabilisiert. Zugleich aber hat sie damit auch die größten Straßenproteste in der Geschichte der III. Republik ausgelöst und

die Entstehung zahlreicher Basisinitiativen zur Verteidigung der bedrohten Demokratie befördert. Nichtsdestotrotz gibt es bislang keinen Gegner, gegen den diese politische Formation eine Wahl verlieren könnte.

So verfolgt die PiS weiterhin ihre Linie. Schon seit vielen Jahren fordert sie eine neue, eine »IV. Republik«, in bewusster Abgrenzung zu den 1989 am »Runden Tisch« zwischen der damaligen Staatspartei Vereinigte Polnische Arbeiterpartei (PZPR) und dem Solidarność-Lager vereinbarten politischen und verfassungsrechtlichen Grundlagen eines politischen Kompromisses (III. Republik). Seit ihrem Wahlsieg 2015 hat die PiS das mit dem politischen Slogan »IV. Republik« verbundene Programm unter dem neuen Slogan »Ein guter Wandel« wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Restauration statt Revolution

Diese Geschichte der Restauration beginnt jedoch nicht erst mit der europäischen Flüchtlingskrise 2015, deren offen rassistische Ausschlachtung maßgeblich zum Wahlsieg der PiS beigetragen hat. Sie beginnt auch nicht während der ersten (Koalitions-)Regierung der PiS (2005–2007). Die autoritären Tendenzen in der polnischen Politik nach dem Fall des Kommunismus wurden bereits an der Schwelle der 1990er-Jahre mit dem Beginn der Systemtransformation sichtbar. Die Feindschaft gegenüber der Demokratie hatte damals noch keine Parteizugehörigkeit. Sie entsprang direkt der Logik des neoliberalen Kapitalismus und dessen Bestrebungen, die demokratische Kontrolle über die Wirtschaft zu eliminieren. Unter der Parole »Es gibt keine Alternative« wurde das Spektrum der politischen Entscheidungsmöglichkeiten in sozialen und wirtschaftlichen Fragen radikal verengt. Die faktische Ersetzung der Wirtschaftspolitik durch das Management von Experten im Namen des Kapitals führte schon damals zur Erosion der Demokratie und schuf die Bedingungen für eine Demontage politischer Kontrolle der Exekutive.

Anders als in der DDR oder ČSSR kam es in Polen 1989 nicht zu einer Friedlichen bzw. Samtenen Revolution. Ganz

im Gegenteil. Die polnische Revolution, die im Sommer 1980 mit Streiks ihren Anfang genommen hatte und zuerst von General Jaruzelski mit Panzern niedergeschlagen und dann durch jahrelange Repressionen, Stagnation und eine sich vertiefende Krise ausgehöhlt wurde, gelangte gerade an ihr Ende. Ein Kompromiss zwischen der durch die jahrelange Krise erschöpften kommunistischen Regierung und einer von Repressionen geschwächten Opposition machte das Tor weit auf für die Restauration des Kapitalismus. Die polnische Gesellschaft erwartete Demokratie und Wohlstand westeuropäischen Stils, aber bekam eine neoliberale Schocktherapie lateinamerikanischen Stils verpasst, diktiert von Experten des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Im Jahr 1989 erlitt die Gewerkschaft Solidarność mit ihren egalitär-sozialen Ansprüchen ihre entscheidende Niederlage.

Die Transformationsformationsphase (1990–2003) ging einher mit Rezession, dem Niedergang der Industrie und Landwirtschaft, der Demontage der sozialen Funktionen des Staates, struktureller Arbeitslosigkeit in Höhe von bis zu 20 Prozent, einer zunehmenden Verelendung der *classes populaires* (»klasy ludowe«)[1] – 2003 lebten 59 Prozent der Bevölkerung unter dem sogenannten Sozialminimum, aktuell sind es immer noch 42 Prozent[2] –, sowie einer Destabilisierung der Arbeitsverhältnisse (gegenwärtig sind rund 30 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse prekär[3]).

Diese Entwicklung wurde von einem scharfen Rechtsruck in der politischen Landschaft und in der öffentlichen Debatte begleitet. Das Klima der 1990er-Jahre war bestimmt vom wachsenden Einfluss der Kirche, der Einschränkung der

1 Der polnische Begriff *klasy ludowe* entspricht in etwa dem in der republikanischen Tradition stehenden Begriff *classes populaires,* wie er in der französischen Soziologie gebräuchlich ist. In einer dreigliedrigen Darstellung werden die *classes populaires* den oberen Klassen (Eliten) und den Mittelschichten entgegengesetzt. Somit umfasst der Begriff gleichermaßen die Arbeiterschaft (für die im Englischen der Terminus *working class* gebräuchlich ist), aber auch die Bauernschaft als eigenständige Klasse. (Anm. d. Übers.)

2 Vgl. www.newsweek.pl/polska/bieda-w-polsce-ponad-16-mln-polakow-zyje-w-niedostatku-,artykuly,398913,1.html.

3 Vgl. Jarosław Urbański: Prekariat i nowa walka klas, Warschau 2014, S. 91ff.

Rechte auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung der Frauen, der Verschärfung des Strafrechts bei gleichzeitiger Deregulierung des Arbeitsrechts und einer Offensive gegen die Arbeiterorganisationen. Polen vermied jedoch eine autoritäre Wende im Namen des Marktfundamentalismus, wie sie Russland 1993 erlebte, eine Demontage des Produktionsapparats wie in Ungarn und eine Oligarchisierung des Staates wie in der Ukraine. Was in Polen die demokratischen Errungenschaften bewahrte, war der Widerstand gegen die Einführung des neoliberalen Kapitalismus. Die relative Kraft der Gewerkschaften und die Breite der Streikwelle 1991/92 und später der Proteste 2002/03 verhinderten die vollständige Unterwerfung der Demokratie unter die Logik des neoliberalen Akkumulationsregimes. Sie senkten jedoch nicht die dramatischen gesellschaftlichen Kosten der Restauration.

Diese restaurativen Tendenzen verschwanden nicht vollständig, wurden aber mit dem Beitritt Polens in die EU (2004) abgemildert. Die Abwanderung von zwei Millionen Menschen nach Westeuropa verbesserte die Verhandlungsmacht der polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Agrarsubventionen reduzierten die Armut im ländlichen Raum. Das änderte allerdings nichts an der Tatsache, dass sich Polens Rolle als Zulieferer in der europäischen Lieferkette verstetigte und seine Hauptexportware nach wie vor billige Arbeitskraft ist. Die aus dem EU-Haushalt finanzierte Politik der öffentlichen Investitionen schützte Polen in den Jahren 2007 bis 2012 vor der Krise. Aber die von der EU und von der Modernisierungsideologie der neoliberalen Pragmatiker der 2007 bis 2015 regierenden Bürgerplattform (PO) erzwungene Schwerpunktsetzung auf Infrastrukturprojekte führte dazu, dass die gute Konjunktur sich nicht in einer Anhebung des Lebensstandards für den Großteil der Bevölkerung niederschlug.

Schrittweise etablierte sich eine Hegemonie der Rechten

Während der chronischen Krise in der Transformationszeit verschob sich die politische Landschaft kontinuierlich nach

rechts. Charakteristisch für diese Periode ist die Entwicklung der liberalen Strömung der ehemaligen Opposition, die sich in der Dynamik der Bündnisse der demokratisch-liberalen Mehrheit mit der rechts-konservativen Minderheit dieses politischen Lagers ausdrückt. Deren Logik bevorzugte immer die Minderheit und verschob so das politische Spektrum nach rechts. Karl Marx hat diese Logik in seiner Analyse des Regresses der politischen Kräfte in Frankreich nach der Revolution von 1848 hervorragend erfasst. In seinem »Achtzehnten Brumaire« schreibt er: »Jede Partei schlägt von hinten aus nach der weiterdrängenden und lehnt sich von vorn über auf die zurückdrängende. Kein Wunder, dass sie in dieser lächerlichen Positur das Gleichgewicht verliert und, nachdem sie die unvermeidlichen Grimassen geschnitten, unter seltsamen Kapriolen zusammenstürzt.«[4]

In Polen begann diese Dynamik 1991 mit der Einverleibung der linksliberalen Bürgerbewegung Demokratische Aktion (ROAD) durch die (neo-)liberal-christdemokratische Demokratische Union (UD). 1994 verschob die Fusion der UD mit dem winzig kleinen neoliberalen Liberal-Demokratischen Kongress (KLD) die größere Partei nach rechts und ließ die liberal-konservative Freiheitsunion (UW) entstehen. Die UW wiederum kandidierte 1997 zusammen mit noch rechteren Kräften als Wahlaktion Solidarność (AWS), die dann die Regierung übernahm. Nach deren gescheiterter Wiederwahl 2001 verwandelte sich die UW-Rechte in die konservativ-liberale PO, während ihre einstigen Bündnispartner aus der AWS die konservativ-populistische PiS gründeten.

Diese politische Entwicklung äußerte sich in konkreter Politik. Die neoliberale Wirtschaftspolitik und die Demontage der sozialrechtlichen Sphäre waren verknüpft mit der Herausbildung materieller und diskursiver Formen einer rechten politischen und ideologischen Hegemonie. Die Beschneidung der reproduktiven Rechte von Frauen, die Einführung des Religionsunterrichts in den Schulen und der Abschluss eines

4 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke [MEW], Berlin 1956ff., Bd. 8, S. 111–207, hier 135.

Konkordates mit dem Vatikan sind das Werk der UD-Regierungen. Für den Aufbau des wichtigsten Instruments der rechten Geschichtspolitik, des Instituts für Nationale Erinnerung (IPN), sowie für das verfassungsrechtlich verankerte Verbot des Kommunismus zeichnet die AWS/UW-Regierung verantwortlich. Die Einführung eines Nationalfeiertages zu Ehren der sogenannten Verfemten Soldaten, der antikommunistischen und mehrheitlich antisemitischen Partisanen nach dem Zweiten Weltkrieg, schließlich geht auf das Konto der PO-Regierung.

Auch das Milieu, aus dem die heutige PiS entstanden ist, wandelte sich. Anfang der 1990er-Jahre gingen die Kaczyński-Brüder mit Lech Wałęsa ein Bündnis ein, dann formierten sie die Zentrumsallianz (PC), die eine christdemokratische Partei darstellen sollte, und schließlich gründeten sie die PiS, die sich von Anfang an offen auf die Tradition der beiden verfeindeten, aber gleichermaßen autoritären politischen Lager im Polen der Zwischenkriegszeit bezog – auf die Sanacja von Józef Piłsudski und auf die Endecja von Roman Dmowski.[5]

Den ideologischen Rahmen für diese politische Entwicklung bildete die neoliberal-konservative Hegemonie. Ihr Erfolg gründete auf der vollständigen und bedingungslosen ideologischen Kapitulation der Linken, die angesichts der Niederlage des Ostblocks die neoliberale Version des Kapitalismus als alternativlos anerkannte. Die parlamentarische Linke versuchte, sich im neuen System zu legitimieren, und verzichtete auf eine eigenständige Analyse und Beschreibung der Welt. Die postkommunistischen Sozialdemokraten der SLD trennten sich von ihrer linken Rhetorik und ihrem Bezug auf die *classes populaires,* verwarfen radikale gesellschaftliche Forderungen und wandten sich von den Traditionen der

5 Sanacja war die Eigenbezeichnung des autoritären Regimes der II. Republik unter Józef Piłsudski (1926–1939). Die Endecja war eine Ende des 19. Jahrhunderts entstandene polnisch-nationalistische Bewegung. Die 1897 gegründete Nationaldemokratische Partei forderte einen polnisch-katholisch »reinen« Nationalstaat unter Ausschluss aller Minderheiten. Ab den 1920er-Jahren entwickelte sich die dezidiert antisemitische Partei zunehmend in eine faschistische Richtung. Sie existierte bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Nach 1989 wurden einige ihrer Teilorganisationen wie das Nationalradikale Lager (ONR) als offen neofaschistische Organisationen neugegründet. (Anm. d. Übers.)

Arbeiterbewegung ab. Die Wahlkampfrhetorik des postkommunistischen Lagers ließe sich zusammenfassen in der Parole »Wir machen das besser«. Durch die Hinwendung der SLD zum politischen Zentrum verloren die arbeitenden Klassen, die die Hauptlast der Transformation trugen, nicht nur ihre Arbeitsplätze, sondern auch ihre politische Vertretung. Dies führte zur wachsenden Wahlabstinenz dieser Gruppen und zu ihrer politischen Marginalisierung. Auf der anderen Seite hörte ein immer größerer Teil der *classes populaires* auf, sich mit den demokratischen Werten zu identifizieren, die zunehmend als Privileg der Reichen verstanden wurden.

Unter diesen Umständen bildete sich ein ungeschriebener antikommunistischer Konsens heraus. Dieser beruht nicht nur auf der Verurteilung der repressiven Praktiken des früheren Regimes, sondern vor allem auf der Ablehnung jeglicher sozialistischer Alternativen zum Kapitalismus. Der antikommunistische Konsens basiert auf der einhelligen Diskreditierung linker Werte wie Egalitarismus, öffentliche Güter, öffentliches Eigentum, Klassensolidarität, Frauenrechte, Säkularität des Staates. Sich auf das Konzept der zwei Totalitarismen aus dem Kalten Krieg beziehend, wurden Kommunismus und Nationalsozialismus gleichgesetzt.

Der Niedergang der Linken und der antikommunistische Konsens haben die Grundlage für eine ideologische Hegemonie geschaffen, die den Marktfundamentalismus und seine Kultur der Affirmation von Individualismus, Konsumismus und Egoismus mit dem traditionalistischen Kult von Familie, Religion, Kirche und Volksgemeinschaft verbindet.

Der Mythos der Mittelklasse

Die Entwicklung des liberalen Lagers nach rechts beruhte auf einer entsprechenden Klassenbasis: Einerseits bildete sich eine Mittelklasse samt zugehörigem Mythos aus, andererseits prallten diese mit dem globalen Charakter und der monopolistischen Logik des neoliberalen Kapitalismus zusammen.

In den 1990er-Jahren diente der Mythos, dass alle durch individuellen Erfolg in die Mittelklasse aufsteigen könnten,

als willkommenes Instrument, um Millionen von Beschäftigten ruhigzustellen, die ihre Betriebe verloren hatten und nun versuchten, sich im Kleinhandel, im Dienstleistungsbereich oder als Selbstständige über Wasser zu halten. Mit seiner Affirmation des Unternehmertums weckte er Widerwillen gegen alles, was seine Verallgemeinerung hätte begrenzen können: gegen den öffentlichen Sektor, gegen soziale Rechte und insbesondere gegen Arbeiterinnen und Arbeiter, die noch mit einem richtigen Arbeitsvertrag arbeiten durften. Dieser Mythos war die Hauptquelle eines neoliberalen Populismus, von dem Stuart Hall schrieb, er verkehre linke Prinzipien wie Gleichheit in ihr Gegenteil, um mit ihrer Hilfe Arbeiterrechte als ungerechte Privilegien zu diffamieren.[6]

Heute strebt mehr als die Hälfte der 38 Millionen Einwohner Polens den Lebensstil der Mittelklasse an, aber lediglich 1,5 Millionen können ihn sich dann auch leisten. Den weitaus größeren Rest bildet eine heterogene Masse, die prekär lebt und höchst anfällig für Krisen ist. Unter solchen Umständen werden Ideen populär wie die Opferung demokratischer Errungenschaften zugunsten einer starken Hand, die Stabilität und Schutz vor ungerechter Konkurrenz verspricht. Das antidemokratische Potenzial dieser Gruppe entspringt direkt dem aggressiven Individualismus und der Verherrlichung des Unternehmertums. Deren Protagonisten predigen Verachtung für den öffentlichen Sektor (kommunistisch), für die politischen Parteien (korrupt), für Minderheitenrechte (von außen, durch EU-Bürokraten aufgezwungen) und für die Arbeiterklasse (Anspruchsdenken) ebenso wie für Arbeitsrecht und Steuern (sozialistische Relikte) sowie für den Staat als solchen (Bürokratie). Einen positiven Bezugspunkt für die polnische Mittelklasse stellen dagegen Familie und Nation dar. Dazwischen herrscht Leere. Und gerade deshalb findet sie immer dann, wenn das Gefühl der Unsicherheit zunimmt, so leicht Trost in einer klassenlosen nationalistischen Identität, gegründet auf der Ästhetisierung einer heldenhaften Vergangenheit.

6 Razmig Keucheyan: Zazębiające się kryzysy, in: Le Monde diplomatique, September 2017 (polnische Ausgabe).

Während Polens Beitritt zur EU die Lage für die ärmsten (und zugleich entpolitisiertesten) Gruppen verbesserte, änderte sich für die untere Mittelklasse (Kleinbürgertum, Kleinhändler, Dienstleister, kleine Produktionsfirmen, Scheinselbstständige) kaum etwas. Nach dem Bericht »Gesellschaftliche Diagnose 2013«[7] konnten über 40 Prozent der ärmsten Haushalte Einkommenszuwächse verbuchen, doch umgekehrt mussten auch 40 Prozent der reichsten Polen Einkommenseinbußen hinnehmen, das heißt, sie wurden deklassiert.[8] Die zunehmende Frustration ebendieser Leute beschleunigte die politische Rechtsdrift in Polen.

Eine ähnliche Erfahrung, wenngleich auf wesentlich geringerem Niveau, machte ein immer größerer Teil der *classes populaires*.[9] Es sind vor allen die *working poor*, die über Zeitarbeitsfirmen in den Montagehallen der in den Sonderwirtschaftszonen ansässigen Konzerne oder in Hypermärkten und im Dienstleistungsbereich beschäftigt werden. Die Bedingungen, die der neue polnische Kapitalismus den *classes populaires* aufzwingt, rauben ihnen die Chance, sich auf Grundlage der Produktionsverhältnisse und der Erfahrung von Klassenkampf und Klassensolidarität zu politisieren. Die aus ihren angestammten Arbeitsplätzen herausgedrängten prekär Beschäftigten tendieren dazu, ihrem Bedürfnis nach Politisierung auf der Grundlage von Identität sowie vermittels eines Krieges der Kulturen und ethnischer Loyalität zu nachzugehen. Dies ist die politische Ökonomie des Nationalismus und der Ausländerfeindlichkeit, die in einem Teil der subalternen Klassen herrscht.

7 Vgl. http://analizy.mpips.gov.pl/images/stories/publ_i_raporty/DS2013/Raport_glowny_Diagnoza_Spoleczna_2013.pdf.

8 www.newsweek.pl/polska/klasa-srednia-zarobki-praca-klasy-sredniej-w-polsce-newsweek-pl,artykuly,281370,1.html.

9 Zur Situation der unteren Mittelklasse in den letzten zehn Jahren passen die Überlegungen von Andrzej Stawar, eines radikalen linken Denkers der 1930er-Jahre, der über den Niedergang des Kleinbürgertums im Zuge der damaligen Krise schrieb: »Es fällt auf das Niveau des Lumpenproletariats zurück, wobei es alle Illusionen beibehält, sozial etwas ›Besseres‹ darzustellen als ein gewöhnlicher Arbeiter« (Andrzej Stawar: O bonapartyzmie i faszyzmie [1934], unter: http://lewicowo.pl/o-bonapartyzmie-i-faszyzmie/).

Die Unterordnung der Demokratie unter die Souveränität der Nation

Marx hat im »Achtzehnten Brumaire« geschildert, wie die bürgerlichen Kräfte nach der Revolution von 1848 im französischen Parlament das auf den Barrikaden erkämpfte direkte allgemeine Wahlrecht aus Angst vor dem Proletariat wieder abschafften, was Louis Bonaparte als Vorwand nutzte, um einen Staatsstreich im Namen ihrer Wiedereinführung durchzuführen. Man könnte nun, Marx paraphrasierend, feststellen, dass die polnischen Neoliberalen die demokratischen Errungenschaften der Arbeiter so konsequent bekämpft haben, dass sie die national-konservativen Feinde der Demokratie zu ihren glaubwürdigen Verteidigern gemacht haben.[10] Und tatsächlich steht Demokratie im Zentrum des Projektes der PiS – aber nur in engster Verknüpfung mit der Kategorie Nation. Für die PiS ist Demokratie weder liberal, noch stellt sie eine Form der Selbstbestimmung des Volkes dar. Der Souverän der Demokratie ist die klassenlose, abstrakte Nation, bereinigt von unerwünschten und oppositionellen Gruppen und Minderheiten, die als Fremde und Verräter betrachtet werden.

Die Gleichsetzung der souveränen Nation mit dem eigenen Parteiapparat stärkt einen bestimmten Reduktionismus im Verständnis des demokratischen Prozesses. Die PiS fetischisiert Wahlvorgänge. Dabei darf der Bürger als Subjekt höchstens seinen Stimmzettel in die Wahlurne werfen, eine gesellschaftliche Kontrolle der Exekutive und die dafür nötigen institutionellen Instrumente lehnt die PiS ab. Daher sieht sie auch keinen Widerspruch darin, dass sie ständig von Demokratie redet und gleichzeitig den Bürgern die Möglichkeit nimmt, Demokratie praktisch auszuüben (Demonstrationsrecht, Referenden, inhaltliche Parlamentsdebatte oder unabhängige Gerichte).

Das Verständnis von Nation, mit dem die PiS operiert, blendet Klassenunterschiede genauso aus wie politische Differenzen und unterschiedliche Identitäten. Damit schafft sie die Grundlage für zwei Dinge: erstens für die Ineinssetzung

10 Vgl. Marx: Der achtzehnte Brumaire, S. 189ff.

der Nation mit einer einzigen politischen Kraft; zweitens können so alle Gruppen, die Interessen und Forderungen unter Bezugnahme auf Klasse, politische Zugehörigkeit oder Identität artikulieren, aus der nationalen Gemeinschaft ausgeschlossen bzw. ihnen die mit der Zugehörigkeit zur nationalen Gemeinschaft einhergehenden Rechte verweigert werden. Eine so definierte Nation ist ein praktisches Instrument zur politischen Pazifizierung der Gesellschaft. Je souveräner die Nation ist, desto weniger können ihre Mitglieder tatsächlich Subjekte sein. Statt der Universalität des Volks haben wir die Abstraktion der Nation, statt Gleichheit Hierarchie, statt Selbstbestimmung Loyalität, statt des Rechts auf zivilen Ungehorsam die Unterwerfung unter die Exekutive.

Eine solche Konstruktion der nationalen Souveränität trägt alle Züge der bonapartistischen Praxis, Politik als permanentes Plebiszit »für oder gegen« die Nation zu betreiben, wobei die Machthaber Letztere als ihr uneingeschränktes Eigentum betrachten. Dagegen sein können nur Verräter oder Fremde. Daher kommt auch die charakteristische Rhetorik, die Kritiker der Regierung ständig als fremde Agenten der Soros-Stiftung oder als hartnäckige Überreste des Kommunismus (zumeist beides gleichzeitig) zu diskreditieren versucht.

Sozialer Paternalismus

Hierin liegt auch der soziale Paternalismus der PiS und der ihn ergänzende Korporatismus begründet. Die sozialen Folgen der Widersprüche des Kapitalismus sollen abgemildert werden, aber nicht indem die arbeitenden Klassen gestärkt oder die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändert werden, sondern indem ein System von Sozialtransfers etabliert wird, das es erlaubt, die Armut zu senken, ohne dass die Kapitalinteressen berührt werden oder mehr Beschäftigung geschaffen wird. Das Ausmaß dieses Vorhabens ist imponierend und die Ergebnisse zweifellos positiv.

Gleichzeitig zeigen sich die widersprüchlichen Interessen in der Wirtschaftspolitik, einem der Vorzeigeprojekte der Regierung. Einerseits predigt die PiS, dass die kleinen und

mittleren polnischen Unternehmen gestärkt werden müssten, die nicht von den Infrastrukturinvestitionen unter der PO-Regierung profitiert haben und gegenwärtig die ökonomische Basis für den Aufbau einer nationalen Bourgeoisie bilden sollen. Dieses Projekt eines »nationalen Kapitalismus« der unteren Mittelklasse – mit seinem Paternalismus, mit informellen Arbeitsverhältnissen und mit der Verwurzelung in lokalen Gemeinschaften – prallt zusammen mit dem von Vizepremier Mateusz Morawiecki forcierten Konzept zur Verbesserung der Bedingungen für wirtschaftliche Innovationsfähigkeit und für den Aufbau von Großkapital in Polen. Entwicklung besteht für Morawiecki darin, mit üppigen Subventionen aus öffentlichen Mitteln ausländisches Kapital anzuziehen und billige Arbeitskraft zu exportieren. Diese Politik widerspricht nicht nur den Interessen der kleinen und mitleren Unternehmen, sondern auch denen der Beschäftigten und ihrer Organisationen. Die parallel eingeführten Sozialprogramme werden die Verluste der Arbeiterinnen und Arbeiter, die sie durch Prekarisierung und verstärkte Ausbeutung erlitten haben, nicht kompensieren können.

Mit arbeiterfreundlicher Rhetorik und realen Maßnahmen zugunsten der Arbeiterinnen und Arbeiter (Senkung des Rentenalters, Erhöhung des Stundenlohns) gehen bereits erste Einschränkungen der Gewerkschaftsfreiheiten einher. Ziel ist eine große Gewerkschaft im Betrieb, die mit dem Arbeitgeber zusammenarbeitet und die vom Staat unterstützt wird.

Legitimierung durch Geschichtspolitik und kulturelle Gegenrevolution

Die von Jarosław Kaczyński angekündigte kulturelle Konterrevolution und die entsprechende Geschichtspolitik dienen der Herstellung einer nationalistisch-konservativen Hegemonie. Diese soll der Opposition jede ideologische und historische Legitimierung nehmen und sicherstellen, dass die PiS auch in den nächsten Legislaturperioden weiter regieren kann.

Staatliches Fernsehen und Rundfunk sind heute Lautsprecher einer vulgären Propaganda. Das Personal wurde Säube-

rungsaktionen unterzogen und die Nachrichtenprogramme wurden vollständig dem Narrativ der Regierungspartei unterworfen. Frauenfeindlichkeit, ausländerfeindliche Rhetorik, das Schüren von Ängsten vor Geflüchteten, das Totschweigen von regierungskritischen Protesten, Angriffe auf die Zivilgesellschaft und Manipulation von Daten gehören inzwischen zum festen Repertoire der vom Staat kontrollierten Medien. Gemeinsam mit der rechten Presse und Internetportalen kämpfen sie gegen Einflüsse des Westens und der Moderne, die als »linksversifft« *(lewactwo)* verstanden werden.

Die »Linksversifftheit« ist zum zentralen negativen Bezugspunkt der Rhetorik von Politikern und journalistischen Propagandisten der PiS geworden. Sie umfasst im Grunde alles, was sich im politischen Spektrum links von der PiS verortet. Zur Zielscheibe gerieten so der Feminismus und Diskurse sexueller Minderheiten, die als Gender-Ideologie bezeichnet werden, die Ideale des Multikulturalismus, die mit Islamisierung gleichgesetzt werden, Ökologen, die des Terrorismus bezichtigt werden, Nichtregierungsorganisationen, die des Verrats an der Nation beschuldigt werden, und schließlich auch Vegetarier und Fahrradfahrer, die nach Auffassung von Außenminister Witold Waszczykowski eine Gefahr für Polen und die westliche Zivilisation darstellen. Dem als fremdländisch stigmatisierten Lifestyle der Großstadtjugend werden das Lob des Provinzlebens, die Ästhetik religiöser Feste, Fußballspiele und patriotische Kleidung gegenübergestellt. Das Verteidigungsministerium richtet in jedem Landkreis Militärklassen ein, in denen Schülerinnen und Schüler Uniformen tragen. Sie ergänzen die auf Befehl von Verteidigungsminister Antoni Macierewicz aufgestellten Einheiten zur Territorialverteidigung, die unmittelbar dem Minister unterstellt sind: eine Art Parteiarmee der PiS.

Diese neuen Leitbilder werden von systematischen Maßnahmen zur Gleichschaltung[11] der öffentlichen Kulturinstitutionen begleitet. 2016 strich das Kulturministerium allen

11 Deutsch im polnischen Original. (Anm. d. Übers.)

Museen, Galerien und Zentren zeitgenössischer Kunst die Subventionen, legte damit ihre Arbeit lahm und startete gleichzeitig eine Offensive gegen die öffentlichen Theater. Innerhalb von zwei Jahren verschwanden die wichtigsten Zentren eines kritischen Theaters (Wrocław, Bydgoszcz, Kraków, Kalisz) in Polen. Zeitgleich vergab das Ministerium für Kultur enorme Mittel für den Bau eines Tempels der Göttlichen Vorsehung und subventionierte das antisemitische Radio Maryja, eine mit ihr verbundene Hochschule sowie rechtsextreme Zeitschriften und Internetportale.

Die wichtigste Front der kulturellen Gegenrevolution bildet für Kaczyński jedoch nach wie vor die Geschichtspolitik. Sie baut auf einem Netzwerk von Institutionen auf, die während der ersten PiS-Regierung 2005 bis 2007 geschaffen und später von den PO-Regierungen gestärkt wurden. Dazu gehört das IPN, das über ein Netzwerk von regionalen Abteilungen im gesamten Land verfügt, ein nationalkonservatives Vergangenheitsbild verbreitet und zugleich die polnische Version des Faschismus relativiert. Dies gilt nicht nur für die faschistischen Gruppen der 1930er- und 1940er-Jahre – Nationale Partei, ONR-Falanga, Nationale Streitkräfte (NSZ) – sondern auch für die derzeit aktiven wie die Allpolnische Jugend (MW), die Nationale Bewegung (RN) oder das Nationalradikale Lager (ONR).

Ein anderes erinnerungspolitisches Schlachtfeld bildet die sogenannte Dekommunisierung, das heißt die Säuberung des historischen Bewusstseins und des öffentlichen Raums von jeglichen linksdemokratischen Traditionen. Aus den Schulbüchern und von den Straßenschildern im ganzen Land werden Informationen und Symbole getilgt, die einen Bezug zur Arbeiterbewegung, zu Bauernbewegungen oder zu antifaschistischen Kämpfen haben oder die progressive Inhalte der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen im 19. Jahrhundert enthalten.

Ein weiteres Phänomen sind die Marginalisierung und der Ausschluss der Erfahrungen von Minderheiten aus der Geschichte Polens – ein gar nicht so leichtes Unterfangen,

wenn man bedenkt, dass 1939 ein Drittel der Bevölkerung Polens Minderheiten angehörte. Dies betrifft die Geschichte der belorussischen, ukrainischen, deutschen, aber vor allem der jüdischen Minderheit. Der jüdische Teil der Geschichte Polens wurde auf eine rein jüdische Geschichte reduziert und im Museum der Geschichte der Polnischen Juden (POLIN) eingesperrt. Infolge dieser ethnischen Separierung in der historischen Erinnerung hören das Warschauer Getto, der dortige Widerstand und Aufstand, ja der Holocaust selbst auf, polnische Angelegenheiten zu sein. Die Folgen einer solchen Herangehensweise werden in der Aussage des Leiters der Polnischen Touristeninformation deutlich, Auschwitz sei nicht Teil der polnischen Geschichte und Besuche dieses Ortes sollten nicht durch die Polnische Touristeninformation beworben werden.

Positive historische Leitbilder der PiS sind der Warschauer Aufstand 1944 und der antikommunistische Untergrund nach dem Zweiten Weltkrieg, deren Überhöhung dazu dient, die Rolle der friedlichen Opposition in der Volksrepublik und Ereignisse wie den Oktober 1956 oder den März 1968 herunterzuspielen. Neben dem Loblied auf militärische Episoden wird das in den Jahren 1926 bis 1939 in Polen herrschende autoritäre Sanacja-Regime glorifiziert. Marx paraphrasierend, könnte man sagen, dass die nach dem Tod von Piłsudski zunehmend faschistische Sanacja-Diktatur eine historische Tragödie und ihre Parodie durch die PiS die dazugehörige Farce darstellt.

Wer könnte den polnischen Bonapartismus gefährden?

In Meinungsumfragen steht die PiS-Regierung gut da. Nach zwei Jahren voller Kontroversen, Konflikten und Kritik wird sie von etwa 37 Prozent derjenigen unterstützt, die an Wahlen teilnehmen wollen. Die soziale Basis des nationalkonservativen Projektes sind einerseits die Nutznießer der Sozialprogramme und andererseits diejenigen, die zufrieden sind mit der Schließung der Grenzen gegenüber Geflüchteten und den

»Manifestationen der Würde« auf der EU-Bühne, der Repolonisierung der Banken und der antilinken Rhetorik, der Verringerung des Einflusses deutscher Presseverlage und dem Recht zur Abholzung von Bäumen. Diese beiden Gruppen decken sich nicht unbedingt, und nur die Letztere stellt den harten Kern der PiS-Wählerschaft dar.

Die Antwort auf die Frage, wer die Nationalkonservativen besiegen kann, könnte eine genaue Analyse der Dynamik und des Charakters des Widerstandes gegenüber dieser Regierung liefern. Angesichts des Mangels an programmatischen und personellen Alternativen sowie der Marginalisierung der Opposition im Parlament kommt die Schlüsselrolle massenhaften Mobilisierungen auf der Straße zu, die im Herbst 2015 nach den ersten Angriffen der PiS auf das Verfassungsgericht begannen und Ende Juli 2017 mit den Massenprotesten gegen den Versuch, die Unabhängigkeit der Justiz abzuschaffen, ihren bisherigen Höhepunkt erreichten.

Ein Vergleich dieser beiden Demonstrationswellen ist aufschlussreich. Die erste brachte zwar nie dagewesene Menschenmengen auf die Straße und wurde von der parlamentarischen Opposition unterstützt, aber sie war vollkommen erfolglos. Die zweite, die zahlenmäßig noch größer war und viel mehr Städte einbezog, endete mit einem Teilerfolg, obwohl die parlamentarische Opposition keine wesentliche Rolle spielte. Bislang konnten Demonstrationen die Regierung zweimal stoppen. Neben der Auseinandersetzung um die Gerichte gelang es auch, die geplante Verschärfung des Abtreibungsverbots zu verhindern (mit dem sogenannten Schwarzen Protest im Oktober 2016). In beiden Fällen lag die Führung der Bewegung in den Händen der Jugend, insbesondere der Frauen, während die parlamentarische Opposition entweder nicht vorhanden war (Schwarzer Protest) oder in die zweite Reihe abgedrängt wurde (Proteste um die Gerichte). In beiden Fällen verortete sich der Diskurs der Proteste eindeutig links vom Diskurs der Opposition und den Demonstrationen, die das Komitee zur Verteidigung der Demokratie (KOD) organisiert hatte. Das macht Hoffnung, dass sich eine neue links-

progressive Kraft herausbilden könnte, die in der Lage ist, die rechte ideologische Hegemonie und die politische Omnipotenz der PiS zu brechen. Angesichts der Krise des Milieus um die alte SLD wächst die Bedeutung der Partia Razem (Partei Gemeinsam), die sich an die spanische Podemos anlehnt, eine konsequent antineoliberale Formation, die vor allem die jüngere Generation anzieht.

Gleichzeitig ist die reale Gefahr zu berücksichtigen, dass Kaczyński durch eine noch radikalere Rechte gestürzt werden könnte. Die PiS spaltet geschickt die politische Szene und die öffentliche Meinung, um anschließend die Spaltungen für sich zu nutzen. Die Strategen der Partei beziehen sich dabei direkt auf die Theorien von Carl Schmitt und versuchen beständig, einen Feind zu konstruieren, um der Politik den Anschein eines Kampfes ums Ganze zu geben. Die dabei auftretenden Probleme versucht die Clique um Kaczyński durch immer neue Initiativen zu verdecken, mit denen neue Konflikte angeheizt werden sollen. Die PiS laviert gekonnt zwischen der Bürgerplattform und Kukiz 15, einer rechten »Anti-System«-Partei des ehemaligen Rocksängers Paweł Kukiz, auf deren Liste eine Gruppe faschistischer Abgeordneter ins Parlament eingezogen ist. Dabei präsentiert sie sich als Kraft, die den Neoliberalismus ablehnt und zugleich die unberechenbare »Systemfeindlichkeit« bremst. Eine solche Praxis ist riskant, insbesondere dann, wenn sie versucht, die Aktivitäten der extremen Rechten für die eigenen Zwecke zu nutzen. Die PiS, insbesondere ihr Innenminister Mariusz Błaszczak, macht so faschistische Gruppen salonfähig und relativiert ganz offen rassistische Gewalt, die seit 2014 um 300 Prozent zugenommen hat.[12] Die kleinen, aber aggressiven Gruppen Nationalradikales Lager (ONR) und Allpolnische Jugend (MW) veranstalten Märsche auf Warschaus Straßen, bei denen sie unter den Augen der Polizei straflos Passanten angreifen können. Auf der anderen Seite präsentiert sich die PiS als Kraft, die in der Lage ist, die ONR und MW zu kontrollieren, um sich

12 https://oko.press/2016-byly-o-przestepstwa-nienawisci-niz-2015-razy-wiecej-niz-2014/.

auf diese Weise bei dem Teil der rechten Wählerschaft beliebt zu machen, der die Exzesse der faschistischen Schlägertrupps abstoßend findet. Eine derartige Parodie der von Leo Trotzki und Andrzej Stawar beschriebenen bonapartistischen Strategie des »Lavierens« setzt Dynamiken in Gang, die die PiS selbst unter sich begraben und dafür sorgen könnten, dass einem faschistischen Regime der Weg gebahnt wird.[13]

Aus dem Polnischen übersetzt von Kamil Majchrzak und Jan Podróżny.

13 Vgl. Stawar: O bonapartyzmie i faszyzmie; Leo Trotzki: Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus [1935], unter: www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1935/02/arbstaat.htm.

Felix Jaitner

Die Entstehung des Kapitalismus und das »Regime der Ruhe«

Bonapartismus in Russland von Jelzin bis Putin

Die gesellschaftlichen Massenproteste der Jahre 2011/12 und der andauernde Konflikt in der Ukraine bedeuten eine Zäsur für die russische Gesellschaft. Während zu Beginn der Ära Putin die Staatsmacht darum bemüht war, die Macht der Exekutive auszubauen, forcieren seit einigen Jahren sogenannte national-konservative Kräfte eine »biopolitische Wende«.[1] Ein gesetzliches Verbot homosexueller Propaganda oder Kampagnen gegen Migration stehen für eine Verschärfung autoritärer Herrschaft in Russland, die sich zunehmend von humanistischen und aufklärerischen Werten sowie internationalen Menschenrechtsstandards abgrenzt.

Dabei ist Russland kein Sonderfall. Im Lichte der Wahlsiege nationalistischer Parteien, wie in Ungarn und Polen, und Präsidentschaftskandidaten, wie in der Türkei oder in den USA, werden Versuche unternommen, diese Entwicklung analytisch zu bestimmen. Einen theoretisch produktiven Zugang ermöglicht die Bonapartismuskonzeption von Karl Marx. In seiner Schrift »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte« rekonstruierte er die Ereignisse der Februarrevolution 1848 in Frankreich bis zum Staatsstreich Louis Bonapartes im Dezember 1851. Marx entwickelte eine »Dialektik von Revolution und Konterrevolution« und schilderte das Umschlagen eines revolutionären Prozesses in autoritäre Herrschaft.[2] Er sah den Grund für die »Revolution von oben« in einem strukturellen Widerspruch zwischen Demokratie und Kapitalismus, der bereits im »Normalzustand« existiert und immer wieder Krisen erzeugt. Laut Hauke Brunkhorst ist

1 Andrey Makarychev/Sergei Medvedev: Biopolitics and Power in Putin's Russia, in: Problems of Post-Communism 62/2015, S. 45–54.

2 Hauke Brunkhorst: Kommentar, in: Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Frankfurt a.M. 2007, S. 133–329, hier 190.

bonapartistische Herrschaft – und hier liegt die zeitgenössische Relevanz des Konzepts – »eine genuin moderne Form politischer Herrschaft. Der autoritäre Staat ist nicht weniger modern als die parlamentarische Demokratie.«[3] Neben den Ursachen für die Entstehung autoritärer Regime fragte Marx ebenso nach den Grundlagen ihrer Herrschaft, wie Nationalismus und charismatische Führer. Darüber hinaus weist er dem Staat eine zentrale Funktion sowohl bei der Etablierung als auch bei der Stabilisierung eines bonapartistischen Regimes zu.

In der russischen Diskussion haben Il'ja Matweew und Andrej Meduschewskij versucht, das Bonapartismuskonzept für die Analyse der Herrschafts- und Machtverhältnisse fruchtbar zu machen.[4] Beide beschreiben die Putin-Ära als bonapartistisch, die sich durch einen autoritären Staatsumbau und die Personalisierung politischer Herrschaft auszeichne, vernachlässigen jedoch einen zentralen Aspekt des Konzeptes: Marx sieht eine wichtige Funktion bonapartistischer Herrschaft in der Etablierung von Klassenherrschaft. Daran anknüpfend vertrete ich die These, dass die autoritäre Wende zum Bonapartismus in Russland nicht erst unter Putin, sondern bereits in den frühen 1990er-Jahren einsetzte, weil die entstehende russische Bourgeoisie nicht in der Lage war, ein gesellschaftlich hegemoniales Projekt durchzusetzen, das die Einführung des Kapitalismus und die Etablierung neuer Klassenverhältnisse abgesichert hätte. Die bonapartistische Wende war eine Reaktion der neuen herrschenden Klasse in Russland auf die vielfältigen Transformationsprozesse in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur in den 1990er-Jahren. Dabei gelang die autoritäre Stabilisierung der Klassenherrschaft jedoch nur temporär und schuf ständig neue Instabilitäten, denn es mangelte an institutionalisierten Arenen, die Aushandlungs-

3 Ebd., S. 140.

4 Ilya Matveev: Stability's end. The Political Economy of Russia's Intersecting Crises Since 2009, in: Felix Jaitner/Tina Olteanu/Tobias Spöri (Hrsg.): Post-Soviet Crises, Milton Park/Abingdon (im Erscheinen); Andrej Meduschewskij: Bonapartistskaja model' wlasti dlja Rossii?, in: Westnik Ewropy, 2001, unter: http://magazines.russ.ru/vestnik/2001/1/medush.html.

prozesse um Hegemonie ermöglichen. Auf neue Krisen und Widersprüche reagierte die Staatsmacht deshalb weniger mit gradueller Anpassung als mit einer Verschärfung autoritärer Herrschaft.

Um die Entwicklungen in Russland und das Bonapartismuskonzept in Debatten um einen zunehmend »autoritären Kapitalismus« zu verorten,[5] unterscheide ich drei Phasen bonapartistischer Herrschaft in Russland, die nachfolgend dargestellt werden. Zunächst werde ich die bonapartistische Wende in den Jahren 1992/93 (Phase 1) analysieren, den Konflikt zwischen der Regierung Jelzin und dem Parlament (Oberster Sowjet). Durch die »Revolution von oben« kam der in der Perestroika angestoßene und durch soziale Bewegungen getragene Demokratieprozess zum Ende. Die erste Ära Putin (2000–2008) symbolisiert eine Konsolidierung der Klassenherrschaft in Russland (Phase 2). Die Vollendung bonapartistischer Herrschaft findet in der Durchsetzung der Autonomie des Staates, der Zentralisierung politischer Macht in der Exekutive und den Staatsapparaten sowie der partiellen Einbindung subalterner Klassenfraktionen ihren Ausdruck. Der Ausbruch der Wirtschaftskrise 2008 bildete den Auftakt für neue Konflikte um das russische Entwicklungsmodell (Phase 3). Der zu beobachtende ideologische Rechtsruck scheint der Versuch zu sein, die gesellschaftliche Massenbasis des bonapartistischen Regimes zu erweitern.

Der Kampf um die Hegemonie im Transformationsprozess (1992/93)

Der Blick auf Osteuropa und den postsowjetischen Raum ermöglicht eine Analyse der neoliberalen Transformation des Kapitalismus aus der Perspektive derjenigen Peripherie, die bis 1990 nicht kapitalistisch, sondern staatssozialistisch geprägt war. Im Gegensatz zu anderen Weltregionen vollzog sich dort die Transformation nicht nur in einem deutlich kürzeren Zeitraum, sondern erfasste alle gesellschaftlichen

5 Frank Deppe: Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand, Hamburg 2013.

Teilbereiche und veränderte somit die vormals staatssozialistischen Gesellschaften wesentlich radikaler.[6]

Der Begriff Staatssozialismus verweist auf die zentrale Rolle staatlicher Institutionen (Regierung, Staatsbürokratie, Repressionsorgane) und der Kommunistischen Partei für die Reproduktion und Ordnung dieser Gesellschaftsformationen.[7] Damit einher gehen spezifische Klassenverhältnisse. Anders als in kapitalistischen Gesellschaften erfolgt soziale Differenzierung im Staatssozialismus weniger über Privateigentum, sondern über die Stellung im gesellschaftlichen System. Die herrschende Klasse (Mitglieder des Politbüros und Zentralkomitees der KPdSU) besaß das Monopol auf alle zentralen Ressourcen des Staates und der Gesellschaft. Eine wichtige Vermittlerrolle zwischen herrschender Klasse und Subalternen fiel der Dienstklasse zu.[8] Diese rekrutierte sich überwiegend aus der Staats- und Parteibürokratie sowie aus den Reihen der Industriedirektoren. Ruslan Dzarasow zufolge entwickelte sich die Staatsbürokratie nicht zur neuen herrschenden Klasse, da sie weder die Produktionsmittel besaß noch ihr Einkommen auf Privateigentum beruhte. Vielmehr verwaltete sie im Auftrag der herrschenden Klasse das Staatseigentum.[9] Michael Brie und Dieter Segert erklären die zentrale Bedeutung der Dienstklasse im Staatssozialismus aus ihrer Funktion, die Durchsetzung der Arbeitsdisziplin, die Erfüllung der Fünfjahrespläne und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu garantieren. Zudem war sie »mit der Führung durch gemeinsame ideologische Bindungen sowie durch ihren Karrierismus verbunden«.[10] Auch Ruslan Dzara-

6 Vgl. Claus Offe: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, in: Merkur 4/1991, S. 279–292.

7 Vgl. Dieter Segert: Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert, Wien 2013, S. 53ff.

8 Michael Brie: Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich. Alternative Herrschaftsstrategien und divergente Typen, in: Helmut Wiesenthal (Hrsg.): Vergleichbare Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands, Frankfurt a.M./New York 1996, S. 42ff.

9 Ruslan Dzarasov: The Conundrum of Russian Capitalism, London 2014, S. 48–50.

10 Segert: Transformationen in Osteuropa, S. 80, vgl. auch Brie: Staatssozialistische Länder, S. 42–44.

sow sieht die Legitimation der Dienstklasse in der Existenz der UdSSR begründet. Deshalb konnte die Bürokratie ihre Stellung nur durch den Fortbestand der Sowjetunion erhalten, was ihre bourgeoisen Ansprüche im Zaum hielt.[11]

Die Industriearbeiterschaft genoss in der Sowjetunion – obwohl sie kaum politische Rechte besaß – relativ ausgeprägte soziale Rechte, vergleichsweise hohe Löhne und subventionierte soziale Leistungen (Bildung, Gesundheit). Andere soziale Gruppen, zum Beispiel Angestellte, stagnierten dagegen in ihrer sozialen Entwicklung, was die Unzufriedenheit unter der Intelligenz und der Dienstklasse erhöhte. Mitte der 1980er-Jahre verdiente ein junger Arbeiter mit zwei bis drei Jahren Arbeitserfahrung mehr als ein beginnender Assistenzprofessor.[12] Die beiden Gruppen – Arbeiterschaft und Angestellte – waren von den Entscheidungsprozessen weitgehend ausgeschlossen und verfügten über keine autonomen Organisationsressourcen.[13]

Im Zuge der Wirtschaftskrise der späten 1980er-Jahre und der Wirtschaftsreformen wuchs das Interesse der Top-Nomenklatura und der Dienstklasse am Übergang zum Kapitalismus. Aufgrund ihrer privilegierten Position hofften sie, Einfluss auf den Privatisierungsprozess ausüben und die Kontrolle über die Betriebe übernehmen zu können.[14] Gemeinsam mit einer Gruppe neoliberaler Ökonomen, den »Reformern« und den urbanen Mittelschichten bildeten sie die gesellschaftlichen Schichten, auf die sich die Jelzin-Administration stützte.

Die als »Schocktherapie« bekannt gewordene Wirtschaftspolitik orientierte sich an den Vorgaben des vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und von der Weltbank propagierten Wirtschaftsprogramms (Washington Consensus) und umfasste die Privatisierung staatlichen Eigentums, die Aufgabe der staatlichen Preiskontrollen, die Liberalisierung

11 Dzarasov: The Conundrum of Russian Capitalism, S. 48–50.

12 Ebd., S. 56f.

13 Vgl. Brie: Staatssozialistische Länder, S. 42ff.

14 Felix Jaitner: Die Einführung des Kapitalismus in Russland, Hamburg 2014, S. 31–59.

des Außenhandels und die Förderung eines privaten Finanzsektors.[15] Der radikale Bruch mit der Planwirtschaft hatte tief greifende Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung Russlands. Die Administration unter Präsident Boris Jelzin gab die industrielle Entwicklungsstrategie der Sowjetunion auf.[16] Seit den frühen 1990er-Jahren sind die Säulen der Wirtschaft die Rohstofferschließung und -verarbeitung (Erdöl, Erdgas, Aluminium, Metallurgie, Energie) sowie der Finanzsektor. Die radikale Neuausrichtung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen Russlands nach Westen und die Herausbildung eines extraktiven Entwicklungsmodells sind Ausdruck einer peripheren Weltmarktintegration. Das gesamte Ausmaß des ökonomischen Niedergangs verdeutlicht der Ökonom Joseph Stiglitz, dem zufolge die volkswirtschaftlichen Verluste Russlands gemessen am Bruttoinlandsprodukt in den 1990er-Jahren sogar noch größer waren als während des Zweiten Weltkrieges.[17]

Die Periode vom Frühjahr 1992 bis zum Herbst 1993 beschreibt die Politikwissenschaftlerin Margareta Mommsen als eine »Phase der Doppelherrschaft von Parlament und Exekutive«.[18] Die in der Perestroika erkämpften weitreichenden Verfassungsreformen schufen ein antagonistisches Prinzip, eine Verfassung mit »zwei Köpfen«, mit einem vom Volk gewählten Parlament und einem vom Volk gewählten Präsidenten.[19] Die parlamentarische Opposition bildete ein heterogenes Bündnis aus Kommunisten, Nationalisten und Rechtsradikalen sowie Vertretern (Direktoren und Arbeiter) relevanter Wirtschaftssektoren (Landwirtschaft, militärisch-industrieller Komplex und Maschinenbau). Bei Letzteren

15 Ebd., S. 60–77.

16 Vgl. Ruslan Grinberg u.a.: Industrial restructuring and economic reforms in Russia, INDEUNIS Papers, Russian Academy of Science, Moskau 2006.

17 Joseph Stiglitz: Der Schatten der Globalisierung, Berlin 2002, S. 170.

18 Margareta Mommsen: Russlands politisches System des »Superpräsidentialismus«, in: Hans-Hermann Höhmann/Hans-Henning Schröder (Hrsg.): Russland unter neuer Führung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts, Münster 2001, S. 44–54, hier 54.

19 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke [MEW], Berlin 1956ff., Bd. 8, S. 111–207, hier 127.

handelte es sich um die Vertreter des sowjetischen Entwicklungsmodells, die im Falle eines beschleunigten Übergangs zum Kapitalismus negative Auswirkungen für die von ihnen repräsentierten wirtschaftlichen Sektoren und damit auch für ihre eigene gesellschaftliche Stellung befürchteten. Der entscheidende Konflikt verlief entlang der Frage, wie und in welchem Tempo kapitalistische Wirtschaftsreformen fortgesetzt werden sollten. Der Parlamentssprecher und Oppositionsführer Ruslan Hasbulatov erinnert sich: »Es ging [...] bei dem Streit um zwei Modelle der Wirtschaftsreformen. Das Parlament war unter meinem starken Einfluss für sanfte Reformen, der Markt sollte eine soziale Orientierung bekommen.«[20]

Am 21. September 1993 eskalierte der Konflikt. Jelzin beendete die »zerstörerische Doppelherrschaft« und »legitimierte Anarchie«,[21] indem er das Parlament per Dekret auflöste und ein Verfassungsreferendum ankündigte. Das Parlament erkannte diesen Vorgang nicht an. Durch den Obersten Gerichtshof bestätigt, entzog es Jelzin alle Vollmachten. Als am 3. Oktober Anhänger der Opposition den Fernsehturm Ostankino in Moskau stürmten, ordnete Jelzin einen Tag später den Angriff auf das Parlament an, das sich kurze Zeit später ergab.

Jelzins »Revolution von oben«

Die Jelzin-Administration nutzte ihren Sieg zu einem umfangreichen Umbau des politischen Systems. Zwar wurde die Verfassung per Plebiszit angenommen (57 % Zustimmung), doch beteiligten sich an der Abstimmung nur knapp über die Hälfte der Wahlberechtigten (54,4 %). Der krisenhafte Transformationsprozess führte zu einer gesellschaftlichen Polarisierung und politischen Marginalisierung der subalternen Klassen. Einerseits schwächte der wirtschaftliche Niedergang, insbesondere in den produzierenden Branchen, die Verhandlungsposition der Arbeiterschaft, andererseits ging die Jelzin-Ad-

20 Zit. nach: Ulrich Heyden/Ute Weinmann: Opposition gegen das System Putin. Herrschaft und Widerstand im modernen Russland, Zürich 2009, S. 47.

21 Boris Jel'zin: Sapiski presidenta, Moskau 1994, S. 14.

ministration mit aller Härte gegen Protestbewegungen vor.[22] Der erste Tschetschenien-Krieg (1994–1996) verdeutlichte die Brutalisierung der russischen Politik. Dies förderte das Aufkommen rechter Bewegungen, was am Wahlerfolg der nationalistischen Liberal-Demokratischen Partei Russlands (LDPR) bei den Parlamentswahlen 1993 abzulesen war.

Die neue Verfassung schuf ein autoritäres Präsidialregime. In der Außen- und Sicherheitspolitik liegt die Entscheidungskompetenz seitdem ausschließlich beim Präsidenten. Auch in der Innenpolitik erhielt der Präsident weitreichende Vollmachten: bei der Ernennung der Staatsanwaltschaft, des Zentralbankdirektoriums und der Besetzung des Verfassungsgerichts.[23] Kennzeichnend wurden die Etablierung von Parallelstrukturen und die Auslagerung von Entscheidungsprozessen in nicht legitimierte Gremien, die der parlamentarischen Kontrolle entzogen waren. Das betraf die Landesverteidigung (Verteidigungsrat im Sommer 1996), aber auch Steuerfragen und die Aushandlung des Budgetrechts. Aufgrund der hohen Auslandsverschuldung des russischen Staates in den 1990er-Jahren und dem damit einhergehenden wachsenden Einfluss internationaler Finanzorganisationen (Weltbank und IWF) auf die russische Regierung gelang es der Jelzin-Administration, das Parlament in dieser strategisch wichtigen Frage weitgehend zu umgehen. Darüber hinaus besitzt der Präsident das Recht, Dekrete zu erlassen, die Gesetzesrang haben. Besonders die zweite Privatisierungswelle in den Jahren 1995 bis 1997 konnte somit gegen den erklärten parlamentarischen Willen durchgesetzt werden.[24]

Der Politikwissenschaftler Jonathon Moses führt in seiner Analyse der Ereignisse des Oktobers 1993 den bonapartistischen Putsch Jelzins auf die dominante Stellung internatio-

22 Neben der Erstürmung des Parlaments wäre vor allem die Streikbewegung der Bergarbeiter 1998 zu nennen.

23 Jonathon Moses: The Eighteenth Brumaire of Boris Yeltsin, in: Security Dialogue 3/1994, S. 335–347, hier 338.

24 Vgl. Jaitner: Einführung des Kapitalismus, S. 110–112; Wadim Muchatschjow: Priwatisazija Rossii ili igra bes prawil. K diskussii o proschlom v preddweri k buduschtschego, Moskau 2013.

naler Kapitalgruppen in Russland zurück. Die massive Auslandsverschuldung des Landes habe die Regierung in eine Abhängigkeit getrieben, in der sie die Interessen internationaler Kapitalfraktionen über die des russischen Volkes und der demokratischen Bewegung gestellt habe.[25] Tatsächlich bediente das Vorgehen der Regierung aber auch die Interessen der sich herausbildenden einheimischen Kapitalfraktionen und des Staates. Das hängt damit zusammen, dass sich der Kapitalismus in Russland nicht aufgrund zunehmender ökonomischer Aktivitäten der Klassen in neuen Produktionsformen entwickelte, sondern durch den Transfer von Staats- in Privateigentum. Dadurch geriet der Staat »zu einem zentralen Kampffeld um ökonomische Positionen. Hieraus resultieren – zumindest zunächst – sehr enge Bindungen zwischen der neuen einheimischen Bourgeoisie und dem Staat.«[26] Der Staat wiederum förderte die Entstehung global konkurrenzfähiger nationaler Kapitalfraktionen. Daher bemühte sich die Regierung um die Anerkennung der Privatisierungsprozesse im westlichen Ausland, die Aufnahme in internationale Finanzorganisationen (IWF, Weltbank) und um eine Einladung zu den G7-Konsultationen.

Die Verschränkung von politischer und ökonomischer Macht ermöglichte privaten Kapitalgruppen einen relativ direkten Zugriff auf die Staatsapparate. Dies zeigte sich unter anderem in der Präsidentschaftswahl 1996, die Jelzin nur dank der umfangreichen Wahlkampfunterstützung der Oligarchen gewann.[27]

Putins »Regime der Ruhe« – Die Konsolidierung der Klassenherrschaft (2000–2008)

Die Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 1998 leitete einen Reorganisationsprozess der herrschenden Klasse ein, der bis

25 Vgl. Moses: The Eighteenth Brumaire of Boris Yeltsin.

26 Joachim Becker: Oligarchie – eine Form bürgerlicher Herrschaft. Das Beispiel osteuropäischer semi-peripherer Kapitalismus, in: Prokla 3/2015, S. 409–432, hier 427.

27 Vgl. David E. Hofmann: The Oligarchs. Wealth and Power in the New Russia, New York 2002.

in die Gegenwart die gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse in Russland strukturiert. In den 1990er-Jahren bestand eine wichtige Funktion des Staates darin, die ökonomischen Grundlagen bürgerlicher Herrschaft (Privateigentum) sowie die für eine Marktwirtschaft notwendigen institutionellen Rahmenbedingungen (Gesetze, Finanzmärkte usw.) zu schaffen. Dieser Prozess war um die Jahrtausendwende weitgehend abgeschlossen. Die krisenhafte Entwicklung in der Transformationsphase und die Abhängigkeit des Landes von den internationalen Finanzorganisationen[28] gefährdeten eine Konsolidierung der Herrschafts- und Besitzverhältnisse und die Expansionsbestrebungen der russischen Konzerne. Im Zuge des Staatsbankrotts 1998 setzte sich innerhalb der Elite zunehmend die Auffassung durch, dass für eine unabhängigere Politik gegenüber dem Ausland eine stabilere Form der Regulation notwendig sei. Diese neue Form des Interventionsstaates repräsentiert Wladimir Putin.

Ein wichtiger Schritt zur Konsolidierung der Klassenherrschaft in Russland bestand in der Durchsetzung der Autonomie des Staates sowohl gegen die unter Jelzin entstandenen Kapitalgruppen, die Oligarchen, als auch gegen die Eliten der nationalen Minderheiten. Durch die Gründung offizieller Unternehmerverbände und regelmäßiger Gesprächsforen erhielt das Verhältnis zwischen der Regierung, der Staatsbürokratie und der Wirtschaft einen institutionalisierten Rahmen. Im Gegenzug für die politische Entmachtung der Bourgeoisie legalisierte die Regierung die aus den Privatisierungsprozessen hervorgegangenen Eigentumsverhältnisse. Diese Entwicklung stieß bei den Oligarchen auf Widerstand, doch die Regierung machte durch das konsequente Vorgehen gegen die Oligarchen Boris Beresowskij, Mihail Chodorkowskij und Wladimir Gussinskij sowie durch die Zerschlagung ihrer Wirtschaftskonglomerate deutlich, dass solcher Widerstand nicht geduldet würde. Die Verstaatlichung des Yukos-Konzerns von Chodorkowskij ermöglichte der Regierung den Zugriff auf umfangreiche Ölres-

28 Zur Rolle internationaler Finanzorganisationen vgl. Aleksandra A. Shdanowskaja: Kuda wedut Rossiju MWF, Wsemirnyj Bank i WTO?, Moskau 2014.

sourcen und verschaffte dem Staat konstante Einnahmequellen, was seinen Handlungsspielraum beträchtlich erweiterte.

Im Gegensatz zu der Transformationsphase war die Putin-Administration darum bemüht, relevante Klassenfraktionen und Institutionen (Gewerkschaften, orthodoxe Kirche) in das »Regime der Ruhe« einzubinden. Durch hohe Wachstumsraten und erweiterte Konsummöglichkeiten gelang es, bei der Bevölkerung breite Zustimmung zu finden, ohne die Einkommensverhältnisse anzutasten. Bei Putins Amtsantritt im Jahr 2000 mussten 42,3 Millionen Russen (29 % der Gesamtbevölkerung) mit einem unter dem Existenzminimum liegenden Einkommen ihr Leben bestreiten. Diese Zahl hatte sich bis zum Jahr 2011 auf 18 Millionen Personen (12,7%) reduziert, bei einer gleichzeitigen Verdopplung des durchschnittlichen Realeinkommens gegenüber 1995.[29] Dadurch entstand eine städtische Mittelschicht als wichtige Stütze des »Regimes der Ruhe«. Gleichzeitig setzte die Regierung die neoliberale Wirtschaftspolitik fort. Obwohl die Kürzung von Sozialleistungen für Rentner (Gesetz zur »Monetarisierung von Vergünstigungen«) die erste landesweite Protestbewegung seit 1993 zur Folge hatte, erwies sich das Stabilitätsdogma der ersten Ära Putin als wirksame Antwort auf das Chaos der Transformationsphase. Die Politik der Regierung und vor allem Putin selbst wurden dadurch »alternativlos«.[30] Hin und wieder interveniert Putin sogar persönlich medienwirksam in soziale Konflikte zwischen einzelnen Oligarchen und den jeweiligen Belegschaften, um Lohnerhöhungen durchzusetzen oder Werksschließungen zu verhindern.

Ein weiterer Schritt zur Stabilisierung des politischen Prozesses war die Gründung der Partei Vereinigtes Russland. Anders als in den 1990er-Jahren existiert nun eine Partei der

29 Hans-Henning Schröder: Gesellschaftliche Perspektiven im Jahr 2013. Wandel der Sozialstruktur und Regimeakzeptanz, in: Russland-Analysen 222/2013, S. 2–5.

30 Ivan Krastev/Tatiana Zhurzhenko: Die Politik der Alternativlosigkeit oder: Wie Macht in Russland funktioniert. Ein Gespräch mit Gleb Pawlowski, 1.3.2012, unter: www.eurozine.com/die-politik-der-alternativlosigkeit-oder-wie-macht-in-russland-funktioniert/.

Ordnung als politische Plattform, um Interessen und Strategien unterschiedlicher Fraktionen des Blocks an der Macht auszuhandeln. Darüber hinaus wurden politische Autoritäten, oppositionelle Akteure, Vertreter nationaler Minderheiten und bedeutsame nationalistische Politiker kooptiert. Dies ermöglicht eine breite Absicherung des Elitenkonsenses auf regionaler Ebene. Die institutionalisierten Oppositionsparteien haben die Funktion, spezifische Politikbereiche abzudecken. Während die LDPR rechtspopulistische und nationalistische Strömungen bedient, kanalisiert die Kommunistische Partei (KPRF) soziale Forderungen und verbindet sie mit einem großrussischen Nationalismus. Als Konkurrenz zu den Kommunisten gründeten Polittechnologen des Kremls die Partei »Gerechte Sache«. Die Nominierung des Oligarchen Michail Prochorow während der letzten Präsidentschaftswahlen unterstreicht deren Nähe zur herrschenden Klasse. Die institutionalisierten Oppositionsparteien und Putins Omnipräsenz verstärken den Bedeutungsverlust der übrigen politischen Institutionen. Insbesondere die Funktion des Parlaments wird sinnentleert, da Widerspruch aus der Gesellschaft nur noch höchst eingeschränkt artikuliert wird.

Eine der ersten Amtshandlungen Putins als Ministerpräsident war die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen in Tschetschenien. Nach anfänglichen Erfolgen der russischen Armee gingen die tschetschenischen Separatisten zu einem Guerillakrieg über, der sich schrittweise auf die Nachbarrepubliken ausdehnte. Offiziell wurden die sogenannten Anti-Terror-Operationen im Jahr 2009 beendet. Doch bis heute gibt es regelmäßig Terroranschläge durch separatistische Gruppen und Säuberungsmaßnahmen durch die Kampfverbände des der Föderalregierung gegenüber loyalen Präsidenten Ramsan Kadyrow.[31]

Parallel dazu begann die Putin-Administration, die Kräfteverhältnisse auf föderaler Ebene zugunsten der Zentralregierung zu verschieben. Per Dekret schuf Putin im Jahr 2000

31 Vgl. International Crisis Group: Chechnya: The Inner Abroad, Europe Report Nr. 236, Brüssel 2015.

sieben Föderationskreise, die mehrere Föderationssubjekte zu einer größeren Einheit zusammenfassten.[32] Seit 2005 werden die Republikpräsidenten und Gouverneure nicht mehr von der Bevölkerung, sondern auf Vorschlag des Präsidenten vom regionalen Parlament gewählt.

Das »Regime der Ruhe« zeichnet sich durch eine fortschreitende Machtkonzentration in der Exekutive und den Staatsapparaten, die gewaltsame »Befriedung« des Separatismus und eine zunehmend nationalistische Rhetorik aus. Die Vollendung des Bonapartismus stieß in relevanten Bevölkerungsschichten auf Zustimmung, beispielsweise bei den städtischen Mittelschichten, aber insbesondere bei den Transformationsverlierern in der Provinz. Die Erfahrungen mit dem parlamentarischen System in den (frühen) 1990er-Jahren, die geprägt waren durch Instabilität und Verarmung, festigten bei Letzteren den Eindruck, dass Demokratie und kapitalistische Klassenherrschaft nicht kompatibel sind. Die Transformationsverlierer (Arbeiterschaft, Angestellte des Bildungs- und Gesundheitssektors) profitieren von der Stabilisierung gesellschaftlicher Verhältnisse und der Auszahlung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen, selbst wenn dies nur auf niedrigem Niveau geschieht. Zwar nahmen ab Mitte der 2000er-Jahre Proteste (v.a. gegen Bauvorhaben) und Arbeitskämpfe zu,[33] doch die durch sie erzielten besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen hatten auch einen stabilisierenden Effekt: Sie stellten die Belegschaften ruhig.

Nach dem alkoholkranken Jelzin, dessen öffentliche Auftritte das Chaos der Transformationsphase versinnbildlichten, wird viel Wert auf die mediale Inszenierung von Präsident Putin gelegt. Er und niemand sonst ist Garant der Ordnung. Ihm vertraut die Mehrheit der Bevölkerung, während die politische Klasse und das System als korrupt und verlogen wahrgenommen werden.

32 Die Russische Föderation besteht aus insgesamt 85 Föderationssubjekten. Diese gliedern sich in 22 Republiken, neun Regionen (Krai), 46 Gebiete (Oblast), drei Städte föderalen Ranges (Moskau, Sankt Petersburg und Sewastopol), ein Autonomes Gebiet und vier Autonome Kreise.

33 Vgl. Heyden/Weinmann: Opposition gegen das System Putin.

Der Bonapartismus in der Krise – Wie lange trägt der »Krim-Konsens«?

Die grundsätzlichen Widersprüche und Konfliktlinien der russischen Gesellschaft blieben jedoch bestehen. Seit den frühen 2000er-Jahren lässt sich eine fortschreitende Militarisierung der russischen Innenpolitik beobachten, die räumlich und sozial sehr unterschiedliche Formen annimmt. Der Kampf gegen den Terrorismus dient als Vehikel, Verfassungsrechte und politische Aktivitäten beliebig einzuschränken. Die Lage im Nordkaukasus verdeutlicht ein partielles Scheitern der Regulation in Russland. Trotzdem hat sich eine funktionierende und stabile Form peripherer Staatlichkeit herausgebildet, die die Umsetzung von Wirtschaftsprojekten und eine bestimmte Form der Akkumulation ermöglicht.[34] Darüber hinaus bleiben der persönliche Zugang zur Staatsmacht, insbesondere zum Präsidenten, sowie direkte Verhandlungen und Absprachen zentral. Tatsächlich wurde unter Putin das bonapartistische Präsidialsystem der 1990er-Jahre partiell institutionalisiert und weiterentwickelt.

Die strukturelle Schwäche der russischen Bourgeoisie erweist sich zunehmend als Hemmnis gesellschaftlicher Entwicklung. Unklare Besitzverhältnisse und die Abhängigkeit vom Staat fördern nach Ansicht Dzarasows Kapitalflucht und eine Orientierung auf kurzfristige Profitmaximierung. Notwendigen Investitionen in Forschung und Ausrüstung, einer dynamischen Lohnentwicklung und der Entwicklung des Binnenmarktes sind unter diesen Bedingungen enge Grenzen gesetzt.[35] Die soziale und räumliche Polarisierung im Land nimmt seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise 2008 weiter zu.[36] Die strukturschwachen Regionen (arktischer Norden, Sibirien) sind von einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosig-

34 Zur peripheren Staatlichkeit vgl. Wolfram Schaffar: Birma: gescheiterter Staat oder (neue) Form peripherer Staatlichkeit, in: Journal für Entwicklungspolitik 2/2008, S. 33–62.

35 Dzarasov: The Conundrum of Russian Capitalism.

36 Natalia Zubarevich: Crisis in the Regions: The Time Has Come to Pay for »Crimea Is Ours!«, in: Russian Politics & Law 4/2015, S. 45–56.

keit und Abwanderung geprägt.[37] Noch dramatischer ist die Situation im Nordkaukasus aufgrund der militärischen Eskalation.

Seit der Wirtschaftskrise gewinnen soziale Konflikte eine neue Dynamik. Die gesellschaftlichen Massenproteste der Jahre 2011/12 deuteten ein Ende des Stabilitätskonsenses an, da sie sich explizit gegen die Repräsentanten des »Regimes der Ruhe« (Putin, Vereinigtes Russland) richteten. Zwar lässt sich seitdem eine stärkere Politisierung der sozialen Frage durch außerparlamentarische Bewegungen beobachten (z.B. bei den Fernfahrerstreiks), doch spätestens seit dem Ukraine-Konflikt und der Eingliederung der Krim ist auch ein Rechtsruck der russischen Gesellschaft zu verzeichnen, der bis in die gesellschaftliche Linke hinein reicht. Das zeigt sich am zunehmenden Einfluss national-konservativer Kräfte, die eine autoritäre Gesellschaftsordnung als Gegenmodell zum westlichen Liberalismus propagieren. Durch die Stärkung der orthodoxen Kirche und traditioneller Werte sowie durch die Kritik an der US-amerikanischen Hegemonie soll Russland eine ideologische Alternative zum Westen bilden.[38] Dies verbindet die national-konservative Bewegung mit einem Re-Industrialisierungsprojekt zur Überwindung der Rohstoffabhängigkeit. Dieses schließt eine protektionistische Wirtschaftspolitik der Importsubstitution, die politische Kontrolle über die Notenbank und die Etablierung eines unabhängigen Zahlungssystems zwischen den BRICS-Staaten ein.[39] Den partiellen Bruch mit dem Neoliberalismus kann nach Meinung national-konservativer Kräfte nur ein autoritärer Entwicklungsstaat durchsetzen, der den Einfluss der Oligarchie begrenzt. Während die Oligarchie dem Neoliberalismus und den Interessen des Wes-

37 Anatoly Anokhin/Sergey Kuznetsov/Stanislav Lachininskii: A Spatial Study of Geo-Economic Risk Exposure of Russia's Arctic Mono-Towns with Commodity Export-Based Economy, in: Journal of Geography and Geology 1/2014, S. 38–45.

38 Vgl. Elena Chebankova: Contemporary Russian Conservatism, in: Post-Soviet Affairs, 2015, DOI: 10.1080/1060586X.2015.1019242, S. 12ff.; Marlene Laruelle: Beyond Anti-Westernism. The Kremlin's Narative about Russia's European Identity and Mission, Ponars Eurasia Policy Memo, Nr. 326, 2014.

39 Sergej Glasiew: Retsch' o neotloshnych merach po otrasheniju ugros suschtschestwowaniju Rossii, 2015, unter: www.business-gazeta.ru/article/140998.

tens verpflichtet sei, bedürfe es einer »nationalen Bourgeoisie«, deren direktes Interesse in der Entwicklung Russlands liegt.[40] Trotz der Verhaftung des dem liberalen Lager zuzuordnenden Wirtschaftsministers Aleksej Uljukaew ist ein Ausgang des Konfliktes um das russische Entwicklungsmodell noch nicht abzusehen. Dennoch zeichnen sich im »Krim-Konsens« bereits die Konturen modifizierter Herrschaftsverhältnisse ab. Am deutlichsten ist die Neuausrichtung der Außenpolitik zur Sicherung der imperialen Interessen Russlands, die mit einer schärferen nationalistischen, imperialen Rhetorik einhergeht. Vorläufig stärkt der »Krim-Konsens« die Position des Präsidenten. Als charismatischer Bonaparte steht Putin nicht nur für Stabilität in ökonomischen Krisenzeiten, er verkörpert auch die Rückkehr Russlands auf die Weltbühne.

Für Nicos Poulantzas ist der Bonapartismus neben dem Faschismus und der Militärdiktatur eine weitere Form des Ausnahmestaates,[41] eine jeweils typische kapitalistische Reaktion auf eine politische Krise und die Intensivierung der Klassenkämpfe. Diese Typen unterscheiden sich vor allem hinsichtlich der politischen Unterstützung durch die Bevölkerung. Der Faschismus zeichnet sich im Gegensatz zur Militärdiktatur durch eine genuine Massenbasis aus. Durch eine eigene Ideologie sowie Kanäle zur Massenmobilisierung (faschistische Massenpartei, Organisationen) verfügt der Faschismus über ein höheres Maß an Flexibilität und Stabilität als eine Militärdiktatur. Den Bonapartismus siedelt Poulantzas zwischen der Militärdiktatur und dem Faschismus an. Diesem Gedanken folgend, kann der ideologische Rechtsruck als eine Reaktion auf die einsetzenden gesellschaftlichen Konflikte angesehen werden. Dahinter könnte der Versuch stehen, die gesellschaftliche Massenbasis zu verbreitern, indem neue Klassenfraktionen (Arbeiter der zu modernisierenden Sektoren, national-konservative Intellektuelle und »nationale« Unternehmer) eingebunden werden.

40 Vgl. Chebankova: Contemporary Russian Conservatism, S. 4f.

41 Nicos Poulantzas: Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, München 1973, S. 322ff.

Fazit

Das Bonapartismuskonzept eignet sich, um gesellschaftliche Wendepunkte und Umbrüche zu analysieren, wenn Klassenverhältnisse instabil und umkämpft sind. In Russland ist die Etablierung bonapartistischer Herrschaft eine Reaktion auf die tief greifenden Krisen der neoliberalen Transformationsphase gewesen und steht damit beispielhaft für die Wende zum autoritären Kapitalismus. Die Erschütterung der bürgerlichen Ordnung schwächte die entstehende Bourgeoisie, der es nicht gelang, ein gesellschaftlich hegemoniales Projekt durchzusetzen. Dies begünstigte Maßnahmen zur autoritären Absicherung der Klassenherrschaft in Russland.

Die »Revolution von oben« kann jedoch nicht ausschließlich mit ökonomischen Krisenprozessen erklärt werden. Sie ist ebenso eine Strategie des Blocks an der Macht, gegen konkurrierende Gesellschaftsprojekte (notfalls gewaltsam) vorzugehen. Forderungen des Parlaments in den frühen 1990er-Jahren, einen sozial regulierten Kapitalismus in Russland zu etablieren, wurden durch den gewaltsamen Übergang zur bonapartistischen Herrschaft zurückgedrängt. Damit kam auch der in der Perestroika einsetzende Demokratisierungsprozess zum Erliegen, was demokratische Institutionen (Parlament, Gerichte) und Prozesse nachhaltig delegitimierte und schwächte. Indem das Bonapartismuskonzept einen strukturellen Widerspruch zwischen Demokratie und Kapitalismus, das heißt zwischen der formalen politischen Gleichheit und der gesellschaftlichen Ungleichheit, betont, lässt sich die Entstehung autoritärer Herrschaft in einem breiten gesellschaftlichen Kontext analysieren, der sowohl politische und ökonomische Krisenprozesse als auch konkrete Strategien gesellschaftlicher Klassen und Klassenfraktionen berücksichtigt. Hier zeigt sich die zeitgenössische Relevanz des Ansatzes. Als Erscheinungsform eines autoritären Kapitalismus ist der Bonapartismus eine moderne Form politischer Herrschaft.

Darüber hinaus kann man mit dem Bonapartismuskonzept gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse

analysieren, wenn das Kräftegleichgewicht zugunsten des Blocks an der Macht (autoritär) aufgelöst wurde. Insbesondere Poulantzas' Frage nach dem gesellschaftlichen Rückhalt eines Regimes und der Einbindung bestimmter Klassenfraktionen ermöglicht es, Konflikte innerhalb der herrschenden Klasse unter die Lupe zu nehmen. In Russland führt Putin die unter Jelzin eingeläutete bonapartistische Wende fort. Das bonapartistische »Regime der Ruhe« umfasst drei charakteristische Eigenschaften dieser Herrschaftsform: die Durchsetzung der Autonomie des Staates durch die Zentralisierung politischer Macht in der Exekutive und die Stärkung der staatlichen Gewaltapparate, die Hinwendung zum Nationalismus und das Versprechen wirtschaftlicher Stabilität. Der Wirtschaftsaufschwung der 2000er-Jahre und die Stabilisierung der sozialen Verhältnisse verschafften der Regierung Rückhalt bei den urbanen Mittelschichten und den sogenannten Transformationsverlierern (Industriearbeiterschaft, Ärzte, Lehrer, Staatsangestellte). Als vermeintlich überparteilicher »Vater der Nation« vertritt Putin – legitimiert durch Wahlen – die Interessen des Volkes.

Tatsächlich handelt es sich bei dieser Form der Regulation um eine höchst selektive Bearbeitung der gesellschaftlichen Widersprüche, die aus der Geschichte der Sowjetunion, ihrer Auflösung und dem Transformationsprozess herrühren. Es fehlt an institutionalisierten Arenen zur Lösung drängender gesellschaftlicher Probleme (soziale Ungleichheit, regionale Entwicklungsunterschiede, separatistische Bestrebungen), wodurch die strukturelle Schwäche der Bourgeoisie auf Dauer gestellt wird. Auch das national-konservative Modernisierungsprojekt verspricht keine Lösung der gesellschaftlichen Widersprüche Russlands. Zwar herrscht eine größere Sensibilität gegenüber der sozialen Frage, doch einer Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse steht die national-konservative Fraktion bestenfalls skeptisch gegenüber. Es ist dem »Regime der Ruhe« bisher relativ erfolgreich gelungen, eine erneute Eskalation

der Klassenkämpfe wie im Jahr 1993 zu verhindern, doch ist zu erwarten, dass die Herrschaftsverhältnisse in Russland auch in Zukunft dauerhaft instabil und umkämpft bleiben.

Axel Gehring

Eine Rückkehr des Bonapartismus in der Türkei?

Das AKP-Regime im Kontext der historischen Kräfteverhältnisse

Die Frage, ob der gegenwärtige Autoritarismus in der Türkei als Wiederkehr des Bonapartismus zu deuten ist, lässt sich nicht einfach beantworten. Karl Marx beschrieb in »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte« ja nicht einfach ein autoritäres Regime, sondern stellte dessen Entstehung und Entwicklung in den Kontext eines spezifischen Kräfteverhältnisses zwischen den Hauptklassen. Erst das fragile Patt zwischen diesen ließ die Bourgeoisie auf die liberal-parlamentarische Regierungsform verzichten, die ihren Interessen aus zahlreichen Gründen (z.B. Rechtssicherheit) ansonsten sehr entgegenkommt. Das Patt barg für sie die Gefahr, dass ihre Hauptkontrahentin, die Arbeiterklasse, doch noch siegen könnte.

Von einer solchen Situation ist die heutige Türkei weit entfernt. Wenn in der türkischen Geschichte von einem klassischen Patt á la 18. Brumaire gesprochen werden kann, dann in den Dekaden von 1960 bis 1980, als die Macht der herrschenden Klasse offensiv und politisch organisiert infrage gestellt wurde. Verbietet es sich deshalb, über eine Wiederkehr des Bonapartismus zu diskutieren? Nicht zwangsläufig, denn jenseits der Pattsituation übernehmen autoritär-populistische Regime, die in der türkischen Geschichte unter ganz unterschiedlichen Namen firmierten, zum Teil klassenpolitische Funktionen des Bonapartismus. Sie generieren Zustimmung zu den herrschenden Verhältnissen und sorgen zugleich dafür, dass die Anwendung von Zwang gegen all jene Unterstützung findet, die Widerspruch gegenüber den herrschenden Verhältnissen organisieren. Zwang ist in diesem Sinne dem Konsens nicht entgegengesetzt, sondern Teil desselben.

Eine zentrale Argumentationsfigur ist in diesem Zusammenhang der glaubhaft vorgetragene Anspruch der autoritär-populistischen Regierung, oppositionell zu sein. Was im ersten Moment paradox erscheint, ist möglich, weil im Kapitalismus politische und ökonomische Macht nicht in den Händen einer Gruppe konzentriert, sondern in zwei separaten, aber auf einander bezogenen Sphären angesiedelt sind. Wer als politische Partei die Interessen der ökonomisch Herrschenden vertritt und mit Teilen der ausdifferenzierten Staatsapparate über Kreuz liegt, kann für sich eine Oppositionsrolle reklamieren und dabei trotzdem als glaubwürdig empfunden werden. Und umgekehrt: Wer als Opposition versucht, die Staatsapparate zu erobern, um oppositionelle Politik zu machen, kann zum Establishment erklärt und von der autoritär-populistischen Regierung unter breiter Zustimmung der Bevölkerung verfolgt werden. Die Behauptung der eigenen kulturellen Authentizität, die die autoritär-populistische Regierung vom verwestlichten bürokratischen Establishment unterscheiden soll, untermauert dabei den Anspruch auf Legitimität und Regierungsmacht.

Die Militärputsche in der Türkei haben dieses Narrativ noch verstärkt: Als klassisch bonapartistische Eingriffe verleugneten sie ihre spezifische Klassenagenda und gaben vor, allein die Integrität und den Bestand von Staat und Nation zu verteidigen. Die sozialdemokratische Linke der 1960er- und 1970er-Jahre, die sich darauf konzentrierte, die Staatsapparate zu erobern und durch sie zu wirken, konnte so nach dem Putsch von 1980 als Teil eines staatlichen Establishments präsentiert werden. Und zwar ausgerechnet von jenen autoritär-populistischen Regierungen, die selbst die ökonomische Agenda der Junta weiterverfolgten – die Neoliberalisierung.

Die seit 2002 regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) war zunächst eine typische Vertreterin dieser in der Türkei strukturell hegemonialen Strömung und verstand es lange Zeit äußerst virtuos, sich als oppositionell darzustellen und zugleich die Interessen der ökonomisch Herrschenden zu artikulieren. Erst die Revolte, die im Frühsom-

mer 2013 unter dem Namen Gezi bekannt wurde, führte im Ausland dazu, die Regierungspraxis der AKP kritisch zu hinterfragen, die zuvor auch erheblichen Teilen der politischen Linken in Deutschland als Stimme der Unterdrückten gegolten hatte. Doch wurde dabei die althergebrachte Erzählung vom übermächtigen, über den Klassen stehenden Staat wirklich erschüttert?

Wer dies klären will, kommt nicht umhin, sich mit der türkischen Geschichte des späten 20. Jahrhunderts zu beschäftigen. Denn zum einen sind die autoritär-populistischen Regime der konservativ-liberalen Parteien eng mit der Geschichte der bonapartistischen Interventionen verschränkt gewesen. Zum anderen ist der Legitimationsdiskurs der AKP historisch angelegt. Die AKP hat schon früh behauptet, sie verkörpere einen historischen Bruch mit der autoritären türkischen Geschichte. Diese Selbstdarstellung hat sie später durch den beinahe revolutionär anmutenden Anspruch ergänzt, eine »neue Türkei« erschaffen zu wollen. Mit dieser historischen Erzählung gelingt es ihr, die Klassenkämpfe unsichtbar zu machen. Die gegenwärtigen Verhältnisse hinterfragen zu wollen bedeutet, diese Erzählung dekonstruieren zu müssen. Erst dann kann die Frage beantwortet werden, ob die Krise des autoritären Populismus in der Türkei das bonapartistische Moment zurück auf die Bühne bringt.

Umkämpftes Klassenpatt in den 1960er- und 1970er-Jahren

Mit dem Beginn des Kalten Krieges nach 1945 begann auch die ökonomische und politische Westintegration der Türkei. An die Stelle des wirtschaftlichen Etatismus trat nun ein ökonomischer Liberalismus und ein Mehrparteiensystem löste die Einparteienherrschaft der Republikanischen Volkspartei (CHP) ab. Die aus der CHP heraus gegründete Demokratische Partei (DP) organisierte zunächst erfolgreich die Interessen des neuen Bürgertums. Rasch bemächtigte sie sich der vorhandenen staatlichen Institutionen und nutzte die großen Spielräume, die die Verfassung der Mehrheitspartei gab. In

ihrem autoritär-populistischen Diskurs präsentierte sie sich als Repräsentantin des Volkes gegen bürokratische Bevormundung und propagierte den ökonomischen Liberalismus als Chance. Das funktionierte zunächst unter den Bedingungen eines allgemeinen wirtschaftlichen Wachstums, das aber bereits 1954 abflachte. Die DP verfing sich zusehends in gesellschaftlichen und ökonomischen Widersprüchen. Krisenbedingt hatten sich Unternehmenskonglomerate gebildet, die versuchten, als Mischkonzerne ihre einzelwirtschaftlichen Risiken breit zu streuen. Diese führenden Kapitalfraktionen verloren ihr Interesse an einem nur schwach regulierten Kapitalismus und wünschten sich, ebenso wie transatlantische Finanzinstitutionen, dass die kapitalistische Entwicklung als Korporatismus besser koordiniert würde. Die DP fürchtete, in einem korporatistischen Regime ihre autoritär-populistische Politik nicht fortführen zu können. Während sie sich von weiten Teilen der urbanen Mittelschichten entfremdet hatte, erhielt sie weiterhin Unterstützung vom Handelskapital, von den Großgrundbesitzern und Teilen der Landbevölkerung. Es entstand eine krisenhafte Pattsituation zwischen den gesellschaftlichen Blöcken.

Dieses Patt beendete ein Putsch im Jahr 1960, der den Weg für eine korporatistische Regulierung ebnete: Eine neue Verfassung führte die Gewaltenteilung ein und garantierte individuelle, politische, soziale und gewerkschaftliche Rechte. Indem gesellschaftliche Akteure (jenseits der sozialen Basis der DP) eine in der Verfassung verankerte Möglichkeit erhielten, sich zu organisieren, sollte mit dem autoritär-populistischen Herrschaftsmodus gebrochen werden, der ökonomisch in die Sackgasse geführt hatte. Die neue, relativ liberale Verfassung war also nicht »von unten« erkämpft worden. Vielmehr hatte die Angst des einen Flügels des Machtblocks vor dem anderen Flügel dazu geführt, die gesellschaftlichen Kräfte in umfassender Weise miteinzubeziehen.

Trotzdem bekamen die autoritär-populistischen Kräfte auch bei den Wahlen im neuen politischen System die größte Unterstützung und führten nunmehr in Gestalt der Gerech-

tigkeitspartei (AP) die meisten Regierungskoalitionen an. Infolge des Wachstums- und Konzentrationsprozesses in den 1960er-Jahren bildeten die Sabancı-, Eczacıbaşı-, Koç- sowie die 1961 als Pensionsfonds der Streitkräfte gegründete OYAK-Holding die mit Abstand wichtigsten Unternehmensgruppen innerhalb der führenden Kapitalfraktionen und behielten diese Rolle über Dekaden bei. In dieser Konstellation fand sich die AP mit dem neuen Korporatismus ab und interpretierte ihn möglichst liberal. So wurde sie in den 1960er-Jahren zur organischen Vertreterin der Interessen der führenden Kapitalfraktionen, band jedoch auch erhebliche Teile der Landbevölkerung populistisch ein.

Zur Herausforderung für die AP entwickelten sich die lohnabhängig Beschäftigten, die im Zuge des rasanten Urbanisierungs- und Industrialisierungsprozesses in den großen privaten und staatlichen Betrieben Forderungen stellten, denen die etablierten Gewerkschaften nicht nachkommen wollten. Eine neue kämpferische Gewerkschaftsbewegung wuchs heran und neue linke Parteien übten erheblichen Einfluss auf bestehende Organisationen aus. Während einige Teile der politischen Linken sich eigenständig organisierten, entdeckten andere Teile der politischen und gerade auch der gewerkschaftlichen Linken sowie der Frauenbewegung die CHP als Plattform für ihre Politik.[1] Wenn auch umkämpft und nicht überall goutiert, setzte bei der CHP ein Prozess der Sozialdemokratisierung ein. Die CHP wollte nun das korporatistische Wirtschaftsregime als Hebel für eine Umverteilung zwischen den Klassen nutzen. Der konservativ-wirtschaftsliberalen AP stand damit ein heterogenes, aber artikulationsmächtiges Lager aufseiten der politischen Linken gegenüber.

Der soziale Wandel brachte aber auch aufseiten der politischen Rechten neue Parteien hervor. Sie unterminierten die Einheit des Machtblocks, indem sie den politischen Diskurs der AP übernahmen und sich ebenfalls als Vertreterinnen einer kulturell authentischen Peripherie gegen Bürokratie,

1 Feroz Ahmad: The Turkish Experiment in Democracy 1950–1975, London 1977.

Sozialismus und säkulare Eliten präsentierten, allerdings in radikalisierter Form und mit protektionistischer und antiwestlicher Programmatik. In ihrer Agenda reagierten sie damit auf den Verdrängungswettbewerb, der durch die zunehmende industriekapitalistische Entwicklung in Gang gesetzt worden war und zahlreiche Formen von Gewerbe und Industrie in ihrer Existenz bedrohte. Die Rechte formierte sich als organische Vertreterin der kleineren und mittleren Kapitalfraktionen Anatoliens in zwei Flügeln: in einem nationalistischen (MHP) und in einem islamistischen (MNP/MSP). Die autoritär-populistische AP bekam zunehmend Schwierigkeiten, stabile parlamentarische Mehrheiten zu organisieren.

Jenseits der AP zerfiel der Machtblock in Lager mit sehr unterschiedlichen Strategien: Während die radikale bis sozialdemokratische Linke außerparlamentarisch und parlamentarisch den bisherigen Modus der Einkommensverteilung zwischen den Klassen infrage stellte, machte die neue politische Rechte Front gegen die räumliche Dimension der Einkommensunterschiede und forderte eine stärkere Berücksichtigung unterlegener Kapitalfraktionen in den Subventionsschemata der korporatistischen Entwicklungspläne. Diese Spaltung des Machtblocks verband sich zu Beginn der 1970er-Jahre mit einer Krise des ökonomischen Entwicklungsmodells: Der regierenden AP fehlten die finanziellen Mittel und die politischen Partner, um die korporatistischen Strukturen zur Modernisierung der türkischen Industrie im Sinne der führenden Kapitalfraktionen nutzen zu können, die auf eine Zusammenarbeit der wichtigsten bürgerlichen Kräfte drängten. Zudem befand sich die politische Linke in der Offensive – zum Teil mit radikalen Streiks und militanten Aktionen.

Das fortgesetzte Patt brach der türkische Generalstab mit einem bonapartistischen Eingriff auf: Am 12. März 1971 verlangte er von der AP-Regierung, die »Anarchie« zu beenden, und zwang sie, mit dem konservativen Flügel der CHP eine »technokratische« Regierung zu bilden. So konnte die Spaltung des Machtblocks temporär überbrückt und die Agenda des sozialdemokratischen CHP-Flügels in einem als Partei

der Ordnung fungierenden Kabinett an den Rand gedrängt werden.[2] Das »technokratische« Kabinett setzte bis 1973 eine Reihe von Verfassungsänderungen durch, die die »Integrität des Staates«, vulgo die Exekutive, stärkten. Aber die Intervention des Militärs hatte die Spaltung des Machtblocks nicht überwunden und das Patt zwischen den Klassen nicht beendet. Und die militante Polarisierung zwischen den politischen Lagern strebte ihrem Höhepunkt erst entgegen. Während sich die wirtschaftliche Krise in der Türkei zusehends verschärfte, verlangten die internationalen Kreditgeber weitere Schritte der Türkei in Richtung wirtschaftlicher Liberalisierung als Voraussetzung für neue Kredite. Die Mehrheit des Machtblocks, allen voran die großen Unternehmenskonglomerate und die AP, sah sich nun gezwungen, eine neoliberale Wende vorzunehmen, und legte zu Beginn des Jahres 1980 ein entsprechendes Reformprogramm auf.

12. September 1980 – Bonapartistische Zerschlagung der Klassenmacht

Die Hegemonie der alten entwicklungsstaatlich geprägten Formation in der Türkei befand sich am Vorabend des Putsches von 1980 in einer organischen Krise: Das korporatistische Entwicklungsmodell war im tendenziell konservativen Machtblock immer umkämpft gewesen und erfüllte nicht mehr die Wünsche und Bedürfnisse weiter Teile der Bevölkerung. Aber das Projekt radikaler neoliberaler Transformation stieß bei ihnen ebenfalls auf beharrlichen Widerstand. Auch durch den allgemeinen gesellschaftlichen Unfrieden schien eine Wiederherstellung der bürgerlichen Hegemonie – das heißt einer mehr oder minder stabilen Klassenherrschaft – innerhalb des repräsentativ-parlamentarischen Systems unmöglich. In dieser Situation kam es am 12. September 1980 zum repressivsten und gewaltförmigsten Putsch in der Geschichte der Türkei. Als bonapartistischer Eingriff kam der Putsch nicht aus einer Sphäre jenseits der Gesellschaft, son-

2 Vgl. ebd., S. 292, 300ff.

dern stellte die letzte Verteidigungslinie der herrschenden Klassen gegen einen Volksaufstand dar und scharte alle Teile der Gesellschaft, die keinen Bürgerkrieg wollten, als Partei der Ordnung auf seine Seite.[3]

Während das Militär durch und nach dem Putsch mit dem Neoliberalisierungsprojekt eine klassenpolitische Agenda verfolgte, wurde diese zugleich von einer Erzählung überdeckt, die ein staatsverherrlichendes Charisma transportiert: Ausführliche Referenzen auf den kemalistischen Gründungsmythos und die Bedeutung des »unteilbaren Staates« für das gesellschaftliche Leben fanden sich sowohl in den Deklarationen der Junta als auch in der Verfassung von 1983, die den restriktiven Rahmen für die Rückkehr zur parlamentarischen Ordnung bildete. Dabei wurde der kemalistische Mythos deutlich nationalistischer und religiöser interpretiert als in den beiden Dekaden vor 1980. Und der daraus resultierende türkisch-kurdische Bürgerkrieg verstärkte jene Reibungen, die sich schon im Laufe der 1970er-Jahre zwischen der türkischen und kurdischen Linken angedeutet hatten.

Zugleich galten Staat und Ökonomie im sich nach 1980 konstituierenden liberalen Diskurs als zwei getrennte Sphären: Die ökonomische Agenda des Putsches wurde unsichtbar und der Putsch an sich erschien als eine Aktion des kemalistischen Staates zur Rettung seiner selbst. Das hatte weitreichende hegemoniepolitische Implikationen: Obgleich die Junta die konservative-liberale Agenda umsetzte und den korporatistischen Entwicklungsstaat der 1960er- und 1970er-Jahre abwickelte, wurde der Putsch rasch als ausschließliches Werk eines kemalistischen Establishments interpretiert und ging als ein solches in die Geschichte ein. Für die türkische Sozialdemokratie, die vor 1980 ihre Agenda vor allem über die CHP als politische Plattform in den Staatsapparaten hatte umsetzen wollen, war das ein einziges Desaster, von dem sie sich nie wieder erholen sollte: Denn der Staat und damit der Putsch wurden wesentlich mit ihr assoziiert.

3 Vgl. Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke [MEW], Berlin 1956ff., Bd. 8, S. 111–207, hier 135.

Gewerkschaften und linke Politikformen wurden mit dem Putsch zerschlagen. Gleichzeitig machte ein neuer Diskurs die Klassenkämpfe der vorangegangenen beiden Jahrzehnte unsichtbar, koppelte die staatliche Herrschaft von Klassenfragen ab und bereitete so den Boden für einen Konsens über die neoliberale Transformation. Ein über den Klassen stehender »starker Staat« in den Händen eines »säkularen Establishments« sei demnach das Grundproblem der türkischen Gesellschaft und der Markt der Antipode zum autoritären Staat.[4]

Währenddessen gingen nach 1980 die Wiederherstellung und gleichzeitige Transformation der bürgerlichen Hegemonie mit tiefen Veränderungen in der sozialen Struktur der Türkei einher: Die Kommodifizierung sämtlicher gesellschaftlichen Sphären gewann an Fahrt und die Urbanisierung dauerte an. Das produzierte aber nicht nur Widersprüche und Konflikte. Während insbesondere Produktionsarbeiter unter sinkenden Löhnen litten, generierte die Legalisierung informeller Quartiere *(gecekondu)* Wohneigentum und auch Renteneinkünfte unter beträchtlichen Gruppen von Subalternen. Sie stellten eine wichtige soziale Basis jener autoritär-populistischen Parteien dar, die das Erbe der AP antraten.

Bonapartismus nach 1980?

Der Putsch beendete die Konstellation des Klassenpatts, das den Hintergrund der bonapartistischen Interventionen der 1960er- und 1970er-Jahre gebildet hatte. Die politisch organisierte subalterne Klassenmacht hat sich bis heute nicht davon erholt. So fehlt eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung eines Patts zwischen den Hauptklassen. Allerdings können Fraktionen unterschiedlicher Hauptklassen sich auf politischer Ebene zu klassenübergreifenden Bündnissen zusammenschließen. Ein Patt oder zumindest eine Handlungsblockade kann also ebenso gut zwischen solchen

4 Vgl. Galip Yalman: Tarihsel bir perspekltiften Türkiye'de devlet ve burjuvazi: Rölativist bir paradigma mı hegemonya stratejisi mi? Hegemonya projeleri devletçilik, kalkinmacılık ve piyasa, in: Praksis 5/2002.

Bündnissen auftreten. Konkurrierende Bündnisse zwischen verschiedenen Teilen der herrschenden und jeweils unterschiedlichen Teilen der subalternen Klassen sind eher die Regel als die Ausnahme.

Die konservativ-liberale Mutterlandspartei (ANAP) prägte die 1980er-Jahre in politischer Hinsicht und beerbte die AP ideologisch wie personell. Die wichtigsten Ziele des Putsches schienen erreicht worden zu sein: Stopp der linken Offensive, Beendigung des Klassenpatts und der Spaltung des Machtblocks, erfolgreiche Einleitung der neoliberalen Transformation, Etablierung einer konstitutionellen Ordnung, die diese Entwicklung absicherte. Doch Ende der 1980er-Jahre zeigten sich ökonomische Stagnationstendenzen und der politische Islam kehrte (zunächst auf lokaler Ebene, aber erstmals wirkmächtig in Großstädten) zurück auf die politische Bühne. Eine weitere konservativ-liberale Partei, die Partei des Rechten Weges (DYP), etablierte sich in Konkurrenz zur ANAP. Auch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung wurden wieder aktiv, wenngleich weit von ihrer alten Stärke entfernt. Der Versuch des herrschenden Blocks, mit populistischen Politiken seine politische Macht zu sichern, verstärkte die Krisentendenzen des schwach regulierten türkischen Neoliberalismus. Defizite wuchsen und Finanzkrisen wurden zu einem regelmäßigen Phänomen kurzlebiger Wirtschaftszyklen.[5] Die Antwort der führenden Kapitalfraktionen und der ANAP lautete Reregulation des türkischen Neoliberalismus durch eine stärker institutionalisierte Fiskaldisziplin und entpolitisierte Aufsichtsbehörden – nicht nur um des reinen Marktzugangs willen, sondern um die Beziehungen zur EU zu intensivieren. Eine Zollunion mit der EU sollte einen transnationalen Stabilitätsanker für die türkische Ökonomie schaffen.

Doch während dieses zentrale Projekt auf den Weg gebracht wurde, etablierte sich der politische Islam in Gestalt der Wohlfahrtspartei (RP) als relevante Kraft auf nationaler Ebene. Aufgrund der Schwäche des konservativ-liberalen Lagers

5 Vgl. Ilker Ataç: Ökonomische und politische Krisen in der Türkei, Münster 2013.

konnte die RP Anfang 1996 eine Koalitionsregierung mit der DYP anführen. Zu diesem Zeitpunkt war die Zollunion gerade etwas mehr als einen Monat in Kraft. Die Interessen ihrer sozialen Basis vertretend – lokal und national operierende kleine und mittlere Unternehmen, die sich dem Konkurrenzdruck mit europäischen Konzernen nicht gewachsen wähnten –, war die RP keine Verfechterin einer EU-Integration, sondern auf die engere ökonomische Kooperation mit islamischen Staaten ausgerichtet. Hier erhoffte sie sich Wettbewerbsvorteile. Erneut war der Machtblock damit bei einem zentralen klassenpolitischen Projekt gespalten. Als die RP-geführte Regierung erkennen ließ, dass sie eine außenpolitische und ökonomische Umorientierung favorisierte und damit als Gefahr für das EU-Projekt erschien, zwangen sie die Streitkräfte kaum ein Jahr nach ihrem Regierungsantritt zum Rücktritt – unterstützt von zentralen Akteuren des Machtblocks, wie den Unternehmensverbänden, der Justiz, den in der Konföderation der Türkischen Gewerkschaften (Türk-İş) organisierten Arbeitervertretungen und den parlamentarischen Oppositionsparteien. In dieser Aktion des Militärs zeigte sich erneut, dass Bonapartismus keinen klassenneutralen Charakter hat.

Der parteiförmige politische Islam zog aus dieser Entmachtung und weiteren Repressionserfahrungen infolge des Putsches die Lehre, selbst nicht mehr die Inhaber der sozialen Macht herauszufordern und so die eigene politische Existenz aufs Spiel zu setzen. Dies korrespondierte zugleich mit seit Jahren stattfindenden Veränderungen an seiner Klassenbasis, die sich zum Ende der 1990er-Jahre in die neoliberale Ordnung integriert hatte, zum Beispiel durch die Einbindung in flexibilisierte globale Produktionsketten oder durch eine lokale Partizipation am urbanen Neoliberalisierungsprozess.[6] Die Profite aus diesem Prozess wurden zum Teil in klientelistische Wohlfahrtsnetzwerke investiert und stärkten so das klassenübergreifende Bündnis, das die Partei(en) des politischen Islams organisierte(n). Zudem waren sie wichtige

6 Zülküf Aydın: The Political Economy in Turkey, London 2005, S. 211.

Patronagenetzwerke. Wer sich an ihnen beteiligte, wurde bei Ausschreibungen und Privatisierungen bevorzugt oder seltener aufsichtsrechtlich belangt.[7] Die Annäherung an die EU wurde in diesen Kontext nun auch als Schutzmechanismus vor Interventionen des Militärs begrüßt.

Die politische wie ökonomische Integration in die (neo-) liberale Ordnung ermöglichte die Fusion der wichtigsten Strömungen des politischen Islams mit dem liberal-konservativen (d.h. dem autoritär-populistischen) Parteienspektrum, das große Teile seiner Kader an die 2001 neu gegründete AKP verlor. Indem sich die AKP als *die* neue demokratische Kraft gegen »das« militärisch-bürokratische Establishment darstellte, konnte sie aktive Unterstützung bei linksliberalen Intellektuellen und auch in der gebildeten europäischen Öffentlichkeit gewinnen – obgleich sie politisch die Kontinuität zum strukturell hegemonialen konservativ-liberalen Spektrum verkörperte und sozioökonomisch die Agenda des Militärputsches von 1980 weiterverfolgte. Die Einheit des konservativ-liberalen Spektrums war also unter Einbeziehung von linksliberalen Intellektuellen und unter Führung des politischen Islams wiederhergestellt worden, während die ökonomische Hegemonie weiter bei den großen Unternehmenskonglomeraten lag und durch das AKP-Projekt gefestigt wurde.

Aufseiten der Linken war es derweil nicht gelungen, der Sozialdemokratie neues Leben einzuhauchen. Im Gegenteil, die sozialdemokratisch-kemalistischen Parteien hatten sich in den 1990er-Jahren aktiv an der neoliberalen Umstrukturierung des Staates beteiligt und waren in den Wahlen von 2002 dafür abgestraft worden. Deren Nachfolgerin, die wiederbelebte CHP, positionierte sich in Ermangelung einer sozialdemokratischen Vision kemalistisch-nationalistisch und interpretierte Säkularismus als eine ausschließende Ideologie etablierter urbaner Mittelschichten. Sie verstärkte damit

7 Ali Ekber Doğan/Yasin Durak: The Rise of the Islamic Bourgeoisie and the Socialisation of Neoliberalism: Behind the Sucess Story of Two Pious Cities, in: İsmet Akça/Ahmet Bekmen/Barış Alp Özden (Hrsg.): Turkey Reframed. Constituting Neoliberal Hegemony, London 2014, S. 219–233.

ungewollt die Artikulationsmacht der AKP-Regierung sowie islamistischer Netzwerke, die die Lücken sozialer Sicherung füllten und mit eigenen identitätspolitischen Ansätzen verschränkten, die nicht zuletzt den Klassencharakter der Gesellschaft negierten. Jene Teile der repressiven Staatsapparate, die unter Rekurs auf den kemalistischen Gründungsmythos die Putsche durchgeführt hatten, gerieten in dieser neuen Konstellation der 2000er-Jahre unter Druck: Ihre Staatsfixierung stand einer weiteren Implementierung und Vertiefung des türkischen Neoliberalismus in Gestalt des EU-Projektes entgegen. Und ihr Säkularismus fand bei den großen Konglomeraten vor diesem Hintergrund kaum Gehör. Die AKP konnte sie im Bündnis mit liberalen Intellektuellen und den EU-Institutionen schrittweise verdrängen. Der Versuch der türkischen Streitkräfte im Frühjahr 2007, durch ein Memorandum die Wahl des AKP-Politikers Abdullah Gül zum Präsidenten der Republik zu verhindern, scheiterte.

Die Kräfteverhältnisse hatten sich endgültig zugunsten der AKP verschoben. Es trat ein, wovor die kemalistische Opposition gewarnt hatte: Die AKP begann, die Staatsapparate komplett zu durchdringen, und ab 2008 kam es unter dem Vorwand, weitere Putschistennetzwerke aufzudecken, zu zahlreichen Festnahmen und Anklagen. Am bekanntesten wurde die Ergenekon-Kampagne. Sie richtete sich anfangs vorwiegend gegen nationalistische Offiziere, doch in der zweiten Welle wurden viele Personen aus dem gesellschaftlichen Spektrum angeklagt, das sich bis weit in die türkische und kurdische Linke hinein erstreckte. Bereits die zweite Klageschrift konstruierte Verbindungen des angeblichen Ergenekon-Netzwerkes zu militant linken Organisationen wie der kurdischen Arbeiterpartei PKK, der maoistischen MLKP und der Revolutionären Volksbefreiungsfront (DHKP-C). Diese offenkundig wiedersinnige Konstruktion zeigte den festen Willen der Regierung, ein Narrativ zu schaffen, das die Verfolgung von Opposition aus jedem Spektrum ermöglichte.

Führende liberale Intellektuelle in der Türkei sowie europäische Eliten betrachteten diese Repressionsschübe lange als

Teil eines Demokratisierungsprozesses, der gegen ein autoritär-kemalistisches Establishment gerichtet sei, und schauten über das Fehlen elementarer rechtsstaatlicher Standards hinweg. Liberale Zeitungen wie die *Taraf* unterstützten die Kampagne sogar aktiv, indem sie zweifelhafte Informationen lancierten.[8] Auch die führenden Kapitalfraktionen mitsamt den ihnen gehörenden privaten Medien, akzeptierten diese Kampagnen zur Stabilisierung der konservativ-liberalen Hegemonie – nun unter politischer Führung der AKP und unter ökokomischer Vorherrschaft der wichtigsten Unternehmenskonglomerate.

Mitte der 2000er-Jahre wurde der Prozess der europäischen Integration krisenhafter und die Regierungen wichtiger EU-Staaten wie Deutschland und Frankreich verloren ihr Interesse an einem Beitritt der Türkei. Auch die AKP-Regierung, die sich ihrer nationalistisch-kemalistischen Gegenspieler in den Staatsapparaten scheinbar entledigt hatte, versprach sich von einer vollständigen Erfüllung der EU-Beitrittskriterien keine weiteren Vorteile. Zugleich verschaffte das Auslaufen der Stand-by-Agreements mit dem IWF der AKP neue Spielräume, um den bestehenden und durch die Verträge mit der EU kodifizierten Neoliberalismus um populistisch-expansive Politiken zu ergänzen. Das stärkte die unmittelbar klientelistische Bindung breiter Teile der Bevölkerung, aber auch subordinierter Kapitalfraktionen an die Partei und vergrößerte zugleich deren exekutive Macht. Eine immer bedeutendere Rolle für die Stimulierung von Wachstum spielten staatliche Großprojekte, die nicht mehr nur eine »Synthese aus Islam und Kapitalismus« symbolisch zelebrierten, sondern offensiv auf vergangene osmanische Größe rekurrierten. Gleichzeitig hatten türkische Unternehmen vermehrt die arabischen Mittelmeerstaaten als Absatz- und Produktionsorte entdeckt. Die türkische Außenpolitik folgte ihnen auf dem Fuß und begann die Konzepte, die lange vorher von organischen Intellektuellen der islamistischen Bewegung entwickelt worden waren,

8 Aras Aladağ: Hegemonya Yeniden Kurkulurken Sol Liberalizm ve Taraf, Istanbul 2013.

zu realen Instrumenten türkischer Außenpolitik auszubauen. Außenpolitisch positionierte sich die Türkei als legitime, »kulturell authentische« Akteurin in der Region, innenpolitisch forcierte die Regierung islamistische Identitätspolitik.

Dies alles hat die EU lange ignoriert, obgleich oppositionelle Kräfte in der Türkei zum Teil verzweifelt versuchten, darauf aufmerksam zu machen. Jene Erzählung des liberalkonservativ-islamistischen Bündnisses, wonach ein über den Klassen stehendes säkular-bürokratisches Establishment das Hauptproblem der türkischen Gesellschaft sei, blieb in der Europäischen Union unhinterfragt gültig. Die neuere politisch-soziale Geschichte der Türkei als eine Kette bonapartistischer Interventionen zu verstehen, die aus konkreten Kräftekonstellationen entspringen, diese Auffassung konnte sich in westlichen Diskursen nicht durchsetzen – schon gar nicht eine Verortung der AKP-Regierung in der sozioökonomischen Kontinuität dieser Eingriffe.

Erst im Frühsommer 2013 brachte ein begrenzter und lokaler Widerstand gegen die Verwandlung des öffentlich zugänglichen Istanbuler Gezi-Parks in eine neoosmanisch ausstaffierte Shoppingmall die Wende. In dem Projekt verdichteten sich wichtige Parameter des politischen und ökonomischen Regimes symbolisch, was die rasche Ausweitung der Proteste zu einer über Wochen andauernden – beinahe landesweiten – populären Revolte erleichterte. Deren brutale Niederschlagung führte zu einem dramatischen Wandel in der internationalen Wahrnehmung der AKP-Politik.

Krise der AKP als Krise des Staates

Der politische und gesellschaftliche Eskalationsprozess seit Gezi vollzieht sich mit rasender Geschwindigkeit und muss an dieser Stelle nicht detailliert nachgezeichnet werden, um sich der Ausgangsfrage nach der Rückkehr des Bonapartismus in der Türkei zu nähern. Die Gezi-Revolte markierte den Beginn eines dramatischen und anhaltenden Verlusts der internationalen Reputation der Türkei und verschärfte in Teilen des Machtblocks bereits bestehende Spannungen, da nun Zwei-

fel über die langfristige Stabilität des Regimes aufkamen. Vor allem jene mit ausgeprägt prowestlicher Orientierung stiegen aus dem Bündnis aus, namentlich Teile der liberalen Inteligenzija und die islamistische Gülen-Bewegung. Beide Gruppen hatten sich zuvor daran beteiligt, den Diskurs der aus der islamistischen Milli-Görüş-Bewegung stammenden AKP in eine liberale Semantik zu übersetzen, die sowohl die führenden Kapitalfraktionen in der Türkei als auch westliche Akteure akzeptabel fanden. Darüber hinaus stellten sie aufgrund ihrer Jahrzehnte währenden Verankerung in staatlichen Institutionen wesentliche Teile des Personals in den Staatsapparaten. Letzteres war für die AKP (auch wegen der antiintellektualistischen Ausrichtung der anderen Strömungen des politischen Islams) nicht leicht zu ersetzen. Die Krise im Machtblock eskalierte so ab Ende 2013 zu einer Krise des Staates.

Zudem hatte die Gezi-Revolte eine Verbindung von kurdischen und türkischen Linken in Gestalt der HDP (Demokratische Partei der Völker) mit auf den Weg gebracht. Deren Einzug ins Parlament kostete die AKP ihre Regierungsmehrheit – gerade als diese aufgrund des Bruches mit den liberalen Intellektuellen und der Gülen-Bewegung an gesellschaftlicher Bündnis- und parlamentarischer Koalitionsfähigkeit verloren hatte. Um aus dieser Konstellation herauszukommen, entschied sich die AKP für die Wiederbelebung des türkisch-kurdischen Bürgerkrieges. Das brachte ihr wie gewünscht Zulauf aus dem nationalistischen Lager und ermöglichte ihr zugleich schärfere Repressionen gegenüber der HDP. Der Sieg der AKP bei den Parlamentswahlen im November 2015 stabilisierte die Lage indes nur kurzfristig; ein Putschversuch von versprengten kemalistischen Militärs und Teilen der Gülen-Bewegung am 15. Juli 2016 schlugen AKP-Milizen und islamistisch-nationalistische Kräfte im stark militarisierten Polizeiapparat rasch nieder. Politisch war jedoch entscheidend, dass die Putschisten kein konkretes Klassenprojekt repräsentierten und somit keine aktive gesellschaftliche Unterstützung erfuhren – insbesondere nicht von den führenden Klassenfraktionen. Die großen Unternehmenskonglomerate verfügten zwar über

enorme Medienmacht, setzten diese aber nicht zur Unterstützung des Putsches ein. Denn sie konnten trotz aller politischen Unsicherheiten der AKP zugutehalten, dass diese die bisherigen Parameter der ökonomischen Regulierung weiterhin akzeptierte. Der nach dem Putschversuch folgende Ausnahmezustand und das gefälschte Verfassungsreferendum vom April 2017 kodifizierten im Wesentlichen den dezisionistischen Ist-Zustand, in dem die Dekrete des Präsidenten von einer Überprüfung durch das Verfassungsgericht ausgenommen sind.

Rückkehr des Bonapartismus heute?

Das AKP-Projekt geriet zu einem Zeitpunkt in die Krise, als sich das Bündnis von Liberalen, Konservativen und Islamisten historisch durchgesetzt hatte. Es war nicht frei von inneren Widersprüchen und Konflikten, doch fehlte eine organisierte Macht, die das Bündnis hätte angreifen können. Eine solche Macht war auch die Gezi-Revolte nicht. Allerdings dekonstruierte sie in ihrer Spontaneität den autoritären Populismus des AKP-Regimes, das für sich reklamierte, die kulturell authentische Stimme der Subalternen gegen das Establishment zu sein.

Genau damit eröffnete sie die Möglichkeit, dass sich organisationsstarke Bewegungen wie die HDP formieren konnten, die die Kapazität haben, das Regime politisch und sozial herauszufordern und erneut eine Situation des Klassenpatts hervorzubringen. Die führenden Kapitalfraktionen bleiben – trotz ihrer Sorge um die langfristige politische Stabilität – passiv; sie fürchten, im Falle einer Rückkehr einer Pattsituation viel zu verlieren. Da sie sich seit Jahrzehnten an ihrer Spitze aus mehr oder minder den gleichen großen Unternehmenskonglomeraten zusammensetzen, reicht ihr historisches Gedächtnis weit zurück. Eine neuerliche linke Offensive, wie in den für sie traumatischen 1970er-Jahren, mag für sie gar das größere Übel darstellen.

Die AKP bedient sich derweil immer hemmungsloser einer antibürgerlichen Semantik, um ihre Methoden des offenen

Terrors zu rechtfertigen, der die Bildung jedweder gesellschaftlichen Alternative präventiv unterbinden soll. Alltäglich sind mittlerweile ausgedehnte Säuberungen geworden, deren Schwerpunkt sich längst von den weitgehend gleichgeschalteten staatlichen und parlamentarischen Institutionen auf die Partei selbst verlagert hat. Verschwörungstheoretische Deutungen zur Mobilisierung politischer Unterstützung erreichen zuweilen jenen Punkt, an dem der Bürgerkrieg im kurdischen Raum in der Semantik eines Religionskrieges geführt wird – gegen vermeintliche Häretiker. Für ihr erklärtes Ziel, eine »neue Türkei« zu schaffen, greift die AKP inzwischen tief in den Alltag der Bevölkerung ein und attackiert die für eine bürgerliche Gesellschaft konstitutive Trennung von Öffentlichem und Privatem. Mag in bonapartistischen Regimen das unpolitische Nichtaufbegehren des Einzelnen ausreichend sein, so wird in der Türkei längst die aktive persönliche Identifikation mit dem Regime eingefordert. Zudem betreibt die AKP mit ihren rund zehn Millionen Mitgliedern bewusst eine Strategie der Verdoppelung der Staatsmacht – zum Beispiel über ein wachsendes Netz bewaffneter Vorfeldorganisationen, die auch bei der Niederschlagung des Putschversuches eine wichtige Rolle spielten.

Es stellt sich daher in der Türkei eher die Frage nach einem fortschreitenden Faschisierungsprozess in Reaktion auf die Krise des autoritären Populismus als die Frage nach einer Rückkehr des Bonapartismus. Der politische Radikalisierungsprozess und die Agenda der Partei haben jedenfalls dazu geführt, dass die AKP weiter an hegemonialer Bindekraft verliert und sich ihre Krise fortwährend verschärft.

Frank Deppe

Nachwort: Bonapartismus reloaded?

Die in diesem Band versammelten Beiträge gruppieren sich um eine doppelte Fragestellung. Einerseits beziehen sich die Länderanalysen im Teil II auf den Aufschwung rechtspopulistischer Politik und Ideologie in Europa sowie in den USA. Der neue autoritäre Nationalismus (»America First«) ist mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sowie mit dem Abbau demokratischer Rechte und neuen autoritären Herrschaftsformen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft verbunden. Neue Kommunikationsformen über »neue Medien« sind zu eigenständigen Machtfaktoren geworden. Präsidialregime, die auf einen »Ausnahmezustand« reagieren (Trump, Putin, Erdoğan, Macron), sind weltweit auf dem Vormarsch. Innere Sicherheit rückt im Kampf gegen den Terrorismus und zur Abwehr von »Flüchtlingswellen« an die Spitze der politischen Agenda.

Auf der anderen Seite knüpfen diese Länderanalysen an die sogenannte Bonapartismustheorie an, die Karl Marx in seiner Schrift »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte« aus dem Jahr 1852 entwickelt hat.[1] Darin analysierte er die Niederlage der Revolution in Frankreich nach dem Februar des Jahres 1848. Nach dem Sturz der Monarchie und der Errichtung der Republik siegte schließlich die imperiale Diktatur des Louis Bonaparte. Der Neffe Napoleons, von 1848 bis 1850 Präsident der Republik, schaffte nach einem Staatsstreich im Dezember 1851[2]

1 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke [MEW], Berlin 1956ff., Bd. 8, S. 111–207; Seitenangaben in Klammern ohne weitere Angabe beziehen sich auf diese Ausgabe des Textes.

2 Am 18. Brumaire VIII des Französischen Revolutionskalenders (9. November 1799) fand in Frankreich ein Staatsstreich statt. Seine Folgen waren das Ende des Direktoriums und damit auch der Französischen Revolution. Napoleon Bonaparte wurde als Erster Konsul zum Alleinherrscher. 1804 krönte er sich zum Kaiser. Die Schrift von Marx beginnt mit den folgenden Sätzen: »Hegel bemerkte irgendwo, dass alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce« (115).

das allgemeine Männerwahlrecht ab und suspendierte so die Rolle des Parlaments als Legislative. Von 1852 bis 1870 regierte er als Kaiser Napoleon III. Sozialisten und Kommunisten wurden inhaftiert, auf die »Todesinseln« verbannt oder in die Emigration gezwungen. Seine zeitweilige Popularität beruhte auf außen- und innenpolitischen Erfolgen, die soziale Reformen ebenso einschlossen wie die Modernisierung der Metropole Paris (»Haussmann«).

Die Beiträge im Teil I konzentrieren sich auf die politik- und demokratietheoretische Bedeutung der Marx'schen Bonapartismustheorie und ihrer Rezeption im 20. Jahrhundert – vor allem angesichts der Krise der Demokratie und des Liberalismus sowie der Welle faschistischer und autoritärer Diktaturen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Das leitet zu der Frage über, ob und wie die Marx'sche Analyse für den Begriff der autoritären, antidemokratischen Tendenzen am Anfang des 21. Jahrhunderts – vor allem nach der »Großen Krise« des globalen Finanzmarktkapitalismus (2007/08) – fruchtbar gemacht werden kann.

I

Der Politikbegriff von Marx ist eng mit den Begriffen Klassen und Klassenkampf verbunden. Diese werden durch die Eigentums- und Produktionsverhältnisse determiniert. In der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ist die Politik ein eigenständiges Handlungsfeld. Die demokratische Verfassung schützt nicht allein die Menschenrechte und die individuellen Freiheiten und definiert dabei die Gewaltenteilung. Sie schafft darüber hinaus Institutionen und legt Verfahrensweisen fest, wie die Volkssouveränität durch Wahlen der Volksvertretung sowie die Rechte des Parlaments und der Regierung wahrgenommen werden. »Die Menschen machen ihre eigene Geschichte«, betont Marx am Anfang des »Achtzehnten Brumaire«, »aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen« (115). Die Formierung der Klasse »für sich« vollzieht sich im

»Machen von Geschichte« immer auch im politischen Raum – über die gewerkschaftliche und politische Organisierung der Klasse ebenso wie durch eine »Bewegung der Klasse, um ihre Interessen durchzusetzen in allgemeiner Form, in einer Form, die gesellschaftlich zwingende Kraft besitzt«.[3] Die Politik ist also nicht allein ein Phänomen des »Überbaus« und der Ideologie, sondern sie besitzt eine eigenständige Materialität.[4]

Die kapitalistische Produktionsweise selbst konstituiert einen Grundwiderspruch, der das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie von Anfang an bestimmt bzw. der das Terrain des politischen Kampfes um Demokratie »in letzter Instanz« determiniert. In der bürgerlichen Revolution soll die Volkssouveränität (mit einer Wahl einer Konstituante) verwirklicht werden. Die Erklärung der Menschenrechte postuliert die politische und rechtliche Gleichheit der Bürger und soll sie zugleich vor der Willkür des Staates schützen. Umstritten sind dabei von Anfang an der Umfang des allgemeinen Wahlrechtes sowie die Reichweite sozialer Reformen im Interesse der subalternen Volksklassen. Der Schutz des Privateigentums durch die Verfassung sichert zugleich die sozialökonomischen und politisch-kulturellen Machtasymmetrien zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel (und der daran gebundenen Geldvermögen) und den lohnabhängig Arbeitenden, den »doppelt freien Lohnarbeitern«, ab. Der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit sowie der daraus folgende Klassenkampf greifen immer auch auf das Feld der Politik sowie auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse über. Der Staat der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ist wesentlich auf die erfolgreiche Realisierung dieser Schutzfunktion gerichtet.

Die soziale Ungleichheit – bedingt durch die Eigentumsverhältnisse und reproduziert durch die Ausbeutung der Lohnarbeit im Prozess der kapitalistischen Produktion des

3 Karl Marx: Brief an Friedrich Bolte, 23.11.1871, MEW, Bd. 33, S. 327–333, hier 332f.

4 Frank Deppe: Politisches Denken im 20. Jahrhundert, Bd. 1, Hamburg 2016, S. 12ff.

Mehrwerts – steht also in einem fundamentalen Widerspruch zum Postulat der politischen Gleichheit und der Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz. Dieser Widerspruch konfiguriert sich in allen Entwicklungsperioden der bürgerlichen Gesellschaften seit dem 19. Jahrhundert immer wieder neu. Der Kampf um die Verfassung, die das Kräfteverhältnis der Klassen reguliert, rückte ins Zentrum. Im 20. Jahrhundert – mit den Massenparteien und Gewerkschaften der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Staaten – trat dabei die Ergänzung der politischen Freiheitsrechte durch soziale Grundrechte in den Vordergrund. Diese sollten der sozialen Ungleichheit sowie der gesellschaftlichen Macht der bürgerlichen Klasse entgegenwirken. Ab 1917 entstand mit der nichtkapitalistischen Entwicklung in der Sowjetunion (später mit den »sozialistischen Staaten«) ein globaler Systemwettbewerb zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

In der Schrift »Die Klassenkämpfe in Frankreich von 1848 bis 1850« hat Marx diesen Widerspruch zwischen demokratischer Politik und Klassengesellschaft als unaufgelöste Schwäche der französischen Verfassung vom November 1848 kritisiert, mit der die Republik, die Volkssouveränität, die Menschenrechte und die Gewaltenteilung verkündet wurden. Deren »umfassender Widerspruch [...] besteht darin: Die Klassen, deren gesellschaftliche Sklaverei sie verewigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, setzt sie durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht. Und der Klasse, deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktioniert, der Bourgeoisie, entzieht sie die politischen Garantien dieser Macht. Sie zwängt ihre politische Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen. Von den einen verlangt sie, dass sie von der politischen Emanzipation nicht zur sozialen fort-, von den anderen, dass sie von der sozialen Restauration nicht zur politischen zurückgehen.«[5]

5 Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850, MEW, Bd. 7, S. 9–108, hier 43.

Daraus erklärt sich schon, dass im 19. Jahrhundert nicht nur die Aristokraten, die Anhänger der Monarchie, sondern auch die liberale Bourgeoisie die Begriffe Demokratie und Sozialismus immer wieder als Synonyme verstand.[6] Die Kampagnen für das allgemeine Wahlrecht wurden wesentlich von der anwachsenden – sich als sozialistisch oder kommunistisch bezeichnenden – Arbeiterbewegung organisiert, die diese Frage stets mit Forderungen nach Koalitionsfreiheit und Begrenzung bzw. Aufhebung der bürgerlichen Eigentumsrechte verknüpfte. Im »Manifest der Kommunistischen Partei« schrieben Marx und Engels am Vorabend der 48er-Revolution: »Der erste Schritt der Arbeiterrevolution [ist] die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie.«[7]

II

Im »Achtzehnten Brumaire« (110f.) analysiert Marx die verschiedenen »Perioden« vom Februar 1848 (»allgemeiner Verbrüderungsschwindel«) bis zum Dezember 1851 (»Sieg Bonapartes. Imperialistische Restaurationsparodie«). Die Bedeutung der Schrift für die politische Theorie des Marxismus wird bis heute darin gesehen, dass Marx auf der einen Seite die Determinierung der politischen Entscheidungen durch die objektiven Bedingungen – die antagonistischen Produktions- und Klassenverhältnisse – immer wieder hervorhebt, aber auf der anderen Seite eine Betrachtung aufgibt, die von einer Entsprechung der verschiedenen Ebenen – Ökonomie, Klassenverhältnisse, Politik im Sinne einer strengen Determination ausgeht. Nur so gelingt es, die »Spezifik des Politischen zu denken«.[8] Marx behandelt verschiedene Klassen und Klassenfraktionen, die Bündnisse eingehen, Koalitionen bilden. Das Kleinbürgertum und die kleinen Parzellenbauern

6 Artur Rosenberg: Demokratie und Sozialismus. Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre [1937], Frankfurt a.M. 1962.

7 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW, Bd. 4, S. 459–493, hier 481.

8 Stuart Hall: Das »Politische« und das »Ökonomische« in der Marxschen Klassentheorie, in: ders., Ausgewählte Schriften, Hamburg/Berlin 1989, S. 11–55, hier 37.

spielen dabei eine besonders wichtige Rolle. Darüber hinaus berücksichtigt er Kräfte »auf der politischen Bühne, die nicht klassenmäßig eindeutig zuzuordnen sind: Armee, die Presse, Intellektuelle, Priester, die ländliche Bevölkerung«.[9] Schließlich wird – bei der Erklärung der Popularität von Louis Bonaparte – nicht nur die Rolle der napoleonischen Erinnerung an die Größe Frankreichs betont, sondern auch die Wirksamkeit einer klassenübergreifenden, nationalistischen Ideologie und Propaganda, die Bonaparte als den »patriarchalischen Wohltäter aller Klassen« der französieren Gesellschaft erscheinen lässt (206). Und nicht zuletzt erwähnt Marx die relative Selbstständigkeit der Staatsgewalt, der »Exekutivgewalt mit ihrer ungeheuren bürokratischen und militärischen Organisation« (196) für die Transformation der bürgerlichen Republik in die imperiale Diktatur von Napoleon III. Die Macht des Staates ist nicht allein die einer Klasse oder Klassenfraktion. In ihr verdichten sich die Interessen von verschiedenen Fraktionen und Staatsapparaten (Finanzen, Bildung/Wissenschaft, Justiz, Sicherheit) ebenso wie das Interesse des Staates an sich selbst, das heißt Garant der Sicherheit der bürgerlichen Ordnung zu sein.

Die Revolution ist Ausdruck sowohl der Krise des Ancien Regime als auch des Zerfalls des »revolutionären Blocks«, des Bündnisses zwischen der liberalen Bourgeoisie und den unteren Volksklassen *(classes populaires),* das den Erfolg der bürgerlichen Revolution garantiert hatte. Dieser Block war schon vor 1848 auseinandergebrochen – als Folge sowohl der (zwar noch langsamen) Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse als auch der Entstehung der Arbeiterklasse sowie des Frühsozialismus und Kommunismus, der die Emanzipation des Volks jenseits der Verhältnisse des Privateigentums propagierte. Im Februar 1848 war diese Forderung nach »sozialer Revolution« gegenwärtig, doch die »französische Arbeiterklasse« war – aufgrund des im Vergleich zu Großbritannien niedrigen Entwicklungsniveaus des Kapitalismus – »noch

9 Ebd., S. 38.

unfähig, ihre eigene Revolution durchzuführen«.[10] Sie wurde im Juni 1848 geschlagen und schied als eigenständige politische Kraft in den Auseinandersetzungen bis zum Staatsstreich des Louis Bonaparte aus. Gleichwohl blieb die »rote Gefahr« im Bewusstsein der handelnden Akteure auch nach dem Juni 1848 präsent.

Nun allerdings wurde immer deutlicher, dass Bourgeoisie und Kleinbürgertum kein eigenständiges, mehrheits- und hegemoniefähiges Projekt entwickeln konnten, das eine stabile Regierung im Rahmen der bürgerlichen Republik ermöglichen würde. Stattdessen verstärkten die Kämpfe zwischen den Fraktionen – von den Monarchisten, über die Finanzbourgeoisie, das Kleinbürgertum und die Bauernschaft – die politische Anarchie und bereiteten so den Weg für eine personale Diktatur. Diese konnte sich auf die staatliche Exekutivgewalt ebenso stützen wie auf eigene Schlägertrupps von sozial Deklassierten (»Dezemberbande«) und auf den Rückhalt auf dem Lande (bei den »Parzellenbauern«). Die Bourgeoisie gab dabei den Anspruch auf, ökonomisch *und* politisch herrschende Klasse zu sein. »Indem also die Bourgeoisie, was sie früher als ›liberal‹ gefeiert, jetzt als ›sozialistisch‹ verketzert, gesteht sie ein, dass ihr eigenes Interesse gebiete, sie der Gefahr des Selbstregierens zu überheben, dass, um die Ruhe im Lande herzustellen, vor allem das Bourgeois-Parlament zur Ruhe gebracht, um ihre gesellschaftliche Macht unversehrt zu erhalten, ihre politische Macht gebrochen werden müsse« (154). Seit 1848 besteht das Dilemma der liberalen Bourgeoisie darin, dass mit der Entwicklung des Kapitalismus auf der einen und der Herausforderung durch den Sozialismus auf der anderen Seite ihre Fähigkeit zur Führung im Verfassungsrahmen der Republik permanent infrage gestellt bleibt: Nach links muss sie sich zu Bündnissen mit dem sozialdemokratischen Kleinbürgertum öffnen, nach rechts muss sie sich dem Bonapartismus unterwerfen bzw. Koalitionen mit den Kräften der soge-

10 Marx: Die Klassenkämpfe, MEW, Bd. 7, S. 20.

nannten Ordnungspartei (landbesitzende Aristokratie und Finanzbourgeoisie) bilden.[11]

III

In der jüngsten Zeit vollziehen sich – in verschiedenen Staaten und Regionen – Veränderungen in den politischen Kräfte- und Machtverhältnissen, die den Bezug zur Bonapartismusanalyse von Marx zunächst einmal nahelegen. Die Anhänger von Marktwirtschaft und repräsentativer Demokratie feierten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Systeme des »realen Sozialismus« (1989–1991) noch eine neue Welle der weltweiten Demokratisierung.[12] Ein Jahrzehnt später vertrat der britische Soziologe Colin Crouch die These von der »Postdemokratie«: In den entwickelten demokratisch verfassten Staaten des Westens werde infolge der Schwäche und der Niederlagen der Arbeiterbewegung (Sozialdemokratie, Gewerkschaften) in Westeuropa sowie der neoliberalen Aufkündigung des fordistischen Klassenkompromisses ein Prozess der Entdemokratisierung eröffnet. Dieser beginne nicht mit einem politischen oder militärischen Staatsstreich, sondern zeichne sich durch ein wachsendes »Ungleichgewicht zwischen der Rolle der Interessen der Unternehmen und

11 In den »Gefängnisheften« ist Antonio Gramsci immer wieder auf die Geschichte des Risorgimento, also der Bewegung bis zur Gründung des italienischen Nationalstaates im Jahr 1866 zurückgekommen, um daraus die politische Instabilität sowie die Kräftekonstellationen der Klassen abzuleiten, die schließlich nach dem Ersten Weltkrieg den Sieg des Faschismus begünstigten. Die Bourgeoisie war in Italien aufgrund ihrer Schwäche nicht in der Lage, erstens eine »intellektuelle und moralische Reform« durchzuführen und zweitens eine Einheit des Landes – unter bürgerlicher Hegemonie – herzustellen. Piemont übernahm im Risorgimento die Funktion einer »führenden Klasse«, einer »Diktatur ohne Hegemonie«; vgl. Antonio Gramsci: Gefängnishefte, Hamburg 1991ff., Bd. 7, S. 1777ff. Daraus ergab sich die Tendenz zu einem »reaktionären Cäsarismus«, den Gramsci mit Napoleon III. und Bismarck, also mit dem »Bonapartismus« verbindet.

12 Vgl. Ursula J. van Beek/Edmund Wnuk-Lipinski (Hrsg.): Democracy Under Stress, Opladen 2012. Zur gleichen Zeit brach in Italien das Zweiparteiensystem zusammen, das seit 1945 die Christdemokraten an der Regierung und die Kommunisten in der Opposition gehalten hatte. Der Aufstieg von Silvio Berlusconi und seiner Partei Forza Italia kann als moderne Form des Bonapartismus gelten (siehe den Beitrag von Michele Nobile in diesem Band). Berlusconi war zwischen 1994 und 2011 vier Mal Ministerpräsident; einen Staatsstreich wagte er allerdings nicht.

denen aller übrigen Gruppen der Gesellschaft« aus. »Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind, [...] entwickeln sich politische Verfahren und Regierungen zunehmend in eine Richtung zurück, die typisch war für vordemokratische Zeiten: der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit der eigenen Ohnmacht konfrontiert.«[13]

Kritische Politikwissenschaftler konstatierten zur gleichen Zeit die »Entleerung« *(hollowing out)* der demokratischen Institutionen, das heißt eine Krise der Repräsentation: sinkende Wahlbeteiligung, Auflösung von Stammwählerblöcken, sinkende Mitgliederzahlen von Parteien und Gewerkschaften, Legitimationsverfall der »politischen Klasse« und der »Volksparteien« der Mitte, Transformation der Parteien, die mit dem Staat verschmolzen sind. Der »neue Konstitutionalismus« der Disziplinargesellschaft vermittelte sich über den Wettbewerb, über die »Standortkonkurrenz« auf globalen Güter- und Finanzmärkten,[14] und erzeugte zugleich Misstrauen gegenüber transnationaler Politik (europäische Integration, Freihandelsabkommen, Macht der transnationalen Konzerne u.a.m.). Über die zunehmende Macht der (privaten) Medien verwandelte sich die Demokratie vor den Bildschirmen in eine »Zuschauerdemokratie«.[15] Postdemokratie wurde jetzt zunehmend begriffen im Zusammenhang der Folgewirkungen neoliberaler Politik: soziale Ungleichheit, Unsicherheit und Angst vor dem »Abstieg«, pessimistische Zukunftserwartungen bei gleichzeitig erhöhtem Wettbewerbs- und Anpassungsdruck an die Zwangsgesetze des Marktes. Wolfgang Streeck zufolge sind deshalb »die Zweifel an der Vereinbarkeit kapitalistischer Wirtschaft und demokratischer Politik mit Wucht zurückgekehrt«.[16] Die Krise der alten Institutionen der repräsentativen Demokratie ging also der Entstehung neuer

13 Colin Crouch: Postdemokratie [2003], Frankfurt a.M. 2008, S. 139.

14 Stephen Gill: Power and Resistance in the New World Order, London 2003.

15 Peter Mair: Ruling the Void. The Hollowing out of Western Democracy, London/New York 2013.

16 Wolfgang Streeck: Wie wird der Kapitalismus enden?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2015, S. 99–111, hier 103.

Organisationen und Bewegungen voraus, die diese Krise ins Zentrum ihrer »Anrufung« des Volkes stellen.

Die Länderstudien in diesem Band zeigen, dass und wie in zahlreichen Staaten nach der Krise von 2007/08 ein politischer Rechtsruck stattfand, der sehr deutlich Elemente autoritärer, antidemokratischer Herrschaft auf dem Boden kapitalistischer Eigentums- und Produktionsverhältnisse, auch im Rahmen demokratischer Verfassungen, zur Geltung bringt.[17] Am Rande und außerhalb Europas haben sich in großen Staaten autoritäre Regime mit stark nationalistischer und autoritärer Tendenz etabliert bzw. gefestigt.

IV

Die zunehmende Bedeutung autoritärer, antidemokratischer Bewegungen und Regimes nach 2008 ist Ausdruck einer »organischen Krise«. In der Bonapartismus-Analyse von Marx bestand diese darin, dass sich in Frankreich – in einem Land, in dem der industrielle Kapitalismus erst rudimentär entwickelt war – die liberale Bourgeoisie schließlich der Diktatur des Louis Bonaparte unterwarf und dabei ihr politisches Projekt, die parlamentarische Republik, aufgibt. Im Streit und Kampf der verschiedenen Klassen und Klassenfraktionen um die politische Macht konnte sie nicht die »Hegemonie« erringen, das heißt »herrschend« *und* »führend« werden. Bestandteil dieser organischen Krise war freilich auch, dass gleichsam im Hintergrund die »rote Gefahr«, also die Gefahr der »sozialen Revolution« lauerte, die in den ersten Monaten der Revolution von den sozialistischen und kommunistischen Repräsentanten der Arbeiterklasse proklamiert worden war. Die Verselbstständigung der Exekutivgewalt und eines Führers gegenüber der Kontrolle durch Parlament, Justiz und Öffentlichkeit wird in Perioden einer organischen Krise als Antwort auf den »Aus-

17 Der britische Journalist Paul Mason hat 2012 ein Buch mit dem Titel »Why It's Kicking Off Everywhere. The New Global Revolutions« veröffentlicht. Darin beschäftigt er sich mit demokratie- und kapitalismuskritischen Bewegungen in der ganzen Welt, die sich auch als Reaktion auf die Krise von 2008 in vielen Staaten gebildet hatten. Mason glaubte vorschnell an eine neue globale demokratische Revolution (nach 68). Diese Hoffnung wurde bitter enttäuscht.

nahmezustand« begriffen, denn – so Carl Schmitt in der Krise nach dem Ende des Ersten Weltkrieges im Jahr 1922 – »Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet«.[18]

Worin aber besteht heute der Charakter der »organischen Krise« bzw. des »Ausnahmezustandes«, wie er von der nationalistischen Rechten beschworen wird? Am Anfang des 21. Jahrhunderts erodiert die Stabilität kapitalistischer Herrschaft im Rahmen der demokratischen Verfassung. Das ist einerseits Ausdruck von Krisentendenzen, die mit der sozialökonomischen Entwicklung verbunden sind und die nicht nur Angst und Unsicherheit in der Bevölkerung verstärken, sondern auch Konflikte zwischen Kapitalfraktionen im »Block an der Macht« sowie strategische Neuorientierungen für die Sicherung der Herrschaftsverhältnisse – vor allem durch einen starken Nationalstaat – hervorbringen. Andererseits eröffnen der globale Wettbewerb zwischen den neuen Machtzentren in der Weltpolitik und Weltwirtschaft sowie die damit verbundenen Konflikte die Bereitschaft zur Akzeptanz von nationalistischen und fremdenfeindlichen Anrufungen. Diese gehen mit einer Politik der Abschottung nach außen sowie der Aufrüstung einher und verteufeln die liberale ebenso wie die linke Kritik als Angriff fremder – kosmopolitischer – Mächte.

Der Hegemoniezyklus, der im letzten Viertel des 20. Jahrhundert in der Großen Transformation und mit dem Siegeszug neoliberaler Politik und Ideologie begann, ist in eine Konstellation der »reflexiven Globalisierung« übergegangen. Die expansive Phase bis zum Jahrhundertende war durch enormes Wachstum, Internationalisierung der Produktion und der Finanzmärkte, Öffnung neuer Märkte (als Folge des Zusammenbruchs des »realen Sozialismus« und der Öffnung Chinas) sowie durch den Beginn einer Produktivkraftrevolution, einer Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse und der Demontage des fordistischen Wohlfahrtsregimes charakterisiert. »Reflexive Globalisierung« bedeutet hingegen, dass die inneren Widersprüche dieser Expansion mehr und mehr auf

18 Carl Schmitt: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität [1922], München 1934, S. 11.

die Metropolen des Kapitals selbst, von denen diese Prozesse ausgehen, zurückwirken. Die Folgen der Kriege, die der Westen seit 1991 geführt hat, gehören dazu ebenso wie die Folgen der »imperialen Lebensweise«, die vom Wachstum der industriellen Zivilisation profitiert und zugleich Naturzerstörung und Klimawandel, aber auch das Elend in der Welt nachdrücklich verursacht. Inzwischen werden in Frankreich und Belgien die Gettos der nordafrikanischen Migranten als Brutstätten des Terrors und damit als Beweis einer gescheiterten Integration gefürchtet. Die rechten Populisten leiten daraus die Notwendigkeit einer gewaltsamen »Zurückführung« ab. Die zunehmenden Flüchtlings- und Migrationsbewegungen in der Welt wirken ebenso auf die Metropolen zurück wie die Krisenpotenziale auf den globalen Finanzmärkten und die Bemühungen einzelner Regierungen um die Aufrüstung und Modernisierung ihrer Armeen. Auf diese Weise wollen sie ihre Machtposition im verschärften internationalen Wettbewerb verbessern. Der Ruf nach dem »starken Staat«, der das eigene Land und Volk gegen diese Rückwirkungen der kapitalistischen Globalisierung abschotten soll, ist seit 2008 sehr viel lauter geworden und richtet sich in der Innenpolitik besonders aggressiv gegen diejenigen »liberalen Kosmopoliten«, die sich noch für »offene Grenzen« bzw. für das Primat »humanitärer Maßnahmen« einsetzen. Gleichzeitig betrachtet die rechtsradikale Ideologie (die Religion, Familie, Vaterland und den starken Staat überhöht) Sozialismus und Kommunismus immer noch als ihre Hauptfeinde.

Auf jeden Fall ist das Thema innere und äußere Sicherheit in den entwickelten kapitalistischen Staaten des Westens an die erste Stelle der politischen Agenda (auch bei den Meinungsumfragen) gerückt und hat das Thema soziale Gerechtigkeit auf die Plätze verwiesen. Innere Sicherheit verlangt ökonomische und soziale Stabilität sowie einen starken und handlungsfähigen Staat als Reaktion auf Terrorismus und Migration, eine stabile Regierungsmehrheit und ein vertrauenswürdiges politisches Personal an der Spitze des Staates. Der Ausnahmezustand, über den der starke Staat verfügt,

wird offenbar von Mehrheiten der Wahlbevölkerung – wie z.B. in Frankreich nach der Wahl von Macron – als Normalzustand akzeptiert. Der »autoritäre Etatismus« stützt sich eben, wie schon Marx schrieb, auf die staatliche Exekutivgewalt (Armee, Polizei, Justiz), also auf die »repressiven Staatsapparate«. Deren Erweiterung bildet den Kern der autoritären Transformation demokratisch verfasster Staaten, in denen kein Staatsstreich stattfindet, sondern der autoritäre »Block an der Macht« bei Wahlen Mehrheiten gewinnt. Dass die Polizeikräfte ständig vermehrt werden und – bürgerkriegsähnlich ausgerüstet – nicht nur auf Terroristenjagd gehen, sondern auch Demonstrationen für Bürgerrechte und eine gerechte Weltordnung einschüchtern oder angreifen, gehört ebenfalls zu einem Konsens, der inzwischen von fast allen Parteien übernommen wurde. Dass im Zuge der digitalen »Revolution« die staatliche Überwachung und Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger scheinbar grenzenlos geworden ist, stößt – als Moment des Sicherheitskonsenses – ebenfalls auf breite Zustimmung.

Die zweite Dimension der »organischen Krise«, die dem Aufschwung des Rechtspopulismus und Nationalismus zugrunde liegt, wird durch die »ungleiche Entwicklung« im Kapitalismus reproduziert. In den Kapitalmetropolen selbst hat die Politik der neoliberalen Globalisierung eine enorme Stärkung der transnationalen Konzerne und des Finanzkapitals zur Folge; zugleich wird die Spaltung zwischen Arm und Reich, zwischen dem oberen ein Prozent und dem Rest der 99 Prozent vorangetrieben. Infolge der Flexibilisierung und Internationalisierung der Arbeitsmärkte hat sich ein wachsender Sektor der Prekarität (mit temporärer Beschäftigung und Niedriglöhnen) etabliert, in dem fast ein Drittel der Beschäftigten tätig ist und durch den das Phänomen der »Armut in der Vollbeschäftigung« hervorgebracht wurde.

Wenn es richtig ist, dass der Niedergang des – von den USA geführten – Westens und der Aufstieg des – von China geführten – »Ostens« ein Grundmerkmal unserer Epoche ist, dann werden Machtkonflikte und militärische Auseinandersetzun-

gen zunehmen. Daraus wiederum wird im »herrschenden Block« die Bereitschaft wachsen, autoritäre Lösungen für die Handlungsfähigkeit des Staates zu akzeptieren. Gleichzeitig intensiviert die ungleiche sozialökonomische Entwicklung zwischen verschiedenen Staaten – auf der globalen Ebene, aber auch innerhalb des Westens bzw. der Europäischen Union (EU) – sowohl den Wettbewerbsdruck als auch die Tendenz zur nationalen Abschottung. In der EU hat sich diese Tendenz seit den 1990er-Jahren mit der Osterweiterung, der Verwirklichung des Binnenmarktes und der Einführung des Euro deutlich verstärkt. Die Etablierung autoritärer Regime in Ungarn und Polen z.B. war auch eine Reaktion darauf, dass über die EU die Waren- und Kapitalexporte aus den »reichen« Staaten (vor allem aus Deutschland und Österreich) die Entwicklung einer nationalen Bourgeoisie hemmen, gleichzeitig aber den Export billiger Arbeitskräfte in die reichen Länder erzwingen. Als sich aufgrund der Krise von 2007/08 die Arbeitslosigkeit erhöhte und die Armut sowie die die öffentliche und private Verschuldung noch einmal zugenommen hatten, war in beiden Staaten der Boden für die Erfolge einer nationalistischen Politik bereitet, die nationale Wirtschaftsförderung und Sozialpolitik ebenso wie die Verweigerung einer gemeinsamen Flüchtlings- und Asylpolitik der EU in den Vordergrund rückt. Der reaktionäre Charakter dieser Politik erschließt sich nicht nur über deren antisozialistische und antikommunistische Orientierung, die Verachtung für westliche Demokratiemodelle sowie offene rassistische und völkische Politiken, die sich gegen Roma und Sinti richten und auf imperiale Traditionen der nationalen Geschichte zurückgreifen. Die Abwehr der Feinde an den eigenen Grenzen und die Überhöhung derjenigen Teile des eigenen Volkes, die im Ausland vermeintlich unterdrückt werden, rücken propagandistisch ins Zentrum. Reiche, »liberale Kosmopoliten« im Ausland werden zu gefährlichen Feinden des jeweils eigenen Volkes erklärt – wie im Fall Ungarns etwa der Finanzkapitalist Georg Soros. Politische Stiftungen und Thinktanks aus dem Westen müssen sich einer rigiden Kontrolle der Verwendung ihrer Gelder unterwerfen.

V

Die Tendenz zum autoritären Kapitalismus im frühen 21. Jahrhundert bringt vielfältige Erscheinungen der Entdemokratisierung hervor, die auch als »Bonapartismus« bezeichnet werden können. Aufgrund der gewaltigen Unterschiede zwischen dem Entwicklungsniveau der kapitalistischen Produktionsweise um die Mitte des 19. Jahrhunderts in Frankreich und dem globalen Finanzmarktkapitalismus der Gegenwart sollte jedoch mit der quasi metahistorischen Verallgemeinerung Marx'scher Erkenntnisse über den Zusammenhang von Demokratie und Kapitalismus sowie über die Hegemoniefähigkeit der Bourgeoisie im politischen Feld einer demokratischen Verfassung sehr vorsichtig umgegangen werden. Dazu kommt nicht zuletzt, dass Marx und Engels aufgrund ihrer geschichtsphilosophischen Prämissen Optimisten waren. Sie waren davon überzeugt, dass die Arbeiterklasse schließlich über den Kapitalismus siegen werde. Die inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise und die wachsende Macht der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterklasse würden diesen Sieg begründen. Schon Anfang 1850 sprach Marx von der Möglichkeit einer »neuen Revolution [...] im Gefolge einer neuen Krisis [...] sie ist aber auch ebenso sicher wie diese«.[19] Friedrich Engels schrieb 1851 nach der Niederlage der Demokratie in der 48er-Revolution, zumal in Deutschland: »Sind wir also einmal geschlagen, so haben wir nichts anderes zu tun, als wieder von vorne anzufangen.« Dazwischen liege eine »Ruhepause, die uns zwischen dem Schluss des ersten und dem Anfang des zweiten Aktes der Bewegung vergönnt ist«.[20] Dieser zweite Akt begann im September 1870 mit dem Sturz von Kaiser Napoleon III. – mitten im deutsch-französischen Krieg, der sowohl zur deutschen Reichsgründung mit dem »Bonapartismus« Bismarcks als auch zur Pariser Kommune führte, zum »Paris der Arbeiter«, von Marx als »der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft« gefeiert.[21]

19 Marx: Die Klassenkämpfe, MEW, Bd. 7, S. 98.

20 Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland, MEW, Bd. 8, S. 3–108, hier 6.

21 Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW , Bd. 17, S. 313–365, hier 362.

Heute ist dieser geschichtsphilosophische Optimismus nicht nur in der politischen Programmatik, sondern vor allem in der politik- und sozialwissenschaftlichen Forschung diskreditiert. Dennoch fordert die Tendenz zum autoritären Kapitalismus – verbunden mit dem Aufschwung rechtspopulistischer und antidemokratischer Bewegungen und Regierungen – dazu heraus, den widersprüchlichen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Demokratie auch im Kontext einer Politik zu problematisieren, die sich die Verhinderung und Überwindung von autoritären Regimen zum Ziel setzen. Das meint solche Regime, die nicht nur die Universalität der Menschenrechte durch Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit infrage stellen, sondern auch durch »autoritären Etatismus« die Kriegsgefahren erhöhen, im »Ausnahmezustand« regieren und dabei an erster Stelle die Vermögenden und die Kapitaleigener, also das System des Profits, schützen und sich dabei ideologisch auf die Traditionen des Antisozialismus und -kommunismus aus der Zeit des Kalten Krieges stützen.

Die bonapartistischen Tendenzen und die damit verbundenen Tendenzen zur Barbarei sind überall in der Welt mit demokratischen Gegenbewegungen – mit unterschiedlicher Reichweite und Macht – konfrontiert, die auch von relevanten Teilen der subalternen Klassen getragen werden. In der Abwehr der autoritären Tendenzen kann sich das Programm der Demokratie keineswegs auf rein politische Forderungen – z. B. Schutz der Grundrechte und internationaler Vereinbarungen – und die Verteidigung einer unabhängigen Justiz sowie der Freiheit der Wissenschaft beschränken. Demokratischer Kampf ist heute mehr denn je auf das Ziel der sozialen Gerechtigkeit, des Schutzes der Natur und der Umwelt sowie der Gleichheit (der Lebenschancen) ausgerichtet, worin auch die Erfahrungen der sozialistischen Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts aufgehoben sind. Eingriffe in die Eigentumsrechte, die Vermögensverteilung und in die Freiheit der Märkte sind zur Erreichung solcher Ziele unabdingbar. Gerade in der angelsächsischen Welt – in den USA und in Großbri-

tannien – haben die Krisen des Kapitalismus, die Folgen der neoliberalen Politik und eine imperiale Außenpolitik schon Bewegungen für eine demokratische Alternative gestärkt, für die heute Namen wie Bernie Sanders und Jeremy Corbyn stehen. Der Journalist David C. Johnston, der das Regime und die Person von Donald Trump als Antizipation der Barbarei scharf kritisiert, ist davon überzeugt, dass »eine Gesellschaft, deren Ziel die unbegrenzte weitere Bereicherung ihrer reichsten Mitglieder zu sein scheint, während das Gros der Bevölkerung ignoriert oder, wie in den USA, wirtschaftlich weiter geschwächt wird, früher oder später den eigenen Untergang« riskiert. Er spricht von der Gefahr des Untergangs der Republik, aber »wir könnten auch Zeugen des Erwachens einer neuen Bewegung werden, die [...] mehr Gleichheit, weniger Kriegstreiberei und mehr soziales Verantwortungsgefühl für die Menschen bringt«.[22]

22 David Cay Johnston: Trump im Amt, Salzburg/München 2018, S. 14.

Anhang

Personenregister

Die Namen von Karl Marx und Louis Bonaparte (Napoleon III.) sind aufgrund der Häufigkeit ihres Vorkommens im Text nicht ins Register aufgenommen worden.

Abendroth, Wolfgang 36, 67
Althusser, Louis 28, 157
Anderson, Perry 170

Bannon, Steve 90
Bauer, Otto 61, 63, 65–67, 71
Beresowskij, Boris 214
Berlusconi, Silvio 168, 170f., 173, 175–177, 180f., 250
Bismarck von, Otto 113
Blair, Tony 93, 99–101, 177
Blanc, Louis 49
Błaszczak, Mariusz 203
Blyth, Mark 178
Bolte, Friedrich 29
Bossi, Umberto 174f., 180
Bourdieu, Pierre 114, 130, 143
Braunthal, Julius 60
Brie, Michael 208
Brown, Gordon 101
Brumlik, Micha 10
Brunkhorst, Hauke 39, 205
Bussard, Robert L. 45

Cameron, David 106
Canovan, Margaret 173
Casanova, Giacomo 38
Cavaignac, Louis-Eugène 105
Chirac, Jacques 119
Chodorkowskij, Mihail 214
Churchill, Winston 97
Clinton, Bill 176
Clinton, Hillary 83, 89
Cohn, Gary 90
Corbyn, Jeremy 75, 259
Crouch, Colin 76, 169, 250

D'Agoult, Marie 39
Daumier, Honoré 45
Dimitroff, Georgi 57, 59, 62, 65f.
Dmowski, Roman 192
Duda, Andrzej 187
Duterte, Rodrigo 74
Dzarasov, Ruslan 208, 218

Engels, Friedrich 11f., 20, 35, 39, 59, 113, 247, 257
Erdoğan, Recep Tayyip 8, 74, 243
Eribon, Didier 114

Farage, Nigel 107f.
Ferracci, Pierre 124
Ferrand, Richard 120
Fillon, François 115
Foucault, Michel 114
Fraenkel, Ernst 26f.
Franconie, Grégoire 119
Friedman, Milton 76
Friedman, Thomas L. 75
Fukuyama, Francis 75

Gauland, Alexander 114
Gaulle, Charles de 115, 117, 121f., 125f.
Geiger, Theodor 130
Gramsci, Antonio 58, 85, 88f., 95, 100, 108, 112, 169, 250
Grillo, Beppe 168, 182f.
Grosser, Alfred 115
Gül, Abdullah 236
Gurland, Arkadij 61
Gussinskij, Wladimir 214

Habermas, Jürgen 37
Haider, Jörg 150, 153f., 156f.
Hall, Stuart 31, 180, 194
Harkort, Friedrich 45
Hasbulatov, Ruslan 211
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 35, 243
Heller, Agnes 10
Heller, Hermann 36
Hennig, Eike 58
Hirsch, Joachim 82
Hitler, Adolf 113
Hobbes, Thomas 81

Hobsbawm, Eric 70
Hofer, Norbert 84, 154, 157, 159, 165f.
Hugo, Victor 50

Ianni, Octavio 180

Jaruzelski, Wojciech 189
Jelzin, Boris 207, 210–213, 217
Jessop, Bob 31
Johnson, Boris 107
Johnston, David C. 259

Kaczyński, Jarosław 8, 74, 187, 192, 198, 200, 203
Kadyrow, Ramsan 216
Kafka, Franz 38
Karl X. 118
Katz, Richard 178
Kautsky, Karl 34f.
Kelsen, Hans 124
Kennedy, John F. 118
Kershaw, Ian 58
Kirchheimer, Otto 35f., 178
Kohl, Helmut 139
Kugelmann, Louis 14
Kukiz, Paweł 203
Kurz, Sebastian 8, 136, 150, 154, 157–160, 163, 165f.

Le Pen, Jean-Marie 119
Le Pen, Marine 84, 114f., 119
Lees, Lynn H. 39, 47
Leggewie, Claus 114
Lenin, Wladimir Iljitsch 24, 34, 77
Locke, John 81
Losurdo, Domenico 80, 91
Louis Philippe von Orleans 38, 51, 118
Ludwig XVIII. 118
Lukács, Georg 28
Luxemburg, Rosa 185

Machiavelli, Niccolò 185
Macierewicz, Antoni 199
Macron, Emmanuel 23, 74, 113, 115–127, 136, 243, 255
Mair, Peter 169
Major, John 98
Marcuse, Herbert 9
Mason, Paul 252

Mason, Tim 26f.
Matweew, Il'ja 206
May, Theresa 107f.
Meduschewskij, Andrej 206
Mélenchon, Jean-Luc 125, 127
Merkel, Angela 134
Michal, Wolfgang 11
Miliband, Ralph 28, 31
Mitterand, François 127
Mnuchin, Steven 90
Mommsen, Hans 27
Mommsen, Margareta 210
Monti, Mario 177
Morawiecki, Mateusz 198
Moses, Jonathon 212
Mussolini, Benito 59, 108

Napoleon I. (Bonaparte) 18, 20, 43, 46, 53, 80, 97, 99, 109, 118, 125, 243
Ndiaye, Sibeth 127
Nenni, Pietro 60
Neumann, Franz 26f., 35, 80f.

Obama, Barack 83, 87
Olberg, Oda 60
Orbán, Viktor 8, 10, 55, 74

Pénicaud, Myriam 122
Philippe, Édouard 117, 122
Piłsudski, Józef 192, 201
Poulantzas, Nicos 28, 30, 78, 82, 86, 88f., 91, 181, 186, 220
Prochorow, Michail 216
Prodi, Romano 183
Putin, Wladimir 8, 10, 74, 205, 207, 214–216, 218f., 222, 243

Rauch, Hannes 158
Reagan, Ronald 176
Renzi, Matteo 176f.
Rick, Perry 90
Ross, Wilbur 90
Rousseau, Jean-Jacques 35

Saage, Richard 63
Sand, George 50
Sanders, Bernie 75, 83, 88f., 259
Sarkozy, Nicolas 120
Schily, Otto 122

Schmitt, Carl 22, 24f., 203, 253
Schröder, Gerhard 177
Schüssel, Wolfgang 157
Segert, Dieter 208
Sohn-Rethel, Alfred 67
Soros, George 256
Staeck, Klaus 10
Stalin, Josef Wissarionowitsch 21, 113
Stawar, Andrzej 195, 204
Stern, Daniel 39
Stiglitz, Joseph 210
Strache, Hans-Christian 150, 154, 157
Streeck, Wolfgang 76

Thalheimer, August 21, 61–67, 70f., 85, 88f.
Thatcher, Margaret 93, 96–99, 109, 180
Tilly, Charles 39, 47
Tocqueville, Alexis de 42
Togliatti, Palmiro 177
Trotzki, Leo 21, 113, 204
Trump, Donald 8, 10, 70f., 74f., 77, 83, 85, 87–90, 127, 243, 259
Tsipras, Alexis 23

Uljukaew, Aleksej 220
Unfried, Peter 116

Varoufakis, Yanis 23
Vigier, Philippe 42
Villiers, Pierre de 121

Wałęsa, Lech 192
Washington, George 118
Waszczykowski, Witold 199
Weber, Max 26, 34
Weidel, Alice 114
Wiegel, Michaela 121
Winkler, Heinrich August 26
Wippermann, Wolfgang 59

Xi, Jinping 74

Zetkin, Clara 57

Autorenverzeichnis

Martin Beck ist Politikwissenschaftler und hat viele Jahre als Journalist gearbeitet. Seit 2017 ist er Verlagsleiter bei Dietz Berlin.

Hauke Brunkhorst ist Professor für Soziologie an der Europa-Universität Flensburg. 2007 erschien die von ihm kommentierte Studienausgabe »Karl Marx. Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte – Kommentar«. Letzte Buchveröffentlichung: »Kritik und Kritische Theorie. Programme, Personen, Positionen«.

Frank Deppe ist em. Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Politische Theorie, Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und Internationale Politische Ökonomie. Letzte Buchveröffentlichung: »1917/2017 Revolution & Gegenrevolution«.

Axel Gehring ist Politikwissenschaftler mit den Arbeitsschwerpunkten, Türkei, Hegemonie- und Staatstheorie. Seine Promotion »Wider den Staatsmythos – Europäisierte Regulation in der Türkei« erscheint 2018.

Felix Jaitner ist Politikwissenschaftler und Mitglied der Forschungsgruppe Osteuropastudien an der Universität Wien. Letzte Buchveröffentlichung: »Einführung des Kapitalismus in Russland. Von Gorbatschow zu Putin«.

Bob Jessop ist Professor für Soziologie an der Lancaster University mit dem Arbeitsschwerpunkt Staatstheorie. Letzte Buchveröffentlichung: »The State. Past, Present, Future«.

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und arbeitet für das Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

zu den Themen Klassen und Sozialstruktur, Demokratie und Wahlen. Er veröffentlicht regelmäßig unter anderem in den Zeitschriften *Sozialismus* und *LuXemburg*.

Michele Nobile ist Lehrer in Bergamo und arbeitet derzeit über Rosa Luxemburg. Letzte Buchveröffentlichung: »Capitalismo e postdemocrazia. Economia e politica nella crisi sistemica« (Kapitalismus und Postdemokratie. Ökonomie und Politik in der systemischen Krise).

Sebastian Reinfeldt ist Publizist und Politikwissenschaftler und lebt in Österreich. Letzte Buchveröffentlichung: »›Wir für euch‹. Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise«.

Dorothea Schmidt ist em. Professorin für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Veröffentlicht regelmäßig in der *Prokla,* zuletzt »Mythen und Erfahrungen: die Einheit der deutschen Arbeiterklasse um 1900«.

Ingar Solty ist Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Letzte Buchveröffentlichung: »Die USA unter Obama: Charismatische Herrschaft, soziale Bewegungen und imperiale Politik in der globalen Krise«.

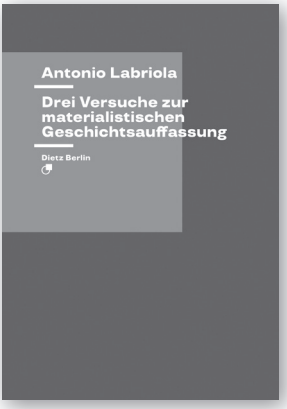
Ingo Stützle ist geschäftsführender Redakteur der Zeitschrift *Prokla* und edierte zusammen mit Rolf Hecker den Band 44 der Marx-Engels-Werke.

Rudolf Walther ist Historiker und hat 18 Jahre lang als Redakteur und Autor des Lexikons »Geschichtliche Grundbegriffe« gearbeitet. Seit 1994 ist er als freier Autor tätig. Seine Essays, Porträts und Kommentare liegen in vier Bänden unter dem Titel »Aufgreifen, begreifen, angreifen« vor.

Gerd Wiegel arbeitet als Referent für die Themen Antifaschismus und Rechtsextremismus für die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE. Letzte Buchveröffentlichung: »Ein aufhaltsamer Aufstieg. Alternativen zu AfD & Co.«.

Prymeslaw Wielgosz ist Chefredakteur der polnischen Ausgabe von *Le Monde diplomatique* und Herausgeber der Biblioteka Le Monde diplomatique. Letzte Buchveröffentlichung: »Dyktatura długu« (Schuldendiktatur).

Antonio Labriola
Drei Versuche zur materialistischen Geschichtsauffassung



Für Antonio Labriola – oft als erster Marxist Italiens bezeichnet – ist der historische Materialismus der philosophische Kern des »kritischen Kommunismus« von Marx oder in seinen eigenen Worten: »in gewissem Sinne der ganze Marxismus«. Mit seinem in den 1890er-Jahren geprägten Begriff der »Philosophie der Praxis« wurde er zum Stichwortgeber für Antonio Gramsci. Dieser nahm den Begriff auf, um den revolutionären Charakter der von Marx begründeten Geschichtsphilosophie zu unterstreichen.

Mit dieser Neuauflage eines Klassikers startet Dietz Berlin seine neue Reihe Theorie.

»Eine ›theoretische Morgendämmerung‹ nennt Georges Labica, was uns aus Antonio Labriolas ›Versuchen zur materialistischen Geschichtsauffassung‹ entgegenleuchtet. Sie zählen zu den Texten, die bei wachsendem Abstand von ihrer Entstehungszeit mit immer neuen Einsichten überraschen. Für Antonio Gramsci waren sie Augenöffner. Mit heutigen Augen sind sie zu entdecken als ›neues Genre, zwischen der Randglosse zum Text von Marx und Engels und der autonomen Entwicklung der Theorie‹ (Alberto Burgio).«
Wolfgang Fritz Haug

Antonio Labriola
Über den historischen Materialismus
Herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug
292 Seiten, Klappenbroschur
ISBN 978-3-320-02347-8
Karl Dietz Verlag Berlin 2018

Die Fragestellung: Warum triumphieren derzeit weltweit autoritäre und nationalistische Parteien und Bewegungen?

Der gemeinsame Bezugspunkt: die Bonapartismus-Analyse von Karl Marx.

Die untersuchten Länder: USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Österreich, Italien, Polen, Russland, Türkei.

Die Autoren: Hauke Brunkhorst, Frank Deppe, Axel Gehring, Felix Jaitner, Bob Jessop, Horst Kahrs, Michele Nobile, Sebastian Reinfeldt, Dorothea Schmidt, Ingar Solty, Rudolf Walther, Gerd Wiegel und Przemyslaw Wielgosz.

ISBN 978-3-320-02348-5
www.dietzberlin.de/analysen